LUDWIG ROSENTHAL

# ZUR GESCHICHTE DER JUDEN IM GEBIET DER EHEMALIGEN GRAFSCHAFT HANAU

HANAUER GESCHICHTSBLÄTTER - BAND 19, 1963

# HANAUER GESCHICHTSBLÄTTER

VERÖFFENTLICHUNGEN
DES
HANAUER GESCHICHTSVEREINS E. V.
BAND 19

Digitized by Project Zikaron
Touro University-NY Libraries
www.zikaron.tourolib.org
2024

HANAU 1963

Gedruckt mit Unterstützung des Landes Hessen,
der Stadt Hanau und des Landkreises Hanau,
der Gemeinde Bergen - Enkheim,
der Stadtsparkasse und Landesleihbank Hanau
sowie der Firmen
Deutsche Dunlop Gummi Compagnie AG., Hanau, und
Friedrich Schwab & Co. KG., Überlandversand, Hanau

*Vorstand und Arbeitsausschuß des Hanauer Geschichtsvereins e.V. schulden dem Verfasser der nachstehenden Monographie,*

*Herrn Dr. jur. Ludwig Rosenthal in Guatemala*

*aufrichtigen Dank für diesen bedeutsamen Beitrag zur Landes-, Wirtschafts- und Kulturgeschichte des Kreises Hanau. Der wissenschaftliche Wert dieser Arbeit ist um so höher einzuschätzen, als der Verfasser dazu eine Reihe von Quellen benutzt hat, die heute im Original nicht mehr vorhanden sind und nur noch in älteren Abschriften des Autors existieren.*

*In Anbetracht des furchtbaren Leides, das über Millionen früherer jüdischer Mitbürger hereinbrach, als sich vor 30 Jahren politische Nacht über Deutschland senkte, begrüßen es Vorstand und Arbeitsausschuß des Hanauer Geschichtsvereins dankbar, daß gerade ein jüdischer Autor, dem selbst Eltern und Schwester hingemordet wurden, die Kraft fand, dieses Buch zu schreiben. Mit ihm verneigen sie sich vor denen, denen dieses Buch gewidmet ist, und gedenken dabei in Ehrfurcht der Millionen, die das gleiche Schicksal zu ertragen hatten.*

*Neben dem Autor gilt der Dank von Vorstand und Arbeitsausschuß des Hanauer Geschichtsvereins den oben genannten Behörden und Wirtschaftsunternehmen, die mit ihren Spenden die Drucklegung dieses Bandes „Hanauer Geschichtsblätter" ermöglicht haben. Ebenso herzlicher Dank gebührt der Druckerei J. Georg Kittsteiner, Hanau, für die verständnisvolle Zusammenarbeit.*

*Die Herausgabe des nächsten Bandes ist für das Spätjahr 1964 vorgesehen. Dafür bestimmte Arbeiten sind an den Vorstand des Hanauer Geschichtsvereins e. V., Hanau am Main, Schloßplatz 2, zu senden. Über die Aufnahme entscheidet der Redaktionsausschuß.*

Copyright 1963 by
Hanauer Geschichtsverein e. V., Hanau am Main, Schloßplatz 2
und
Dr. Ludwig Rosenthal, Guatemala

Druck: J. Georg Kittsteiner, Hanau, Salisweg 15-17



Bergen, Marktstraße 34 (vormals Hauptstraße 126) Aufnahme 1963

DAS GEBURTSHAUS DES VERFASSERS

Das 1724 erbaute Stammhaus seiner mütterlichen Familie Heß war im Familienbesitz bis zur Hitlerzeit.

LUDWIG ROSENTHAL

# ZUR GESCHICHTE DER JUDEN IM GEBIET DER EHEMALIGEN GRAFSCHAFT HANAU

unter besonderer Berücksichtigung der Juden in Bergen
bei Frankfurt am Main
und der dortigen Vorfahren des Verfassers
vom 17. bis 19. Jahrhundert

---

Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Juden

*Ich widme diese Arbeit*

*meiner Mutter,*

*die am 22. November 1938 in mittelbarer Folge der „Kristallnacht"-Ereignisse in Frankfurt am Main ihr Leben verloren hat;*

*meinem Vater und meiner Schwester Sophie,*

*die von den nationalsozialistischen Mördern am 2. April 1943 in Sobibor, Polen, umgebracht wurden;*

*meinem Bruder Julius,*

*der am 16. Februar 1915 an der deutschen Karpathenfront in dem Glauben gefallen ist, er müsse seine deutsche Heimat verteidigen;*

*meiner Schwester Gretchen seligen Angedenkens*

*und meiner Schwester Erna.*

# INHALTSVERZEICHNIS

Seite

Zum Geleit . . . . . 12

Vorwort . . . . . 13

Schrifttum . . . . . 17

Handschriftliche Quellen . . . . . 19

EINLEITUNG

Abschnitt I:

Abriß der Geschichte der Juden im Hanauer Gebiet bis 1600 . . . 21

Kapitel 1:

Die ältesten archivalischen Nachweise . . . . . 21

Kapitel 2:

Die Herren von Hanau in ihren Beziehungen zu den Juden . . 24

Kapitel 3:

Die Juden in Bergen bis zum Beginn des 17. Jahrhunderts . . 33

Abschnitt II:

Bergen und die Grafschaft Bornheimer Berg . . . . . 41

Kapitel 1:

Geschichtlicher Überblick . . . . . 41

Kapitel 2:

Allgemeines . . . . . 45

HAUPTTEIL:

Die Juden im Hanauer Gebiet, besonders in Bergen,
vom 17. bis 19. Jahrhundert

Abschnitt I:

Allgemeine Lebensbedingungen der Juden im Hanauer Gebiet,
insbesondere in Bergen, vom 17. bis 19. Jahrhundert . . . . . 49

Kapitel 1:

Von 1600 bis zum Aussterben der Grafen von Hanau im Jahre 1736 49

Seite

Kapitel 2:

Vom Übergang der Grafschaft Hanau - Münzenberg an die Landgrafen von Hessen - Kassel bis zur napoleonischen Zeit (1736-1806) 59

A) Die regierenden Fürsten und ihre Beamten . . . . . 59

B) Beziehungen zwischen Landesherren und Schutzjuden . . 73

C) Rechtliche Stellung der Schutzjuden . . . . . 73

a) Allgemeines: Die Rechtsgrundlagen jüdischer Existenz . 73
b) Niederlassungsrecht . . . . . 75
c) Persönliche Beschränkungen . . . . . 80
d) Schutzgeld und sonstige Abgaben . . . . . 81
e) Berufs- und Handelsbeschränkungen . . . . . 85
f) Beschränkungen im Grundbesitz . . . . . 90
g) Sonderbestimmungen des Zivil- und Zivilprozeßrechts . 92
h) Strafrechtliche Sonderbestimmungen . . . . . 93

D) Die jüdische Gemeinde in Bergen, ihre Organisation und ihre Institutionen . . . . . 94

a) Statistische Zahlen . . . . . 94
b) Synagoge, Schule und Friedhof . . . . . 98
c) Rabbiner, Kultusbeamte und Lehrer . . . . . 103
d) Die Gemeindeorganisation . . . . . 103
e) Das Gemeindeleben . . . . . 104

E) Beziehungen zwischen Juden und Christen in Bergen . . 105

F) Beziehungen von Berger Juden zu ihren Frankfurter Glaubensgenossen . . . . . 108

Kapitel 3:

Der Durchbruch der napoleonischen Reformen . . . . . 109

A) Die Persönlichkeit des Fürst-Primas und Großherzogs von Frankfurt . . . . . 109

B) Die Rechtsstellung der Juden im Hanauer Gebiet während seiner Zugehörigkeit zum Großherzogtum Frankfurt 111

Kapitel 4:

Lebensbedingungen und Rechtsstellung der Juden nach Rückkehr des Hanauer Gebiets zum Kurfürstentum Hessen-Kassel (1813-1866) 114

A) Die Bedeutung der Beschlüsse des Wiener Kongresses . . 114

Seite

B) Die Kurfürsten von Hessen - Kassel . . . . . 117
a) Kurfürst Wilhelm I. (1813 - 1821) . . . . . 117
b) Kurfürst Wilhelm II. (1821 - 1831, gest. 1847) . . . 118
c) Kurfürst Friedrich Wilhelm I. (1831 bzw. 1847 - 1866) . 119

C) Organisation und Institutionen der jüdischen Gemeinde in Bergen . . . . . 120

Kapitel 5:

Die Juden in Bergen nach dem Übergang des Kurfürstentums Hessen - Kassel an Preußen (1866 - 1900) . . . . . 123

Abschnitt II:

Die Vorfahren des Verfassers in Bergen vom 17. bis 19. Jahrhundert

1) Isaac * 1667 . . . . . 131
2) Michel Lapp * um 1655 . . . . . 135
3) Loew Isaac ∞ um 1713 Vogel aus Bockenheim . . . . 139
4) Marum Lapp ∞ um 1725 Zerle aus Echzell . . . . . 143
5) Joseph Loew ∞ 1746 Mariam aus Bergen . . . . . 147
6) Baruch Loew ∞ 1767 Rochele Feibelmann aus Beverungen . 155
7) Marum Loew ∞ 1765 N. N. aus Schmaidig . . . . . 161
8) Abrah. Grünebaum ∞ um 1808 Röschen Spira aus Beverungen 167
9) Loew Marum ∞ um 1806 Dertz Bethmann aus Gelnhausen . 175
10) Raphael Joseph ∞ 1781 Blümgen aus Düdelsheim . . . 179
11) Michael Rosenthal ∞ um 1830 Sara Grünebaum aus Bergen . 185
12) Isaac Hamburger ∞ 1835 Röschen Flesch aus Mainz . . . 189
13) Samuel Raphael ∞ um 1807 Sara Baruch aus Bergen . . 193
14) Wolf Rosenthal ∞ 1859 Sara Hamburger aus Bergen . . 199
15) Löb S. Heß ∞ 1845 Gretchen Rothschild aus Heldenbergen . 203
16) Samuel Rosenthal ∞ 1887 Franziska Heß aus Bergen . . 207

BEILAGEN:

Anhang I: Dokumente zur Familiengeschichte des Verfassers . 211

Anhang II: Hanauer Judenkapitulation vom 20. September 1738 . 281

Anhang III: Hanauer Kontrakten - Ordnung zwischen Juden und Christen vom 10. Oktober 1754 . . . . . 291

Anhang IV: Versippungstafel des Verfassers, umfassend seine Vorfahren in Bergen vom 17. bis 19. Jahrhundert . . 297

## ZUM GELEIT:

„Ich sehe jetzt, die Griechen waren nur schöne Jünglinge, aber die Juden waren immer Männer, gewaltige, unbeugsame Männer, nicht bloß ehemals, sondern bis auf den heutigen Tag, trotz achtzehn Jahrhunderten der Verfolgung und des Elends.

Ich habe sie seitdem besser kennen und würdigen gelernt, und wenn nicht jeder Geburtsstolz bei dem Kämpen der Revolution und ihrer demokratischen Prinzipien ein närrischer Widerspruch wäre, so könnte der Schreiber dieses Blattes stolz darauf sein, daß seine Ahnen dem edlen Hause Israel angehörten, daß er ein Abkömmling jener Märtyrer, die der Welt einen Gott und eine Moral gegeben und auf allen Schlachtfeldern des Gedankens gekämpft und gelitten haben . . ."

HEINRICH HEINE, Geständnisse

# VORWORT

Aufgabe der nachstehenden Arbeit ist es nicht, eine vollständige Aufzählung meiner Vorfahren und die Darstellung ihres Lebenslaufs zu bieten, wofür der Leser wahrscheinlich auch nur wenig Interesse aufbringen würde. Hier sollen vielmehr lediglich diejenigen Vorfahren behandelt werden, die in B e r g e n bei Frankfurt gelebt haben — und auch sie nur, um gewissermaßen als Beispiele auf dem breiten Projektionsschirm zu erscheinen, der die Geschichte der Juden in der früheren Grafschaft Hanau, besonders in Bergen, aufzeigen soll. Mir war darum zu tun, in systematischer Weise das Schicksal und die Lebensbedingungen einer der vielen Judengemeinden in der Wetterau in der Zeit vom 17. bis zum 19. Jahrhundert in rechtlicher, wirtschaftlicher, soziologischer und kultureller Beziehung darzustellen. Zugleich aber soll einleitend zum besseren Verständnis dieser Periode ein kurzer Rückblick auf die geschichtliche Entwicklung der Juden im Hanauer Gebiet, besonders in Bergen, vom 13. bis 17. Jahrhundert gewährt werden.

In den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts hatte ich mich bemüht, meinen Stammbaum aufzustellen. Seine Wurzeln reichen keineswegs nur nach Bergen, sondern auch nach Frankfurt, Bockenheim, Beverungen in Westfalen, Gelnhausen, mehreren Städten und Dörfern des ehemaligen Gebiets von Ysenburg-Büdingen, Plätzen in Bayern, Krautheim in Baden und bis in die uralten jüdischen Siedlungen der Städte Mainz und Speyer. Wenn ich hier nur einen verhältnismäßig schmalen Sektor aus dem sehr weiten Wurzelwerk des Stammbaums herausgeschnitten habe, so ist dies aus folgenden Gründen geschehen:

Das Quellenmaterial in Bezug auf die Ursprünge meiner Familie war in Bergen am vollständigsten. Hinzu kam: Die Geschichte der Juden in anderen Teilen der Wetterau, vor allem Frankfurt, hat berufenere Historiker als den Verfasser gefunden[1]); dagegen hat es seit dem übrigens nur im Manuskript vorhandenen Versuch des Hanauer Historikers Johann Adam Bernhard[2]), die Geschichte der Hanauer Juden bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts darzustellen, meines Wissens niemand unternommen, eine solche systematische Darstellung zu verfassen und die Geschichte der bedeutenden Judengemeinden des Hanauer Gebiets festzuhalten. Zwar enthält das verdienstvolle Standardwerk Zimmermanns[3]) über Hanau auch einiges über die Hanauer Juden, doch konnte Zimmermann im Rahmen der gewaltigen

---

[1]) In diesem Zusammenhang ist vor allem der Oberlehrer am ehemaligen Frankfurter Philanthropin Prof. Dr. I. K r a c a u e r zu nennen; vgl. Literaturverzeichnis!

[2]) Manuskript im Besitz des Hanauer Geschichtsvereins e. V. in Hanau.

[3]) E. J. Z i m m e r m a n n, Hanau Stadt und Land, Vermehrte Ausgabe 1919.

Aufgabe, die er sich gestellt hatte, diesen Teil der Hanauer Geschichte nur kurz behandeln[4]), und Fehler und Ungenauigkeiten waren unvermeidbar.

Die Geschichte gerade der Juden im Hanauer Gebiet ist aber nicht nur als solche höchst interessant, sondern auch wegen der zahlreichen Ereignisse, die sich in diesem Raum abspielten und erhebliche Folgen für die allgemeine Geschichte der deutschen Juden hatten. Es seien an dieser Stelle nur andeutungsweise die Judenverfolgungen in Frankfurt vom 14. und 17. Jahrhundert erwähnt, ferner die Einwirkungen des Dreißigjährigen Krieges im 17. Jahrhundert, des Siebenjährigen Krieges im 18. Jahrhundert und der napoleonischen Kriege im frühen 19. Jahrhundert auf jüdisches Schicksal in diesem Raum. So finden z. B. die Leiden der jüdischen Bevölkerung Bergens im Siebenjährigen Krieg in mehreren im Anhang vorgelegten und auf meine Vorfahren bezüglichen Urkunden ihren Niederschlag. Auch der Durchbruch der napoleonischen Regierungsform mit der problematischen Judenemanzipation im Großherzogtum Frankfurt — zu dem Bergen, ebenso wie Hanau, von 1810 bis 1813 gehörte — hat einige meiner Vorfahren ernstlich betroffen, wie andere im Anhang wiedergegebene Archivalien zeigen.

Letztlich war auch die folgende Erwägung dafür maßgebend, diese Arbeit zu schreiben:

Viele Quellen, die dem Verfasser noch in den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts zur Verfügung standen, sind heute entweder nicht mehr vorhanden oder jedenfalls in den Archiven, in denen sie sein sollten, zur Zeit — 1962/63 — nicht auffindbar. So sind z. B. bei der Zerstörung der „neuen Synagoge" in Bergen (errichtet 1854), die die nationalsozialistischen Banden im November 1938 bewerkstelligten, das alte Memorbuch und einige standesamtliche Register der jüdischen Gemeinde Bergens aus dem 19. Jahrhundert vernichtet worden oder zumindest unauffindbar verschwunden.

Bei der heutigen Verwaltung der Gemeinde Bergen-Enkheim ist das in den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts noch vorhanden gewesene nichtamtliche „Gewerberegister" aus dem 19. Jahrhundert nicht mehr auffindbar.

Aus dem Staatsarchiv Marburg sind u. a. folgende Urkunden verschwunden oder unauffindbar:

Die „Tabelle sämtlicher in der Grafschaft Hanau befindlicher Schutzjuden aus dem Jahre 1742", (Bestand 80. Hanau, Geheimer Rat, L. Lit. A. Nr. 6) sowie

die Judentabellen des Amtes Bornheimer Berg (Bergen) aus den Jahren 1754, 1756 und 1764.

---

[4]) ebd. hauptsächlich S. 476 ff. und 807.

Von allen diesen Archivalien — mit Ausnahme der Tabelle von 1742 — habe ich entweder vollständige Abschriften oder beglaubigte Auszüge oder aber zumindest von mir früher hergestellte ausführliche Regesten.

Auch ein Teil der nach dem Urkundenbuch von Kracauer[5]) in dieser Arbeit zitierten Urkunden, die ich in den zwanziger Jahren noch im Stadtarchiv Frankfurt gesehen habe, scheint durch Kriegseinwirkung verloren gegangen zu sein, wie beispielsweise die Gerichtsbücher aus dem 14. Jahrhundert. Es hat mir leider an der Zeit gefehlt, weitere Einzelheiten nachzuprüfen. Die fraglichen Zitate in der Arbeit sind daher so zu verstehen, daß keine Gewähr dafür geboten werden kann, ob die Archivalien heute noch vorhanden sind, bzw. ob sie an den angegebenen Stellen im Stadtarchiv Frankfurt noch gefunden werden können.

Der spätere Geschichtsforscher wird also möglicherweise in dieser Arbeit einiges Quellenmaterial finden, das ihm anderweitig nicht zur Verfügung steht.

Dem Buch ist ein vierteiliger Anhang beigegeben. Als Anhang I lege ich Abschriften von Dokumenten aus der Zeit von 1739 bis 1817 vor, die sich auf meine Berger Vorfahren beziehen. Weiterhin werden der Arbeit die beiden wichtigsten Verordnungen, nämlich die Judenkapitulation vom 20. September 1738 (Anhang II) und die Kontrakten-Ordnung zwischen Juden und Christen vom 10. Oktober 1754 (Anhang III), im Abdruck beigefügt. Den Abschluß des Buches bildet als Anhang IV eine Versippungstafel, umfassend die Berger Vorfahren des Verfassers vom 17. Jahrhundert an.

Wenn die Arbeit wenigstens einigen Lesern, die für das Thema Verständnis aufbringen, als ein bescheidener Beitrag zur Geschichte der deutschen Juden nützlich erscheinen sollte, so wird sich der Verfasser für die erheblichen Aufwendungen an Mühe und Zeit als entschädigt betrachten.

Zum Schluß sei an dieser Stelle den Institutionen und Personen gedankt, die bereitwillig mit Rat und Hilfe zur Fertigstellung der Arbeit beigetragen haben:

Hierzu gehört vor allem Herr Pfarrer i. R. Karl Wessendorft in Bergen, der mir u. a. zahlreiches Material über die ehemalige Berger „Judenschule" und verschiedene seltene Bücher verschafft und für mich in Bergen — trotz seiner 73 Jahre — viele der Arbeiten besorgt hat, die der Amerikaner so ausdrucksvoll als „Legwork" bezeichnet. Der Hanauer Geschichtsverein hat mir freundlicherweise das Manuskript des Hanauer Historikers Johann Adam Bernhard aus der Mitte des 18. Jahrhunderts mit dem Titel: „Geschichte der Hanauischen Judenschaft von ihrem anfang biß hieher" zur Verfügung gestellt. Die Herren Archivdirektor Dr. Papritz und Archivinspektor Sieburg vom Staatsarchiv Marburg waren stets hilfsbereit im Aufsuchen von Archivalien und deren Bereitstellung für Mikrofilmauf-

---

[5]) I. Kracauer, Urkundenbuch zur Geschichte der Juden in Frankfurt am Main von 1150 bis 1400, Frankfurt a. M. 1914 (Künftig zitiert: Kracauer UB).

nahmen. Auch Herr Wolfgang Leyh, der Archivphotograph von Marburg, hat mir geholfen, indem er sich bereit gefunden hat, in seiner Freizeit Hunderte von Aufnahmen der Urkunden des Staatsarchivs für mich zu machen. Herr Stadtrat Oskar Schenck, Kulturdezernent der Stadt Hanau, hat mir Photokopien der einschlägigen Juden-Kapitulationen aus dem Stadtarchiv Hanau vermittelt.

Meine Freundin, Fräulein Hanna Mankiewicz aus Frankfurt, hat mir Photokopien aus dem Frankfurter Stadtarchiv beschafft und für mich photographische Aufnahmen in Bergen hergestellt.

Mrs. Hilda Allen aus San Francisco, Californien, lange Jahre Bibliothekarin an großen Universitätsbibliotheken dieses Staats, hat mir durch ihre Beziehungen aus der Bibliothek des amerikanischen Kongresses zwei der mehrfach zitierten Werke von I. Kracauer verschafft, die in der westlichen Hemisphäre äußerst schwer zu erlangen sind.

Der Genealoge Herr Dr. Heinz F. Friederichs, Frankfurt-Eschersheim, hat die von mir ursprünglich aufgestellte Stammbaumskizze meiner Vorfahren in Bergen in eine „Versippungstafel" umgewandelt, die den genealogischen Grundsätzen entspricht.

Besonderen Dank schulde ich dem Hanauer Geschichtsverein e. V., der die Drucklegung dieser Arbeit im Rahmen seiner Reihe „Hanauer Geschichtsblätter" übernommen und die für den Druck erforderlichen Mittel beschafft hat. Herr Dr. Karl Dielmann, Vereinsvorsitzender und Leiter des Kulturamtes der Stadt Hanau am Main, sowie die Mitglieder im Redaktions-Ausschuß des Vereins, Fräulein Dr. Elisabeth Schmitz und Herr Dr. Heinrich Bott, gaben mir wichtige Hinweise, unterzogen sich der Mühe des nochmaligen Urkundenvergleichs und teilten sich mit mir in die Aufgabe des Korrekturlesens.

Ihnen allen gilt mein herzlichster Dank; ebenso meiner Frau Florence, geb. Koenigsberger, die während der mühevollen Geburtsstunden dieser Arbeit viel Geduld aufgebracht hat, wenn sie mich etwa zwei Jahre lang in jeder freien Minute zu meinen „Akten" laufen sehen mußte.

# SCHRIFTTUM


Anonym (Ludwig BÖRNE): Aktenmäßige Darstellung des Bürgerrechts der Israeliten zu Frankfurt am Main. Gedruckt bei W. Heidenheim in Rödelheim, 1816. Nachdruck des Amts für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Frankfurt am Main 1962.

BERNHARD, Joh. Adam: Geschichte der Hanauischen Judenschaft von ihrem Anfang biß hieher. Manuskript aus der Mitte des 18. Jahrhunderts, beigebunden dem sog. Dienerbuch im Besitz des Hanauer Geschichtsvereins e. V.

CORTI, Conte Egon Caesar: Der Aufstieg des Hauses Rothschild 1770 - 1830 und Das Haus Rothschild in der Zeit seiner Blüte 1830-1871, 2 Bände, Insel-Verlag, Leipzig 1927 und 1928.

GRAETZ, H.: Geschichte der Juden von den ältesten Zeiten bis auf die Gegenwart. 3. vermehrte und verbesserte Auflage. Bearbeitet von Dr. M. Brann, Leipzig, Oskar Leiner.

HALLO, Rudolf: Jüdische Volkskunst in Hessen. Festschrift der Sinai-Loge zu Kassel 1928.

HEINE, Heinrich: Heines Werke. Herausgegeben von Helene Hermann und Raimund Pissin. Deutsches Verlagshaus Bong & Co., Leipzig.

HENSCHKE, Werner: Bergen-Enkheim gestern und vorgestern. Zur Geschichte unseres Heimatorts. Artikel in: Bergen-Enkheim heute, hgg. vom SPD Ortsverein Bergen-Enkheim 1960.

HERLITZ, Georg und KIRSCHNER, Bruno: Jüdisches Lexikon. Ein enzyklopädisches Handbuch des jüdischen Wissens in vier Bänden. Jüdischer Verlag, Berlin 1928.

HERMANN, Johann Philipp Ludwig (ev.-ref. Pfarrer in Bergen von 1781-1813): Beschreibung des Kirchspieles Bergen, in mehrerer Hinsicht, als ein Versuch und Beitrag zur Hanau - Münzenbergischen Kirchengeschichte; Manuskript. Original (früher) im Besitz des Hanauer Geschichtsvereins e. V., Abschrift im Archiv des Evangelischen Pfarramtes Bergen.

HORWITZ, L.: Die Gesetze um die bürgerliche Gleichstellung der Israeliten im ehemaligen Kurhessen 1816 und 1833. Selbstverlag 1927.

KRACAUER, I.: Urkundenbuch zur Geschichte der Juden in Frankfurt am Main von 1150 - 1400. Verlag I. Kauffmann, Frankfurt am Main 1914.

derselbe: Die politische Geschichte der Frankfurter Juden bis zum Jahre 1349. Verlag I. Kauffmann, Frankfurt am Main 1911.

derselbe: Geschichte der Juden in Frankfurt am Main (1150 - 1824), 2 Bände. Verlag I. Kauffmann, Frankfurt am Main 1921 und 1924.

LÖWENSTEIN, Leopold: Das Rabbinat in Hanau nebst Beiträgen zur Geschichte der dortigen Juden. Jahrbuch der jüdischen literarischen Gesellschaft, Jahrgang 14, Frankfurt am Main 1921.

PHILANTHROPIN 1804 - 1904, Festschrift des Philanthropins, Realschule der israelitischen Gemeinde in Frankfurt am Main, 1904.

SCHÄFER, Martin: Bergen - Enkheim und Umgebung, hgg. von Martin Schäfer, Rektor in Bergen - Enkheim. Verlag Walter Schubert, Bergen-Enkheim 1938.

STRAUSS, Raphael: Urkunden und Aktenstücke zur Geschichte der Juden in Regensburg 1453 - 1738. C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung, München 1960.

WESSENDORFT, Karl: Unsere letzten jüdischen Mitbürger. Ein vernachlässigtes Stück Heimatgeschichte. Beilage „Aus der Heimat" zur Bergen-Enkheimer Zeitung 1960, Nr. 1 - 4 mit Nachtrag 1961, Nr. 1 - 4.

ZIMMERMANN, Ernst J.: Hanau Stadt und Land. Kulturgeschichte und Chronik einer fränkisch - wetterauischen Stadt und ehemaligen Grafschaft. Mit besonderer Berücksichtigung der älteren Zeit. Selbstverlag, Hanau 1903, Vermehrte Ausgabe 1919.

## HANDSCHRIFTLICHE QUELLEN

### Staatsarchiv Marburg:

Bestand 80. Hanau, Rub. L, Lit. C, Nr. 2 „Juden-Receptiones Amts Bergen, 1737 - 1765".

Bestand 80. Hanau, Rub. L, Lit. E, Nr. 2 „Juden-Schutz-Gelder und anderer Abgifften Erlaß- und Befreyungen in dem Amt Bergen, Tom. I, 1737-1767".

Bestand 81. Reg. Hanau, 181. „Judenschaftliche Sachen", XII. Amt Bergen, a. Receptionen, Ord. Nr. 1, 3, 4, 5, 8-9, 12-13, 15, 17, 19-20, 22, 39.

Bestand 81. Reg. Hanau, Lit. E 3 (Neustadt Hanau) XV Nr. 27 „Portugiesische Juden in Venedig. Tractation mit der Herrschaft, sich von Venedig nach Hanau zu begeben, 1606 - 1609".

Bestand 86. Hanauer Nachträge, „Judentabellen Amts Bergen" Nr. 9908 (1804), 9907 (1814), 9906 (1818), 9905 (1821), 9904 (1823), 9983 (1824), 9984 (1825); von den z. Zt. nicht auffindbaren Judentabellen der Jahre 1754, 1756 und 1764 standen früher angefertigte Abschriften für diese Arbeit zur Verfügung.

Protokollabteilung Bergen - Enkheim II, 14:
Sterberegister der Synagogen-Gemeinde Bergen, 1825-1874.

Standesbücher über Geburten und Todesfälle in der Synagogen-Gemeinde Bergen, 1849-1868.

### Stadtarchiv Frankfurt:

Juden Ugb. D 78 Nr. 119 (betr. Marum Löw, 27. März bis 2. Mai 1767)

Juden Ugb. D 73 Nr. 109 (betr. Joseph Löw, 16. Juli bis 2. September 1767)

Juden Ugb. D 73 Nr. 127 (betr. Joseph Löw, 31. Mai bis 12. Juni 1782)

### Stadtarchiv Hanau:

Kapitulationen, Verordnungen etc. in Bezug auf Juden im Hanauer Gebiet und im Kurfürstentum Hessen - Kassel.

### Gemeindeverwaltung Bergen-Enkheim:

Auszüge und/oder Abschriften aus dem 1945 verschwundenen „Gemeinde-Gerichts- und Rechnungsbuch" ab 1674, hergestellt von Rektor i. R. Martin Schäfer, früher Bergen, jetzt Gondsroth, Kreis Gelnhausen.

### Dokumente der früheren jüdischen Gemeinde Bergen:

Auszüge und/oder Abschriften aus Geburts- und Trauungsregistern; die Register selbst sind 1938 vernichtet worden oder verloren gegangen.

### Urkunden des Standesamtes Bergen - Enkheim

### Privaturkunden aus Familienbesitz

# EINLEITUNG

## Abschnitt I

## Abriß der Geschichte der Juden im Hanauer Gebiet bis 1600

### Kapitel 1

**Die ältesten archivalischen Nachweise**

Soweit wir wissen, gehören die Wetterau im allgemeinen und die Stadt Frankfurt und die Herrschaft Hanau im besonderen nicht zu den ältesten von Juden bewohnten Gebieten in Deutschland. Während Köln, Mainz, Speyer, Trier, Worms, Würzburg und andere Orte an Rhein, Main und Donau schon im frühen Mittelalter jüdische Gemeinden aufwiesen, deren Wurzeln z. T. bis in die Römerzeit zurückverfolgt werden können, hatte z. B. Frankfurt bis tief in das 12. Jahrhundert keine Judengemeinde innerhalb seiner Mauern. Kracauer, der hervorragendste Historiker der Frankfurter Juden, führt dies auf die Tatsache zurück, daß Frankfurts Wirtschaft damals hauptsächlich von der Landwirtschaft einerseits und dem bürgerlichen Handwerk andrerseits getragen wurde, deren Tätigkeit zwar den Warenumsatz steigerte, nicht aber den Handel als Mittler zwischen Erzeuger und Verbraucher. Damit war für die Juden, die zur Zeit der sächsischen und fränkischen Herrscher in Deutschland die hauptsächlichsten Träger des Handels waren, kein Anreiz gegeben, sich innerhalb Frankfurts dauernd niederzulassen[6]). Dieser Zustand änderte sich erst gegen Ende des 12. und zu Beginn des 13. Jahrhunderts, als die Bedeutung Frankfurts als Handelsstadt sich langsam abzuzeichnen begann und die Stadt Frankfurt die ersten Züge ihres späteren Charakters als eines der größten Handelszentren der Welt entwickelte. Juden kamen von Köln, Mainz, Trier, Speyer und Straßburg und ließen sich als Kaufleute und Geldleiher in Frankfurt nieder, ungefähr die einzigen Berufe, die ihnen in der ständisch gegliederten Stadt damals offenstanden. Die Judengemeinden in Frankfurt wurden im 13. und 14. Jahrhundert zweimal vernichtet, zuerst am 24. Mai 1241 (sogenannte erste Judenschlacht)[7]) und etwa 100 Jahre später, am 24. Juli 1348, durch die fanatisch-religiösen Geißlerscharen[8]). In den Jahren von 1349 bis 1360 waren anscheinend keine Juden in Frankfurt ansässig[9]).

---

[6]) I. Kracauer, Die politische Geschichte der Frankfurter Juden bis zum Jahre 1349. Beilage zum Programm des Philanthropins, Realschule und höhere Mädchenschule der israelitischen Gemeinde zu Frankfurt am Main. Ostern 1911. S. 1 (Künftig zitiert: Kracauer Pol. Gesch.).

[7]) ebd. S. 9.

[8]) ebd. S. 40.

[9]) Kracauer UB Vorwort S. V.

Das Schicksal der Frankfurter Juden hat für das uns hier interessierende Hanauer Gebiet wegen seiner räumlichen Nähe insofern Bedeutung, als die Juden in Frankfurt, die der Vernichtung entgehen konnten, sich wenigstens zum Teil in diejenigen Nachbargebiete Frankfurts geflüchtet haben dürften, deren Herren zu ihrer Aufnahme und ihrem Schutz bereit waren. Dazu gehörten auch — abgesehen von zwei zeitlichen Ausnahmen, mit denen wir uns später noch beschäftigen werden — die Herren von Hanau, die, zumindest als die Frankfurter Judenverfolgungen von 1348 einsetzten, bereits einige Zeit Juden in ihren Gebieten hatten. Ähnlich verhielt es sich übrigens mit den Herren von Eppstein, Kronberg, Falkenstein, Weilnau, Katzenelnbogen und Königstein.

In den Gerichtsbüchern Frankfurts werden im 14. Jahrhundert z. B. folgende Juden erwähnt:

von Kronberg: Jutta, Moses, Samuel („Sannel") und Süsskind[10]);

von Königstein: die Jüdin Selde, die Juden Thamar und Vivelin, welch letzterer 1328 als Bürger in Frankfurt aufgenommen wurde[11]);

von Hanau: Abraham von Hanauwe, „der juden lermeister", der 1332 zum Bürger in Frankfurt aufgenommen wurde[12]);

die Jüdin Sara von Hanau (1341)[13]);

Fuzse (auch „Fuchs") von Hanau (1365-1368)[14]);

Joseph von Hanau (23. 11. 1394)[15]);

Joselin von Hanau (1397)[16]);

die Jüdin Gele (auch Kele genannt) von Hanau (1398)[17]);

Samuel, auch „Sannel" von Hanau, in den Gerichtsbüchern von Frankfurt des Jahres 1400[18]);

von Bischofsheim: Samuel — auch „Sannel" oder „Sannewel" (1344 und 1394/95)[19]);

---

[10]) ebd. S. 897.

[11]) ebd. S. 417.

[12]) ebd. S. 313. — In einer bei H. Reimer, Urkundenbuch zur Geschichte der Herren von Hanau und der ehemaligen Provinz Hanau II, 1892, Nr. 329, S. 310 abgedruckten Urkunde von 1329 erscheint als Zeuge „. . . . dictus Leyrmeister iudeus in Haynawe", der mit obigem personengleich sein dürfte. Die früheste Erwähnung von Juden (Mehrzahl: apud iudeos) in Hanau findet sich ebenfalls bei Reimer (II, Nr. 116, S. 113) in einer Urkunde von 1313.

[13]) Kracauer UB S. 251.

[14]) ebd. S. 228, 230, 231 und 316.

[15]) ebd. S. 202, Nr. 433.

[16]) ebd. S. 842. — Es ist bezeichnend für den Zu- und Abgang von Juden zwischen Frankfurt und dem Hanauer Gebiet, daß dieser Joselin, „Bürger zu Hanauwe", der Sohn oder Stiefsohn des in seiner Zeit sehr bekannten Geldleihers in Frankfurt „Judenarzt Jacob" von Frankfurt war (Kracauer UB S. 141, Nr. 357, S. 145, Nr. 371), von dem wir später noch mehr hören werden.

[17]) ebd. S. 855, 863.

[18]) ebd. S. 851-854, 882.

[19]) ebd. S. 396, 278, 279.

von Windecken: Liebermann, „judeus de Wunecke“ (1347)[20];
Isaac von Wonnecken (1373 und 1375), auch „Isaac Rodichin von Wunneck“ genannt[21];
Mose — auch „Morsel“ und „Morele“ genannt — von Wonecken (1377)[22];
von Enkheim: „Moyses de Enkeym“ (1331)[23].

Die zuletzt angeführte Eintragung ist für unsere Untersuchung von besonderer Wichtigkeit, weil das Dorf Enkheim, das im übrigen noch heute eine Gemeinde-Einheit mit Bergen bildet, damals, zusammen mit Bergen, eine der 19 Ortschaften darstellte, die im Amt Bornheimer Berg zusammengefaßt und seit 1320 den Hanauern als Gericht gleichen Namens verpfändet waren für Geldbeträge, die sie dem Reich vorgeschossen hatten. Damit ist also der Beweis geführt, daß mindestens schon im Jahre 1331 in dem mit Bergen eine Verwaltungseinheit bildenden Enkheim Juden ansässig waren.

Neben diesen direkten Belegen für die frühe Existenz von Juden im Bereich der südlichen Wetterau gibt es eine Reihe indirekter Anhaltspunkte. Beispielsweise zeigt das älteste, erhalten gebliebene Verzeichnis von Steuern der königlichen Städte und der Judengemeinden in Deutschland vom Jahre 1241, daß damals bereits jüdische Gemeinden in der Wetterau,und damit also wahrscheinlich auch im Hanauer Gebiet, vorhanden waren: Die jüdischen Gemeinden in der Wetterau wurden nämlich mit einer Jahressteuer von 150 Mark veranschlagt, während die vier königlichen Städte folgende Steuern zahlen sollten: Frankfurt 250 Mark, Gelnhausen 200 Mark, Wetzlar 170 Mark und Friedberg 120 Mark. Von den Steuern der Städte sollte die Hälfte dem Kaiser — „domino imperatori“ zufließen, während die andere Hälfte zu ihrem eigenen Aufbau verwandt werden sollte („. . . ad edificia eorum . . .“)[24].

Zum anderen läßt der Landfriedensvertrag, den der Erzbischof Werner von Mainz, Gottfried der Aeltere von Eppstein, Graf Heinrich von Weilnau, Reinhard von Hanau, Philipp von Falkenstein und seine Söhne Philipp und Werner, Gerhard der Jüngere von Eppstein, Graf Eberhard von Katzenelnbogen und die Städte Frankfurt, Friedberg und Gelnhausen am 15. Mai 1265 geschlossen haben, zumindest die Vermutung zu, daß auch im Hanauischen damals bereits Juden ansässig gewesen sind: der Vertrag enthielt nämlich die Bestimmung, daß die den Landfrieden abschließenden Parteien sich gegenseitig verpflichteten, diejenigen in ihren Gebieten wegen Landfriedensbruch zu bestrafen, die Aufruhr gegen die Juden veranstalten oder sie sonst kränken sollten:

---

[20]) ebd. S. 424.

[21]) ebd. S. 529, 569.

[22]) ebd. S. 247, 249, 250.

[23]) ebd. S. 323. — Die fol. 5 a verzeichnete Eintragung in dem Gerichtsbuch von 1331 lautete: „Moyses de Enkeym, judeus consecutus est sr. Conzonem zu dem Frozkeller . . . 3 Pfund Heller cum damno . . .“

[24]) Monumenta Germaniae Legum Sectio IV, Constitutiones Tom. III (pars prior 1904) S. 1-5, unter „Notitia de precariis civitatum et villarum“; vgl. K r a c a u e r Pol. Gesch. S. 7.

„. . . Item, quia nonnulli effrenes homines in civitatibus plerumque — nec parcentes deo, in cuius passionis memoriam iudeos sustinet ecclesia sancta dei, nec eciam imperio deferentes, ad cuius cameram pertinere noscuntur — facile tumultuant et insultum faciunt contra eos, interdum ipsos inhumaniter et miserabiliter trucidantes, statutum est, quod siquis tumultuacionem vel insultum huius modi fecerit contra eos, is sicut pacis violator publicus puniatur . . ."[25]).

## Kapitel 2

### Die Herren von Hanau in ihren Beziehungen zu den Juden

Die Herren und Grafen von Hanau spielten im Mittelalter eine gewichtige Rolle als Stützen des Reiches. Mehr als einmal mußten sich dessen Herrscher an sie um Waffenhilfe und um Darlehen wenden, und die Anerkennung dieser Dienste sprach sich oft in der Verpfändung ihrer Einnahmen aus den Judensteuern aus, oder aber — was für die Kaiser billiger war — im Erlaß von Zinsen oder gar Kapitalgeldern, welche die Hanauer Herren den jüdischen Geldverleihern schuldeten.

Bereits am 6. Dezember 1286 wies König Rudolf von Habsburg, von Speyer aus, dem Herrn Ulrich I. von Hanau in Anerkennung seiner ihm und dem Reich geleisteten „treuen und erfolgreichen Dienste" 100 Mark kölnischer Denare an und verpfändete ihm die Hälfte des „Ungelts" zu Frankfurt und zu Gelnhausen und die Steuern der Juden in Gelnhausen[26]).

Kaiser Ludwig der Bayer erließ am 19. Juli 1336 Ulrich II. 1000 Pfund Heller von seiner Schuld gegen Frankfurter Juden[27]) und bestimmte etwa zwei Jahre später, am 16. September 1338, daß Ulrich II. von diesem Tage ab bis zum St. Martinstag (11. November) 1339 keine Zinsen von seinen an Frankfurter Juden geschuldeten Darlehen zu zahlen brauche und daß die jüdischen Gläubiger sich mit der Zahlung des Hauptgelds begnügen müßten[28]).

Zwischen dem Erlaß der 1000 Pfund Heller vom Jahre 1336 und dem Zinserlaß von 1338 lag ein wichtiges Ereignis, dessen Verlauf erneut Kaiser Ludwig dem Herrn von Hanau verpflichten mußte: Die sogenannte „König Armleder"-Bande, die raubend, plündernd und mordend in Mitteldeutschland herumzog und sich hauptsächlich die jüdischen Gemeinden zum Opfer erkor, war im Sommer 1337 in Würzburg eingefallen und hatte dort ihr blutiges Handwerk verrichtet. Als sie sich angeschickt hatte, nach Frankfurt weiterzuziehen, hatte sich der Rat der Stadt Frankfurt in seiner Ver-

---

[25]) Kracauer UB S. 2, Nr. 7 nach J. F. Boehmer-F. Lau, Urkundenbuch der Reichsstadt Frankfurt I, S. 122 ff., Nr. 254. Die Urkunde auch bei Reimer UB I, 1891, Nr. 401, S. 295 f.

[26]) Böhmer-Lau I, S. 250. — Kracauer UB S. 4, Nr. 12.

[27]) Kracauer UB S. 16, Nr. 57; ferner ders. Pol. Gesch. S. 28.

[28]) Böhmer-Lau II, S. 486, Nr. 645; Kracauer UB S. 19, Nr. 68; ders. Pol. Gesch. S. 28.

zweiflung an den Kaiser gewandt und ihn auch gebeten, die mächtigen Nachbarn Frankfurts um Hilfe gegen die Bande aufzurufen. Ludwig, damals in Bamberg, hatte sich daraufhin am 22.August an die mächtigsten Herren in der Umgebung Frankfurts gerichtet, nämlich an Ulrich II. von Hanau und den Herrn von Eppstein und sie „vast unde ernstlichen" gebeten, die Juden zu schirmen und bei einem etwaigen Versuch der Bande, in Frankfurt einzufallen, dies zu verhindern. Ein ähnliches kaiserliches Ersuchen war an den Erzbischof von Mainz ergangen. Die Armleder-Bande, die naturgemäß von diesen Vorkehrungsmaßregeln erfahren hatte, hatte daraufhin Frankfurt in Frieden gelassen[29]).

Kaiser Ludwig der Bayer ist am 11. Oktober 1347 gestorben. Sein Nachfolger, Karl IV., setzte die von seinen Vorgängern verfolgte Politik gegenüber den Herren von Hanau fort: Bereits im Dezember 1347, also kurz nach seinem Regierungsantritt, verpfändete er an Ulrich III. von Hanau für eine Schuld von 5000 Pfund Heller die Reichssteuer in Frankfurt. Die Stadt selbst sollte ihm 300 Pfund und die Frankfurter Judenschaft 200 Pfund jährlich bezahlen[30]).

Am 17. Oktober 1356 verlieh Kaiser Karl IV. an Ulrich III. von Hanau und seine Erben „zur Besserung ihrer Lehen" die „judenhovestad" Volmarshof, die „an der seiten geen der Brucken" in Frankfurt gelegen war[31]). Am 16. Dezember 1356 verlieh er weiter an Ulrich III. und seine Erben mit der gleichen Begründung eine weitere Judenhofstadt in Frankfurt[32]). Endlich überwies er an Ulrich III. in Anbetracht seiner großen Verdienste den Hauptzins, den sogenannten „güldenen Pfennig", von allen Juden in der Wetterau, einschließlich der vier königlichen Städte bis auf Widerruf: „. . . von ydem haupt der juden einen guldein alle dieweil wir . . . ym des gunnen und daz nicht widerruffen . . ."[33]).

Als König Wenzel 1390/91 einen allgemeinen Schuldenerlaß für christliche Schuldner gegenüber jüdischen Gläubigern anordnete und verfügte, daß die Gläubiger die Schuldbriefe und Pfänder zurückzugeben hätten, war Ulrich V. von Hanau einer der Nutznießer dieses Schuldenerlasses. Der Wenzelsche Schuldenerlaß für das Land Franken — einen ähnlichen erließ er auch für Schwaben — datiert Nürnberg, 16. September 1390, trägt den Titel: „Die gnade über die ledigung der judenschult"[34]).

In den über die Rückgabe von Schuldbriefen und Pfändern vom Rat der Stadt Frankfurt im Jahre 1391 angelegten Registern[35]) erscheint Ulrich von Hanau u. a. unter Nr. 3 des Registers, wonach der Jude Süsskind von Weinheim einen über 50 Gulden lautenden Schuldbrief des „Ulrich, herre

---

[29]) Kracauer Pol. Gesch. S. 29.

[30]) Kracauer UB S. 44, Nr. 120 und ders. Pol. Gesch. S. 33, 36.

[31]) Kracauer UB S. 61, Nr. 158.

[32]) ebd. S. 62, Nr. 160.

[33]) Reimer UB III, S. 390, Nr. 347. Kracauer UB S. 178, Nr. 73.

[34]) Stadtarchiv Frankfurt am Main, Untergew. E 43 und Kopialbuch Tom. VI, S. 136 b, Nr. 274; Kracauer UB S. 146, Nr. 372.

[35]) Stadtarchiv Frankfurt, Untergew. E 43 c.

zu Hanauwe" zurückgegeben habe[36]), und unter Nr. 127, wonach der Judenarzt Jacob von Frankfurt Schalen im Wert von 15 Gulden zurückerstattet habe, die ihm der gleiche Schuldner verpfändet gehabt hatte[37]).

In der Korrespondenz des Rates der Stadt Frankfurt mit christlichen Gläubigern über Rückgabe von Schuldbriefen und Pfändern im Zusammenhang mit diesem Schuldenerlaß[38]) befindet sich ferner eine Botschaft des Herrn von Hanau vom 12. Juni 1391, aus der sich ergibt, daß er auf Wunsch der Stadt Frankfurt zwei Bevollmächtigte gesandt hatte, um mit dem Rat „von unser armen lude und der juddin wegen" zu verhandeln. Diese scheinen sich zur Gegenseitigkeit bereit erklärt zu haben, d. h. wenn seine — des Hanauers — eigene Schulden und die seiner christlichen Untertanen gegenüber Frankfurter Juden als erlassen betrachtet würden, so solle mit Schulden von Frankfurter Christen gegenüber Juden in der Herrschaft Hanau ebenso verfahren werden[39]).

Kurz nach der sogenannten zweiten Frankfurter Judenschlacht (24. Juli 1348) fand auch unter Ulrich III. — wahrscheinlich als indirekte Folge der Geißlerscharen-Aufstände — eine Verfolgung der Juden im Hanauer Gebiet statt[40]). Es scheint, daß ähnlich wie in Frankfurt nach dieser Judenverfolgung jahrelang auch im Hanauer Gebiet keine Juden ansässig waren. Doch erscheinen auch in der Grafschaft Hanau bereits in den 60 er und 70 er Jahren des 14. Jahrhunderts urkundlich wieder Juden, von denen wir oben einige namentlich aufgezählt haben.

Die Rechtsstellung der Juden war noch lange Zeit nach dieser ersten Verfolgung im Hanauer Gebiet recht prekär:

Während die Juden bis etwa 1349 als Bürger (cives) bezeichnet worden waren und im allgemeinen den christlichen Einwohnern gleichgestellt gewesen sind, wurden sie nach ihrer Wiederzulassung in den letzten Jahrzehnten des 14. Jahrhunderts als „eine tief unter allen stehende Klasse angesehen, die willenlos allen Befehlen gehorchen mußten"[41]). Erst im 15. Jahrhundert wurde die Ansässigkeit von Juden in der Grafschaft Hanau von zeitlich beschränkten „Schutz- und Schirmbriefen" abhängig gemacht, und um diese Zeit kam in Hanau, wie in anderen deutschen Gebieten, die Bezeichnung „Schutzjude" auf, die erst in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts aufgegeben wurde. Trotz der offiziellen herrschaftlichen Schutzbriefe tauchten in der Hanauer Grafschaft noch gelegentlich Verfolgungen auf, die meist auf religiöser Verhetzung beruhten. Der bekannteste dieser Fälle, der allerdings nach Frankfurt hinüberspielt, ist der Prozeß gegen den Frankfurter Schuster Henrich Bry (auch Brie genannt), der damit endete, daß Bry am 4. November 1504 in Hanau aufs Rad geflochten wurde.

---

[36]) Kracauer UB S. 162.

[37]) ebd. S. 171, vgl. auch S. 155, Nr. 383.

[38]) Stadtarchiv Frankfurt, Reichssachen Nr. 308, 1 - 11.

[39]) Kracauer UB S. 158, Nr. 8.

[40]) Zimmermann S. 481.

[41]) ebd. S. 482.

Bry hatte in Frankfurt sein Stiefkind ermordet und war nach der Tat nach Hanau entflohen. Im Laufe der Vernehmungen hatte er in Hanau angegeben, er habe einem Frankfurter Juden namens „Gumpchen" das Blut des Kindes für rituelle Zwecke verkauft. Der „Ritualmord" in Trient lag noch nicht lange zurück, und die Frankfurter Behörden nahmen die Beschuldigung so ernst, daß sie Gumpchen gefangen setzten und durch Folterungen zu einem Geständnis zu bringen versuchten. Als ihnen das mißlang, wurde der Leichnam des Kindes mehrfach exhumiert, und die ärztlichen Untersuchungen ergaben die völlige Unwahrheit der Blutbeschuldigung. Gumpchen wurde schließlich entlassen, und der Mörder gestand kurz vor seiner Hinrichtung, daß er die Beschuldigung erfunden hatte, weil er glaubte, damit seine Verteidigung erleichtern zu können[42]).

Die Steuern und Abgaben der Juden wurden nach der ersten Hanauer Judenverfolgung stark vermehrt. Während die Reichssteuern (z. B. der „Güldene Pfennig", die Kronsteuer, eine Sonderabgabe bei Kaiserkrönungen, die gelegentlich auch der „dritte Pfennig" oder „die Ehrung und der dritte Teil" genannt wurde) nach und nach im 16. Jahrhundert in Wegfall gerieten, wurden die landesherrlichen Steuern und Schatzungen und die Sonderabgaben an die Gemeinden immer zahlreicher.

Da war zunächst das „Schutzgeld" für die alle drei Jahre zu erneuernde Stättigkeit; hinzu kamen: die Aufnahmetaxe bei der Rezeption in den landesherrlichen Schutz; das Abzugsgeld, wenn der Schutzberechtigte den Schutz aufgeben und wegziehen wollte; der Leibzoll (näheres hierüber später); der Bodenzins oder „Judenbede"; Schatzungen für Kriegsfälle oder sonstige Katastrophen.

Unter diese letzte Gruppe fällt z. B. das „Türkengeld", das erhoben wurde, um der Gefahr des Türkeneinfalls zu begegnen, und das „Hossengeld" in der Zeit der Hussiten.

Aus einem erhalten gebliebenen Voranschlag für die Türkensteuer etwa um 1527 ergibt sich, daß die verhältnismäßig geringe Anzahl der Juden der Grafschaft, die außerhalb der Stadt Hanau lebte, zu der Gesamtsteuer für die ganze Grafschaft von 13 594 Gulden die Summe von 380 Gulden beizusteuern hatte[43]).

Andere kleinere landesherrliche Abgaben wie das Kleppergeld, das Federlappengeld und das Neujahrsgeld, mit denen wir uns für die spätere Zeit noch eingehender zu beschäftigen haben werden, waren auch im 15. und 16. Jahrhundert schon in Anwendung[44]). Das gleiche gilt für die aus dem Mittelalter stammende merkwürdige Verpflichtung der Juden in Bergen, dem Pfarrer jährlich zwei silberne Löffel zu geben[45]).

---

[42]) ebd. S. 124 ff., 697.
[43]) ebd. S. 807.
[44]) ebd. S. 486 ff.
[45]) ebd. S. 185.

Unter den Gemeindesteuern war das „Judengeld", später „Juden-Statutengeld" genannt, eine Art Logiergerechtigkeit für die Übernachtung fremder Juden. Zimmermann zitiert aus den Rechenbüchern der Stadt Hanau Beispiele für die Eingänge dieser Steuer in den Jahren 1556, 1602 und 1605[46]). Eine weitere Gemeindesteuer in Bergen, das „Wachtgeld", wird uns an anderer Stelle noch eingehender beschäftigen.

Die Juden in der Grafschaft Hanau waren noch bis zum 17. Jahrhundert nicht nur de jure, sondern auch de facto zum Tragen des gelben Ringes an ihrem Oberkleid verpflichtet, wie dies um dieselbe Zeit auch in vielen anderen Teilen des Reiches der Fall war. Im Hanauer Gebiet scheint jedoch gegen diese Vorschrift selbst vor ihrer de facto-Aufhebung häufig verstoßen worden zu sein, da das Gebot häufig in Erinnerung gebracht werden mußte, wie z. B. 1549, 1564, 1603 und 1616[47]).

Vom Grund- und Hausbesitz waren die Juden nach 1349 im Prinzip ausgeschlossen, doch konnte hiervon „Dispensation" vom Landesherrn erteilt werden. Möglicherweise wurde die Vorschrift selbst ohne diese Dispensation nicht immer befolgt. Es sind jedenfalls urkundliche Belege für Grund- und Hausbesitz von Juden in der Grafschaft Hanau aus den Jahren 1543, 1563 und 1580 vorhanden[48]). Bereits 1446 hatten Salomon und seine Frau Hanna von Windecken dort einen Hof mit Haus und Scheuern, den sie zusammen mit ihrem Hafervorrat und 1 200 Gulden in bar dem Grafen Reinhard II. als Busse für angebliche „Frevel" abliefern mußten, damit sie ihre Freiheit wiedererlangen konnten, nachdem dieser sie ins Gefängnis geworfen hatte[49]).

Wie in anderen Teilen Deutschlands war auch in der Grafschaft Hanau das Berufsleben der Juden nach der großen Verfolgung äußerst eingeengt. Sie konnten kein Handwerk ausüben[50]) und waren im wesentlichen auf den Handel und auf Zinsgeschäfte angewiesen. Selbst beim Handel waren ihnen Beschränkungen auferlegt; so durften sie bestimmte Waren überhaupt nicht führen, während ihnen für andere — z. B. feine Tuche — durch Sonderzölle das Geschäft reichlich erschwert wurde. Auch durften sie keine offenen Ladengeschäfte betreiben, und der Hausierhandel war ihnen entweder ganz untersagt oder wenigstens erschwert. Nach und nach blieb ihnen daher — außer dem Geldgeschäft auf Zinsen — nur der Viehhandel, der Handel mit Altwaren, gewissen Lebensmitteln u. ä. offen.

Ganz gelegentlich tauchen vereinzelte Angehörige anderer Berufsarten auf. So gab es einen Goldschmied Salmon in Hanau, dem 1539 das Recht zur Ausübung der Goldschmiedekunst auf drei Jahre verlängert wurde. Einem Glaser, Joseph Gumprecht aus Frankfurt, wurde 1566 das

---

[46]) ebd. S. 295.

[47]) ebd. S. 494.

[48]) ebd. S. 493.

[49]) ebd. S. 485.

[50]) Zünfte waren im Mittelalter in Hanau nicht vorhanden. Sie wurden erst nach der Neustadtgründung (1597) gebildet und erhielten erst im 17 Jhrh. ihre Ordnungen. Juden wurden nicht aufgenommen.

Recht gewährt, in Kesselstadt das Glaserhandwerk zu betreiben[51]). Auch jüdischen Ärzten wurde gelegentlich, wie in anderen Gegenden des Reichs, offenbar weil man sie für besonders geschickt in diesem Berufe hielt, die Ausübung der ärztlichen Praxis gestattet. Wir werden für Frankfurt später noch auf den aus Straßburg stammenden „Judenarzt" Jacob zu sprechen kommen. Ein anderer, in Frankfurt etwas später als Jacob tätiger Wundarzt war Salman Pletsch von Regensburg, der bereits in den Gerichtsbüchern Frankfurts für das Jahr 1392 erwähnt wird[52]), und den die Stadt Frankfurt am 18. Juni 1394 für ein Jahr vertraglich verpflichtete, seine Dienste in den städtischen Krankenhäusern gegen eine Vergütung von 36 Gulden und 6 Ellen Tuch zur Verfügung zu stellen[53]).

Ein späterer „Judenarzt" aus Frankfurt, namens Moses, war der behandelnde Leibarzt des Grafen Philipp II. von Hanau (gestorben 1529), der ihm zum Ausdruck seiner besonderen Zufriedenheit mit seinen ärztlichen Diensten ein halbes Fuder Wein als jährliche Gabe letztwillig vermachte[54]). Für diesen Arzt Moses, den nicht nur Philipp II. von Hanau, sondern auch andere Grafen in der Nähe Frankfurts als ihren Leibarzt in Anspruch nahmen, erließ der Rat 1528 einen besonderen förmlichen Beschluß, der anordnete, daß ihm auch in später Nachtstunde die Tore Frankfurts geöffnet werden müßten, wenn er von seinen Berufsreisen zurückkam[55]).

Bereits etwa 75 Jahre früher, nämlich im Jahre 1454, mußte ein Jude Lazarus aus Babenhausen („Bobenhaußen") dem Grafen Philipp dem Jüngeren von Hanau, der 1452 unmündig zur Regierung gelangt war und selbständig von 1467-1500 regierte, „artzney verschreiben"[56]).

In den Z i n s h a n d e l waren die Juden im Hanauischen, wie anderwärts, nolens volens gedrängt worden, um eine Lücke wirtschaftlicher Notwendigkeit auszufüllen. Nach den kirchenrechtlichen Bestimmungen war den Christen das Nehmen von Zinsen zu einem höheren Satz als 5 Prozent als wucherisch verboten. Andrerseits war ein solcher Zinssatz bei den Risiken dieser Zeit wirtschaftlich unmöglich niedrig. Die Juden mußten nicht nur die häufige Uneintreibbarkeit von einigen ihrer Forderungen in Kauf nehmen (wie z. B. gegen ihre eigenen Schutzherren), sondern auch die Tatsache, daß gelegentlich individuelle oder allgemeine Schuldenerlasse als „Gnaden" vom Kaiser zugunsten christlicher Schuldner angeordnet wurden. Wir haben bereits oben den berühmtesten der allgemeinen Schuldenerlasse erwähnt, nämlich den des Königs Wenzel zu Ende des 14. Jahrhunderts. Auch auf individuelle Schuldenerlasse zugunsten von Hanauer Herren und zu Lasten der Frankfurter jüdischen Gläubiger haben wir schon hingewiesen. Ein Zinssatz von 30-50 Prozent p. a. im 14. und 15. Jahr-

---

[51]) Z i m m e r m a n n S. 492.

[52]) ebd. S. 780.

[53]) K r a c a u e r UB S. 199, Nr. 428.

[54]) Z i m m e r m a n n S. 494.

[55]) ebd. S. 272; K r a c a u e r, Geschichte der Juden in Frankfurt am Main (1150-1824) Band II S. 257 f. (im folgenden zitiert: Kracauer, Gesch. J. I und II).

[56]) Z i m m e r m a n n S. 272.

hundert, wie er bei Juden im Hanauer Gebiet, wie auch in Frankfurt und anderwärts gebräuchlich war, war daher unter Einschluß der hohen Risikoprämie an sich nicht unangemessen. Im Hanauischen wurde im Wege der landesherrlichen Verfügung der Zinssatz zu Beginn des 16. Jahrhunderts auf einen Maximalsatz von 25 Prozent beschränkt[57]). Außerdem wurde von der gräflichen Regierung immer wieder versucht, den Juden die Zinsgeschäfte unmöglich zu machen oder zu erschweren. So wurde z. B. den christlichen Bewohnern des Amtes Bornheimer Berg, zu dem auch Bergen gehörte, im Jahre 1537 „bei Strafe an Leib und Gut" verboten, bei Juden etwas zu entleihen und ihre jetzigen „wucherlichen Schulden" an die Juden bis auf anderweitige Verfügung zu bezahlen[57]). Die Vormünder des Grafen Philipp Ludwig I. von Hanau erwirkten 1570 von Kaiser Maximilian II. einen Freibrief „wider der Juden wucherische Contract"[58]), der die Vormünder vielleicht ein Douceur, aber sicher Maximilian II. nichts gekostet hat.

Wenn es um 1590 zu einer zweiten Judenverfolgung in der Grafschaft Hanau gekommen ist, so lagen dem folgende Ursachen zugrunde:

Die christliche Bevölkerung, vor allem die Schuldner der jüdischen Geldgeber, sahen natürlich nicht die Geldgeschäfte in ihrer vollen Bedeutung. Sie wußten nur, daß sie an ihre Gläubiger einen ihnen unmäßig hoch erscheinenden Zinssatz zu bezahlen hatten. Hinzu kam, daß die christlichen Kaufleute sich von der jüdischen Konkurrenz bedroht fühlten, weil die jüdischen Kaufleute sich nicht immer an die ihnen auferlegten Restriktionen hielten.

Weiter aber wurde die Situation gegen Ende des 16. Jahrhunderts durch die Hetze religiöser Fanatiker verschärft, die die ohnedies bereits bestehende Abneigung gewisser Kreise gegen Juden aus wirtschaftlichen Gründen mit ihrer eigenen Hetze weiter anfachten. Die Seele dieser judenfeindlichen Bewegung aus religiösen Gründen, die in den achtziger Jahren des 16. Jahrhunderts einsetzte, war einer der vier Vormünder des unmündigen Grafen von Hanau, nämlich Graf Johann der Ältere von Nassau. Während die beiden Mitvormünder aus der Linie Hanau-Lichtenberg (Philipp der Ältere und Philipp der Jüngere) sich dem Vorgehen gegen die Juden mit der Begründung widersetzten, man könne nicht einfach die Juden aus dem Lande verweisen, in dem sie 300 Jahre gewohnt hätten, nur weil sie Juden und nicht Christen seien, und weil außerdem eine solche durchgreifende Maßnahme der Entscheidung des jungen Grafen vorbehalten bleiben müsse, wenn er mündig sei, war der vierte Mitvormund, Graf Ludwig von Sayn-Wittgenstein, eher geneigt, Johann von Nassau zu folgen. Er riet aber an, man möchte sich zuvor bei dem Pfalzgrafen Friedrich erkundigen, wie dieser es kurze Zeit vorher angestellt habe, die Juden aus der Pfalz auszuweisen, ohne den kaiserlichen Zorn wegen dieses Vorgehens gegen seine „Kammerknechte" auf sich zu laden.

---

[57]) ebd. S. 489.

[58]) ebd. S. 490.

Johann von Nassau, ein Zelot seines reformierten Übereifers und von der abergläubischen Überzeugung durchdrungen, daß das frühe Absterben der Hanauer Grafen[59]), die Pest im Lande und andere Kalamitäten auf jüdische Hexerei zurückzuführen seien, riß schließlich in seinem Fanatismus die übrigen Vormünder mit: Am 23. September 1588 wurde ein Dekret der Vormünder erlassen, mit den Juden vor ihrer „Abschaffung" Abrechnung zu halten, und am 24. September 1591 wurde der endgültige Ausweisungsbefehl für alle Juden der Grafschaft Hanau erlassen[60]).

Dieser Ausweisungsbefehl kam anscheinend nur unvollständig zur Durchführung, denn als im Jahre 1603 Graf Philipp Ludwig II. eine den Juden für ihr Fortkommen günstige Ordnung schuf, waren noch Juden in der Grafschaft ansässig, die v o r den Maßnahmen der Vormünder dort seßhaft gewesen waren.

Graf Philipp Ludwig II. war ein gescheiter, weitblickender und unternehmungslustiger Mann, der zwar von der Voreingenommenheit seiner Periode gegenüber Juden verhältnismäßig frei war, aber dessen Handlungen auch darauf beruhten, daß er seinen eigenen Vorteil in geschickter Weise zu wahren verstand. Er erkannte nicht nur die Einträglichkeit des Judenregals, sondern glaubte auch, daß die Ansässigkeit fleißiger und wohlhabender Juden an sich bereits dem Lande — d. h. ihm selbst — nützlich sein müsse. Er errichtete den Juden eine eigene Gasse in Hanau, erlaubte ihnen den Bau einer Synagoge und nahm sie gegen Verfolgungen von innen und außen tatkräftig in Schutz[61]). Bis zu diesen neuen Maßnahmen Philipp Ludwigs II. hatte W i n d e c k e n den bedeutendsten Rang unter den Hanauischen Judengemeinden eingenommen, wo schon etwa 250 Jahre vor dem Bau der Hanauer Synagoge, nämlich im Jahre 1353, eine Judengasse urkundlich erwähnt wird. Auch die wichtigste Synagoge im Hanauer Gebiet hatte sich bereits mindestens im 14. Jahrhundert dort befunden[62]). Unter der Regierung des Grafen Philipp Ludwig II. verschob sich nun das Hauptgewicht jüdischer Ansiedlung immer mehr von den kleineren Plätzen, einschließlich Windeckens mit seiner jahrhundertealten Gemeinde, nach Hanau. Wir werden später im Hauptteil dieser Arbeit noch auf die Regierungszeit Philipp Ludwigs II. (1595-1612) zurückkommen, einmal weil

---

[59]) Am 9. Juni 1523 hatte Philipp von Hanau-Münzenberg die Gräfin Juliana von Stolberg geheiratet, die später durch ihre zweite Ehe mit dem Grafen Wilhelm dem Reichen von Nassau die Ahnfrau des Hauses Oranien-Nassau wurde; bereits am 28. März 1529 starb Philipp von Hanau, 28-jährig, an der „furchtbaren Krankheit" (Lungentuberkulose?), der von da an alle Grafen von Hanau-Münzenberg bis zum Aussterben des Herrscherhauses im Mannesstamm 1642, erlagen. (Vgl. Z i m m e r m a n n S. 266).

[60]) Z i m m e r m a n n S. 500 f.

[61]) ebd. S. 483, 504, 507 ff. — Bereits in ganz jungen Jahren hatte der Graf sein staatsmännisches Format in der Behandlung von Minderheiten bei der Aufnahme der aus ihren Stammlanden vertriebenen niederländischen und wallonischen Reformierten gezeigt. Seine dabei — trotz des Widerstandes einiger seiner Beamten — bewiesene Weisheit und sein Geschick bei diesen Verhandlungen sind von H. B o t t in dem Aufsatz „Beiträge zur Gründungsgeschichte der Neustadt Hanau" (Han. Geschichtsblätter Nr. 18, 1962, S. 55 ff.) in hervorragender Weise geschildert worden. Ähnliche Erwägungen wie bei der Aufnahme der Reformierten mag der junge Graf auch bei der Behandlung der Juden angestellt haben.

[62]) ebd. S. 479.

sie ins 17. Jahrhundert — und damit in unsere eigentliche Berichtszeit — hineinreicht, und zum anderen, weil die von ihm eingeführte Behandlung der Juden im wesentlichen von seinen Nachfolgern bis 1736 fortgesetzt wurde.

Zum Abschluß dieses Kapitels möge noch kurz die zivil- und strafrechtliche Sonderstellung der Hanauer Juden nach der ersten Judenverfolgung am Ende des 16. Jahrhunderts gestreift werden, da einige der alten Rechtsvorschriften die Stättigkeitsverordnung von 1603 und die späteren Hanauer Judenkapitulationen entweder überdauerten oder in diese übernommen wurden.

Wenn bei Streitfällen beide Parteien Juden waren, so entschied in zivilrechtlichen Streitigkeiten im Prinzip das Rabbinatsgericht; dem verlierenden Teil stand in der älteren Zeit das Evokationsrecht an den König zu[63]). Zivilrechtliche Klagen von Juden gegen Christen der Herrschaft oder Grafschaft Hanau mußten vor den ordentlichen Hanauer Gerichten angebracht werden[64]). Für Klagen von Christen gegen Juden war in älterer Zeit die gräfliche Kanzlei, nicht das Stadtgericht, zuständig[65]). Später waren Schuldklagen von Christen gegen Juden in erster Instanz vor den jeweiligen Amtmann von Bücherthal oder den Schultheißen der Altstadt Hanau anzubringen; in zweiter Instanz hatte die gräfliche Kanzlei zu entscheiden.

Bei strafrechtlichen Vergehen von Juden unter Hanauer Jurisdiktion unterstanden die Angeklagten, ebenso wie die anderen „Ungläubigen", nicht dem Femgericht. Dagegen unterstanden sie an sich neben den weltlichen Gerichten auch den geistlichen Gerichten. Der Sitz des geistlichen Gerichts war Mainz als der Sitz des kirchlichen Oberhaupts des Erzbistums. Doch wurde Juden oft Befreiung von den kirchlichen Gerichten erteilt, und es verblieb dann bei der Zuständigkeit der weltlichen Hanauer ordentlichen Gerichte.

Strafen gegen Juden scheinen im allgemeinen strenger ausgefallen zu sein als gegen Christen, die das gleiche Vergehen begangen hatten[66]). Die Hinrichtung von Juden geschah in besonders schimpflicher Weise am Galgen derart, daß der Verurteilte mit dem Kopf nach unten hängend zwischen zwei lebenden Hunden aufgehängt wurde und in dieser Lage belassen wurde, bis er seinen Geist aufgab, was oft mehrere Tage beanspruchte. Zimmermann berichtet über zwei solche Hinrichtungen, beide wegen Diebstahls[67]). Für den ersten Fall, der 1499 stattgefunden haben soll, bezieht er

---

[63]) ebd. S. 483.

[64]) ebd. S. 484.

[65]) ebd. S. 486.

[66]) So wurden z. B. noch am 9. Oktober 1733, also kurz vor der sogen. „Aufklärungsperiode", einem Juden Jakob Meyer aus Ober-Asphe im Hessen-Darmstädtischen die zwei vordersten Finger seiner rechten Hand durch den Nachrichter abgeschlagen, weil er die Urfehde gebrochen hatte, d. h. trotz förmlichen Versprechens, das Hanauer Gebiet nicht mehr zu betreten, dort aufgegriffen worden war. Auch wurde ihm angedroht, daß er im Wiederholungsfalle „denen Kreisschlüssen gemäß" zum Galgen verurteilt werden würde. (Zimmermann S. 754).

[67]) a. a. O. S. 485 f.

sich auf Grotefend, Quellen zur Frankfurter Geschichte I, S. 64, für den zweiten Fall, der sich am 18. August 1588 in Bergen abspielte, auf Schudt, Jüdische Merkwürdigkeiten, 1714 und 1717. In dem Berger Fall von 1588 lebte der gehängte Jude sieben Tage und widerstand allen Bekehrungsversuchen, obwohl ihm der Glaubensübertritt wahrscheinlich das Leben gerettet hätte. Als „Vergünstigung" wurde gestattet, daß seine Glaubensgenossen Tag und Nacht bei ihm am Galgen bleiben, mit ihm reden und ihm „aufwarten" durften, bis er den Geist aufgab. Es scheint, daß zuweilen für die Hinrichtung von Juden in der damaligen Zeit oder kurze Zeit darauf besondere Galgen verwandt wurden. Darauf deutet der 1602 in Bergen errichtete „Judengalgen" hin, während für die Hinrichtungen im allgemeinen der Galgen auf der Berger Warte, zu dem der „Armesünderweg" führte, benutzt wurde (letztmals im Jahre 1818)[68]).

## Kapitel 3

### Die Juden in Bergen bis zum Beginn des 17. Jahrhunderts

In dem vom Verfasser untersuchten Urkundenmaterial des 13. und 14. Jahrhunderts hat er keine Namen von Juden in Bergen selbst gefunden.

Im Frankfurter Stadtarchiv sind mehrere Juden von „Burg" für diese Zeit belegt, das auch gelegentlich „Burke" genannt wird. So erscheinen mehrfach Gerson (auch „Kirson" oder „Kirsan"), der 1328 zum Bürger von Frankfurt aufgenommen wurde[69]), und Samuel (auch „Sannel") von Burg, der 1342 als Bürger ins Bürgerbuch von Frankfurt eingetragen wurde[70]). In den Gerichtsbüchern Frankfurts der Jahre 1343, 1346 und 1348 erscheint eine Jüdin Jutta von Burg[71]), in den Gerichtsbüchern von 1347 und 1349 ein Jude Salman von Burg[72]). Gerson oder Kirson scheint einer der bedeutendsten Finanzleute Frankfurts in den Jahren 1335-1345 gewesen zu sein, wie die zahlreichen Eintragungen in den Gerichtsbüchern Frankfurts ausweisen[73]).

Es wäre nicht ausgeschlossen, daß „Burg" identisch mit Bergen (oft auch „Berg" genannt) gewesen wäre. Jedenfalls konnte auch Kracauer „Burg" nicht mit Sicherheit identifizieren. Er glaubt, es handle sich um einen „Ort unbestimmter Lage" im späteren Regierungsbezirk Wiesbaden, möglicherweise im Dillkreis[74]). Es soll nicht verhehlt werden, daß auch der Verfasser nicht ganz von der Identität „Burgs" mit Bergen überzeugt ist,

---

[68]) Bergen-Enkheim und Umgebung, Heimatkundl. Bilder etc., hgg. von Martin Schäfer, 1938 (künftig zitiert: Heimatbuch Bergen-Enkheim), S. 7 (W. Koch, M. Schäfer, K. Weil).

[69]) Kracauer UB S. 312.

[70]) ebd. S. 314.

[71]) ebd. S. 393, 413, 422, 443, 448.

[72]) ebd. S. 428, 448.

[73]) ebd. S. 325, 328, 331, 332, 338, 342, 350, 352, 357/59, 361, 408.

[74]) ebd. Register S. 928.

obwohl er sie für möglich hält, da in den Urkunden dieser Zeit ein und derselbe Ort mit fünf, sechs verschiedenen Schreibweisen vorkommt; immerhin erscheint Bergen in den zahlreichen Schuldurkunden christlicher Schuldner gegenüber Frankfurter Juden, von denen hiernach eingehend zu sprechen sein wird, immer wieder als „Bergen", „Bergin", „Bergk" oder „Berg", nicht aber als „Burg".

Wie dem auch sei: Wir haben sehr gewichtige Indizien anderer Art für die Ansässigkeit von Juden in Bergen im 13. - 14. Jahrhundert, die wir nachstehend erörtern wollen.

Unter den Juden des 14. Jahrhunderts im Hanauer Gebiet haben wir oben bereits den Moses („Moyses") von Enkheim erwähnt, dessen Existenz durch eine Eintragung in den Gerichtsbüchern Frankfurts vom Jahre 1331 nachgewiesen ist. Da Bergen und Enkheim bereits damals als Gemeindeeinheit zu dem an die Hanauer Herren verpfändeten Amt Bornheimer Berg gehörten, da ferner Enkheim von Bergen nur durch einige Minuten Fußwegs getrennt liegt, kann allein aus dieser jüdischen Existenz in Enkheim mit einer an Sicherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit geschlossen werden, daß mindestens zur gleichen Zeit sich auch Juden in Bergen befunden haben dürften. Dies um so mehr, als Bergen als Amtssitz und mit seiner größeren Bevölkerung einen weit stärkeren Anreiz für jüdische Niederlassungen geboten haben sollte als das viel unbedeutendere, im Ried gelegene Enkheim. In den im Hauptteil dieser Arbeit zu erörternden Urkunden wird immer wieder — wenn auch erst im 17. und 18. Jahrhundert — die althergebrachte Bedeutung Bergens für den Viehhandel unterstrichen. Zumindest in dieser allerdings etwa 200-300 Jahre späteren Periode waren die Juden Bergens bedeutende Lieferanten der Hanauer und Frankfurter Metzger, und ihr Handel erstreckte sich, wie wir sehen werden, in erheblichem Umfang und für namhafte Beträge bis nach Straßburg. Nach allen Erfahrungsgrundsätzen baut sich ein solcher Handelszweig von Bedeutung in einer Ortschaft nicht in kurzer Zeit auf. Es kann daher unbedenklich angenommen werden, daß der Viehhandel von Juden in Bergen, zumindest in seinen Anfängen, schon sehr lange Zeit v o r der uns im Hauptteil interessierenden Zeitspanne betrieben worden ist; dies umso mehr, als der Viehhandel bereits im 14. Jahrhundert den Juden der Grafschaft Hanau von den Hanauer Herren als eine ihrer Haupt-Ernährungsquellen eingeräumt worden war.

Eine sorgfältige Prüfung des Urkundenmaterials des Frankfurter Stadtarchivs aus dem 14. Jahrhundert, das Kracauer in seinem Urkundenbuch in bewundernswerter Weise zusammengestellt hat, ergibt eine auffällig hohe Anzahl von Darlehen Frankfurter Juden an Berger Christen. Daß Edelleute, wie Sibold Schelm von Bergen oder der Edelknecht Heinrich Rumpenheimer von Bergen, ihren Geldbedarf bei Frankfurter Juden gedeckt haben, ist nichts Ungewöhnliches: Der ganze Adel der Umgegend, angefangen beim Kurfürsten von Mainz und den mächtigen Grafen von Hanau, bis zu den kleinen Landadeligen — und keineswegs unter Aus-

schluß der Damen — erscheinen in den individuellen Schuldbriefen der Zeit und in den mehr summarisch gehaltenen Eintragungen in den Gerichtsbüchern der Stadt Frankfurt aus dem 14. Jahrhundert als Schuldner von Frankfurter Juden. Dagegen ist es in der Tat auffallend, daß das Dorf Bergen selbst, sein Schultheiß Gerlach („scultetus Gerlacus"), viele Heimbürger, Handwerker, Bauern und sogar aus dem Bürger- und Bauernstand stammende einfache Frauen zu den Frankfurter Darlehensgebern ihre Zuflucht genommen haben. Bevor wir aus dieser merkwürdigen Tatsache unsere Schlußfolgerung ziehen, und zugleich um ihr eine festere Grundlage zu unterlegen, seien hier einige dieser Darlehensverträge etwas näher wiedergegeben:

Im Frankfurter Insatzbuch Tom. I, 5, b im Frankfurter Stadtarchiv ist eine Urkunde vom 17. Januar 1336 verzeichnet, die Kracauer in seinem Urkundenbuch auszugsweise wie folgt wiedergibt[75]):

„Johan Hunkelin, Wigand, Bruder des Lotze, und Wigand, genannt Gänsebruder, aus Bergen versprechen dem Juden Samuel von Frankfurt, der vor der Brücke wohnt, 17 Pfund Heller in drei Terminen zu zahlen. Wird ein Zahlungstermin versäumt, so soll der Richter in Bergen dem Samuel Leibesbürgen und Pfänder („tam in corpore quam in rebus") zu seiner Sicherheit verschaffen. Sollte er sich dessen weigern, so soll ein Frankfurter Richter mit Samuel nach Bergen gehen und dort die Sicherheiten nehmen . . ."

Im Rechenbuch der Stadt Frankfurt des Jahres 1375 erscheint unter dem 1. Dezember 1375 eine Eintragung, aus der sich ergibt, daß die Dörfer am Bornheimer Berg den Frankfurter Juden 30 Gulden und Zinsen schuldig waren[76]).

In einem Schuldbrief vom 13. Januar 1380 erkennen Hartmut Geltmar und Folkers, Folzes Sohn, aus Bergen und andere Leute an, dem Juden Fifelin aus Frankfurt (Fifelin von Dieburg) 15 Gulden und 2 1/2 Ohm Wein schuldig zu sein[77]).

In einem ebensolchen vom 16. Januar 1385 erscheinen als „Sachwalter" für die schuldnerische Ortschaft Bergen: Hartmut Geltmar, Konrad Rode, Henne Hinkel („Hünckel"), Contze, Sohn Folzes von Enkheim, Heinz Albrecht, Gerlach Fiens Sohn, Dile Debecker (Daubecker), alle aus Bergen. Sie erkennen an, dem Judenarzt Jakob von Frankfurt 31 Gulden zu verschulden, die sie mit zwei jungen Hellern wöchentlich pro Gulden zu verzinsen versprechen[78]).

In einem anderen Schuldbrief vom 2. November 1387 gewährt der gleiche Gläubiger, Judenarzt Jakob von Frankfurt, ein Darlehen von 14 Gulden an Bechtold Becker, Gerlach Fiens Sohn, Hartmann Glockner

---

[75]) ebd. S. 56.

[76]) ebd. S. 244.

[77]) ebd. S. 113, Nr. 286.

[78]) ebd. S. 124, Nr. 313.

und Edelknecht Heinrich Rumpenheimer, alle aus Bergen, als Solidarschuldner[79]).

Dem gleichen Gläubiger Jakob schulden nach einem Schuldbrief vom 24. Dezember 1387 den Betrag von 24 Gulden die folgenden Schuldner aus Bergen als Gesamtschuldner unter den üblichen Bedingungen: Heinrich Sauermilch („Suermilch"), Heinrich Kenchener, Heinz Albrecht, Gerlach Fiens Sohn, Dile Daubecker[80]).

Wiederum dem gleichen Judenarzt Jacob aus Frankfurt verschulden nach einem Schuldbrief vom 9. März 1388 solidarisch den Betrag von 30 Gulden die folgenden Schuldner aus Bergen: Dile Daubecker, Konrad Hunckel und Henne Hunckel. Sie stellen zwei Geiseln, während die übrigen Darlehensbedingungen die üblichen sind[81]).

Dem gleichen Gläubiger Jacob verschulden nach einem Brief vom 21. März 1389 die nachstehend aufgeführten Schuldner aus Bergen solidarisch den Betrag von 26 Gulden: Die Brüder Rutzel Schotter und Heinrich Schotter, Peter Schidt, Henne Schütze und Wigel Kuchler[82]).

Am 19. November 1381 versprechen die folgenden solidarisch haftenden Schuldner aus Bergen dem gleichen Gläubiger Jakob aus Frankfurt ein Darlehen von 5 Gulden zurückzuzahlen: Brüder Rutzel Schotter, Henne Schotter und Heinrich Schotter. Bürgen: Henne Schütze und Wigil Kuchelin. Die drei Hauptschuldner versprechen, die Bürgen im Innenverhältnis freizustellen, wenn diese zur Zahlung gezwungen werden sollten[83]).

Im Schuldbrief vom 28. Februar 1390 zugunsten des gleichen Gläubigers geloben die Hauptschuldner Heinrich Schotter und Hertwin Glockner und die Bürgen Heinz Albrecht und Henne, Husens Sohn, alle aus Bergen, 13 Gulden und die Zinsen an Jakob zu zahlen[84]).

Die Schuldurkunde vom 2. Dezember 1389 über 10 Gulden verpflichtet die folgenden Männer aus Bergen solidarisch: Hauptschuldner: Dile Daubecker, Bürgen: Heinz Albrecht und Gerlach Lotze, „des alten Schultheißen Sohn", jetzt in Seckbach wohnhaft[85]).

Am 19. Juni 1390 verpflichten sich, ebenfalls dem Judenarzt Jakob aus Frankfurt gegenüber, als Sachwalter für die Gemeinde Bergen die Heimbürger Heinrich Sauermilch und Wigil Wille solidarisch und unter der Bürgschaft von Heinz Albrecht und Henne, Husens Sohn, für die Rückzahlung eines Darlehens von 40 Gulden. Die Hauptschuldner verpflichten sich, die Bürgen im Innenverhältnis von der Schuld freizustellen; die Bedingungen sind identisch mit denen der folgenden Schuldurkunde[86]).

---

[79]) ebd. S. 130, Nr. 332.
[80]) ebd. S. 132, Nr. 335.
[81]) ebd. S. 136, Nr. 342.
[82]) ebd. S. 139, Nr. 350.
[83]) ebd. S. 140, Nr. 353.
[84]) ebd. S. 142, Nr. 358.
[85]) ebd. S. 140, Nr. 355.
[86]) ebd. S. 145, Nr. 368.

Als letzte der individuellen Schuldverschreibungen sei hier die vom 2. März 1390 zugunsten des Judenarztes Jakob erwähnt, die von den nachstehend aufgeführten Schuldnern und Bürgen über den Betrag von 54 Gulden, ebenfalls zugunsten der Gemeinde Bergen kontrahiert wurde.

Diese Urkunde ist von den Edelknechten Sibold Schelm von Bergen und Heinrich Rumpenheimer gesiegelt worden, die beide selbst auch gute Kunden der jüdischen Frankfurter Geldgeber waren. Sie trägt auf der Rückseite in Hebräisch die folgende Notiz, die wahrscheinlich der Gläubiger Jakob zur Unterscheidung von anderen, ähnlichen Urkunden angebracht hatte: „14. Adar, 54 Gulden schuldet das Dorf Bergen" und darunter: „von Bergen Mittwoch 150",

Kracauer bemerkt dazu, daß der 14. Adar dem 1. März 1390 entsprochen habe, nicht dem 2. März, an dem die Urkunde datiert ist. Wegen ihres typischen Inhalts für fast alle aus dieser Zeit stammenden Schuldbriefe dieser Art sei ihr Inhalt nachstehend in der etwas ausführlicheren Form des von Kracauer verfaßten Regests hier wiedergegeben[87]):

„Heinrich Sauermilch (Surmilch), Wigil Wille, beide Heimbürger in Bergen, Heinz Albrecht, Henne, Husens Sohn, Henne und Dile Daubecker, Gerlach, Sohn Husens, Hertwin Glockner, Heinrich Schotter, Wigil Bassauer, Henne Kloß, Gerlach Kluderer, Wigil Wang, sämtlich aus Bergen schulden solidarisch dem „bescheidenen" Judenarzt Jakob in Frankfurt 54 Gulden.

Wöchentlicher Zinssatz: 2 junge Heller pro Gulden. Diese Summe „han wir gekart und gewant in unser gemeynte notz und fromen des dorffes zu Bergin". Will der Jude das Geld nicht länger entbehren, so darf er uns mahnen; dann hat ein jeder der oben Erwähnten nach Frankfurt in eine offene Herberge zu kommen „mit sines selbis libe . . . und soll in dar inne in rechter gysilschafft lygin", bis Hauptgeld, Geiselschaft, Zehrung, Kosten, Botenlohn und Gesuch ganz und gar bezahlt sind. Versprechen betreffs fremder Gerichte[88]) und der Zession der Urkunde[89]). Solange Jakob und seine Erben sie in Händen haben, „mit eyme ingesigil ader mit me"[90]) darf niemand von uns behaupten, „daz in uzsicht virgulden sy".

Alle diese Punkte versprechen die Schuldner zu halten also „hohe, als ob wir die hende uff die heilgin hatten gelacht und eynen gestabten eyt zu den heilgin gesworn . . . Wo wir des nyt indetin, so han wir Jakob . . . alle unser phande irleubit ane alle gerichte, glicher wijs, als sie die mit rechtem gerichte herfolgit und hercleyt hetten . . ." Sauermilch und Wille versprechen, die anderen Schuldner, obgleich diese auch solidarisch haften, „hievon zu losene und zu inthebene . . ."

---

[87]) ebd. S. 142, Nr. 359.

[88]) Gemeint ist, daß sich die Schuldner der Zuständigkeit fremder — nicht Frankfurter — Gerichte unterwerfen.

[89]) Im allgemeinen konnten jüdische Gläubiger ohne ausdrückliche Zustimmung des christlichen Schuldners ihre Rechte nicht abtreten.

[90]) Solange wenigstens eines der Siegel erhalten sei, gibt es keine Einwendung der Schuldtilgung.

Außer diesen vorerwähnten Individualurkunden waren in den Gerichtsbüchern der Stadt Frankfurt von 1333 bis 1400 mehr als hundert Eintragungen summarischer Art enthalten, die sich ohne Zweifel auf Schuldverhältnisse von Christen in Bergen gegen Juden in Frankfurt beziehen. Da viele Schuldner dieser Zeit in den Gerichtsbüchern oft ohne ihre Herkunftsbezeichnung und häufig gar nur mit dem Vornamen aufgeführt sind, ist es sehr wohl möglich, daß die Zahl der christlichen Schuldner in Bergen noch erheblich höher gewesen sein mag als die aus den Eintragungen durch die Herkunftsbezeichnung identifizierten. Es würde hier zu weit führen, eine vollständige Aufzählung aller dieser Eintragungen vorzunehmen. Jedoch lasse ich eine Liste der christlichen Schuldner aus Bergen, wie sie in den Frankfurter Gerichtsbüchern des 14. Jahrhunderts erschienen, nachstehend folgen. Viele von ihnen sind nur mit dem Vornamen und mit dem Zusatz „von Bergen" oder auch „de Bergin" bezeichnet; andere mit der Zusatzbezeichnung „Sohn des . . ." oder „Sohn der . . ." oder auch mit ihrem Beruf wie z. B. „sartor" (Schneider). Häufig erscheinen Mitglieder der Familie Daubecker aus Bergen (auch Debecker, Deybecker, Derbecker, Dabecker und Dabechir) als Schuldner Frankfurter Juden mit folgenden männlichen Vertretern dieser Familie (wahrscheinlich Brüder): Dile, Henne, Gerhard, Heinrich (auch Heil oder Heile) und Peter, ferner eine Frau: Jutta Daubecker („Dabechirn"), von der nicht feststeht, ob sie die Schwester oder Frau eines der Vorgenannten war. Da wir gerade bei Frauen sind, mag „Else von Bergen" erwähnt werden, die 1375 ein Darlehen bei dem Frankfurter Juden Seligman von Gelnhausen („Geilinhusen") aufnahm[91]).

Ferner sind folgende christliche Schuldner aus Bergen zu erwähnen, die nur durch ihren Vornamen und die Herkunftsbezeichnung identifiziert und in den Gerichtsbüchern aufgeführt sind: Johan (1339), Peter oder Petrus (1343), Endres (1343), Henrich (1367), Conrad (1372 und) Richard[92]).

Unter den Schuldnern mit Vornamen und zusätzlicher Verwandtschaftsbezeichnung erscheinen in diesen summarischen Aufzeichnungen: Folkers, Folzes Sohn (1380) und Henne, Husens Sohn (1386)[93]).

Mit Berufsbezeichnung finden wir: Henkin (auch Henchen) sartor (1343)[94]), der möglicherweise mit Henne Glockner identisch sein könnte, der ebenfalls als „sartor" bezeichnet wird[95]).

Außer diesen Gruppen erschien, neben den oben bereits erwähnten Mitgliedern der Familie Daubecker, eine Anzahl von Christen aus Bergen unter ihrem Nachnamen in den summarischen Aufzeichnungen der Frankfurter Gerichtsbücher des 14. Jahrhunderts. Hierbei sei bemerkt, daß auch in den Urkunden der Grafschaft Hanau bis zur Mitte des 15. Jahrhunderts

---

[91]) Stadtarchiv Frankfurt, Gerichtsbücher Frankfurt 1375 fol. 61 b und 1377 fol. 43 a; vgl. Kracauer UB S. 568 und 603.

[92]) ebd. S. 336, 392, 393, 462, 508, 666.

[93]) ebd. S. 113, Nr. 286, S. 718.

[94]) ebd. S. 379, 445.

[95]) ebd. S. 672.

der Nach- oder Familienname, wenn er überhaupt bestand, sogar für die Regierung von nebensächlicher Bedeutung war[96]). Hier folgen Beispiele der mit ihrem Nachnamen erscheinenden christlichen Schuldner aus Bergen für diese Zeit:

Heinrich Kencher (auch Kenchener), Henne Kloß, Gerlach Kluderer (auch Kloderer), Hartmut Geltmar, Hertwin Glockner, Konrad Hunkel (auch Hinckel oder Hünckel), Henne Hunkel, Heile Hutzmann, Peter Orlitz, Heinrich Schotter, Swiker (auch Wiker), Wigel Wang, Peter Wille, Wigel Wille, Heinz Albrecht (auch Elbracht), Heinrich Sauermilch oder Suermilch, Leze (auch Letze, Letsche oder Letzsche).

Die an anderer Stelle bereits erwähnten Edelleute Sibold Schelm von Bergen und Heinrich oder Heinz Rumpenheimer fanden sich ebenfalls in diesen summarischen Eintragungen der Frankfurter Gerichtsbücher des 14. Jahrhunderts.

Die christlichen Schuldner aus Bergen, die am häufigsten borgten, schienen auch am häufigsten ihre jüdischen Gläubiger zu wechseln; möglich ist allerdings, daß ihr Kredit bei dem einzelnen Gläubiger beschränkt war und daß sie, wenn er erschöpft war, sich an andere Gläubiger um weitere Darlehen wandten. Als Beispiel diene der Schultheiß Gerlach von Bergen („scultetus Gerlacus"), der in den 10 Jahren zwischen 1333 und 1343 die folgenden Frankfurter Juden als Darlehensgeber in Anspruch genommen hat, wie die Gerichtsbücher dieser Zeit ausweisen: Salman senger (d. h. der Vorsänger), Kalman aus Weilburg, judea (die Jüdin) Dultza, die auch gelegentlich Dultze oder Dultza de Indagine genannt wird, Gumpert, Sohn des Samuel (auch Sannel), der auch Gumpert zum Storch genannt wird, weil er das Haus „zum Storch" in der Fahrgasse bewohnte, Jakob, Sohn Morses (Moses), Sannel, Schwiegersohn Libermans, Süsskind von Biedenkopf („de Bydenkap")[97]).

In den von der Stadt Frankfurt anläßlich des Schuldenerlasses des Königs Wenzel angelegten Registern aus dem Jahre 1391, die die Rückgabe von Schuldbriefen und Pfändern verzeichnete, erscheinen der Ritter Sibold Schelm von Bergen unter den Nummern 57, 100, 137 und 167 des Registers und der Edelknecht Heinrich Rumpenheimer unter Nr. 108 und 170.

Es kann hiernach kaum einem Zweifel unterliegen, daß alle diese vielfältigen Geldgeschäfte mit den Frankfurter Juden, vor allem seitens der schwerfälligen ländlichen Bevölkerung von Bergen, nicht ohne Vermittlung erfolgt sind. Wer waren nun die Vermittler? Die logische Antwort ist, daß es sich dabei um in Bergen wohnende Personen gehandelt haben dürfte, die einerseits in persönlichen Beziehungen zu den Bürgern und Bauern in Bergen und andrerseits zu den Juden in Frankfurt gestanden haben. Nichts ist naheliegender, als daß dies in Bergen lebende Juden gewesen sind, die,

---

[96]) vgl. Zimmermann S. 471.

[97]) Kracauer UB S. 328, 338, 348, 352, 360, 364, 372, 375, 376, 377, 378, 379, 382, 385, 387, 388, 398, 399.

wie wir im Hauptteil dieser Arbeit sehen werden, mindestens in der Berichtszeit in guten Beziehungen zu ihren christlichen Nachbarn in Bergen gestanden haben, so daß der Rückschluß erlaubt ist, daß dies auch bereits früher der Fall war; andrerseits müssen sie sich ihren Frankfurter Glaubensgenossen durch die Religions- und Schicksalsgemeinschaft eng verbunden gefühlt haben, umsomehr als ein häufiger Wohnungsaustausch zwischen Juden in Frankfurts Umgebung und in Frankfurt selbst stattgefunden hat. Hinzu kommt, daß zumindest in der Berichtszeit enge geschäftliche Beziehungen zwischen Juden von Bergen mit Juden in Frankfurt bestanden haben, deren Umfang darauf hindeutet, daß es sich um Beziehungen handelt, die lange vorher schon aufgebaut worden sein müssen.

* * *

Nach der großen Judenverfolgung im Hanauer Gebiet von 1349 dürfte das Schicksal der Juden in Bergen im allgemeinen dem ihrer Glaubensgenossen in der übrigen Grafschaft Hanau geglichen haben, so wie wir dies gegen Ende des vorstehenden 2. Kapitels darzustellen versucht haben. Die urkundlichen Belege über Juden in Bergen vom 15. bis 17. Jahrhundert sind relativ dürftig, doch beweisen sie immerhin eine gewisse Kontinuität jüdischer Existenz in Bergen.

Wenn ich nachstehend die vorhandenen urkundlichen Belege für die fragliche Zeitspanne aufzähle, so wird damit kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben; andrerseits werden absichtlich einige Archivalien aus dem 17. Jahrhundert hinzugefügt, um den Rhythmus der Statistik etwas voller ausschwingen zu lassen.

1437 Ein Jude Burghardt von Bergen („Bergk") erhält vom Grafen Reinhard II. von Hanau den Schutz in Babenhausen[98]).

1588 Am 16. August 1588 findet die oben im Kapitel 2 näher geschilderte Galgenhinrichtung eines Juden in Bergen statt[99]).

1607 Eine weitere Hinrichtung eines Juden in Bergen — zusammen mit mehreren Christen — ist urkundlich belegt. Seine Glaubensgenossen nehmen an ihm die rituellen Waschungen vor dem Gang zum Galgen vor und ziehen ihm die Totengewänder an[100]).

1670 Ein Fall des Übertritts vom Christentum zum Judentum wird für Bergen urkundlich erwähnt[101]).

1700 Aus statistischen Aufzeichnungen der Grafschaft Hanau ergibt sich, daß in diesem Jahre in 24 zur Grafschaft Hanau gehörenden Ortschaften, darunter Bergen, 235 jüdische Familien ansässig waren[102]).

---

[98]) Zimmermann S. 516.
[99]) ebd. S. 486.
[100]) ebd. S. 513.
[101]) ebd. S. 509.
[102]) ebd. S. 464.

## Abschnitt II

# Bergen und die Grafschaft Bornheimer Berg

Zum besseren Verständnis des Hauptteils der Arbeit erscheint es geboten, an dieser Stelle wenigstens in Umrissen den Hintergrund der Ortschaft zu skizzieren, gegen den sich das Leben seiner Bewohner, also auch meiner Vorfahren, abspielte.

### Kapitel 1

### Geschichtlicher Überblick

Das Gebiet von Bergen-Enkheim war schon in grauer Vorzeit besiedelt, wie Funde aus der jüngeren Steinzeit in dieser Gegend beweisen[103]).

Die Römer, die die Gegend von 83 bis 260 n. Chr. besetzt hielten, bauten dort ein Erdkastell[104]) etwa an der Stelle, an der um 1700 in Nachfolge einer älteren Anlage die Burg der Ritter Schelm von Bergen errichtet wurde[105]).

Nach dem Abzug der Römer siedelten sich dort zuerst Alemannen und später Franken an.

Unter dem Namen „Perge" erscheint die Ortschaft urkundlich zum ersten Mal im Jahre 907[106]). In dieser Urkunde genehmigt Ludwig, der letzte König aus dem Hause der Karolinger, einen Tausch von Besitzungen der Klöster Fulda und Echternach.

Im Jahre 1151 wird der Ort urkundlich bereits zusammen mit Enkheim („Ennincheim") erwähnt[107]), und spätestens 1191 erscheint er unter dem Namen Bergen[108]).

Das berühmte Geschlecht der Ritter Schelm von Bergen, neben dem es eine Ministerialenfamilie von Bergen gegeben hat[109]), legendenumwoben

---

[103]) Hanau Stadt und Land. Ein Heimatbuch für Schule und Haus hgg. vom Hanauer Geschichtsverein mit Unterstützung der Stadt und des Kreises Hanau 1954, S. 192. In jüngster Zeit ist sogar ein prachtvolles Exemplar eines Kieselschieferfaustkeils aus dem Ende des Paläolithikums hinzugekommen (W. Henschke, Zum Fund eines altsteinzeitlichen Faustkeils in Bergen-Enkheim in: Aus der Heimat, Beilage zur Bergen-Enkheimer Zeitung 1962, S. 17 ff. — U. Fischer in Germania, Anzeiger der Römisch-Germanischen Kommission des Deutschen Archäologischen Instituts, 41, 1963, S. 53 f.

[104]) H. Bingemer, Arch. f. Frankfurts Geschichte und Kunst 3. Folge 12, 1920, S. 303 ff.

[105]) Abb. sowohl in dem Heimatbuch Bergen-Enkheim Tafel IV (hinter Seite 48) als auch im Anm. 103 zitierten Heimatbuch Hanau Stadt und Land, S. 193.

[106]) Reimer I, S. 21, Nr. 37.

[107]) ebd. S. 62, Nr. 89.

[108]) ebd. S. 91, Nr. 116.

[109]) Darüber zuletzt H. Friederichs in Hanauer Geschichtsblätter 18, 1962, S. 13 ff. mit der älteren Literatur.

und häufig besungen[110]), taucht dokumentarisch zum ersten Mal am Ende des 12. Jahrhunderts auf[111]). Sie waren ursprünglich Reichsdienstmannen der Kaiserlichen Pfalz in Frankfurt; im Jahre 1354 begaben sie sich wegen zahlreicher Schwierigkeiten mit der Stadt Frankfurt und anderen Nachbarn freiwillig in den Schutz des mächtigen Landvogts der Wetterau, Ulrich III. von Hanau. Sie erhöhten ihre recht knappen Einnahmen durch Raubzüge, denen zumeist die Frankfurter Kaufleute zum Opfer fielen. Zwar wurden sie 1382 von der Stadt Frankfurt gezwungen, Urfehde zu schwören, doch brachen sie diese bald wieder, da auch ihre Lehnsherren, die Hanauer, ständig mit der Stadt Frankfurt im Streit lagen. Ein anderer, vorübergehender Ruhezustand trat nach der Schlacht bei Kronberg, 1389, ein, bei der die Stadt Frankfurt eine schmähliche Niederlage erlitt; doch flackerten später die Kämpfe zwischen der Stadt Frankfurt und den Grafen von Hanau immer wieder auf, sodaß die letzteren im Jahre 1484 Bergen als Ausfalls- und Verteidigungsplatz gegen Frankfurt befestigten. Das Geschlecht der Schelme von Bergen in Bergen starb im Mannesstamm im Jahr 1786 aus[112]).

Bergen gehörte schon in der frühen Kaiserzeit mit anderen Ortschaften der Umgebung Frankfurts zu der Königsgrafschaft Bornheimer Berg. Diese wurde zunächst von der Kaiserpfalz Frankfurt verwaltet. Als aber Frankfurt Stadtrechte erlangte, wurden sie als „Königliches Gericht" Bornheimer Berg verwaltungsmäßig zusammengefaßt.

Das Gericht Bornheimer Berg bestand ursprünglich aus neunzehn Ortschaften, unter denen Bergen-Enkheim bereits als e i n e Gemeindeeinheit zählte:

Bockenheim, Ginnheim, Eckenheim, Preungesheim, Bornheim, Seckbach, Bergen-Enkheim, Bischofsheim, Fechenheim, Griesheim, Nied, Vilbel, Berkersheim, Eschersheim, Hausen, Gronau, Massenheim, Offenbach und Oberrad.

Die letzteren vier wurden erst etwas später als die anderen 15 Ortschaften zum Gericht Bornheimer Berg geschlagen. Die Gerichtsstätte war anfänglich auf dem sogenannten Galgenberg bei Bornheim.

Die Herren von Hanau, denen das Reich tief verschuldet war, erwarben zunächst im Jahre 1320 das Gericht Bornheimer Berg als Pfandinhaber; nachdem sie 1429 Reichsgrafen geworden waren, wurde es ihnen 1434 als volles Lehen im Mannesstamm zugeteilt[113]).

Aus der Zeit, in der die Herren von Hanau noch Pfandinhaber des königlichen Gerichts Bornheimer Berg waren, ist uns ein „Weistum" des

---

[110]) Unter den Dichtern, denen das Geschlecht als Thema diente, seien erwähnt: H. Heine, K. E. v. Ebert, Charlotte Birch-Pfeiffer und Carl Zuckmayer.

[111]) F r i e d e r i c h s S. 29.

[112]) Heimatbuch Bergen-Enkheim S. 58, wo auch die Nachweise zu dem Vorstehenden zu finden sind.

[113]) Vgl. Heimatbuch Hanau Stadt und Land S. 193 f.; Handbuch der Historischen Stätten Deutschlands, Hessen hgg. von G. W. S a n t e, die Beiträge Bergen (S. 40 f.) und Bornheimerberg (S. 52 f.), beide verfaßt von Reg. Archivrat Dr. Claus C r a m e r.

Königshofs vom 27. November 1382 erhalten geblieben[114]), das Zimmermann auszugsweise wiedergibt[115]). In diesem „Weistum" finden wir die Namen vieler Leute aus Bergen wieder, die uns im Abschnitt I als Schuldner Frankfurter Juden, hauptsächlich des Frankfurter Judenarztes Jakob begegnet waren, und die sowohl für sich selbst als auch für die Gemeinde Bergen Darlehen aufgenommen hatten. Als königlicher Amtmann tritt in diesem Weistum der Edelknecht Heinz Rumpenheimer auf, als Schöffen die folgenden Bürger von Bergen: Henne, Husens Sohn, Hertwin Helferich, Heinz Elbracht (Albrecht), Gerlach, des alten Schultheißen Sohn, Gerlach, Fiens Sohn, Dyle Deybecker und Henne Elbracht.

Nach vielen Streitigkeiten zwischen Frankfurt und den Hanauer Grafen, die sich vor allem um das von Frankfurt bestrittene Recht der Befestigung Bergens durch die Hanauer drehte[116]), wurde das Gericht Bornheimer Berg endlich am 4. April 1484 zwischen den Streitteilen aufgeteilt. Hierdurch kamen die Ortschaften Bornheim, Oberrad und Hausen zu Frankfurt, während die übrigen 16 Ortschaften, darunter Bergen-Enkheim, bei der Grafschaft Hanau verblieben. Der Sitz des Gerichts für diese 16 Ortschaften wurde von Bornheim nach Bergen verlegt, wodurch Bergen gleichzeitig der Verwaltungssitz des Hanauer Teils der Zentgrafschaft Bornheimer Berg wurde. In den Jahren 1593 - 1604 wurde an Stelle der einzelnen Dorfgerichte in Bergen ein Landgericht geschaffen[117]). Im Jahre 1821 wurde bei gleichzeitiger Trennung von Verwaltung und Justiz das alte Amt Bergen in die Justizämter Bergen und Bockenheim aufgeteilt.

Die Hanauer Grafen regierten bis 1736; nach ihrem Aussterben im Mannesstamm fielen die Ortschaften von Bornheimer Berg zusammen mit dem übrigen Gebiet der Grafschaft Hanau-Münzenberg auf Grund eines Erbvertrages aus dem Jahre 1643 an die Landgrafen von Hessen-Kassel.

Wiederholt ist Bergen Schauplatz kriegerischer Handlungen gewesen:

Im Schmalkaldischen Religionskrieg fiel es 1552 vorübergehend in die Hände der vereinigten Heere des Markgrafen Albrecht Alkibiades von Brandenburg-Kulmbach, des Kurfürsten Moritz von Sachsen und des Landgrafen Philipp von Hessen.

Viel schlimmer waren die Drangsale für Bergen im Dreißigjährigen Krieg (1618-1648). Kriegshandlungen, Plünderungen und die von den Soldaten eingeschleppte Pest dezimierten die Bevölkerung, und ein großer Teil der Häuser, die ein am 17. April 1600 in Bergen stattgehabter Großbrand hatte stehen lassen, wurden durch einen weiteren großen Brand während des Krieges vernichtet. Während der Brand von 1600 vierzig Häuser verzehrt hatte, waren am Ende des Dreißigjährigen Krieges nur noch 16 Häuser vorhanden[118]). Ein Teil der Bürger von Bergen hatte sich zeitweise hin-

---

[114]) Reimer IV, Nr. 298.
[115]) a. a. O. S. 142.
[116]) Stadtarchiv Frankfurt Reichssachen Nr. 5904, 1 und 2; Zimmermann S. 547.
[117]) Zimmermann S. 109.
[118]) ebd. S. 81.

ter die besser schützenden Stadtmauern Frankfurts geflüchtet. Die Tatsache, daß die Hanauer Regenten, mit deren Schicksal das der Ortschaft Bergen eng verknüpft war, sich zunächst neutral verhielten, dann kaiserlich und endlich schwedisch wurden, trug viel zu dem Unglück Bergens bei, da es nacheinander auf diese Weise von allen Parteien bedrängt und geplündert wurde.

Die Schlacht bei Bergen im Siebenjährigen Krieg am 13. April 1759 — also bereits in der hessischen Zeit der Graffchaft — zwischen der französischen Armee unter Marschall Broglie und den mit Friedrich dem Großen Verbündeten unter Herzog Ferdinand von Braunschweig brachte neues Unheil über Bergen: Viele Häuser wurden durch Kanonenkugeln zerstört oder beschädigt, und die siegreichen Franzosen plünderten die Ortschaft gründlichst.

Im Jahre 1790 bezog Landgraf Wilhelm IX. von Hessen-Kassel ein Heereslager an der Berger Warte zum Schutz der Kaiserkrönung Leopolds II. (22. September 1790), die in Frankfurt stattfand. Er ließ dann, voller Stolz über diese Leistung, an der Berger Warte eine Gedenksäule errichten. Im Jahre 1792 besetzten französische Revolutionstruppen vorübergehend Bergen. Zwar warf sie ein Handstreich hessischer Husaren wieder aus der Ortschaft hinaus, doch kehrten sie in den nächsten Jahren mehrfach dorthin zurück[119]).

In der napoleonischen Zeit wurde durch den Frieden von Tilsit vom 8./9. Juli 1807 die Vereinigung des Fürstentums Hanau mit Hessen-Kassel aufgehoben. Während der größere Teil Hessen-Kassels dem neugebildeten Königreich Westfalen zugeschlagen wurde, blieb das Hanauer Gebiet zunächst unter französischer Verwaltung, bis es durch Vertrag vom 16. Februar 1810 größtenteils dem Großherzogtum Frankfurt überlassen wurde. Dieses Großherzogtum war durch einen Machtspruch Napoleons geschaffen und dem Fürst-Primas Carl von Dalberg übertragen worden. Das Hanauer Gebiet wurde eines der „Departements" des Großherzogtums, und in Bergen saß ein „Districts-Maire" als der höchste örtliche Verwaltungsbeamte. Von 1807 bis 1813 wurde Bergen durch die französische Besatzung reichlich ausgesogen. Die von der Völkerschlacht bei Leipzig zurückflutenden, schon stark in der Auflösung begriffenen französischen Truppen raubten und plünderten, und die Berger Bevölkerung litt besonders bei dem Rückzugsgefecht, das Napoleon am 30. und 31. Oktober 1813 den Verbündeten bei Hanau lieferte. Seine Garde lagerte vom 31. Oktober bis zum 1. November 1813 in Stärke von etwa 200 Offizieren und 6 000 Mann mit 5 000 Pferden in und bei Bergen, „heißhungrig und verlumpt. Was ihnen nicht geliefert wurde, ward geraubt, Vieh genommen, geschlagen und zerhackt, Garten- und Hofwände niedergerissen, Bäume abgehackt und alles brennbare Holz in die Biwaks geschleppt"[120]). Am 1. November 1813 kamen die Russen mit

---

[119]) Heimatbuch Bergen-Enkheim S. 88 (G. Orth); daselbst S. 81 ff. auch ausführliche Schilderungen der vorangegangenen Mitteilungen.

[120]) nach G. Orth, vgl. Anm. 119.

der französischen Nachhut bei Bergen ins Gefecht und rieben diese auf; dann kamen die Bayern und brauchten vom 2. bis 4. November 1813 den letzten Rest von Lebens- und Futtermitteln auf, der noch in Bergen verblieben war. Es erwuchsen der Gemeinde Bergen, die nunmehr für die verschiedenen nachfolgenden Besatzungen Vorräte einkaufen mußte, derartig hohe Kriegsschulden, daß noch Jahrzehnte nachher zu deren Deckung Sondersteuern erhoben wurden, an denen nach mündlicher Familienüberlieferung auch meine Vorfahren ihr Teil beizusteuern hatten.

Nach dem Freiheitskrieg fiel Bergen, als Teil des Hanauer Gebiets, Ende 1813 wieder an Hessen-Kassel zurück und gehörte von 1821 bis 1866 der kurhessischen Provinz Hanau an.

Im Preußisch-Österreichischen Krieg von 1866 stand das Kurfürstentum Hessen-Kassel auf der Seite Österreichs und wurde nach Friedensschluß, ebenso wie die Freie Reichsstadt Frankfurt, von Preußen aufgeschluckt.

Die Reichsgründung 1871 brachte es mit dem übrigen Alt- und Neupreußen in den Reichsverband. Bergen gehörte seit 1866 zum preußischen Kreis Hanau des Regierungsbezirks Kassel.

Soweit die geschichtlichen Ereignisse vom 17. bis 19. Jahrhundert besonderen Einfluß auf die Geschicke der Juden in Bergen hatten, werden wir im Hauptteil noch näher auf sie zurückkommen.

## Kapitel 2

### Allgemeines

Bergen war durch seine Lage auf dem Höhenzug und am Hang mit dem Blick in die Ebene von altersher ein beliebter Ausflugsort für Frankfurter, Hanauer und andere Bewohner der Gegend. Seine Lage begünstigte den Obst- und Weinbau. Der Weinbau in Bergen wird bereits im 10. Jahrhundert urkundlich erwähnt, und erst im Jahre 1912 schlugen die Weinbauern wegen fortgesetzter Reblaus- und Blattseuchen die Rebstöcke um und ersetzten sie teilweise durch Obstbäume[121]). Ich kann mich aus meiner eigenen Kindheit um die Jahrhundertwende noch sehr wohl der vollhängenden Rebstöcke erinnern, die wir Kinder gelegentlich unserer Herbstspaziergänge an Wochenenden uneingeladen etwas von ihrer Traubenlast zu befreien halfen. Wir werden später im Hauptteil dieser Arbeit sehen, daß in der Zeit der Hanauer Grafen der Berger Weinbau meinen Vorfahren weniger Freude brachte, sondern ihnen — im Gegenteil — bei ihren Aufnahmegesuchen in den Schutz zu Bergen mitunter recht hinderlich war.

Für Bergen war der Weinhandel früher ein recht gutes Geschäft; so lieferte Bergen z. B. im 16. Jahrhundert recht erhebliche Mengen Wein an Frankfurter Kunden[122]).

---

[121]) Heimatbuch Bergen-Enkheim, S. 21 f.

[122]) ebd. S. 22.

Der reiche Obstbau — Äpfel, Birnen, Kirschen und Zwetschen — gab Bergen das Gepräge eines Erzeugers von zwei Produkten, die den Namen Bergen im engeren und weiteren Umkreis fast so berühmt machen halfen wie die Legenden um die Ritter Schelm von Bergen: Apfelwein und Zwetschenkuchen (mundartlich: „Äppelwoi und Quetschekuche"). Während Bergen sich als Erzeuger guten Apfelweins in den Ruhm mit Frankfurt-Sachsenhausen und einigen seiner früheren Genossen vom Bornheimer Berg (Seckbach, Bornheim, Ginnheim etc.) teilen mußte, konnte ihm keine andere Ortschaft den Rang ablaufen, soweit es sich um die Herstellung von Zwetschenkuchen handelte. Das Rezept wurde von Mutter auf Tochter vererbt, und seine Besonderheit bestand einmal im Teig, der besonders dünn ausgerollt wurde, und zweitens in der Zubereitung der Zwetschen, die zunächst nach Entfernung des Kerns in der Mitte aufgeschnitten und dann auf beiden Seiten mehrfach „eingekerbt" wurden, so daß die zahlreichen Schnittflächen jeder einzelnen Frucht etwas von ihrem Saft dem Teig übertrugen. Oft, vor allen Dingen zur Zeit des Berger Markts, wurden diese Kuchen auf Riesenblechen und in großen Mengen hergestellt und verschwanden fast ebenso rasch, wie sie gebacken wurden, in der „Schönen Aussicht" und anderwärts bei den begeisterten Abnehmern. Daß dabei gelegentlich eine Biene mitverschluckt werden mußte, tat dem Vergnügen keinen Abbruch. Den Bienen schien der Zwetschenkuchen auch gut zu schmecken, da er sie in großer Zahl anzog.

Neben seinen landwirtschaftlichen Produkten und obstbaulichen Erzeugnissen war Bergen von altersher für seine Viehzucht und seinen Viehhandel berühmt. Die Metzger in Frankfurt und Hanau bezogen einen großen Teil ihres Bedarfs von den Viehhändlern in Bergen. Viele meiner Vorfahren waren im 18. Jahrhundert als Viehhändler tätig, einige von ihnen in großem Maßstab.

Schon von altersher gab es in Bergen einen Pfingst- und einen Herbstmarkt, auf denen neben dem Verkauf von Kleidungsstücken und Geräten auch ein lebhafter Viehhandel getrieben wurde. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts geriet dann der Frühlings- und Pfingstmarkt in Vergessenheit, und nur der Herbstmarkt blieb erhalten, der jedes Jahr am ersten Dienstag und Mittwoch des Septembermonats stattfand und lange Zeit, auch als er mehr eine allgemeine Volksbelustigung geworden war, seinen Charakter als Viehmarkt beibehielt[123]).

Nachdem wir bereits die Schelmenburg genannt hatten[124]), seien hier zum Abschluß noch zwei andere markante Wahrzeichen Bergens erwähnt, nämlich der Turm der Berger Warte und das Rathaus.

Die B e r g e r W a r t e steht auf dem höchsten Punkt der Umgebung, dicht hinter der Seckbacher Grenze. Der heutige Rundturm ist erst 1537 unter dem Grafen Philipp III. von Hanau erbaut worden, doch muß er einen

---

[123]) ebd. S. 103 f. (M. Schäfer und K. Weil).

[124]) Vgl. Anmerkung 105.

früheren, an der gleichen Stelle befindlich gewesenen Wachtturm ersetzt haben, der urkundlich 1340 als „Geierswarte" erwähnt wird. Dort stand auch der Galgen des Gerichts Bornheimer Berg, der erstmals gegen Ende des 15. Jahrhunderts dort errichtet und 1735 durch einen neuen ersetzt worden war[125]).

Das Rathaus war im Mittelalter ein einstöckiges Gebäude mit hohem Dach. Der heute noch vorhandene Grundstock des ursprünglichen Gebäudes aus Bruchsteinen zeigte an der Längsseite je vier spitzbögige laubenartige Eingänge; die Schmalseiten hatten je zwei Fensteröffnungen. Unter dieser Ratshalle — 1383 als „Spilhaus" urkundlich erwähnt — wurden Rechtstagungen, Rats- und Gerichtssitzungen abgehalten. Die Händler stellten hier ihre Verkaufsbuden auf, und in Notzeiten wurden gelegentlich sogar Gottesdienste unter dem Rathaus abgehalten. Als 1484 der Sitz des Hanauer Teils des Gerichts Bornheimer Berg nach seiner Aufteilung nach Bergen verlegt wurde, wurde das Rathaus umgebaut, um seinem neuen Charakter als ständigem Gerichtssitz besser gerecht zu werden. Es erhielt damals den schönen Fachwerk-Oberbau und das charakteristische Balkenwerk des „Wilden Mannes". Ebenso entstand das Treppentürmchen im Westen und der kleine Erker im Osten, sowie der Dachreiter für die Glocke. Etwa um 1704, also um die Zeit, in der auch die Wasserburg der Schelme von Bergen errichtet wurde, wurde der Unterstock des Rathauses vermauert, ein Fenster ausgebrochen und durch einen Türbogen im Barockstil ersetzt; auch wurden um diese Zeit noch andere, kleinere bauliche Veränderungen vorgenommen. In der Neuzeit wurde das Rathaus im Inneren gründlich umgebaut, um es den Erfordernissen einer modernen Verwaltung gerecht werden zu lassen, dagegen ließ man glücklicherweise die schöne Außenfassade unverändert[126]).

---

[125]) Heimatbuch Bergen-Enkheim S. 80 (M. Schäfer).

[126]) ebd. S. 16 (C. Frey).

# HAUPTTEIL

# Die Juden im Hanauer Gebiet, besonders in Bergen, vom 17. bis 19. Jahrhundert

## Abschnitt I

## Allgemeine Lebensbedingungen der Juden im Hanauer Gebiet, insbesondere in Bergen, vom 17. bis 19. Jahrhundert

### Kapitel 1

**Von 1600 bis zum Aussterben der Grafen von Hanau im Jahre 1736**

Wir hatten in Abschnitt I Kapitel 2 der Einleitung in Aussicht genommen, auf die Regierungszeit des Grafen Philipp Ludwig II. (1595-1612) an dieser Stelle zurückzukommen. Seine Judenpolitik war richtungweisend für seine Nachfolger bis 1736, als Hanau an Hessen-Kassel fiel, ja selbst über diese Zeit hinaus: Einmal blieb ganz allgemein das Recht der Grafschaft Hanau unabhängig vom Hessen-Kasseler Recht bis auf weiteres bestehen; zum zweiten aber trugen die Herrscher des Hauses Hessen-Kassel beim Erlaß neuer Juden-Kapitulationen für das Hanauer Gebiet den früheren Hanauer Sonderbestimmungen für die Juden der Grafschaft weitgehend Rechnung.

Graf Philipp Ludwig II. richtete sein Bestreben darauf, eine bedeutende Anzahl von Juden in seine Residenzstadt Hanau zu ziehen, sei es aus den kleineren Plätzen seines eigenen Gebiets, sei es vom Ausland. Das Motiv hierfür mag in erster Linie aus egoistischen Gründen bestanden haben, nämlich weil er aus dem Judenregal höhere Einnahmen zu erzielen hoffte; andererseits erkannte aber Philipp Ludwig II., daß man die Gans, die goldene Eier legen solle, pfleglich behandeln müsse. Er war der erste der Hanauer Grafen, der systematisch daran ging, für seine Juden solche Lebensbedingungen zu schaffen und ihre Existenz rechtlich so zu untermauern, daß sie sich sicher fühlen konnten und nicht der bloßen Willkür ausgesetzt waren.

Er versuchte zunächst kurze Zeit nach seinem Regierungsantritt an den Juden eine weitausholende Bekehrungsaktion: Er berief vom Ausland Fachmänner, die die hebräische Sprache beherrschten und die jüdische Religion genauestens kannten, an seinen Hof als Sonderberater, darunter den Engländer Hugh Broughton. Am 8. Dezember 1601 veranstaltete er, unter seinem eigenen Vorsitz, eine Art Religionsdisputation, an der Brough-

ton und die besten Theologen der Grafschaft — Johann Wild aus Dorheim, Fabricius aus Windecken und Schedel aus Bruchköbel — auf der einen Seite teilnahmen, während er andererseits die Juden aus Windecken aufgefordert hatte, zwei ihrer besten Rabbiner zu schicken. Als jedoch diese Sitzung ergebnislos verlief, und spätere Versuche denselben Mißerfolg zeitigten, entschloß sich der Graf, gute Miene zum bösen Spiel zu machen und seine Versuche aufzugeben, „. . . den Juden Neigung zur christlichen Religion beizubringen, welche sich auf Sicherheit des Eigentums, auf Liebe gegen sich selbst und gegen seine Nebenmenschen gründete . . ."[127]).

Er ging daher nunmehr auf folgende Weise ans Werk: Er gewährte den Juden 1603 das Recht, ihre eigene Gasse zu errichten und eine Synagoge zu bauen. Der Grund und Boden wurde ihnen frei eingeräumt, und der einzige Bodenzins — die „Judenbede" — den sie zu zahlen hatten, war ein halber Goldgulden für 1 Rute = 12 ½ Werkschuh. Die kaiserliche Bestätigung für das Recht zum Synagogenbau erfolgte zwar erst 1608; doch wurde darum der Synagogenbau in keiner Weise aufgehalten, und der Bau war wahrscheinlich bereits vollendet, als die kaiserliche Bestätigung eintraf. Im Jahre 1603 erließ Philipp Ludwig II. auch eine Judenstättigkeit, deren wesentliche Bestimmungen in folgenden Regeln bestanden:

Die gesellschaftliche Stellung der Juden blieb im wesentlichen unverändert, insbesondere blieb ihre Verpflichtung zum Tragen des gelben Flecks aufrechterhalten[128]). Auch sollten sie, abgesehen von einer „Sabbatfrau" zum Anstecken und Auslöschen der Lichter, keine christlichen Bedienten halten dürfen.

Die Gerichtsbarkeit für die Juden wurde durch Vereinfachung der Zuständigkeit verbessert: In Strafsachen sollten die ordentlichen Gerichte zuständig sein. Dasselbe galt für Zivilsachen mit der einzigen Ausnahme, daß in Sachen „Jud contra Jud" die Parteien, wenn sie wollten, zunächst das Rabbinatsgericht angehen konnten. Wenn sie mit der Entscheidung desselben unzufrieden waren, so blieb ihnen die Beschreitung des ordentlichen Rechtswegs offen.

Geldverleihung auf Zinsen war ihnen gestattet, doch unterwarf die Stättigkeit dieses Recht einigen weisen Beschränkungen, die den Gläubiger auf der einen Seite vor dem Unwillen, auf der anderen Seite vor den Ungerechtigkeiten seines christlichen Schuldners schützen sollten: Der Zinssatz durfte nicht höher als 12 Prozent p. a. sein; Darlehen über 10 Gulden mußten in der gräflichen Kanzlei registriert werden, die Zinsen mußten alljährlich bezahlt und das Kapital nach Ablauf von drei Jahren zurückentrichtet werden.

---

[127]) Zimmermann S. 508 nach dem Hanauer Chronisten Johann Adam Bernhard (über letzteren vgl. K. Siebert, Hanauer Biographien aus drei Jahrhunderten, in: Hanauer Geschichtsblätter 3/4, 1919, S. 15 ff.).

[128]) Diese Verpflichtung wurde unter seinen Nachfolgern erst um 1700 de facto aufgehoben, während sie de jure noch in der bereits von der Hessen-Kasseler Herrschaft erlassenen Judenkapitulation vom 20. September 1738 unter Paragraph 8 aufrechterhalten blieb.

Der Warenhandel wurde ihnen mit unbedeutenden Einschränkungen gestattet. Besondere Vorschriften hinsichtlich der Sonntagsruhe wurden erlassen.

Die freie Abhaltung des Gottesdienstes in ihrer Synagoge wurde ihnen gewährleistet; ebenso wurden ihnen alle Einrichtungen gestattet, die zur Verwaltung einer jüdischen Gemeinde gehörten: Eine Schule zur Erziehung der Kinder, ein Rabbiner und sonstige Gemeindebeamte, ein Schächter, ein rituelles Kaltbad (Mikveh), eine eigene Begräbnisstätte usw. Auch das Halten eines Nachtwächters und einer eigenen Feuerspritze wurde ihnen erlaubt[129]).

Der Verkauf des anfallenden nicht-„koscheren" Fleischs, wie Hinterviertel etc. in ihren Schirnen an Christen blieb ihnen gestattet[130]).

Diese Stättigkeit wirkte sich bald zur Zufriedenheit beider Teile, der Hanauer Herrschaft und der Juden, aus. Johann Adam Bernhard, der Hanauer Chronist und Historiker des 18. Jahrhunderts, bemerkt dazu, daß die Häuser in der Hanauer Judengasse wuchsen „. . . wie die Schwämme nach einem gedeihlichen Regen" . . .[131]). Andererseits hatten die Juden in dieser Zeit in der Stadt Hanau und in Windecken in der Regel keinen Grundbesitz außerhalb der beiden Judengassen dieser Städte. Doch konnte sowohl dort wie in der übrigen Grafschaft Hanau die Herrschaft von dem Verbot des Grundbesitzes „Dispensation" erteilen.

Die Anzahl der Juden in der Hanauer Judengasse wuchs von etwa 10 Familien im Jahre 1603 auf 159 Personen im Jahre 1607, also nur 4 Jahre später, an. Hundert Jahre später — 1707 — war die Familienzahl der Juden in der Stadt Hanau auf 111 angewachsen, also etwa 600 - 700 Personen. Dazu ist zu bemerken, daß die jüdische Familie dieser Zeit im allgemeinen größer war als die christliche, da zur Vermeidung der kostspieligen Aufnahme in den Schutz die Schwiegersöhne, Hauslehrer, jüdischen Dienstboten usw. den Haushalt des Schutzinhabers teilten.

Ein Aktenstück im Marburger Staatsarchiv aus dem Jahre 1609, das die Korrespondenz des hanauischen Rats Sturio mit portugiesischen Marannen in Venedig über ihre ins Auge gefaßte Niederlassung in Hanau enthält, gibt über die Lebensverhältnisse der Juden im Hanau des Grafen Philipp Ludwig II. interessante Aufschlüsse[132]). Diese Marannen hatten anscheinend zunächst versucht, ihre Niederlassung in Frankfurt zu erreichen[133]), mit dem Versprechen, aus Frankfurt eine blühende Handelsstadt zu machen. Da Frankfurt sie abschlägig beschieden hatte, und sie offenbar in Erfahrung gebracht hatten, daß die Grafschaft Hanau ihre Juden

---

[129]) Zimmermann S. 505 f.

[130]) ebd. S. 511.

[131]) Zimmermann S. 505.

[132]) Staatsarchiv Marburg, Bestand 81, (Regierung) Hanau, E 3 XV Nr. 27.

[133]) H. Graetz, Geschichte der Juden etc. Band 10, S. 28, wo allerdings der Wohnsitz der Marannen versehentlich nach Amsterdam statt nach Venedig verlegt wurde.

gut behandle, hatten sie sich an den Grafen Philipp Ludwig II. mit einer Liste von Fragen gewandt, die der Graf dem Rat Sturio zur Beantwortung übergeben hatte. Seine Weisung an Sturio war, die Antworten möchten möglichst günstig, wenn auch der Wahrheit entsprechend, erteilt werden, da ihm viel daran gelegen sei, diese reichen Ausländer ins Land zu bekommen. Zwar haben sich die Verhandlungen ohne Schuld des Grafen zerschlagen, weil der Kaiser es ablehnte, den Marannen freies Geleit für ihre Person und für ihre Handelsgüter zu erteilen, da sie Christen seien und es ihnen nicht gestattet werden sollte, zum Judentum zurückzukehren; doch ist die von Sturio verfaßte Auskunft deshalb nicht minder aufschlußreich für die damaligen Lebensbedingungen der Juden in der Grafschaft Hanau.

Die wesentlichen Ausnahmebedingungen, die Sturio den Marannen als in Hanau für Juden bestehend einräumt, sind die Verpflichtung zum Tragen des gelben Rings als Unterscheidungsmerkmal gegenüber Christen und das Verbot, Christen als stetige Hausdiener aufzunehmen. Dagegen seien die Hanauer Juden von Tag- und Nachtwachen und vom Frondienst befreit; sie brauchten keinen Leibzoll zu zahlen, könnten jederzeit frei nach Frankfurt reisen, brauchten keine Würfel bei sich zu tragen, wenn sie außerhalb der Judengasse durch die Stadt gingen[134]) und hätten das Recht, jederzeit ohne Abzugsgeld Hanau wieder zu verlassen. Über das Einzugsgeld müsse man sich mit der Herrschaft verständigen. Das Schutzgeld betrage zehn Gulden jährlich für jeden Haushaltsvorstand, das Türkengeld und die Schatzung sei identisch für Juden und Christen: Von je 100 Gulden 5 Batzen. An die Stadt habe jedes „Hausgesäß" 2 Gulden jährlich abzuführen[135]). Auch wollten die Marannen wissen, ob das Leben in Hanau teuer sei. Rat Sturio antwortete ihnen ausweichend: „Zu Hanau ist ziemlich zehren, wie zu Frankfurt, Mainz, Worms und anderen benachbarten Städten..."[136]).

Bereits wenige Jahre, nachdem Graf Philipp Ludwig II. den Juden eine geordnete Grundlage für ihre Existenz gelegt hatte, sollte ihm Gelegenheit gegeben werden, das Geschaffene gegen gewaltige von außen kommende Angriffe zu verteidigen: In den Jahren 1606 bis 1607 ging eine mächtige antijüdische Welle über das ganze Reich. Es wurden den Juden als solchen in höchst unsubstanziierter Weise Ritualmorde, Münzverbrechen und ein Bündnis mit den Türken vorgeworfen, und alle Juden im Deutschen Reich sollten in den Prozeß verwickelt werden. In einzelnen Teilen des Reiches hatte man sogar damit begonnen, die Juden dieserhalb gefangen zu nehmen[137]). Philipp Ludwig II. nahm sich der Hanauer Juden in entschlossener und tatkräftiger Weise an. Weit davon entfernt, ihre Gefangennahme

---

[134]) Die Unsitte des Würfelforderns hatte sich nach Zimmermann (S. 494) bis ins 18. Jahrhundert erhalten. Jeder Christ, der einen Juden außerhalb der Judengasse antraf, konnte von ihm drei Würfel verlangen. Hatten die Juden keine Würfel mehr, so mußten sie sich entweder mit Geld loskaufen oder sich allen möglichen Unannehmlichkeiten aussetzen.

[135]) Zimmermann S. 506.

[136]) ebd. S. 507.

[137]) Im Verlauf dieser Welle kam es einige Jahre später zum Fettmilch-Pogrom in Frankfurt (1614) und der Judenverfolgung in Worms (1615); vgl. Graetz Band 10, S. 30 und S. 34.

durchzuführen oder zu erlauben, verbot er ihnen, den Vorladungen der kaiserlichen Kommissare Folge zu leisten, da er deren Prozeßtätigkeit als Eingriff in seine Souveränitätsrechte betrachtete. So verbot er im Jahre 1607 dem Rabbiner Manus aus Windecken, sich nach Bonn zu begeben, obwohl dieser unter Androhung des Reichsbanns dorthin vor die kaiserlichen Richter geladen worden war. Auch wandte er sich beschwerdeführend an die Kurfürsten von Köln, Mainz und der Pfalz und drohte, er werde beim Kaiser selbst intervenieren. Diese energische Haltung des Grafen von Hanau brachte den Prozeß nicht nur gegen seine eigenen jüdischen Untertanen, sondern allgemein im Reich zum Stillstand[138]). Die innere Organisation der Gemeinde wurde von Philipp Ludwig II. zwei jüdischen Vorstehern, „Baumeister" genannt, zur Leitung übergeben. Die Beziehungen zwischen Juden und Christen verbesserten sich zusehends unter seiner Regierung durch seine weisen und energischen Maßnahmen.

Seine Nachfolger von 1612 bis 1736 bauten im allgemeinen auf der von ihm geschaffenen Grundlage — wenn auch meist mit weniger Geschick und Tatkraft — weiter auf. Hanau hat seit seiner Regierung, nicht ganz zu Unrecht, nicht mehr den Ruf verloren, daß die Grafschaft ein Hafen für verfolgte und bedrängte Juden sei.

Bereits zwei Jahre nach dem Tod Philipp Ludwigs II., unter der Regentschaft der Gräfin Katharina Belgia (1612 - 1626) als Vormünderin ihres Sohnes Philipp Moritz, machten die Frankfurter Juden zur Zeit der durch den Lebkuchenbäcker Vincenz Fettmilch 1614 in Frankfurt verursachten aufständischen Unruhen von dieser Zufluchtsmöglichkeit Gebrauch. Von den 1380 Juden, die am 24. August 1614 nachmittags durch das Fischerfeld-Pförtchen abzogen, fanden 209 in Hanau Zuflucht und — zumindest vorübergehende — Aufnahme[139]). Sie waren ohne Hab und Gut geflüchtet und nur mit dem versehen, was sie auf dem Leibe trugen, da der Fettmilch-Pöbel ihnen nicht einmal erlaubte, Nahrungsmittel mitzunehmen. „Mitleidige Christen reichten den von allem entblößt Abziehenden Brot und Speisen, und die kleineren Städte und Dörfer gewährten ihnen ein Obdach, obwohl Fettmilch und die Judenfeinde vor deren Aufnahme gewarnt hatten"[140]).

Etwa weitere drei Jahre später hatte die gräfliche Regierung in Hanau erneut Gelegenheit, öffentlich ihren Standpunkt in Bezug auf die Behandlung der unter ihrem Schutz lebenden Juden bekannt zu machen. Den Anlaß dazu gaben folgende Ereignisse:

Wie wir bereits in der Einleitung erwähnt haben, hatten die hanauischen Gerichtsbehörden um die Wende des 16. zum 17. Jahrhundert die Gepflogenheit, den zum Galgen verurteilten Juden „Vergünstigungen" zu gestatten. Diese bestanden darin, daß den Glaubensgenossen des Verurteilten erlaubt wurde, an ihm die rituellen Waschungen vorzunehmen,

---

[138]) Zimmermann S. 507 ff.

[139]) ebd. S. 724.

[140]) Graetz Band 10, S. 30 f.

ihm die weißen Totengewänder anzuziehen und Tag und Nacht ihm „aufzuwarten" (wahrscheinlich um mit ihm zu beten), bis er den Geist aufgab. Am 17. Oktober 1617 ereignete es sich nun, wie das Kabronimbuch der Hanauer jüdischen Gemeinde berichtete[141]), daß fünf „Malefikanten" hingerichtet wurden: Ein Christ, eine Christin und drei Juden. Von diesen wurden gemäß dem Urteil die beiden ersteren und einer der verurteilten Juden durch das Schwert gerichtet, während die Todesstrafe für die beiden anderen der Galgen war. Die üblichen Bekehrungsversuche waren bei allen drei Juden ergebnislos verlaufen. Dabei war es spät geworden. Um nicht noch nach Einbruch der Dunkelheit — 6 Uhr — ihr Werk fortsetzen zu müssen, legten die Henker einstweilen die drei Geköpften in die einzige vorhandene offene Grube und nahmen am nächsten Tag den Leichnam des Juden aus der Gemeinschaftsgrube wieder heraus, um ihn in einer anderen, besonderen Grube zu beerdigen. Ein antisemitischer Skribent (wahrscheinlich aus Frankfurt oder Mainz) veröffentlichte daraufhin ein anonymes Pamphlet „Pasquill und Schmachschrift: Ob sollte mit etlichen den 17. Octobris Anno 1617 zu Hanau justificirten Juden eine ärgerliche Newerung im H. Reich eingeführet seyn?" Dieses war gegen die Hanauischen Räte der damals in den Niederlanden weilenden Regentin-Vormünderin Katharina Belgia mit dem Vorwurf gerichtet, sie hätten sich von den Juden dazu bestechen lassen, im H. Römischen Reich Deutscher Nation eine ärgerliche Neuerung einzuführen, indem sie gestattet hätten, daß den drei verurteilten Juden Wasser zu ihren Waschungen gereicht worden sei, daß ihren Glaubensgenossen gestattet worden sei, die Verurteilten an die Richtstätte zu begleiten und ihnen die Totengewänder anzulegen, und daß gar der mit dem Schwert gerichtete Jude mit den beiden Christen in e i n Grab gelegt worden sei. Das Pasquill selbst scheint verloren gegangen zu sein, doch ist ein Exemplar der Antwort der hanauischen Räte erhalten geblieben. Es handelt sich um eine durch „Petrum Antonium" 1618 in Hanau gedruckte Schrift unter dem langatmigen Titel:

„Bericht und Ehren Rettung wider den Passquill und Schmach-Schrifft: Ob solte mit etlichen den 17. Octobris Anno 1617 zu Hanaw justificirten Juden eine ärgerliche Newerung im h. Reich eingeführt seyn? So von einem Vermessenen Aufrührerischen Calumnianten, mit Verhaltung sein selbstens vnd des Druckers Namen, ausgesprenget."

In dieser Gegenschrift gehen die Räte punktweise auf die Beschuldigungen ein und belegen dabei den Anonymus reichlich mit Schimpfworten im Stil der damaligen Zeit. Aus der Antwort, wenn man die reichliche

---

[141]) Z i m m e r m a n n S. 513 f. Derselbe berichtet auch über eine andere Hinrichtung etwa 100 Jahre später (1710), die er aus dem Kabronimbuch der jüdischen Gemeinde in Hanau entnommen hat. Es handelte sich dort um einen aus Prag stammenden jüdischen Dieb, der in Kesselstadt aufgehängt wurde. Dieser wurde vom Galgen von unbekannter Hand entfernt und erst im Rückinger Wald aufgefunden, nachdem der Gemeinde eine Buße von täglich 1 Goldgulden auferlegt worden war. Die Leiche wurde erneut an den Galgen gehängt, verschwand aber am 11. November 1712, dem Tag der Huldigung für den Regierungsantritt des Grafen Johann Reinhard wiederum, diesmal auf Nimmerwiedersehen. Kabronim ist das hebräische Wort für Totengräber.

Schale vom Kern entfernt, bleiben zwei bemerkenswerte Gesichtspunkte der Räte, die hervorgehoben werden sollen:

Nachdem die gräfliche Regierung keine Mühe gespart habe, die Juden zum christlichen Glauben zu bekehren und dies im wesentlichen gescheitert sei[142]), so „muß man notwendig Geduld tragen und wird doch der ungedingte Meuchel-Consulent die Herrschaft Hanau nicht überreden, daß sie darum das kaiserliche Lehen refutiren oder die Juden ausjagen wolle . . ."

Gegen den Vorwurf des Verfassers des Pasquills, die Juden seien „des Teufels Eigentum", antworteten die Räte: „Also redet der heilige Paulus nicht, er heißet sie seine Brüder und Freunde nach dem Fleisch (Röm. 9 etc.) . . ."

Auch bei anderen Gelegenheiten haben die Regentin Katharina Belgia (1612 - 1626), ihr Sohn, der Graf Philipp Moritz (1626 - 1638), und später der Graf Friedrich Casimir (1642 - 1685) schützend oder wenigstens vermittelnd eingegriffen, wenn ihren jüdischen Untertanen Gefahr drohte.

Der letztere — Friedrich Casimir aus dem Hause Hanau-Lichtenberg — war aufgrund eines zwischen den Linien Hanau-Münzenberg (reformiert) und Hanau-Lichtenberg (lutherisch) geschlossenen Erbvertrags vom 18. Juli 1610 nach einer kurzen vormundschaftlichen Regierung der Witwe des Grafen Philipp Moritz, Sibylle Christine von Anhalt-Dessau (1638-1641), und des Grafen Johann Ernst aus der Linie Schwarzenfels zur Regierung gekommen und hatte als 23-jähriger die wesentlich ältere Sibylle Christine aus Zweckmäßigkeitsgründen geheiratet, weil ihr die gräfliche Kasse sehr erhebliche Beträge schuldete. Friedrich Casimir war ein leichtgläubiger Mann, den jeder Betrüger ausnutzen konnte, der enorme Beträge für die zweifelhaftesten Unternehmungen ausgab und zur Beschaffung flüssiger Mittel seine Länder an seinen weitläufigen Vetter von Hessen-Homburg und andere verpfändete. So gab er 1669 an zwei Betrüger (Becher und Kretzschmar) hohe Beträge, um von der „Westindischen Gesellschaft" ein „Königreich" am Orinoco zu kaufen. Aus diesem Königreich Hanauisch-Indien wurde nichts, und Friedrich Casimir verwandte 9 000 Thaler, die er vom Landgrafen von Hessen-Homburg gegen Pfand aufgenommen hatte, zum Ankauf eines Wachsfigurenkabinetts statt für den ursprünglich beab-

---

[142]) Es sind aus dem 17. und 18. Jahrhundert nur zwei Judentaufen in der Grafschaft dokumentarisch belegt, über die Zimmermann (S. 509) berichtet: Im Jahre 1656 eine Sara Meier aus Krakau und im Jahre 1718 ein 17-jähriges Mädchen aus Sickstoll im Oberland, dem der Graf Johann Reinhard von Hanau und fünf andere prinzliche und gräfliche Persönlichkeiten sowie der Freiherr Johann Georg Seiffert von Edelsheim als Taufzeugen dienten. Von einem dritten Fall einer Judentaufe um diese Zeit, die sich sogar in Bergen abspielte, berichtet die Chronik der Pfarrei Bergen von Philipp Ludwig Hermann auf Seite 600 wie folgt: „1699 wurde ein Jud getauft, welcher Bergen geheißen und in der Tauf Conrad Jakob genannt worden . . ." Diese Pfarrei-Chronik ist von dem evangelisch-reformierten Pfarrer Philipp Ludwig Hermann, der in Bergen von 1781-1815 amtierte, unter dem Titel verfaßt worden: „Beschreibung des Kirchspieles Bergen, in mehrerer Hinsicht, als ein Versuch und Beitrag zur Hanau-Münzenbergischen Kirchengeschichte". Das Original dieser Handschrift, vormals im Besitz des Hanauer Geschichtsvereins, ist dem Krieg zum Opfer gefallen, eine Abschrift in Groß-Folio, der die obige Eintragung entnommen ist, befindet sich im Archiv des Evangelischen Pfarramts Bergen.

sichtigten Zweck — Hanauisch-Indien[143]). Schließlich beschwerten sich die Agnaten beim Kaiser und erreichten, daß durch dessen Vermittlung der Mißwirtschaft des Grafen Friedrich Casimir ein Ende gesetzt wurde[144]).

Wir haben damit den Ereignissen etwas vorausgegriffen und kommen nunmehr auf die Ursachen zurück, die Katharina Belgia, Philipp Moritz und Friedrich Casimir Anlaß gaben, schützende oder vermittelnde Verfügungen bei den Streitigkeiten zwischen ihren christlichen und jüdischen Untertanen zu treffen. Obwohl diese Ursachen zum Teil durch die besonderen örtlichen Verhältnisse der Stadt Hanau bedingt waren, waren sie zum anderen Teil aber allgemeinen Charakters, so daß sie die ganze Grafschaft einschließlich der uns interessierenden Ortschaft Bergen angingen.

Es handelt sich im wesentlichen um drei Ursachen, nämlich die Übertretung der Sonntagsordnung in der Stadt Hanau, den sogenannten „Wechselbatzen" und den Fleischverkauf durch jüdische Metzger an christliche Verbraucher.

Nebenher tauchten immer noch gelegentliche Hetzversuche der Hanauer Theologen auf; so z. B. erklärte die Geistlichkeit im Jahr 1627, daß der damals wütende (später Dreißigjähriger genannte) Krieg eine Gottesstrafe für die langmütige Duldung der Juden in Hanau und anderwärts sei. Die Hanauer Juden wandten sich damals an ihre einflußreichen Wiener Glaubensgenossen, und diese erreichten einen Befehl des Kaisers Ferdinand II. an die Hanauer Geistlichkeit, seine „Kammerknechte" in Ruhe zu lassen.

Mit der Übertretung der Sonntagsordnung hatte es folgende Bewandtnis[145]):

Die einzige Verbindung zwischen der Neu- und Altstadt Hanau führte an der Judengasse vorbei. Durch den am Judentor auch Sonntags stattfindenden Verkauf von Obst, Branntwein, Fleisch usw. wurde nach Auffassung des Presbyteriums der Zugang der Gläubigen zur Betstunde behindert. Es setzte daher alles in Bewegung, um diesem Zustand ein Ende zu bereiten. Schließlich erreichte es 1623 eine Verfügung der Regentin Katharina Belgia, daß das Judentor am Sonntag geschlossen bleiben müsse; auch sollten die Vorsteher („Baumeister") der jüdischen Gemeinde jedesmal sechs Reichsthaler Strafe bezahlen, wenn jemand ohne besondere Dringlichkeit dort aus- oder eingehen sollte. Diese Strafe sollte unter Aufsicht des Presbyteriums an dessen Arme abgeführt werden. Auf Beschwerde der Juden beim Kaiser mußte das Tor wieder geöffnet werden, doch verfügte er, daß die Juden bei Strafe eines halben Reichsthalers sich während der Predigt „stille halten" sollten. Das Presbyterium stellte nun „Rüger" an, die Vergehen gegen diese kaiserliche Verordnung ausschnüffeln sollten. Aufgrund ihrer Denunziationen überflutete das Presbyterium die weltliche

---

[143]) Zimmermann S. 736; das Problem Hanauisch-Indien in neuer Sicht behandelt: F. Hahnzog, Hanauisch-Indien, einst und jetzt, Hanau 1959.

[144]) Zimmermann S. 737.

[145]) Ich folge der Darstellung Zimmermanns S. 509 f.

Obrigkeit dermaßen mit seinen Strafanträgen, daß die Gerichte schließlich der ständigen Plackereien müde wurden und eine Art passive Resistenz gegen die Strafanträge des Presbyteriums ausübten.

Am 3. Dezember 1632 — also während des Dreißigjährigen Krieges — ereignete sich der amüsante Fall, daß der Pfarrherr Wildius die Juden Hirz und Mosche stellte, weil diese während der Predigt in die Neustadt liefen. Es stellte sich heraus, daß das Regiment des Grafen Philipp Moritz, das eilig in Marsch gesetzt werden sollte, noch nicht bekleidet war, und daß der Graf seine Agenten Hirz und Mosche beauftragt hatte, diese Bekleidung zu besorgen. Der Pfarrherr mußte also unverrichteter Dinge wieder abziehen.

Mit den „Wechselbatzen" hatte es folgendes auf sich:

In die Almosenbehälter wurden viele Pfennige geworfen, die die Krämer, Bäcker etc. nicht al pari als Zahlung für ihre Waren annehmen wollten. Als die gräfliche Regierung sie zur Annahme der Pfennige zum Nominalwert zu zwingen versuchte, steigerten sie ihre Preise. Für einen Reichstaler in Pfennigen wurde ein Aufgeld von 5 1/2 Batzen verlangt. Da die Juden die Hauptträger des Wechselgeschäfts waren, schob man ihnen die Schuld zu und verlangte, die Herrschaft solle die Juden dazu anhalten, die Umwechslung von Pfennigen in Reichstaler vorzunehmen, ohne Aufgeld zu fordern.

Graf Philipp Moritz erließ 1631 eine Bestimmung, wonach das Wechselgeld von Pfennigen in Reichstaler für jedermann auf 2 Batzen festgesetzt wurde. Trotzdem wurde diese Anordnung häufig umgangen, und die Beschwerden hierüber, meist gegen Juden gerichtet, tauchten von Zeit zu Zeit immer wieder auf[146]). (Daß Philipp Moritz nicht gegen seine jüdischen Untertanen eingestellt war, ergibt die oben erwähnte Tatsache der Verwendung von Juden als Lieferanten von Uniformen für sein Regiment).

Der dritte Anlaß für gelegentliche Beschwerden der christlichen Bevölkerung beruhte auf der Vorschrift der Juden-Stättigkeit des Grafen Philipp Ludwig II. vom Jahre 1603, nach der den jüdischen Schlächtern der Verkauf von nicht-„koscherem" Fleisch, das bei den rituellen Schlachtungen anfiel, an christliche Verbraucher gestattet sein sollte. Die christlichen Metzger fühlten sich hierdurch beschwert und versuchten immer wieder, mit ihren Freunden und den leicht aufzuhetzenden Radaulustigen gewaltsam den Fleischverkauf der Juden in ihren Schirnen an christliche Kunden zu verhindern. Als verschiedene ernstliche Warnungen des Grafen, z. B. in den Jahren 1652 und 1655, ohne Erfolg blieben, erließ Graf Friedrich Casimir im Jahre 1655 einen Befehl an die christlichen Metzger, sie möchten ihre jüdischen Konkurrenten in Ruhe lassen. In diesem Dekret stellte er seinen jüdischen Untertanen ein Zeugnis aus, das eigentlich erheblich über den Zweck dieser besonderen Streitschlichtung hinausging:

---

[146]) Zimmermann S. 510.

„Wir selbst haben uns der Sache genauer erkundigt und befunden, daß der Juden Thun in diesem gemeiner Stadt und Landung nit allein nit entgegen, sondern beförderlich und nützlich seye . . .[147])

Das Zeitalter des Dreißigjährigen Krieges überstanden die Juden im Hanauer Gebiet im allgemeinen, ebenso wie im übrigen Reich, nicht schlechter und nicht besser als ihre christlichen Nachbarn: Nach den Judenverfolgungen in Frankfurt (1614) und Worms (1615) hatte Kaiser Ferdinand II. die Unantastbarkeit der Juden als seiner Kammerknechte erneut feierlich bestätigt. Dabei war mindestens eines seiner Motive sein ständiger Geldbedarf, um seine Söldnerheere im Feld zu halten. Wenn auch die Juden ihr Teil an den Brandschatzungen und Plünderungen durch die Landsknechte unter Spinola, Tilly und Wallenstein auszuhalten hatten (von den Gegen-Armeen, die nicht unter kaiserlichem Befehl standen, ganz zu schweigen) und manche jüdische Gemeinde infolge der Kriegswut völlig untergegangen ist, so waren die Juden doch zumindest vor den inneren Feinden geschützt, soweit der Kaiser die Macht innehatte[148]). Wie wir an anderer Stelle gesehen hatten, war allerdings für die jüdische wie für die christliche Bevölkerung im Hanauer Gebiet die schwankende Haltung der Hanauer Herrschaft gegenüber den streitenden Parteien ein zusätzlicher Grund, daß man von beiden Seiten auf sie losging.

Unter dem Nachfolger Friedrich Casimirs, dem Grafen Philipp Reinhard (1685 - 1712), wurden neue Juden-Ordnungen herausgegeben, auf die wir noch an anderer Stelle zurückkommen werden. Auch dieser Herrscher scheint seinen jüdischen Untertanen nicht unzugänglich gewesen zu sein: Ein 18-jähriger Jude namens Gumprecht, Sohn des Joseph Oberländer, war 1690 wegen mehrerer Diebstähle verhaftet und im ordentlichen Strafverfahren zum Tod am Galgen verurteilt worden. Diese schwere Strafe war in der damaligen Zeit gesetzlich durchaus zulässig und nicht ungewöhnlich. Der Vater, Joseph Oberländer, bot dem Grafen 3 000 Gulden, wenn man das Urteil kassieren würde. Dreitausend Gulden waren für diese Zeit ein sehr großes Vermögen. Dem Gesuch wurde entsprochen und der junge „Maleficant" Gumprecht nach Bezahlung der 3 000 Gulden auf freien Fuß gesetzt[149]).

Der Nachfolger Philipp Reinhards, Johann Reinhard III. (1712 - 1736), war der letzte Hanauer Graf. Mit seinem Tode trat der Erbvertrag von 1643 in Kraft, und der Landgraf-Statthalter Wilhelm von Hessen-Kassel, zu dessen Gunsten sein Bruder Friedrich I. von Schweden ein Jahr zuvor auf die Erbfolge verzichtet hatte, traf kurz nach dem Tod Johann Reinhards III. in Hanau ein und trat dort die Regierung an.

Da durch den Erbvertrag nur eine Personalunion in der Herrschaft, nicht aber eine Vereinigung der beiden Länder stattfand, blieben die Gesetze, wie sie in Hanau herrschten, voll in Kraft, wurden also keineswegs

---

[147]) Zimmermann S. 511.
[148]) Graetz Band 10 S. 36.
[149]) Zimmermann S. 806.

durch die Gesetze von Hessen-Kassel ersetzt. Das gilt auch für die Judenkapitulationen, -ordnungen und -stättigkeiten, die wir in Kapitel 2 näher erörtern werden. Erst am 12. September 1796, also 60 Jahre nachdem die Grafschaft Hanau an Hessen-Kassel gefallen war, ist das Hessen-Kasseler Judenrecht auch für das Hanauer Gebiet eingeführt worden, aber selbst dann mit wichtigen, noch zu erörternden Ausnahmen.

## Kapitel 2

### Vom Übergang der Grafschaft Hanau - Münzenberg an die Landgrafen von Hessen - Kassel bis zur napoleonischen Zeit (1736 - 1806)

*A) Die regierenden Fürsten und ihre Beamten*

Wenn wir einen Blick auf die im Anhang wiedergegebenen Urkunden werfen, so finden wir, daß die meisten Gesuche meiner Vorfahren an drei Herrscher von Hessen-Kassel gerichtet sind, nämlich an den Statthalter Wilhelm (späteren Landgrafen Wilhelm VIII.), an seine Schwiegertochter, Landgräfin Maria, geborene Prinzessin von Großbritannien, und an den Erbprinzen Wilhelm, der später als Landgraf Wilhelm IX. und als Kurfürst Wilhelm I. genannt wurde. Es erscheint uns daher angebracht, auf diese drei Persönlichkeiten hier etwas näher einzugehen:

Nach dem Tode des Landgrafen Carl von Hessen-Kassel (1670 - 1730) folgte ihm nominell sein ältester Sohn Friedrich I. (Regierungszeit: 1730-1751) auf den hessischen Thron. Da Friedrich I. jedoch durch seine Heirat mit der schwedischen Thronerbin seit 1720 König von Schweden war, bestellte er seinen Bruder Wilhelm zum Statthalter in Kassel, der dieses Amt von 1730 bis 1751 ausübte. Ferner verzichtete Friedrich I. im April 1735 auf die Erbfolge in Hanau zugunsten seines Bruders Wilhelm. Wilhelm trat daher zunächst im Jahre 1736 kraft eigenen Rechts die Herrschaft in Hanau an[150]) und wurde nach dem Tod Friedrichs I. im Jahre 1751 Landgraf von Hessen-Kassel unter dem Namen W i l h e l m V I I I. Als solcher regierte er bis zu seinem Tode im Jahre 1760.

Aus seiner Statthalterzeit stammen die folgenden im Anhang aufgeführten landesherrlichen Entschließungen in Bezug auf meine Vorfahren:

In den Akten betr. Freistellung vom Schutzgeld des Isaac von Bergen die Entschließung vom 8. April 1739: „Resolutum Serenissimi etc." (Anlage 1 c).

In den Rezeptionsakten des Joseph Loew von Bergen der Beschluß vom 13. Juni 1746: „Placet, daß der Supplicant recipiret werden solle" (Anlage 8 b).

---

[150]) Er traf am 30. März 1736 in Schloß Philippsruhe bei Hanau ein und nahm am 24. April 1736 die feierliche Huldigung der Bevölkerung entgegen. Die Hanauer Juden beschenkten ihn bei dieser Gelegenheit mit sechs silbernen Wandleuchtern und zwei Kaminleuchtern (Z i m m e r m a n n S. 758).

Beide Beschlüsse sind in „Caßell" (Kassel) ausgefertigt.

Aus derselben Zeit rührt das Gesuch des Loew Isaac um Bewilligung eines Heiratsscheins für seinen Sohn Joseph Loew an die Hanauer Regierung, das bei derselben am 24. Dezember 1745 eingegangen ist (Anlage 7 a).

Das Gesuch des Marum Lapp von Bergen um Freistellung vom Schutzgeld, das in Schloß Philippsruhe am 28. Oktober 1756 eingegangen ist (Anlage 5 a), ist bereits an Wilhelm als Landgrafen gerichtet. Auf dem Umschlag trägt es folgende Anschrift:

„An durchlauchtigsten Fürsten und Herrn, Wilhelm, Landgrafen zu Heßen, Fürsten zu Hersfeld, Grafen zu Catzenelnbogen, Dietz, Ziegenhayn, Nidda, Schaumburg und Hanau, gnädigsten Fürsten und Herrn" usw.

In die Regierungszeit des Landgrafen Wilhelm VIII. fällt auch die Schlacht von Bergen, die wir in der Einleitung erwähnt haben. Ihre Folgen für zwei meiner Verwandten, die Witwe des Juda Lapp (der um 1757 gestorben war) und den Loew Isaac (1691 - 1768), sind in den im Anhang befindlichen Anlagen 3 a und 4 a vom Oktober 1760 bzw. November 1761 niedergelegt und werden hier später bei den an die Landgräfin Maria gerichteten Gesuchen näher erörtert werden.

Wilhelm VIII. war der erste unter den hessischen Landesfürsten, der einen erheblichen Reichtum durch Überlassung seiner Landessöhne als Soldaten an England für dessen Kriege erwarb[151]). Sein Leben wurde durch ein tiefes Zerwürfnis mit seinem Sohn, dem späteren Landgrafen Friedrich II., schwer getrübt. Entgegen der konfessionellen Tradition des Hauses Hessen-Kassel, das seit Generationen dem reformierten Bekenntnis angehörte, war Friedrich im Jahre 1749 zum katholischen Glauben übergetreten. Alle Versuche, die sowohl sein Vater als seine Frau Maria anstellten, ihn von diesem Schritt abzuhalten, waren ergebnislos verlaufen. Friedrich überwarf sich demzufolge mit seinem Vater, seiner Frau und der königlichen Familie in London, und der Bruch wurde nie mehr geheilt[152]).

Wilhelm bestimmte daher in der „Assekuranzakte" von 1754 eine Anzahl von Beschränkungen in den Freiheiten seines Sohnes als künftigen Landesherrn. Unter anderem sprach er die Grafschaft Hanau seinem Enkel, dem späteren Landgrafen Wilhelm IX., zu, damit der junge Erbprinz von seinem Vater und dem Kasseler Hof ferngehalten würde, wenn Wilhelm VIII. die Augen schließen sollte. Ferner sollte nicht der katholische Friedrich, sondern seine von ihm entfremdete Frau Maria die Vormundschaft über den jungen Erbprinzen erhalten und für ihn bis zu seiner Volljährigkeit die Regentschaft in der Grafschaft Hanau ausüben. Demzufolge wurde also Friedrich II., der sein Erbe als Landgraf von Hessen nach dem Tod seines Vaters im Jahre 1760 antrat und in Kassel bis 1785 regierte, von der Regierung in Hanau vollkommen ausgeschaltet.

---

[151]) E. C. Conte Corti, Der Aufstieg des Hauses Rothschild 1770-1830, Leipzig 1927 (künftig zitiert: Corti, Rothschild I) S. 13.

[152]) Corti, Rothschild I, S. 14.

Friedrichs Glaubenswechsel hatte übrigens keinen Einfluß auf die bereits von seinem Vater begonnene Gepflogenheit des „Soldatenverkaufs" nach England. Im Gegenteil überflügelte Friedrich II. seinen Vater bei weitem im Umfang dieser „Geschäfte". Er ließ, seit 1776, für England 19 000 Mann in Amerika kämpfen und erhielt dafür die Summe von über 21 Millionen Taler, ein Betrag, der für die damalige Zeit einen ungeheuren Reichtum bedeutete. Auch in ihren Beziehungen zu ihren jüdischen Untertanen waren Vater (Wilhelm VIII.) und Sohn (Friedrich II.) trotz ihrer verschiedenen Glaubenszugehörigkeit zwar keineswegs judenfreundlich, aber, für die damalige Zeit, vorurteilslos genug, um sich für ihre Geldanlagen jüdischer Hoffaktoren zu bedienen, von denen Veidel David in Kassel der bedeutendste gewesen zu sein scheint[153]).

Während der junge Erbprinz (später Wilhelm IX.) von Großvater und Mutter zu König Friedrich V. von Dänemark nach Kopenhagen gesandt wurde, um sich dort am Hofe auszubilden und sich mit der ihm zur Ehe bestimmten Tochter Friedrichs V., Caroline, anzufreunden, übte seine Mutter Maria die Regentschaft in Hanau für ihn aus. Dies geschah, da Hanau in die Ereignisse des Siebenjährigen Krieges verwickelt, auch zeitweise von den Franzosen besetzt war, von Celle aus, wohin sich Maria in ein Schloß ihres hannoverischen Vaters zurückgezogen hatte. Erst Ende 1764 verheiratete sich der Erbprinz mit Prinzessin Caroline, die übrigens seine Cousine war, da ihre Mutter eine Schwester der Landgräfin Maria war.

Demzufolge sind die folgenden Gesuche von der Landgräfin Maria als Regentin-Vormünderin entschieden worden:

Das Gesuch des Loew Isaac um Aufnahme seines Sohnes Baruch Loew in den Schutz zu Bergen (Eingangsvermerk in Celle: 6. September 1760; Anlage 14 a).

Das Gesuch der Witwe des Juda Lapp um Befreiung vom Schutzgeld (Eingangsvermerk in Celle: 24. Oktober 1760; Anlage 3 a).

Das Gesuch des Loew Isaac (1691 - 1768) um Befreiung vom Schutzgeld (Eingangsvermerk in Celle: 13. März 1761; Anlage 4 a).

Das zweite Gesuch des Marum Lapp (1694 - 1764) um Befreiung vom Schutzgeld (Eingangsvermerk in Celle: 28. Juli 1761; Anlage 6 a).

Endlich berichtet in den Akten betr. Rezeption des Marum Loew (1736-1819) die Hanauer Regierung am 1. Oktober 1764 (Anlage 16 a) an die Regentin, die sich damals in Schloß Philippsruhe bei Hanau befunden haben muß: „. . . Von Ihro Königl. Hoheit Höchsten Gnade wird es demnach lediglich abhangen, ob dem Supplicanten sothane Reception denen angeführten Umständen ohngeachtet gnädigst zugestanden werden solle . . ." und die Verfügung vom 18. Oktober 1764 (Anlage 16 b) gab dem Gesuch statt, wie auch alle übrigen Entscheidungen damals im Sinne der Anträge ausgefallen sind.

---

[153]) Corti, Rothschild I, S. 20.

Die Landgräfin Maria war eine gebildete und für ihre Zeit moderne Frau, deren wohltätiger Einfluß auf ihren Sohn für diesen nachhaltige Folgen hatte.

Die oben erwähnten, an die Landgräfin gerichteten Gesuche der Witwe des Juda Lapp und des Loew Isaac um Freistellung vom Schutz haben die Begründung gemein, daß beide Gesuchsteller in der Schlacht bei Bergen (13. April 1759) schweren Schaden erlitten hatten:

Aus dem Gesuch der Witwe des Juda Lapp, der um 1757 verstorben war, ergibt sich, daß ihr Haus durch die Beschießung der Alliierten teilweise zerstört worden war; sie hatte, da ihr das nötige Geld zum Wiederaufbau der beschädigten Stockwerke fehlte, diese abreißen lassen müssen. Auch hatte sie durch den Lärm der einschlagenden Geschosse eine Schwächung des Gehörs erlitten, und der Schreck hatte sie derartig befallen, daß sie geistesschwach geblieben war.

Loew Isaac machte geltend, er habe während der Schlacht durch Plünderung mehr als 200 Gulden verloren, und außerdem seien ihm von seinen „besten Sachen", die er in Frankfurt zur Verwahrung gegeben habe, um sie vor Kriegsschäden zu schützen, für mehr als 400 Gulden unterschlagen worden.

Andere im Staatsarchiv Marburg befindliche Urkunden dieser Zeit — meist ebenfalls Gesuche um Stundung oder Erlaß von Schutzgeld — beweisen ebenfalls, daß die jüdische Bevölkerung von Bergen, besonders durch Plünderungen der französischen Soldaten, schweren Schaden in dieser Schlacht erlitten hat. Nach dem Bericht der Hanauer Regierung an die Landgräfin Maria vom 3. November 1761 in dem Aktenstück betr. Gesuch des Loew Isaac um Schutzfreiheit scheint die Tatsache der Plünderung als amtsbekannt unterstellt worden zu sein (Anlage 4 b).

Die folgenden Gesuche sind von meinen Vorfahren an den Erbprinzen Wilhelm als Regierenden Grafen von Hanau gerichtet worden:

Zwei Gesuche des Joseph Loew (1714 - 1783) um Bewilligung von Schutzgeldfreiheit (Eingangsvermerke in Hanau: 3. Mai 1776 und 27. April 1780; Anlagen 11 a und 11 f).

Vier Gesuche des Marum Loew (1736 - 1819) um Bewilligung von Schutzgeldfreiheit aus den Jahren 1769 bis 1783 (Anlage 18 a, 19 a, 20 a und 21 a).

Das Gesuch des Baruch Loew (1728 bis nach 1804) um Schutzgeldfreiheit (Eingangsvermerk Hanau: 19. Februar 1774; Anlage 15 a).

Endlich die Gesuche des Raphael Loew um Rezeption und später um Befreiung vom Schutzgeld, sowie die damit in Zusammenhang stehenden amtlichen Dokumente von 1781 bis 1785 (Anlagen 22-27), während sich die späteren auf Raphael Joseph beziehenden Archivalien (Anlage 28) bereits in der Zeit abspielen, in der Wilhelm IX. als Landgraf in Kassel regierte. (Die Thronübernahme in Kassel erfolgte nach dem am 31. Oktober 1785 er-

folgten Tod seines Vaters, des Landgrafen Friedrichs II.). Dagegen spielt das Aktenstück betr. Bewilligung des öffentlichen Verkaufs von Pfändern, die der Freiherr von Heyles und seine Ehefrau in Eschborn zugunsten des Joseph Loew (1714 - 1783) bestellt hatten, sich noch in der Regierungsperiode Wilhelms als Erbprinzen ab, nämlich im Januar 1779 (Anlage 10). Wir werden auf dieses interessante Aktenstück noch näher eingehen.

Das weitere Aktenstück von erheblichem Interesse betr. Befreiung der Juden in Bergen von der Wachtdienstverpflichtung (Anlage 31) spielt sich dagegen in der Zeit ab, in der Wilhelm als Kurfürst nach der napoleonischen Zeit zur Regierung in Hessen-Kassel und Hanau zurückgekehrt war. Auch auf dieses Aktenstück werden wir noch zurückkommen.

Die allgemein-geschichtliche Bedeutung des Erbprinzen, späteren Landgrafen Wilhelm IX. und Kurfürsten Wilhelm I., in seiner Einflußnahme auf die Geschicke der Juden unter seiner Herrschaft und darüber hinaus im Reich läßt es geboten erscheinen, die Persönlichkeit und das Schicksal dieses Mannes hier etwas ausführlicher zu erörtern.

Der am 3. Juni 1743 in Kassel geborene Prinz war etwa sechs Jahre alt, als durch den Übertritt seines Vaters zum katholischen Glauben das tiefe Familienzerwürfnis eintrat, das auf seine Kindheit und Jugend einen starken Schatten warf. Viele widerspruchsvolle Züge im Charakter des späteren Mannes mögen ihre psychologische Erklärung in den zerrütteten Familienverhältnissen seiner Entwicklungszeit finden. Vom Vater so viel wie möglich durch den Machtspruch des regierenden Großvaters ferngehalten, lag seine Erziehung in der Hand seiner Mutter unter dem wachsamen Auge des Großvaters. Auch die mütterlichen englischen Verwandten griffen gelegentlich in die Geschicke des jungen Prinzen ein, wie z. B. bei der Schmiedung des Plans, ihn mit seiner Cousine Caroline von Dänemark zu verheiraten. Diese Vernunftsehe war von Anfang an unglücklich, da die Ehepartner in keiner Weise zusammenpaßten. Als der Erbprinz 1764 die Regierung der Grafschaft Hanau frei von der Vormundschaft der Mutter und als junger Ehemann übernahm, stürzte er sich daher mit großem Eifer auf seine Aufgabe, da ihn persönliche Bindungen nicht beanspruchten. Die Grafschaft Hanau mit ihren etwa 50 000 Einwohnern nahm unter ihm bald einen erheblichen wirtschaftlichen Aufschwung. Der junge Prinz war „durch und durch aktiv", las viel, schrieb auch gelegentlich kleinere Abhandlungen lokal-historischen Inhalts und übte sich — wenn auch ohne künstlerischen Erfolg — im Kupferstechen und Modellieren. Bereits frühzeitig war er ein eifriger Sammler der verschiedenartigsten Raritäten, und es scheint, daß der an seinem Hofe lebende hannoversche General von Estorff, selbst ein bekannter Numismatiker, seinen Sammlersinn auf Münzen hinlenkte, die er von 1763 an mit großer Hingabe zu sammeln begann[154]). Wenige Jahre vorher hatte General von Estorff, als er noch in Hannover lebte, beim Einkauf von Münzen im Oppenheimschen Hand-

---

[154]) Corti, Rothschild I, S. 15.

lungshaus in Hannover einen jungen Handlungsangestellten kennengelernt, der trotz seiner Jugend bereits ein großer Sachkenner von Münzen war, und der daher wegen ihrer gemeinschaftlichen Interessen dem General von Estorff näher getreten war. Der junge Mann hieß Mayer Amschel Rothschild, war aus Frankfurt und sollte sich später zum Begründer des Weltbankhauses A. M. Rothschild & Söhne entwickeln[155]). Dieser Zufall der Bekanntschaft zwischen von Estorff und Mayer Amschel hat sich in schicksalhafter Weise für Rothschild und sein Unternehmen, aber auch für den Landgrafen Wilhelm IX. ausgewirkt.

Bereits in seiner Jugend, als Erbprinz, zeigte sich Wilhelm den Gedankengängen des Zeitalters der Aufklärung zugängig. Als Zeitgenosse Goethes, Lessings und Schillers müssen auf ihn, den eifrigen Leser, deren Werke einen tiefen Eindruck gemacht haben. Lessings „Nathan der Weise" erschien 1779, um die Zeit des bayerischen Erbfolgekrieges, von dem Wilhelm als preußischer General nach Hanau zurückgekehrt war. Das etwas später erschienene „Lied an die Freude" von Schiller („alle Menschen werden Brüder . . .") gab am beredtesten dem Gedanken der Aufklärungsbewegung Ausdruck. Obwohl bei dem jungen Landgrafen, und mehr noch in seinen reiferen Jahren, gelegentlich die hierzu im Widerspruch stehende Durchdringung von seinem Gottesgnadentum durchzubrechen pflegte, war er — zumindest theoretisch — ein Freigeist, der dem Freimaurertum nahestand und der auf religiösem Gebiete volle Toleranz übte. Diese Toleranz erstreckte sich auch, im Gegensatz zu manchen anderen „Freigeistern" dieser Zeit, in vollem Umfang auf die Juden, die er in vorurteilsfreier Weise behandelte. Corti behauptet, er habe kurze Zeit nach seinem Regierungsantritt als regierender Graf von Hanau angeordnet, daß die jüdischen Kaufleute auf dem Markt nicht die Unterscheidungszeichen gegenüber den christlichen Handelsleuten aufzurichten brauchten[156]). Ich konnte in den Quellen nichts darüber finden, daß eine solche Verpflichtung der jüdischen Kaufleute vor seinem Regierungsantritt bestanden hätte. Dagegen ist der folgende Vorgang urkundlich belegt, den Corti möglicherweise im Auge gehabt hat: Auf dem Markt zu Neu-Hanau wurde, wenn die Christen ihren ersten Bedarf gedeckt hatten, als Zeichen, daß nunmehr auch jüdische Käufer willkommen seien, eine besondere „Judenfahne" gehißt. Im Jahre 1765 zeigte diese Fahne ein Spottbild eines Juden, „der einer Fischfrau die zum feilen Kauf gebrachten Fische abhandelt." Die Hanauer Juden beschwerten sich beim Erbprinzen Wilhelm, daß diese anstößige Fahne zu ihrer Verhöhnung bei Christen diene und ausländischen Juden Veranlassung geben könne, sich zu weigern, ihre Töchter nach Hanau zu verheiraten. Der junge Fürst verbot nicht nur die anstößige Form der Fahne, sondern die Hissung der Judenfahne überhaupt. Er ordnete an, daß die Juden jederzeit wie die Christen ihre Markteinkäufe sollten besorgen können[157]).

---

[155]) ebd. S. 13.

[156]) ebd. S. 19.

[157]) Zimmermann S. 511.

Bei der Errichtung des Wilhelmsbads (um 1780) ordnete er an, daß der vierte Badepavillon Juden zur Verfügung gestellt würde, die dort nach ihren Speisegesetzen und ihren Sitten bedient werden sollten.

Auch die Art und Weise, wie der Rechtsstreit meines Vorfahren Joseph Loew von Bergen (1714 bis nach 1783) gegen den Freiherrn H. von Heyles und dessen Ehefrau in Eschborn entschieden wurde, gibt ein anderes Beispiel dafür, wie die Regierung des jungen Prinzen ihre Judenpolitik betrieb.

Aus den Akten (Anlage 10) ergibt sich folgendes:

Joseph Loew stand offenbar mit dem Freiherrn von Heyles in Eschborn in vielseitiger Geschäftsverbindung: Er verkaufte ihm Pferde, verschiedene Getreidearten (Gerste, Frucht und Korn) und gewährte ihm Gelddarlehen zu verschiedenen Zeiten zwischen Mai 1775 und Februar 1777. Zur Sicherung der Darlehen hatten die Eheleute von Heyles ihm zwei Ringe, einen mit Brillanten, den anderen mit Rosetten, als Faustpfand in versiegeltem Kästchen übergeben. Außerdem hatten sie ihn ermächtigt, wenn ihm das gelingen sollte, für sie Geld auf ihre im Praunheimer Feld gelegenen Ackerstücke aufzunehmen und sich aus dem hypothekarisch zu sichernden Darlehen zu befriedigen. Aus diesem letzteren Geschäft scheint nichts geworden zu sein; auch hatten die reichsfreiherrlichen Schuldner die Zahlungsfristen für die Darlehen mehr als verstreichen lassen, obwohl sie das Versprechen zu pünktlicher Zahlung schriftlich „. . . ohne einige Widerrede bey adeliger Ehr und Würde . . .“ versichert hatten. Der Gläubiger hatte zwar die Ringe, doch bestanden schwere juristische Zweifel, ob die Pfandverwertung ohne weiteres in Bergen würde erfolgen können:

Einmal konnten die Schuldner als Reichsfreiherrn sich auf die Zuständigkeit ihres Sondergerichts, der „Ritterschaftlichen Kanzlei“ in Friedberg, berufen. Diese Ritterschaftliche Kanzlei, eine richterliche Reichsbehörde, arbeitete etwa eben so langsam wie das berüchtigte Reichskammergericht in Wetzlar, und Joseph Loew, damals bereits 65 Jahre alt, würde den Ausgang des Prozesses nicht erlebt haben, wenn die Ritterschaftliche Kanzlei ihn überhaupt je entschieden haben würde. Zum zweiten konnten selbst weniger hochgeborene christliche Schuldner von ihrem jüdischen Gläubiger nach Paragraph 8 der hanauischen Kontrakten-Ordnung zwischen Juden und Christen vom 10. Oktober 1754 verlangen, daß der Pfandverkauf durch das für den christlichen Schuldner zuständige Gericht erfolgen solle: (das Pfand ist) „. . . derjenigen Obrigkeit, worunter der Schuldner stehet, mit Beifügung des Schuldscheines zu dem Ende zu überreichen, damit diese solches Pfand an den Meistbietenden in rechtlicher Ordnung öffentlich verkauffen . . .“

Die Hanauer Regierung hat sich indessen über diese Zuständigkeitsbedenken glatt hinweggesetzt und — nicht ohne die Gefahr erheblicher Unannehmlichkeiten des Konflikts mit den Behörden, die die Zuständigkeit in Anspruch nehmen konnten — zugunsten des jüdischen Pfandgläubigers das Amt Bergen angewiesen, unter Einhaltung der notwendigsten gesetzlichen Formalitäten die Pfänder in Bergen zu versteigern und aus dem

Erlös den Gläubiger wegen seiner Forderung von 267 Gulden usw. zu befriedigen.

Die bereits in seiner Jugend zutage tretende Vorurteilslosigkeit Wilhelms IX. gegenüber Juden verstärkte sich noch im Laufe der Zeit zu ausgesprochenem Wohlwollen ihnen gegenüber durch seine engen Beziehungen zu Mayer Amschel Rothschild und seinen Söhnen, die seine anhänglichsten Berater in der Verwaltung seines umfangreichen Vermögens wurden und ihm während der napoleonischen Wirren und Kriege — oft unter den größten Gefahren für sich selbst — die Erhaltung seines Reichtums als ehrliche Sachwalter ermöglichten. Dabei arbeiteten sie in engster Weise mit dem wichtigsten und treuesten Beamten Wilhelms, Carl Friedrich Buderus, zusammen.

Den Grundstock zu seinem großen Vermögen hatte Wilhelm durch die Überlassung Hanauer Soldaten an England gelegt, dem Beispiel seines Großvaters und seines Vaters folgend. So erzielte er bereits 1776 mit seinem kleinen Hanauer Regiment, das er allerdings hervorragend geschult und ausgestattet hatte, einen Reingewinn von etwa einer Million Taler, eine sehr große Summe für die damalige Zeit[158]). Sein auf diese Weise erworbenes Eigenvermögen wurde jedoch durch die Ererbung des väterlichen Vermögens bei dem Tod Friedrichs II. im Jahre 1785 noch vervielfacht und machte ihn zu einem der reichsten, wenn nicht dem reichsten Fürsten seiner Zeit[159]).

Nachdem die Landgräfin Caroline ihrer Pflicht zur Erzeugung eines Thronfolgers am 28. Juli 1777 nachgekommen war, zerfielen die ehelichen Beziehungen des fürstlichen Paares immer mehr, bis Wilhelm seine Gemahlin völlig vernachlässigte und sich seinen zahlreichen Freundinnen widmete, mit denen er Kinder zeugte. Die Geschlechter Haynau, Heimrod und Hessenstein entstammen solchen Verbindungen. Manche Historiker behaupten, daß Wilhelm 74 außereheliche Kinder gehabt habe[160]). Wilhelm verstand es, von dem stets geldhungrigen Kaiser Franz in Wien als Gegenleistung für Darlehen, die er diesem gewährte, die Erhebung seiner jeweiligen Mätresse in den Adels- oder Grafenstand zu erlangen. Die zwei wichtigsten unter ihnen waren die Frau von Ritter-Lindenthal, Stammutter der Grafen von Haynau, und Karoline von Schlotheim, spätere Gräfin von Hessenstein[161]).

Nach dem Tode seines Vaters, Friedrich II., am 31. Oktober 1785, verlegte der nunmehrige Landgraf Wilhelm IX. seine Residenz von Hanau nach Kassel. Den getreuen Buderus nahm er von Hanau nach Kassel mit. Buderus war der Sohn eines Hauslehrers, der die unehelichen Kinder des Landgrafen mit der Frau von Ritter-Lindenthal (später von Haynau) un-

---

[158]) C o r t i, Rothschild I, S. 20.

[159]) ebd. S. 23.

[160]) ebd. S. 437, Anmerkung 7.

[161]) ebd. S. 50.

terrichtet hatte. Der junge Buderus hatte sich als tüchtiger Finanzmann und Verwalter ausgezeichnet, wurde zunächst Obereinnehmer in Hanau und bald darauf Vermögensverwalter und finanzieller Vertrauter Wilhelms. Später stieg er zum Präsidenten der Rentkammer in Hanau auf, der höchsten Finanzbehörde der Grafschaft, die in den von mir im Anhang vorgelegten Urkunden ständig erscheint; noch später wurde Buderus (von Carlshausen) Gesandter des Kurfürstentums Hessen am Deutschen Bundestag.

„Die Beamten jener Zeit waren" — so schreibt Corti — „bei den Geldgeschäften, die sie in ihrer amtlichen Eigenschaft durchführten, stets persönlich prozentual beteiligt, und bei entsprechendem Entgegenkommen der Hoffaktoren und -agenten konnten sie es, ohne den Anschein einer Bestechung zu erwecken und ohne den höchsten Auftraggeber zu schädigen, unschwer so einrichten, daß ihre persönlichen Interessen bei einem geschickteren Agenten besser gewahrt erschienen als bei einem weniger taktvollen . . ."[162]).

Auf der Grundlage dieser Tatsache hatte sich die Zusammenarbeit zwischen Buderus und Mayer Amschel Rothschild aufgebaut, die, aus bescheidenen Anfängen, schließlich dazu führte, daß Mayer Amschel und seine Söhne geradezu ein Monopol als Finanzagenten Wilhelms IX. erlangten. Mayer Amschel Rothschild war schon im Verlauf seiner Münzlieferungen an den damaligen Erbprinzen, am 21. September 1769 zum Fürstl. Hessen-Hanauischen Hoffactor ernannt worden[163]). Buderus, der bereits mit Wolf Salomon Schnapper, dem Schwiegervater Mayer Amschels, in Geschäftsverbindung gestanden hatte, hatte gelegentlich seiner häufigen Besuche bei Schnapper in Frankfurt oft Mayer Amschel im schwiegerväterlichen Hause getroffen und von ihm den Eindruck erlangt, daß er anständig, zuverlässig und geschickt sei und daher dem Landgrafen dienlicher sein könne als nur mit gelegentlichen und kleineren Geschäften. So empfahl Buderus im Jahr 1794 dem Landgrafen Mayer Amschel Rothschild neben dem christlichen Frankfurter Bankier Simon Moritz von Bethmann und anderen zur Durchführung von Vermögensanlagen der flüssigen hessischen Gelder in England. Zwar gewann damals noch von Bethmann, doch wurde von nun an Rothschild in immer steigendem Maße unter dem Buderus'schen Einfluß zu den großen Finanzgeschäften Hessen-Kassels herangezogen[164]). Es würde im Rahmen dieser Arbeit zu weit führen, diese Geschäfte und ihre Entwicklung in Einzelheiten zu schildern; es möge hier genügen zu sagen, daß Rothschild zunächst vom Landgrafen Lombardanleihen größeren Umfangs gegen Verpfändung von Obligationen erlangte (1801 / 02)[165] und dann unter Verdrängung früherer Vermittler die großen Anleihen Wilhelms an Dänemark vermittelte[166]).

---

[162]) ebd. S. 23.
[163]) ebd. S. 16.
[164]) ebd. S. 23.
[165]) ebd. S. 41/42.
[166]) ebd. S. 43 ff.

Die erste große Anleihe dieser Art brachte Rothschild nicht nur erheblichen Gewinn, sondern auch den Titel eines hessischen Oberhofagenten ein. Auf diese Weise kamen durch seine Vermittlung bis 1806 sieben landgräfliche Anleihen an Dänemark zustande. Weitere vermittelte er für den Landgrafen bzw. Kurfürsten in der gleichen Zeit an Hessen-Darmstadt und an den Johanniterorden.

Inzwischen hatten sich jenseits des Rheins dunkle Gewitterwolken gesammelt, die sich bald auf Hessen-Kassel in stürmischer Weise entladen sollten.

Bereits die Französische Revolution hatte sich in ungemütlicher Nähe Hessens abgespielt, und der Landgraf hatte beim Vordringen der französischen Revolutionstruppen nicht zu Unrecht für seinen Thron und seinen ungeheuren persönlichen Reichtum gebangt. Um die Gefahr abzuwenden, war er 1792 der Fürstenkoalition gegen das revolutionäre Frankreich beigetreten und hatte Kaiser Franz von Österreich, dem Führer der Koalition, Militärhilfe angeboten. Jedoch die uneinigen Alliierten hatten sich vor den Franzosen zurückziehen müssen, und General Custine war 1792 über den Rhein und über Frankfurt hinaus bis Bad-Nauheim vorgedrungen, hatte sich allerdings dann mit seinem schwachen Truppenkontingent wieder zurückgezogen. Im Jahre 1795 entschloß sich Wilhelm IX., dem Beispiel seiner preußischen Freunde und Verbündeten folgend, sich aus dem Krieg gegen die Französische Republik zurückzuziehen und es Österreich und England zu überlassen, diesen Krieg weiterzuführen, der wechselnden Erfolg hatte: Während Napoleon in Italien siegte, hatte Erzherzog Karl in Süddeutschland gegen die Franzosen Erfolge. Die Kampfaufgabe Preußens und Hessens hatte zwar Franz von Österreich verstimmt; doch blieben die Beziehungen zwischen ihm und Landgraf Wilhelm aufrechterhalten, da sie sich gegenseitig brauchten: Franz benötigte mehr denn je Geld, um seine Armeen im Felde erhalten zu können, und Wilhelm strebte nach der Kurwürde, die ihm dann auch 1803 gewährt wurde.

Im Jahre 1796 hatte Wilhelm IX. erneut Gelegenheit, seine Unvoreingenommenheit, ja Hilfsbereitschaft, gegenüber Juden zu beweisen: Durch die Beschießung Frankfurts durch französische Truppen im Juli 1796 waren etwa 140 Häuser in der Judengasse abgebrannt, und viele jüdische Familien waren obdachlos geworden. Der Landgraf gewährte damals 119 Frankfurter jüdischen Familien (729 Personen) auf deren Antrag „Temporalschutz" für vier Wochen in Hanau. Von anderen kriegsbedrängten Ortschaften am Rhein, Main und der Lahn kamen in gleicher Weise 21 jüdische Familien und 10 Einzelpersonen nach Hanau. Unter den Frankfurter Flüchtlingen waren, wenn auch nur für kurze Zeit, Mayer Amschel Rothschild und Mitglieder seiner Familie, ferner Angehörige anderer Altfrankfurter jüdischer Familien, wie Mitglieder der Familien Bär, Rindskopf, Schwarzschild, Oppenheimer, Wetzlar usw.[167]). Übrigens war das Stammhaus der Rothschilds

---

[167]) Zimmermann S. 512.

in der damaligen Frankfurter Judengasse eines der wenigen Häuser der Gasse, das fast keine Beschädigung erlitt. Es ist erst in der Hitlerzeit vernichtet worden.

Als England im Jahre 1803 erneut an Frankreich den Krieg erklärte, drangen die Franzosen in das englische Hannover ein und versuchten, Wilhelm einen Teil dieses Gebiets zu verkaufen. Wilhelm lehnte dies ab, da er durch seine Mutter in engen verwandtschaftlichen Beziehungen zum englischen Königshaus stand. Diese ablehnende Haltung Wilhelms verschlechterte die bereits ohnedies nicht sehr freundlichen Gefühle Napoleons gegenüber dem hessischen Monarchen. Einen Tiefpunkt erreichten jedoch diese Gefühle, als Wilhelm die Einladung Napoleons, nach Mainz zu kommen und sich an der Bildung des Rheinbundes zu beteiligen, mit der sehr schwachen Entschuldigung ablehnte, er leide an einem Gichtanfall und könne daher nicht erscheinen. Der französische Gesandte in Kassel machte damals die ominöse Bemerkung: „On n'oublie pas, on n'oublie rien"[168]).

Die politischen und militärischen Vorgänge, die den Kurfürsten seinen Thron kosten und ins Exil zwingen sollten, ereigneten sich dann Schlag auf Schlag: Im Mai 1805 trat Österreich der Koalition gegen Napoleon bei und wurde von ihm bei Austerlitz entscheidend geschlagen. Kurfürst Wilhelm verhandelte nach beiden Seiten, mußte aber schließlich auf Drängen und Drohungen Napoleons den englischen Gesandten aus Kassel wegschicken. Am 12. Juli 1806 wurde die Rheinbundakte veröffentlicht, nach der 16 deutsche Reichsstände gegen napoleonische Versprechungen ihren Abfall vom Reich erklärten. Kurfürst Wilhelm war dem Rheinbund nicht beigetreten, obwohl ihn Napoleon durch alle möglichen Versprechungen dazu zu bewegen versucht hatte. Andrerseits hatte Preußen eine Einigung der Fürsten des nördlichen Deutschland vorbereitet, die gegen Napoleon gerichtet war, und hatte versucht, den Kurfürsten von Hessen durch das Versprechen der Königswürde zum Beitritt zu dieser Koalition zu verlocken. Napoleon wurde schließlich dieses Spiels mit zwei Seiten seitens des Kurfürsten müde. Nach den Siegen über Preußen bei Auerstädt und Jena, gab er den Befehl, ganz Hessen und vorab Kassel zu besetzen und den Kurfürsten und seinen Sohn, den Erbprinzen, als preußische Generäle als Kriegsgefangene festzunehmen.

Inzwischen hatte der Kurfürst einen großen Teil seines Vermögens, soweit es nicht ausgeliehen war — meist durch Eingraben — versteckt; ebenso seine private Buchführung und die des „Kabinetts-, Kriegs- und Kammerkassenetats". Als die Franzosen in der Nacht vom 31. Oktober auf den 1. November 1806 die Anhöhen um Kassel besetzten und der Geschäftsträger Napoleons in Kassel ein Ultimatum zur Übergabe überreichte, wollte Wilhelm dem Rheinbund beitreten. Aber es war zu spät. Der französische Marschall Mortier hörte Wilhelms Parlamentarier erst gar nicht mehr an. Darauf entschloß sich Wilhelm zur Flucht. Er verließ mit dem Erbprinzen

---

[168]) Corti, Rothschild I, S. 49.

Kassel und begab sich über Hameln und Altona nach Rendsburg. Vorher gab er Buderus die nötigen Vollmachten zum Inkasso seiner Zinsen der kaiserlichen Anleihen, der seinerseits Rothschild Untervollmacht erteilte. Buderus, dem der Dienst für seinen Herrn höher stand als die eigene Familie, folgte dem Kurfürsten, als Handwerksbursche verkleidet mit einem Felleisen auf dem Rücken, ins Exil und ließ seine Familie in Kassel zurück[169]).

Marschall Mortier bezog das Schloß in Kassel und beschlagnahmte weisungsgemäß alle Güter des Kurfürsten, die er finden konnte. Gleichzeitig wurden französische Interventoren eingesetzt mit der Aufgabe, die zahlreichen Ausstände des Kurfürsten einzuziehen. Auf der anderen Seite bemühten sich Buderus und Rothschild, hierbei den Franzosen zuvorzukommen und ihrerseits diese Forderungen einzuziehen. Da die Franzosen den Schuldnern hohe Nachlässe versprachen, war die Tätigkeit der kurhessischen Agenten sehr erschwert. Sie war außerdem recht gefährlich: Die Franzosen hatten alle Handlungen, die der Intervention entgegenarbeiteten, unter hohe Strafen gestellt. Trotz alledem gelang es Rothschild, einen erheblichen Teil der Forderungen des Kurfürsten einzutreiben und das Geld für ihn sicherzustellen. Ein klassischer Fall war die Einkassierung einer solchen Forderung gegen den Prinzen von Zeil-Wurzach, bei dem Buderus und Rothschild, fast unter den Nasen der französischen Beamten, den Schuldbetrag von dem ältesten Sohn des Schuldners erhielten[170]).

Parallel mit den Einzugshandlungen der Familie Rothschild in Bezug auf Inlandsforderungen des Kurfürsten verlief ihre Tätigkeit in England, wo Nathan Rothschild die Wechsel des Kurfürsten kassierte, seine Coupons einzog und ebenfalls das Geld in Sicherheit brachte, bis es in Ruhe an den fürstlichen Auftraggeber abgeliefert werden konnte. Nathan, der dritte Sohn Mayer Amschels, war bereits 1798 nach London entsandt worden, um dort die Interessen des Hauses wahrzunehmen; er war wahrscheinlich der bedeutendste der fünf Söhne Amschels.

Der größte Teil der von Wilhelm versteckten und vergrabenen Vermögensteile wurde von den Franzosen aufgefunden, und das Silber wurde nach Mainz zum Einschmelzen gesandt. Dagegen gelang es, den französischen Gouverneur, Marschall Lagrange, zu bestechen, so daß dieser an Napoleon nur etwa 11 Millionen Taler als aufgefundenes Vermögen des Kurfürsten meldete, während sein Wert mehr als das Doppelte betragen haben dürfte. Er gab hessischen Beamten, die dem Kurfürsten treu geblieben waren, gegen ein persönliches „Douceur" von 260 000 Frs. zweiundvierzig der beschlagnahmten Kisten zurück, die meist Papiere enthielten. Ein mutiger kurhessischer Hauptmann brachte unter größter persönlicher Gefahr diese Kisten nach Frankfurt, wo sie in Sicherheit gebracht wurden. Gegen eine weitere Bestechungssumme von 800 000 Frs. für sich

---

[169]) ebd. S. 57.

[170]) ebd. S. 64.

selbst und den obersten Intendanten gab Marschall Lagrange weitere Kisten frei und versprach, von künftigen Untersuchungen Abstand zu nehmen. Von diesen weiteren Kisten wurden auch vier mit Papieren aus dem geheimen Kabinettsarchiv gelegentlich der Frankfurter Frühjahrsmesse 1807 in das Rothschildsche Haus geschmuggelt, von wo aus sie sichergestellt wurden[171]).

Die Rothschilds wurden auf Denunziationen hin wiederholt Haussuchungen unterworfen, die jedoch glimpflich verliefen, da Fürst Primas von Dalberg, wie wir später noch darstellen werden, ihnen wohlgewogen war und ihnen gegen die Aktionen der französischen Polizei aus Kassel und Mainz Hilfestellung leistete, zumal er darin einen Eingriff in seine Souveränitätsrechte innerhalb Frankfurts erblickte.

Das persönliche Schicksal des Kurfürsten im Exil war inzwischen, trotz seiner finanziellen Erfolge durch Buderus und die Rothschilds, keineswegs sorgenfrei. Wilhelm war zunächst 1806 nach Schloß Gottorp in Schleswig geflüchtet, das seinem Bruder gehörte, der seinerseits mit einer Schwester Carolines, der Gattin des Kurfürsten, verheiratet war. Dort war eine ganze Anzahl vertriebener Fürstlichkeiten versammelt, die plötzlich aus ihrem Gottesgnadentum in den deutschen Kleinstaaten herausgerissen worden waren und nun, als meist mittellose Emigranten, ihrem fürstlichen Vetter auf Schloß Gottorp auf der Tasche lagen. Die Atmosphäre dort war keineswegs angenehm[172]). Hinzu kam, daß der gedemütigte und gelangweilte Kurfürst zur Hebung seiner Laune nach einiger Zeit sich seine Geliebte, Frau Karoline von Schlotheim, Gräfin von Hessenberg, nach Gottorp hatte nachkommen lassen, wodurch seine Lage in Gottorp unhaltbar wurde: Schließlich war die Frau seines Gastgebers eine Schwester der legitimen Kurfürstin. Wilhelm siedelte dann zunächst mit Frau von Schlotheim nach Rendsburg über, dann nach Schloß Itzehoe[173]). Nach dem Frieden von Tilsit vom 9. Juli 1807 wurde Hessen-Kassel zum neugegründeten Königreich Westphalen unter Jérôme Bonaparte geschlagen. Gleichzeitig wurde Dänemark gezwungen, seine Neutralität aufzugeben. Damit war die persönliche Sicherheit des Kurfürsten in Schleswig sehr gefährdet, und er wandte sich an Kaiser Franz mit der Bitte, ihm Asyl zu gewähren. Zunächst floh er, unter Mitnahme seiner greifbaren Schätze, am 28. Juli 1808 nach Karlsbad, um dort abzuwarten, welchen Aufenthaltsort ihm der Kaiser anweisen würde[174]). Von dort übersiedelte er im August 1808 auf Wunsch des Kaisers nach Prag, wo er im Palais Liechtenstein Residenz nahm. Prag blieb dann, trotz der Gefahren, die die kriegerischen Ereignisse der Jahre 1809/10 für diesen Wohnplatz mit sich brachten, bis 1813 die Residenz des Kurfürsten und seines Anhangs. Von dort kehrte er nach der Völkerschlacht bei Leipzig endlich auf den Kasseler Thron zurück. Ein früherer Versuch eines Auf-

---

[171]) ebd. S. 59/60.
[172]) ebd. S. 58.
[173]) ebd. S. 66.
[174]) ebd. S. 70.

standes in Hessen, der ihn dorthin zurückbringen sollte, war von den Franzosen niedergeschlagen worden.

Während seines Exils, und zwar in den verschiedensten Perioden desselben, war die politische Haltung des Kurfürsten nie sehr geradlinig. Während er naturgemäß den ihm als Parvenu erscheinenden Napoleon aus tiefster Seele haßte, war ihm vor allem daran gelegen, wieder auf seinen Thron zurückzukehren, nötigenfalls sogar auf einen anderen deutschen Thron, nachdem Napoleon ihm den Bruder Jérôme auf den seinen gesetzt hatte, der bei den damaligen Machtverhältnissen nicht so leicht von seinem Platz verdrängt werden konnte. Bereits von Schleswig aus hatte er mit Napoleon zu verhandeln versucht, während er gleichzeitig mit England über eine Landungsaktion verhandelte[175]). Die Engländer, die von diesem Doppelspiel erfuhren, requirierten daraufhin vorsichtshalber sein Kapital in England und ließen nur die Zinsen frei. Während seiner ersten Zeit in Prag versuchte er ständig, Kaiser Franz dazu zu bewegen, daß dieser zu seinen Gunsten bei Napoleon intervenieren solle. Als der große Umschwung in der österreichischen Politik eintrat, das Haus Habsburg sich mit Napoleon durch dessen Heirat mit der jungen österreichischen Prinzessin Marie Louise verschwägerte und Graf Clemens Metternich den Grafen Stadion in Wien ersetzte, erneute der Kurfürst seine Gesuche um Intervention, nun bei Metternich, und ein uns recht naiv anmutender Brief des Kurfürsten an Metternich vom 20. Februar 1810 lautete wie folgt:

„Ich schreibe an EW. Excellenz, um Ihnen meine teuersten Interessen ans Herz zu legen. Die Verbindung, welche die beiden größten Monarchien nunmehr vereinigen wird, gibt mir die größte Hoffnung, das Wohlwollen des Kaisers Napoleon mir gegenüber wieder aufleben zu sehen, wenn unser Kaiser . . . zu meinen Gunsten Fürsprache einlegen will. Ein Wort von ihm . . . wird mein Glück machen und wird mich wenigstens zur Regentschaft irgendeines in Deutschland freigewordenen Staates bringen, wenn ich schon meine heimischen Penaten nicht erreichen kann . . . Kann denn dieser Monarch sich dem Eintreten seines erhabenen Schwiegervaters, einer angebeteten Gemahlin für einen Fürsten entziehen, der noch immer nicht weiß, wodurch er sich wohl seine Ungnade zugezogen hat . . ."[176]).

Daß dieser arme, unschuldige Fürst noch kurz vorher den österreichisch-napoleonischen Krieg hatte finanzieren helfen, bis die entscheidende Niederlage Österreichs bei Wagram seinem Traum einer baldigen Rückkehr nach Kassel ein jähes Ende bereitet hatte, daß er den Aufstand in Hessen vom Jahre 1809 gegen Napoleon und Jérôme angestiftet und finanziert hatte, schien der Kurfürst bei der Abfassung des zitierten Briefes vom Februar 1810 vergessen zu haben. Wahrscheinlich hätte er sich zu seinen Äußerungen in diesem Brief nicht erniedrigt, hätte er damals geahnt, daß dreieinhalb Jahre später, am 18. Oktober 1813, Napoleon seine

---

[175]) ebd. S. 67.

[176]) ebd. S. 90.

Niederlage bei Leipzig erleiden würde, die ihn hinter den Rhein zurückzwang und den vertriebenen deutschen Fürsten die Rückkehr in ihre „heimischen Penaten" erlauben würde, ohne sich nach Ersatz-Regentschaften umsehen zu müssen.

*B) Beziehungen zwischen Landesherren und Schutzjuden*

Die Hanauer Herrschaft aus dem Hause Hessen-Kassel betrachtete, zumindest in der älteren Zeitperiode, ihr Verhältnis zu ihren „Schutzjuden" quasi als eines, wie es zwischen Vormund und Mündel besteht. Demnach gingen z. B. die Gesuche um Aufnahme in den Schutz innerhalb des Hanauer Gebiets zunächst an die „Vormundschaftliche Administration". Diese Behörde holte dann Äußerungen der Hanauer Regierung (des „Geheimen Rats") und der Rentkammer ein, welche die höchste Finanzbehörde der Hanauer Regierung darstellte. Die letzte Entscheidung wurde von der Herrschaft gefällt. In der späteren Zeit, vor allem unter dem Erbprinzen Wilhelm, späteren Landgrafen Wilhelm IX., wurde das Verfahren durch Ausschaltung der Vormundschaftsbehörde vereinfacht, und der Geheime Rat, als oberste Regierungsbehörde, war ermächtigt, selbständig Entscheidungen in allen „judenschaftlichen" Sachen zu treffen.

Während sich im allgemeinen die Herrscher aus dem Hause Hessen-Kassel v o r dem Landgrafen Wilhelm IX. (Kurfürsten Wilhelm I.) trotz der Verwendung jüdischer Hoffaktoren nicht von der zeitbedingten Voreingenommenheit gegen ihre jüdischen Untertanen freimachen konnten[177]), so waren sie doch ihren jüdischen Untertanen in der Grafschaft Hanau gegenüber bestrebt, die Althanauer Tradition einer erträglichen Behandlung der Juden aufrecht zu erhalten. Sie sind daher ihrer Verpflichtung nachgekommen, die der Paragraph 36 der Judenkapitulation vom 20. September 1738 ihnen auferlegte: . . . (die Juden) „vor allem unbilligen, Gewalt gleich anderen Unseren Bürgern und Unterthanen (zu) schützen, schirmen und vertheidigen . . ."

Die Beziehungen zwischen Herrscher und „Schutzjuden" nahmen unter Wilhelm IX. (Kurfürst Wilhelm I.) eine Wendung zum Besseren, da dieser Herrscher unvoreingenommen war und daher dem vorerwähnten Paragraphen 36 der Judenkapitulation nicht nur nachkam, um die ihm auferlegte Verpflichtung zu erfüllen, sondern weil seine eigene Überzeugung sich mit dem Inhalt desselben deckte.

*C) Rechtliche Stellung der Schutzjuden*

a) Allgemeines: Die Rechtsgrundlagen jüdischer Existenz

Die rechtlichen Grundlagen für die Juden in der ehemaligen Grafschaft Hanau-Münzenberg vom Anfall derselben an Hessen-Kassel bis zur napo-

---

[177]) Wie dies die „Neue Juden-Ordnung" für Hessen-Kassel Friedrichs I. vom 21. Januar 1749 und die Verordnungen Friedrichs II. vom 7. April 1772 und 25. Juni 1779 zeigen.

leonischen Zeit beruhen hauptsächlich auf der hanauischen Judenkapitulation vom 20. September 1738, die von Wilhelm (später VIII.) bereits als Statthalter seines Bruders Friedrichs I. erlassen wurde und der (im Paragraphen 32 derselben vorbehalten gebliebenen) Contracten-Ordnung vom 10. Oktober 1754, die derselbe Fürst bereits als Landgraf Wilhelm VIII. in Philippsruhe unter dem Titel erließ:

„Gnädigste Verordnung, wie es in der Graffschafft Hanau mit denen zwischen Juden und Christen zu errichtenden Contracten, überhaupt sowohl, als insonderheit auch mit denen Darlehen baaren Geldes, hinführo gehalten werden solle" (vgl. Anhang II und III).

Die Judenkapitulation von 1738 gewährte den Juden der Grafschaft das Recht der freien Religionsausübung (Art. 35 der Judenkapitulation). Es wurde ihnen ausdrücklich zugestanden, daß sie in ihrer Synagoge beten, einen Rabbiner und andere Kultusbeamte halten dürften, und daß sie den rituellen Vorschriften auch in ihren äußeren Formen (Benutzung eines rituellen Kaltbads — „Mikveh" —, Vornahme der Beschneidung etc.) nachleben dürften. Artikel 36 der Judenkapitulation sicherte ihnen die Verpflichtung der Herrschaft zu, sie zu schirmen und zu verteidigen „gleich anderen Unseren Bürgern und Unterthanen".

Zu den beiden vorher erwähnten hauptsächlichen Codifikationen trat noch, am 17. September 1744, also ebenfalls in der Statthalterzeit Wilhelms (VIII.), eine Verordnung, wonach das heiratsfähige Alter, vorbehaltlich „Dispensation", gleich dem der christlichen Untertanen mit 25 Jahren für Männer und 20 Jahren für Frauen festgesetzt wurde.

Diese Gesetze blieben im Hanauer Gebiet bis zum 12. September 1796 unverändert in Kraft. Zu dem bezeichneten Datum wurden die Gesetze und Verordnungen für Juden, die im Hessen-Kasseler Gebiet gültig und wesentlich ungünstiger waren als die Hanauer Gesetze, auch im Hanauer Fürstentum eingeführt, jodoch nahm Landgraf Wilhelm IX. für das Hanauer Gebiet bei dieser Gelegenheit einige besonders ungünstige Bestimmungen des Hessen-Kasseler Judenrechts ausdrücklich für die Juden des Hanauer Gebiets aus. Die wichtigsten dieser Ausnahmebestimmungen werden nachstehend noch aufgeführt werden.

Zuvor soll jedoch folgende Feststellung getroffen werden: Im allgemeinen waren, gemessen an den Judenstättigkeiten, Kapitulationen und Judenordnungen dieser Zeit, die Verhältnisse der Juden unter Hanauer Schutz in der Berichtszeit verhältnismäßig günstig. Dies entsprach der Althanauer Tradition, insbesondere seit Graf Philipp Ludwig II. und seinen unmittelbaren Nachfolgern. Hinzu kam, daß die Herrschaft, die ja absolut regierte, in weitgehendem Maß „Dispensationen" von den zahlreichen gesetzlichen Beschränkungen erteilte und damit das Los ihrer jüdischen Untertanen weiterhin erleichterte. Dies gilt insbesondere von gewissen Beschränkungen im Niederlassungsrecht, von solchen persönlicher Art, im Erwerb und Besitz von Grundstücken. Auch von der Verpflichtung zur Zahlung von Schutzgeld und anderen Abgaben wurde für in Not Geratene

häufig Befreiung erteilt. In den einzelnen nachstehenden Unterabschnitten werden wir Gelegenheit haben, auf diese Dispensationen und Befreiungen noch näher einzugehen.

In Hessen-Kassel waren um diese Zeit folgende Gesetze und Verordnungen in Bezug auf Juden in Kraft[178]):

1. Der Landtagsabschied von 1731;
2. Die Juden - Ordnung von 1739;
3. Die Neue Juden - Ordnung Friedrichs I., resp. seines Bruders Wilhelm als Statthalter, vom 21. Januar 1749;
4. Die Verordnung Wilhelms VIII. vom 12. Oktober 1751 betr. Reception zweiter Söhne von Schutzjuden;
5. Die Verordnung Friedrichs II. vom 7. April 1772;
6. Die Verordnung desselben vom 25. Juni 1779.

Es würde hier zu weit führen, auch nur den wesentlichen Inhalt dieser für Hessen-Kassel gültigen Bestimmungen dieser Zeit zu erörtern. Es möge genügen festzustellen, daß sie weit ungünstiger als die Hanauer Gesetze in Bezug auf Rezeption in den Schutz, Handels- und Zinsbeschränkungen und dergleichen waren.

Da sie, und auch das nur mit Einschränkungen, nur 10 Jahre, nämlich von 1796 - 1806 im Hanauer Gebiet in Geltung waren und Wilhelm IX. (später Kurfürst Wilhelm I.) sie in der Praxis nur sehr vorsichtig anwenden ließ, spielen sie für den uns hier interessierenden Personenkreis keine nennenswerte Rolle. Die oben erwähnten Ausnahmebestimmungen zugunsten der Juden des Fürstentums Hanau bei Einführung der Judengesetze von Hessen-Kassel waren die folgenden:

1. Es verblieb bei den Hanauer Zinsbestimmungen.
2. Es wurde den Hanauer Juden weiter gestattet, Wechselbriefe an Christen zu indossieren.
3. Es wurde ihnen weiterhin erlaubt, bei Verträgen mit „Ausländern" (d. h. Personen, die nicht der Hanauer Jurisdiktion unterstanden) inländische (Hanauer) Christen als Solidarschuldner und als Bürgen zu verpflichten.
4. Den jüdischen Metzgern blieb der pfundweise Fleischverkauf auch weiterhin gestattet.

b) Niederlassungsrecht

Wie die Rechtslage der Juden im allgemeinen im Hanauer Gebiet günstiger als in anderen deutschen Gebieten um diese Zeit war, so waren auch die Grundzüge des Niederlassungsrechts großzügiger als anderwärts.

Diese Feststellung gilt auch für das übrige Gebiet, das den Landgrafen von Hessen-Kassel unterstand. So sah z. B. die unter der Statthalterschaft

---

[178]) Z. T. im Stadtarchiv Hanau, sonst im Staatsarchiv Marburg.

Wilhelms (später VIII.) erlassene Juden-Ordnung für Hessen-Kassel vom 21. Januar 1749 vor, daß nur der ältere Sohn erster Ehe eines Schutzjuden in den Schutz im Gebiet von Hessen-Kassel aufgenommen werden sollte; die Verordnung vom 7. April 1772 bestimmte sogar, daß die bislang von dieser Bestimmung erteilten Befreiungen mehr eingeschränkt werden sollten. Im Hanauer Gebiet dagegen gab es keine solche Beschränkung. So wurden denn auch die drei Söhne Joseph, Baruch und Marum des Loew Isaac (1691 - 1768) in den Schutz zu Bergen aufgenommen, wie die in der Anlage wiedergegebenen Urkunden ausweisen (Anlagen 8, 14 und 16).

Bei der Aufnahme in den Schutz waren nach der Judenkapitulation vom 20. September 1738 von dem Aufzunehmenden gewisse Formalitäten zu wahren:

Wenn es sich um einen „Fremden" handelte, mußte er Abschiedsbrief und Leumundszeugnis seiner früheren Herrschaft vorlegen und sein Vermögen beeiden. Auch mußte er — ebenso wie die „Einheimischen" — ein Mindestvermögen von 200 Reichstalern nachweisen, das er „einzubringen" hatte (§ 2). Jeder Aufzunehmende mußte schwören, daß er Christus, die christliche Religion und das Neue Testament nicht lästern und daß er für seine eigenen Gebete nur das Alte Testament — keine anderen Bücher — benutzen werde (§ 1), daß er dem Landesherrn und der Grafschaft Hanau Treue gelobe (§ 3). Darauf hatte er sich bei der Rentkammer wegen des „Einzugsgelds" und der anderen Abgaben anzumelden. Es stand dem Schutzberechtigten frei, jederzeit den Schutz durch Wegzug aufzugeben. Wollte er vor dem Abzug sein Eigentum verkaufen, so mußte er dafür eine Sondersteuer (das sogenannte „Abzugsgeld") bezahlen (§ 12).

Zeitweise war die Aufnahme von Juden in den Schutz in solchen Gegenden der Grafschaft, in denen Weinbau betrieben wurde, untersagt (vergl. Seite 87). Dagegen konnte von dieser Beschränkung, wie von allen anderen, Befreiung („Dispensation") seitens der Herrschaft erteilt werden, was anscheinend häufig unter der Bedingung geschah, daß der Aufzunehmende keinen Weinhandel treiben solle. Eine solche Aufnahme ist z. B. dem Baruch Loew in Bergen am 8. November 1760 erteilt worden (Anlage 14 d).

In Hanau und Windecken, wo besondere Judengassen bestanden, konnte sich der Schutzberechtigte nur in diesen besonderen Wohnvierteln niederlassen. In Bergen, wie in der übrigen Grafschaft Hanau, bestand kein solches Ghetto, obwohl der Name der Erbsengasse, in der die im Jahre 1854 errichtete und von den Nationalsozialisten am 10. November 1938 zerstörte „neue" Synagoge stand, früher „Judengasse" lautete. Der Name Judengasse mag dadurch aufgekommen sein, daß vielleicht dort, ohne Zwang, mehrere Juden gewohnt oder im Besitz von Juden befindliche Häuser gestanden haben. Juden waren aber über die ganze Ortschaft verteilt und haben unter der übrigen Bevölkerung Bergens gelebt. So erwähnt z. B. der Amtskeller G. Knyrim von Bergen in seinem Attest vom 6. Okt. 1760 im Verfahren betr. Schutzgeld-Befreiung der Witwe des Juda Lapp

deren christliche Nachbarn, die ihr „mit einer Ration Brodt anhanden gegangen" seien (Anlage 3 b). Die alte Synagoge („Judenschule") stand in der heutigen Rathausgasse an der Stelle, wo jetzt das Haus mit der Nummer 10 steht. Die Rathausgasse wurde, und wird anscheinend jetzt noch, im Volksmund „Rewwesgaß" genannt. Dies ist nicht eine Verballhornung der Bezeichnung Rathausgasse, wie M. Schäfer schreibt[179]), sondern rührt zweifellos davon her, daß dort der Rabbiner („Rewwe") zu wohnen und zu amtieren pflegte. Meine Vermutung, daß Schäfer wissentlich den unrichtigen sprachlichen Zusammenhang zwischen „Rathausgasse" und „Rewwesgaß" in seiner kleinen Arbeit konstruierte, weil diese in der Hitlerzeit geschrieben wurde, wurde mir übrigens von Pfarrer i. R. Karl Wessendorft in Bergen bestätigt. Er schreibt, Rektor Schäfer habe ihm gesagt, er habe „den Leuten Sand in die Augen streuen wollen", um den Namen „Rewwesgaß" zu retten. Auch in der Schäfersgasse, früher „Schmuhlsgasse" genannt, muß ein Jude dieses Namens gewohnt haben (Schmuhl = Samuel, nach dem hebräischen Schemuel). Mein eigenes Geburtshaus, Marktstraße 34 (Hauptstraße 126), 1724 in unmittelbarer Nähe des Rathauses erbaut, war mündlicher Familienüberlieferung zufolge mindestens bereits von meinem Urgroßvater Samuel Raphael Heß (1782-1844) bewohnt, und mein Großvater Löb Samuel Heß war dort 1823 bereits geboren. Auch das Nachbarhaus, Marktgasse 32 (Hauptstraße 127), war nach Familienüberlieferung von altersher im Besitz der Familie Stern, die von Baruch Loew Stern (1728 bis nach 1804) abstammte.

Diese Häuser, ebenso wie einige andere in jüdischem Besitz, waren übrigens keine gewöhnlichen Wohnhäuser, sondern „Hofraiten"; d. h. die das Grundstück umgebende Mauer umschloß neben dem Wohnhaus auch Stallungen, Wirtschaftsgebäude, wie Scheunen und dergleichen, und einen Gemüse- und Ziergarten[180]). In den Rezeptionsakten des David Baruch (später Stern) vom Jahre 1798[181]) befindet sich ein Attest der Gemeindevertretung vom 5. Juli 1798, in welchem das Anwesen seines Vaters Baruch

---

[179]) Heimatbuch Bergen-Enkheim S. 7.

[180]) In diesem Zusammenhang sei auf das bis zum Jahre 1945 im Gemeinde-Archiv der Gemeinde Bergen-Enkheim vorhanden gewesene Gemeinde-Gerichts- und Rechnungsbuch hingewiesen, das ab 1674 geführt worden war und das neben anderen geschichtlich wertvollen Hinweisen auch solche über die in jüdischem Besitz befindlich gewesenen Hofreiten kurz vor Anbruch des 18. Jahrhunderts gewährt. Das Buch selbst ist seit 1945 unauffindbar verschwunden, wie mir der Pfarrer i. R. Karl Wessendorft aus Bergen bestätigt hat, der es vergeblich überall gesucht hat, wohin es möglicherweise hätte verbracht worden sein können; jedoch hat der Rektor i. R. Martin Schäfer, früher Bergen, jetzt in Gondsroth, Kreis Gelnhausen, in den dreißiger Jahren (oder früher) Auszüge aus diesem Buch angefertigt, die er mir über Pfarrer Wessendorft freundlicherweise zur Benutzung überlassen hat. Die nachstehenden Angaben stützen sich auf seine Notizen: In Bezug auf die in jüdischem Besitz befindlichen Hofreiten äußert sich etwa um 1689 eine Entscheidung des landgräflichen Amtmanns in Bergen (S. 70 a des erwähnten Buches) im Zusammenhang mit den von den Juden in Bergen aufzubringenden Kontributionen an die Gemeindekasse. Der Amtmann unterscheidet dabei drei Gruppen von Hofreiten: die kleinen Hofreiten, von denen damals nur drei, namentlich aufgeführte, in jüdischem Besitz von Simon, Maren (Marum?) und Josephs Erben waren; die mittleren Hofreiten, „. . . so in dem Bürgermeister-Register fortgeführt und erhoben werden . . ."; und die völlige Hofreite („so doch nicht mehr zugelassen werden soll").

[181]) Staatsarchiv Marburg, Bestand 81 E. Hanau 181, Judenschaftliche Sachen, XII. Amt Bergen, Ord. Nr. 39.

Loew ausdrücklich (wenn auch unorthographisch) als „Hofraide" bezeichnet wird. Das Attest ist vom „Zentgrafen" Ewald und den vier Gerichtsschöffen Johann Jacob Puth, Gottfried Alban, Johannes Völp und Johann Jacob Buchenhorst unterzeichnet. Es könnte sich dabei möglicherweise um das Haus Marktgasse 32 (Hauptstraße 127) gehandelt haben. Da diese Hofreite nicht zu den drei in Anmerkung 180 namentlich aufgeführten kleinen Hofreiten gehörte, muß es sich um eine mittlere oder völlige Hofreite gehandelt haben.

Ebenso wird in dem Ehekontrakt des Raphael Joseph mit Blümgen von Düdelsheim vom 17. September 1780 das Anwesen seines Vaters Joseph Loew als „Hofraite" bezeichnet (Anlage 22 i).

Mein eigenes Geburtshaus, das Stammhaus der Familie Hess, Marktgasse 34 (Hauptstraße 126) stand ebenfalls in einer solchen Hofreite. Das Wohnhaus war ein stattliches, 1724 erbautes, zweistöckiges Gebäude mit einem weiteren Giebelstockwerk und einem geräumigen Keller. Noch in meiner Kindheit, um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert, standen große Stallungen und eine ebenfalls sehr große Scheune — neben kleineren Wirtschaftsgebäuden — in dem mit großen Steinen ausgepflasterten Hof. Dahinter lag ein großer Garten, der bis an die Straße „Im Sperber" ging, auf die man von der Gartenmauer herabblickte. Der Garten wurde damals, und wahrscheinlich auch schon früher, zum größeren Teil als Gemüsegarten, zum kleineren Teil als Ziergarten verwandt. Er hatte einige alte Obstbäume. Eine alte, von Schlingrosen umrankte Gartenlaube nach dem „Sperber" zu mag schon in der Zeit meines Urgroßvaters Samuel Raphael Heß (1782 - 1844) — oder gar noch früher — dort gestanden haben.

Wann mein Geburtshaus in den Besitz meiner mütterlichen Familie Heß gelangt ist, war nicht mit völliger Sicherheit festzustellen. Aufgrund mündlicher Familienüberlieferung ist mir bekannt, daß Samuel Raphael Heß (Vorfahrenreihe Nr. 13) bereits dort gewohnt hat und daß dessen Sohn Löb S. Heß (Vorfahrenreihe Nr. 15) im Jahre 1823 dort geboren worden ist. Wir wissen ferner, daß dieses Haus zumindest um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert als „Amthauß" benutzt wurde. In dieser Zeit (1776 bis 1815) wirkte als Amtmann (und in der napoleonischen Periode als „Distrikts-Maire") Johann Heinrich Usener in Bergen. Sein Name taucht auch wiederholt in den im Anhang wiedergegebenen, auf die Vorfahren des Verfassers bezüglichen Urkunden dieser Zeit auf (beispielsweise in den Anlagen Nr. 13 b, 13 d, 22 h und 30 a). Dieser Amtmann Johann Heinrich Usener hat eine „Chronik des Amtes Bornheimerberg 1796 - 1815" geschrieben, die sich im Besitz des Heimatmuseums Bergen befindet. Bei verschiedenen Eintragungen Useners in diese Chronik, die auch solche Ereignisse umfaßt, die Usener aus der Zeit vor 1796 im Gedächtnis geblieben waren, wird dieses Marktstraße 34 gelegene „Amthauß" erwähnt. Es ergibt sich daraus, daß das Haus Marktstraße 34 eine ganze Anzahl bedeutender Persönlichkeiten, vor allem Heerführer der verschiedensten Nationen, vorübergehend beherbergt hat. Hier seien einige dieser

Eintragungen, die mir der Leiter des Berger Heimatmuseums, Herr Konrektor Werner Henschke, freundlicherweise zur Verfügung gestellt hat, kurz wiedergegeben:

„Den 11. Oktober 1795 rückte Marschall Clairfayt wieder von Aschaffenburg her vor, nahm sein Hauptquartier in Bergen im Amthauß und schlug die Franzosen bei Höchst zurück . . ." (Seite 14 der Chronik).

„. . . und so retirirte der Kayserl. General Graf Wartensleben, der den 9. Juli (1796) hier im Amthauß sein Hauptquartier hatte . . ." (ebenfalls Seite 14).

„Des Abends mit Einbruch der Nacht kam der Kayserl. General Riesch und General Spiegelberg und Anhalt in hiesigem Amthauß ins Quartier zu liegen. 22. Aprill 1797." (Seite 25).

„Heute wurde es im hiesigen Ort wieder sehr lebhaft, denn es kamen die Kayserl. Herren Generals: Feldmarschall von Werneck, Kray, Saincerestain, Kienmeyer und Canisius im Amthauß in Quartier zu liegen. 24. Aprill 1797." (Seite 26).

„General Souhan rückte nach Bergen vor und nahm sein Hauptquartier im Amthauß. 6. Juli 1800." (Seite 34).

„1805 Hauptquartier in Bergen. Den 22 ten ej. das Hauptquartier. Der Reichsmarschall Bernadotte [später als Karl XIV. Johann König von Schweden und Gründer der heute noch regierenden Dynastie] und General Berthier [Kriegsminister Napoleons, Sieger in der Schlacht bei Wagram] nebst Gemahlinnen und 2 Kinder logirten im Amthauß. Den 24 ten setzten sie ihren Marsch nach Gelnhausen fort . . ." (Seite 49).

Auch einer Romanze mit dramatischem Ausgang, bei der das Geburtshaus des Verfassers eine Rolle spielte, sei hier kurz gedacht. Usener erwähnt sie — aus begreiflichen Gründen — nur andeutungsweise, wenn er auf Seite 13 seiner Chronik bemerkt, daß am 28. November 1792 ein Scharmützel zwischen Franzosen, Hessen und Preußen in Bergen stattfand, bei dem u. a. der hessische Husarenleutnant v. Starckloff sein Leben lassen mußte. Dieser Leutnant v. Starckloff hatte sich im Oktober 1790 anläßlich des hessischen Heereslagers an der Berger Warte bei der Kaiserkrönung Leopolds II. mit einer Tochter des Amtmanns Usener verlobt. Als v. Starckloff am 28. November 1792 in Verfolgung französischer Eindringlinge an der Spitze seiner in der Marktstraße reitenden Husaren seiner Braut zuwinkte, die an einem Fenster des Amtshauses stand, traf ihn eine aus dem Rathaus abgeschossene französische Kugel tödlich. Er wurde ins Amtshaus getragen und starb dort in den Armen seiner Verlobten[182]).

In dem 1960 erschienenen Heftchen von Pfarrer i. R. Karl Wessendorft in Bergen „Unsere letzten jüdischen Mitbürger. Ein vernachlässigtes Stück Heimatgeschichte"[183]) wird eine große Anzahl 1933 von Juden bewohnter

---

[182]) Georg O r t h, Der Überfall auf Bergen am 28. November 1792, erstmals abgedruckt in „Aus der Heimat", Beilage der Allgemeinen Volkszeitung für Bergen-Enkheim, November 1921, Nr. 4; Nachdruck im Heimatbuch Bergen-Enkheim S. 89 (M. Schäfer).

[183]) Beilage „Aus der Heimat" zur Bergen-Enkheimer Zeitung, Nr. 1-4, 1960.

Häuser in der Marktstraße, Im Sperber, in der Rathausgasse, der Schwindgasse usw. aufgeführt, deren Familien, wenigstens teilweise, sie bereits lange vor der Emanzipationszeit besessen hatten.

c) Persönliche Beschränkungen

Nach Paragraph 36 der Hanauer Judenkapitulation vom 20. September 1738 genoß die jüdische Bevölkerung im Prinzip den Schutz des Herrschers in gleicher Weise wie seine christlichen Untertanen. Jedoch unterlagen die Schutzjuden gewissen persönlichen Beschränkungen, die in den einschlägigen Gesetzen und Verordnungen niedergelegt waren. Viele von ihnen waren mittelalterliche Überbleibsel, die ohne größere praktische Bedeutung für die Juden der Grafschaft waren. So bestimmte z. B. Paragraph 8 der Judenkapitulation von 1738: „Das Tragen des gelben Rings wird bis auf weiteres erlassen, ohne daß die fraglichen diesbezüglichen Gesetze und Verordnungen aufgehoben werden". Wir haben schon an anderer Stelle erwähnt, daß bereits von der Zeit um 1700 an diese Verpflichtung nur de jure aufrechterhalten blieb, ohne in der Praxis erzwungen zu werden. Das Halten christlicher Hausdiener mit Ausnahme der „Sabbaths - Frau" („Schabbesschickse"), eine Bestimmung, die ursprünglich im 14. Jahrhundert aufgekommen war, blieb in Paragraph 7 der Judenkapitulation von 1738 weiter verboten. Den Juden war es bei Vermeidung von Strafen untersagt, mit dem „einfältigen Mann" über Religion zu reden oder ihn zu bekehren zu versuchen (§ 6). Der alte Streit wegen Störung der Sonntagsruhe, von dem wir des längeren gesprochen haben, fand noch in der Judenkapitulation von 1738 wenigstens für die Städte Hanau und Windecken, in denen sich Judengassen befanden, seinen Niederschlag: Paragraph 5 der Judenkapitulation erlegte den Juden dieser Städte auf, an Sonntagen und hohen Fest- und Feiertagen in der Judengasse bis zur Beendigung der Predigt zu bleiben. Ausnahmen waren nur zugelassen, wenn Arzt, Hebamme oder Medizin benötigt wurden oder Briefe bestellt werden mußten, ebenso wenn ein Brand ausgebrochen war oder behördliche Hilfe wegen eines Verbrechens in Anspruch genommen werden mußte.

Wie bereits erwähnt, wurde nach einer Sonder - Verordnung vom 17. September 1744 des Statthalters Wilhelm (VIII.) das heiratsfähige Alter für männliche Juden auf 25, für Jüdinnen auf 20 Jahre festgesetzt. Für Personen unter dieser Altersgrenze war eine besondere landesherrliche „Dispensation" erforderlich.

Dagegen bestand, wie ebenfalls schon in anderem Zusammenhang erwähnt wurde, in der Grafschaft, also auch in Bergen, mit Ausnahme der Städte Hanau und Windecken keine Wohnungsbeschränkung für Juden.

Die uns heute reichlich schikanös anmutenden Sonderbestimmungen für solche jüdische Käufer, die auf öffentlichen Märkten feilgehaltene Früchte, Lebensmittel und sonstige Waren einkaufen wollten, hatten wohl ebenfalls nur für die Stadt Hanau praktische Bedeutung: Nach Paragraph 29 der Judenkapitulation konnten Juden erst einkaufen, wenn die

Judenfahne gehißt worden war, jedoch hat Erbprinz Wilhelm von Hessen-Kassel, wie oben bereits erwähnt wurde, diese Bestimmung kurz nach seinem Regierungsantritt außer Kraft gesetzt. Es war ferner nach demselben Paragraphen Juden verboten, Christen in den Kauf zu fallen oder den Vorkauf auszuüben; endlich konnten sie auf dem Markt eingehandelte Lebensmittel nicht für den Wiederverkauf verwenden, und die Verbringung von Lebensmitteln über die Landesgrenzen war ihnen untersagt. Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschriften des Paragraphen 29 der Judenkapitulation wurden unter Strafe durch Zahlung von „5 oder 10 Gulden oder auch höher" gestellt. Man hat den Eindruck, daß diese Vorschriften weniger aus praktischen Erwägungen erlassen wurden, als vielmehr um den aufgeblasenen Gevattern Schneider und Handschuhmacher der Stadt Hanau, die sich ihren jüdischen Mitbürgern weit überlegen fühlten, in einer Weise entgegenzukommen, welche die Herrschaft nichts kostete. Für die Juden in Bergen und den übrigen Ortschaften der Grafschaft außerhalb Hanaus hatten diese Beschränkungen wohl kaum irgendwelche Bedeutung.

d) Schutzgeld und sonstige Abgaben

Für die Steuern und Abgaben, denen die Juden unterworfen waren, bestand nach Paragraph 14 der Judenkapitulation von 1738 in der Theorie eine Gesamthaft der jüdischen Gemeinde und aller Einzeljuden der Ortschaft, für welche der Schutz erteilt wurde. Ich habe jedoch in den vielen Urkunden aus der Berichtszeit, die ich gelesen habe, keine einzige gefunden, in der ein Versuch der Herrschaft bekundet worden wäre, von dieser Solidarhaft praktischen Gebrauch zu machen. Dagegen ist häufiger vor der Rezeption verlangt worden, daß andere Juden der Gemeinde (die de jure eigentlich sowieso haftbar waren) oder von Nachbargemeinden sich für Schutzgeld und sonstige Abgaben als Bürgen verpflichten sollten. In solchen Fällen wurde anscheinend, zuweilen zumindest, der Versuch unternommen, auf die Bürgen zurückzugreifen, wie z. B. im Falle des Raphael Joseph (Anlagen 26 d - f).

Die Judenkapitulation von 1738 zählt in Paragraph 3 die nachstehenden Steuern und Abgaben auf, die wir im einzelnen der Reihe nach erörtern wollen:

1. Einzugsgeld (Aufnahmegeld),
2. Schutzgeld,
3. Schatzung,
4. Bodenzins,
5. Andere herrschaftliche Gebühren.

1. Das Einzugs- oder Aufnahmegeld

„Fremde", d. h. nicht unter dem Schutz der Hanauer Herrschaft stehende, jüdische Eheleute hatten je 20 Reichstaler für jeden der Ehegatten bei der Aufnahme in den Schutz zu entrichten.

Verheiratete sich dagegen ein „Fremder" mit dem Sohn oder der Tochter oder der Witwe eines Einheimischen, so wurde das Aufnahmegeld nur einfach erhoben, betrug also 20 Reichstaler.

„Einheimische" hatten, wenn sie untereinander heirateten (auch wenn sie zum zweiten oder dritten Mal die Ehe schlossen) 20 Gulden zu zahlen. Eine eigenartige Anwendung des „Aufnahmegelds" fand statt, wenn ein noch nicht im Schutz stehender Minderjähriger verstarb: Für das Begräbnis waren in diesem Fall gleichfalls 20 Gulden zu entrichten (§ 11 der Hanauer Judenkapitulation von 1738).

2. Das Schutzgeld (§ 14 der Judenkapitulation)

Schutzgeld ist der jährlich von jedem Haushaltungsvorstand zu zahlende Steuerbetrag, der im allgemeinen, und so auch für Bergen, 20 Gulden jährlich betrug. Von der Zahlung des Schutzgelds, wie der übrigen Abgaben konnte die Herrschaft oder die von ihr delegierte Behörde ganz oder teilweise Befreiung für eine bestimmte Zeit oder für Lebenszeit des Verpflichteten erteilen, wenn dieser die Befreiung beantragte und der Antrag den Umständen nach als begründet betrachtet wurde. Die zahlreichen im Anhang vorgelegten Urkunden, die sich auf solche Befreiungsverfahren beziehen, beweisen, daß die Gesuche im allgemeinen gerecht oder sogar wohlwollend behandelt wurden.

In den Städten Hanau und Windecken, in denen Judengassen bestanden, wurde eine Ermäßigung des Schutzgeldes in Beziehung mit der Zahlung des Bodenzinses (siehe unten, Ziffer 4) gebracht: Wer in der Judengasse ein neues Haus baute, brauchte zeitlebens nur 12 Gulden jährliches Schutzgeld zu bezahlen.

3. Schatzung (§ 15 der Judenkapitulation)

Jeder Jude war verpflichtet, zum Zwecke der Schatzung, d. h. als Grundlage für Sonderabgaben, die sich nach der Größe des Vermögens und/oder Einkommens richteten, alle drei Jahre eine Vermögens- und Einkommenserklärung abzugeben. Jedoch konnte er sich von diesen Steuererklärungen dadurch freikaufen, daß er jeweilig 25 Gulden zu 60 Kreuzern bezahlte. Wenn er die Schatzungserklärung unterließ und sich auch nicht davon freikaufte, so konnte ihm strafweise sein Vermögen enteignet werden.

4. Der Bodenzins (§ 13 der Judenkapitulation)

Der herrschaftliche Bodenzins wurde in Bergen nicht erhoben, sondern nur in Hanau und Windecken, wo Judengassen bestanden. Wenn wir ihn trotzdem hier in Kürze erwähnen, so geschieht dies, um das Bild der jüdischen Sonderabgaben in der Grafschaft Hanau vollständig zu gestalten. Da für Grund und Boden in den Judengassen selbst nichts bezahlt wurde, stellte der Bodenzins eine Art Erbpachtvergütung dar. Der Zins betrug

pro Rute der Grundfläche jährlich einen Gulden, für Hof und Garten hinter den Häusern einen Ortsgulden pro Rute.

5. Andere herrschaftliche Gebühren

Es kann den Finanzberatern der Hanauer Herrschaft nicht abgestritten werden, daß sie sehr erfinderisch in der gesetzlichen Schröpfung ihrer jüdischen Untertanen waren. Viele dieser herrschaftlichen Gebühren trafen nur die jüdischen Bewohner der Stadt Hanau selbst und sollen daher hier nur kurz gestreift werden. In diese Klasse gehörten:

die Sondergebühren für „Rabbiner, Schul-Klepper, Schalles-Becker, Nachtwächter und Hospitalmeister" (§ 14)[184]);

die Wein- und Biersteuern (§ 16);

die Neujahrsgeschenke an Regierung, Rentkammer und andere Bediente nach einer der Judenkapitulation angehefteten besonderen Aufstellung (§ 18);

die vier Ledereimer als Beitrag zur Brandabwehr (§ 21);

eine Sondersteuer von 2 Gulden p. a. an Alt-Hanau für „Beistand in Kriegs-, Feuers- und anderen Nöten" (§ 17);

eine andere von ½ Gulden monatlich, wenn ein fremder Jude „gehausset" oder in den Gemeindedienst aufgenommen wurde (§ 14).

Dagegen bestanden für die ganze Grafschaft, damit also auch für Bergen, folgende Abgaben, die unter die Gruppe „andere herrschaftliche Gebühren" des Paragraphen 3 der Judenkapitulation von 1738 fallen:

*Das Abzugsgeld*

Wenn der Jude den Schutz aufgeben und den Ort seiner Niederlassung verlassen wollte, so mußte er den „zehnten Pfennig" vom Erlös der ihm gehörig gewesenen und zum Zweck der Liquidierung verkauften Werte als Steuer abführen, um die Wegzugsgenehmigung und — wenn er ihn verlangte — den „Abschiedsbrief" zu erlangen, den er häufig nötig hatte, wenn er sich anderwärts in Schutz begeben wollte (§ 12).

*Das Federlappengeld*

Diese merkwürdige, von altersher überkommene Sondersteuer, die z.B. auch in den im Anhang befindlichen Gesuchen der Witwe des Juda Lapp von Ende Oktober 1760 und der Gemeindevorsteher vom 14. Juni 1817 erwähnt wird (Anlagen 3 a und 31 g), scheint eine Art Schreibgebühren-Pauschale gewesen zu sein. Jedes Ehepaar hatte jährlich 2 Taler zu bezahlen und eine Anzahl „tauglicher Federkiele" zu liefern (§ 19).

---

[184]) Die jüdische Gemeinde Bergen zahlte für den Vorsänger jährlich 6 fl.

*Währschaftssteuer*

Beim Verkauf eines Hauses hatte der jüdische Verkäufer 1/2 Gulden für Währschaftssteuer zu entrichten (§ 23).

*Begräbnissteuer*

Für das Begräbnis von Erwachsenen war 1 Rthlr., für das von Kindern 1/2 Rthlr. zu entrichten (§ 24).

*Sonstige Sonderabgaben*

Es blieb der Herrschaft unbenommen, für Sonderbedürfnisse besondere Erhebungen vorzunehmen. So wird z. B. in dem Bericht der Rentkammer Hanau vom 15. August 1783 (Anlage 21 d) erwähnt, daß Marum Loew neben 7 Gulden 15 Albus Schutzgeld auch 22 Albus und 4 Pfennige *Landstraßenbau-Frohndgeld* schuldig sei. Diese Steuer scheint anläßlich des Baus der Landstraße von Hanau nach Wilhelmsbad eingeführt worden zu sein.

*Gemeinde - Abgaben in Bergen*

Neben den herrschaftlichen Steuern und Abgaben konnten in der Grafschaft Hanau auch die Gemeinden von sich aus gewisse Sondersteuern einführen, die von den jüdischen Einwohnern an die Gemeindekasse abzuführen waren. Für Bergen wissen wir, daß die Schutzjuden ein jährliches *Meß- und Neujahrsgeld* zu entrichten hatten (Anlage 31 g) und *Wachtgeld* („Wacht und Hude"), welches für jeden Haushalt jährlich 4 Gulden und 15 Kreuzern gleichkam (Anlage 31 c). Das Aktenstück im Anhang vom Jahr 1816/17 (Anlage 31) weist aus, daß in diesem zur Beschwerde gelangten Fall die Gemeinde ihre jüdischen Einwohner zum Naturaldienst anhielt und nebenher das Wachtgeld erheben wollte.

Das in Anmerkung 180 erwähnte Gemeinde-Gerichts- und Rechnungs-Buch der Gemeinde Bergen-Enkheim enthält wertvolle Angaben über die Berger jüdischen Gemeindesteuern, die die vorstehend aufgeführten, im Anhang vorgelegten Urkunden ergänzen. Da das Buch selbst nicht mehr vorhanden ist, folge ich auch hier den von Rektor Schäfer gemachten Auszügen und Notizen.

Auf Seite 70 a dieses Buches war vermerkt, daß (ca. 1680) die Berger Juden „. . . von langer Zeit her" 3 und 1/2 Gulden „. . . vor Hude und Wacht" gezahlt hatten. Um 1689 wurde dann (scil. von der Gemeindeverwaltung Bergen-Enkheim) vorgeschlagen:

„Ein Jud soll erstlich, so fremd, an Einzugsgeld geben wie von aldersher, 5 fl.

Ferner soll ein Jud, der die Allemey [= Gemeindeweide] nicht gebrauchen will, vor Wacht u. Hut u. Roth 3 1/2 fl.,

wer das Vieh auf die Allmey treiben und die Weid genießen will, soll geben wie auch der geringste Mann 10 albus

Beed [= Grundsteuer] und 5 albus
Dienst Gelds jährlich und dann wöchentlich 3 Pfennig
Contribution und auf 1 Haus 1 1/2 Pfennig in den Sätzen.

Über solches sich die Juden aber beim Oberamt beschwert. Darauf dann durch Herrn Amtmann vermittelt worden folgender gestalt . . ."

Der Hauptinhalt dieser Entscheidung des Amtmanns (vgl. Anm. 180) ist folgender:

1. Das Einzugsgeld für fremde Juden bleibt 5 fl.
2. Der Jude, der die Gemeindeweide nicht benutzt [zu ergänzen ist wohl: und Hausbesitzer ist], zahlt für Wacht und Hude jährlich 3 fl. und 15 albus
3. Derjenige, der kein Haus besitzt, zahlt für Hut und Wacht und Benutzung der Allmende jährlich 5 fl. und 15 albus
4. Die Besitzer der „kleinen" Hofreiten zahlen wie andere vor Hut und Wacht 5 fl. und 15 albus
   „und dann vor die Contribution von 1 Hofraith" 1 fl.,
   zusammen 6 fl. und 15 albus
5. Die Besitzer der [mittleren] im Bürgermeister-Register geführten Hofreiten zahlen [zu ergänzen: außerdem] an Bede und Dienstgeld 2 albus 4 Pfennig
6. Für Besitzer einer „völligen Hofraith soll im dero Werth nach der Schatzung Contribution darauf gesetzet werden . . ."
   „In allem aber ist sonderlich der Kriegszeit, da uns Gott in Gnaden vor schützen wolle, vorbehalten, welche Kosten unschätzbar sind . . ."

e) Berufs- und Handelsbeschränkungen

Es war den Juden des Hanauer Gebiets erlaubt, alle Geschäfte zu betreiben, „die ihnen nicht im H. Reich verboten sind". Das bezieht sich insbesondere auch auf alle Handelsgeschäfte; jedoch war ihnen nach der Judenkapitulation von 1738 das Halten offener Läden nicht gestattet. Ferner sollte ihnen das „Vorlauffen und Vorkauffen bei großer Straff" verboten sein (§ 25). Der öffentliche Warenhandel ist ihnen während der Sonntagsruhe an Sonn- und Feiertagen bis zur Beendigung der Predigt bei einer Strafe von 10 Rthlr. verboten. Von dieser Vorschrift kann jedoch z. Zt. von Messen Befreiung erteilt werden (§ 5).

Für den Gold- und Silberhandel waren ihnen nach Paragraph 26 folgende Beschränkungen auferlegt:

Der Gold- und Silbergehalt der von ihnen feilgehaltenen Gegenstände mußte den „Proben" der Städte Hanau (Altstadt und Neustadt) entsprechen.

Sie durften keine falschen Steine in echtes Gold fassen („versetzen").

Sie durften kein Gold und Silber in der (Juden-) Gasse einschmelzen, wo solche Gassen vorhanden waren.

Sie durften kein Edelmetall von Goldschmied-Gesellen und Münzknechten einkaufen.

Beim Kleiderhandel (§ 27) unterlagen sie folgenden gesetzlichen Beschränkungen:

Neue Kleider mußten in Hanau hergestellt sein, während für alte Kleider keine Verkaufsbeschränkung bestand;

Der Verkauf von neuen Kleidern in der Stadt Hanau war nur in der Judengasse erlaubt. Der Hausierhandel in dieser Stadt mit neuen Kleidern war dagegen bei Strafe der Konfiskation untersagt.

Dagegen blieben die für gewisse Fälle durch Reskript des Grafen Johann Reinhard vom 20. März 1713 zugelassenen Ausnahmen dieser Regel zugunsten der jüdischen Verkäufer aufrechterhalten. Dazu gehörten z. B. folgende neue Sachen: Messer, Kämme, Hemdenknöpfe, Scheren und ähnliche Utensilien, ferner Felle und lederne Hosen, falls diese in Hanau hergestellt waren.

Für den Handel mit Pferden, Rindvieh, sonstigem Groß- und Kleinvieh sowie für Häute (§ 28) galten folgende Einschränkungen:

Es sollte kein Vorlauf beim Einkauf derselben stattfinden;

Übervorteilung und die Forderung von Übermaßen mußten unterbleiben;

Im Viehhof stand den Christen anderthalb Stunden das Vorkaufsrecht zu.

Übertretungen dieser Vorschriften wurden mit 10 Gulden Strafe belegt.

Dem von Juden betriebenen Weinhandel, mit dem sich mit der durch den unten geschilderten Weinprozeß von 1750 bedingten zeitlichen Unterbrechung zahlreiche Juden des Hanauer Gebiets, vor allem der Stadt Hanau selbst, beschäftigten, und unter denen einige Firmen im In- und Ausland einen bedeutenden Ruf genossen, hatte die Judenkapitulation von 1738 folgende Beschränkungen auferlegt:

Außerhalb der Judengasse sollte kein maßweiser Verkauf von Wein stattfinden.

Die Einführung von „Koscherwein" unterlag der vorherigen Genehmigung der zuständigen Behörde.

In der Stadt Hanau mußten die jüdischen Weinhändler die im Paragraphen 16 der Judenkapitulation niedergelegten Sondersteuern bezahlen.

Am 12. November 1750 fand in der Stadt Hanau ein großer Weinfälscherprozeß statt, in den viele Juden verwickelt waren, darunter einige mit recht bedeutenden Geschäften. Dieser Prozeß warf den jüdischen Weinhandel im Hanauer Gebiet für viele Jahre zurück. Den 13 jüdischen Angeklagten wurden Geldstrafen im Gesamtbetrag von 33 050 Gulden

auferlegt, ein für die damalige Zeit sehr erhebliches Kapital. Der Hauptangeklagte, Joseph Nathan, hatte davon allein 10 000 Gulden zu tragen. Ihm, zwei anderen jüdischen Weinhändlern und dem christlichen Bendermeister Holtzheimer wurde auf ewig die Ausübung ihres Berufs im Hanauer Gebiet untersagt; einem anderen jüdischen Weinhändler wurde der Schutz aufgesagt. Als weitere Folge dieses aufsehenerregenden Prozesses erließ Landgraf Wilhelm VIII. im Jahr 1751 eine sehr scharfe „Verordnung die Bestrafung der Weinfälscher betreffend", durch welche das Weinfälschen je nach der Schwere des Vergehens von Strafen mit Gefängnis und öffentlichem Auspeitschen bis zur Todesstrafe durch den Strang bedroht wurde[185]). Auch erließ derselbe Herrscher am 19. Januar 1754 eine weitere Verordnung, nach welcher innerhalb der Grafschaft Hanau in Gegenden, in denen Weinbau getrieben wurde — also auch in Bergen — keine Juden mehr rezipiert werden sollten[186]). Nachdem sich jedoch die ersten schockhaften Wellen dieses Skandalprozesses etwas beruhigt hatten, wurde diese Verordnung vom 19. Januar 1754 anscheinend wohlwollend dahin ausgelegt, daß die Aufnahme in den Schutz in Bergen — trotz des Charakters als Weinbaugegend — erfolgen könne, wenn der in den Schutz Aufzunehmende sich verpflichtete, keinen Weinhandel zu treiben. Dies ist z. B. im Falle der Rezeption des Baruch Loew etwas über sechs Jahre nach Erlaß der Verbots-Verordnung vom 19. Januar 1754 geschehen (Anlage 14 d).

Der Verkauf von „trefenem", d. h. nichtkoscherem Fleisch (§ 30) an christliche Käufer wurde den nachfolgenden Beschränkungen unterworfen:

In der Regel sollte der Verkauf nur innerhalb der Judengasse (in Hanau und Windecken) stattfinden.

Außerhalb der Judengasse sollte der Verkauf des Fleisches nur an den wöchentlichen Markttagen und in den „alten gewöhnlichen Metzigen" stattfinden.

Derjenige Jude, dem Schlacht- oder Schächterlaubnis erteilt wurde, mußte als Sonderabgabe jährlich 20 Pfund „Unschlicht" für Kerzen an den Hof abliefern.

Die Juden mußten das Fleisch an Christen um 2 Pfennig per Pfund billiger verkaufen als die christlichen Metzger.

Besondere Aufmerksamkeit widmen die Judenkapitulation vom 20. September 1738 und die Contracten-Ordnung zwischen Juden und Christen vom 10. Oktober 1754 den Beschränkungen, denen Juden unterliegen sollten, die sich dem Geldwechsel und Geld- und Zinsgeschäften widmen wollten.

---

[185]) Zimmermann S. 759.

[186]) Rezeptionsakten des Salomon Amschel Heß von Bergen (Staatsarchiv Marburg, Bestand 81. Reg. Hanau, Rep. E, 181. Judenschaftliche Sachen, XII. Amt Bergen, a. Rezeptionen, Ordn. Nr. 4).

Für den Geldwechsel (§ 31) galten folgende Bestimmungen:

Fremde Scheidemünzen durften bei Strafe der Konfiskation nicht in Mengen eingeführt werden.

Die jüdischen Geldwechsler mußten sich beim Geldwechsel an die „Constitutionen des H. Röm. Reichs" halten.

Für die Geldleihe auf Schuldbriefe und gegen Pfänder mögen die folgenden hauptsächlichen beschränkenden Bestimmungen des Hanauer Judenrechts hervorgehoben werden:

Es war den Juden verboten, Pfänder anzunehmen, die Kirchen gehörten, desgleichen zum Zeremoniell gehörende Kleinodien, Glockenspiele und ähnliche offensichtlich gestohlene Sachen wie nasse oder blutige Gewänder und andere „verdächtige Gegenstände" (§ 33 der Hanauer Judenkapitulation von 1738).

Geld- und Warenleihe an Kinder, Minderjährige, Personen, die unter elterlicher Gewalt oder Vormundschaft standen, Dienstboten, die namens ihres Dienstherrn borgen wollten, Geistesschwache und Entmündigte war nur zulässig, wenn die Genehmigung der Eltern, Vormunde, Dienstherrn usw. vorlag (§ 4 der Kontraktenordnung von 1754).

Wenn Sachen vermißt und durch Schulbann aufgeboten wurden, mußten sie bei Strafe der Konfiskation angemeldet werden. Dem jüdischen gutgläubigen Käufer oder Pfandleiher mußten gegen Rückgabe der gestohlenen oder verlorenen Sache seine Aufwendungen ersetzt werden. Handelte es sich um Frankfurter Bürger, die die Rückgabe forderten, so mußten diese sogar die Aufwendungen an den Hanauer Juden ersetzen, bevor sie den Rückgabeanspruch stellen konnten, da in Frankfurt dieselben Regeln galten (§ 33 der Judenkapitulation).

Als wucherlich waren solche Darlehensverträge anzusehen, bei denen

1. eine höhere Verzinsung bedungen wurde, als nach den Reichs- oder anderen Gesetzen zulässig war;

2. versteckte Zinsen bedungen wurden, wie Makel- und Aufgeld, Strafe für Zahlungsverzug, Zuschlag von Zinsen zum Kapital, in dem das vertragliche Hauptgeld höher angesetzt wurde als das wirklich empfangene; und

3. das Hauptgeld vor Verfall entrichtet wurde, es sei denn, daß der Schuldner sich freiwillig dazu zu seinem eigenen Vorteil entschließen sollte (§§ 2 und 3 der Kontraktenordnung von 1754).

Für hypothekarisch zu sichernde Darlehen galten nach § 5 der Kontraktenordnung von 1754 folgende Beschränkungen:

1. Grundbesitz, der Christen gehörte und außerhalb der Judengassen von Hanau und Windecken gelegen war, konnte nur nach vorheriger Genehmigung des Fürstlichen Hofgerichts in Hanau zugunsten eines Juden hypothekarisch belastet werden.

2. Wurde diese Genehmigung erteilt, so war der höchstzulässige Zinsfuß für das Hypotheken-Darlehen 5 Prozent jährlich.

3. Kam das Grundstück aufgrund der Hypothek des jüdischen Gläubigers zur öffentlichen Versteigerung, so konnte er zwar mitbieten und das Pfand-Grundstück ersteigern; jedoch unterlag sein auf diese Weise erworbenes Eigentum zwei gesetzlichen Beschränkungen:

Einmal durften er und seine Erben den Charakter des Grundstücks nicht verändern, d. h. zum Beispiel nicht aus einem bebauten Grundstück Gärten, Wiesen, Äcker, Weiher und dergleichen machen.

Zum anderen unterlag er dem Abtriebsrecht (auch „Retractsrecht" oder „Näherrecht" genannt), wonach jedem christlichen Untertan Hanaus das Recht zustand — und zwar dem, der sich zuerst darum meldete —, innerhalb eines halben Jahres, vom Zuschlag an gerechnet, zu demselben Preis, zu dem es der jüdische Hypotheken-Gläubiger erworben hatte und gegen Erstattung etwaiger Auslagen für Verbesserungen, die Übertragung des Grundstücks vom jüdischen Erwerber zu verlangen.

Der Zinsfuß bei Schuldscheinen, Wechseln oder Darlehen gegen Faustpfand für christliche Schuldner durfte 8 Prozent jährlich nicht überschreiten, wenn ein solcher Zinsfuß vertraglich bedungen war. Mangels einer ausdrücklichen Vereinbarung über die Zinshöhe in solchen Fällen, mußte der Richter für Vertrags- und Verzugszinsen 5 Prozent zuerkennen (§ 6 der Kontraktenordnung).

Für Faustpfänder (§ 33 der Judenkapitulation von 1738 und §§ 7 und 8 der Kontraktenordnung von 1754) galten folgende Sonderbestimmungen für den jüdischen Pfandgläubiger:

Die Pfänder mußten genau nach Anzahl und Art beschrieben, dann vom Schuldner in Gegenwart des Gläubigers eingepackt und versiegelt und diesem gegen Quittung übergeben werden. Der Gläubiger mußte „mit der Sorgfalt eines Hausvaters" die Aufbewahrung der Pfänder durchführen und den Gläubiger unverzüglich benachrichtigen, wenn das Siegel, der Umschlag oder gar das Pfand selbst beschädigt wurden, anderenfalls er dem Schuldner für den Schaden aufkommen mußte.

Da es nach allgemeinrechtlichen Vorschriften verboten war zu vereinbaren, daß nach Ablauf der Darlehensfrist das Faustpfand ohne weiteres ins Eigentum des Gläubigers übergehen solle, waren folgende Vorschriften für die Pfandverwertung zu beachten:

1. Nach Ablauf der Darlehensfrist mußte der Gläubiger noch drei Monate, bei unbestimmter Darlehenszeit zwei Jahre seit dem Verpfändungsdatum warten; und

2. nach Ablauf auch dieser Frist war das versiegelte Pfand nebst Schuldschein der Obrigkeit, unter der der Schuldner stand (vgl. Anlage 10 a), zum Zwecke der öffentlichen Versteigerung an den Meistbietenden zu übergeben.

Der Gläubiger war nach Deckung der Kosten aus dem Erlös zu befriedigen, der Schuldschein war einzuziehen, ein etwaiger Überschuß dem Gläubiger zuzustellen. Reichte der Erlös nicht zur Befriedigung des Gläubigers aus, so sollte er berechtigt sein, für den Rest Befriedigung aus dem übrigen Eigentum des Schuldners zu verlangen.

Wenn ein Jude von einem christlichen Gläubiger Geld aufnehmen wollte, so mußte der Schuldschein vom Schuldner in deutscher Sprache eigenhändig ausgestellt und unterschrieben werden, wobei er nur den im Schutzbrief enthaltenen Namen führen durfte. Wenn er nicht in deutschen Buchstaben schreiben oder unterschreiben konnte, so mußte der Schuldschein von einem anderen ausgefertigt und die hebräische Unterschrift des Schuldners ordnungsgemäß beglaubigt werden (§ 9 der Kontraktenordnung).

Abtretung von Forderungen seitens eines Christen an einen Juden und umgekehrt war bereits nach den Reichsgesetzen verboten. Jedoch konnte die Obrigkeit aus „erheblichen besonderen Ursachen auf gebührendes Anmelden allenfalls dispensiren und diese Cessiones verwilligen".

Wir haben bereits gesehen, daß das Cessionsverbot nicht das Recht der Hanauer Juden ausschloß, Wechsel an Christen zu indossieren, und daß dieses Recht als eine der Ausnahmebestimmungen auch aufrechterhalten blieb, als am 12. September 1796 das Hessen-Kasseler Judenrecht für die Juden des Hanauer Gebiets übernommen wurde.

### f) Beschränkungen im Grundbesitz

In der Theorie war den Juden in der Grafschaft Hanau seit dem 14. Jahrhundert der Erwerb von Grundbesitz außerhalb der Judengassen in Hanau und Windecken verwehrt. Wir haben indessen schon erwähnt, daß dieses Prinzip bereits in der Grafenzeit häufig durchbrochen und es durch landesherrliche „Dispensation" in zahlreichen Fällen Juden erlaubt wurde, Grundbesitz zu erwerben.

In der Berichtszeit bestätigte der Paragraph 5 der Kontraktenordnung vom 10. Oktober 1754 den Zustand, wie er de jure bestand: „Gleichwie denen Juden unbewegliche Güther in Unserer Graffschaft Hanau an sich zu bringen und zu besitzen vorhin verbotten ist . . ."

Für den Fall, daß einem Juden zum Erwerb eines Grundstücks die landesherrliche Dispensation erteilt wurde, blieb immer noch — de jure — auch noch das alte Abtriebsrecht bestehen, mit dem wir uns bereits oben für den spezifischen Fall beschäftigt haben, daß der jüdische Hypothekengläubiger Meistbietender blieb und ihm der Zuschlag erteilt wurde. Nur in diesem besonderen Fall konnte das Abtriebsrecht nach Paragraph 5 der Kontraktenordnung von 1754 nur innerhalb eines halben Jahres ausgeübt werden. In allen anderen Fällen, in denen ein Jude ein Grundstück erwarb, konnte das Abtriebsrecht innerhalb von vier Jahren ausgeübt werden,

d. h. jeder christliche Hanauer Untertan konnte innerhalb dieser Frist von dem jüdischen Erwerber die Auflassung gegen Zahlung des Kaufpreises, der Kosten und etwaiger Verbesserungen verlangen; vgl. das Schreiben des Präfekten von Hanau an den Justizminister des Großherzogtums Frankfurt vom 19. Mai 1812 (Anlage 30 b) und das Gesuch der Antragsteller vom 5. Juni 1812 im gleichen Aktenstück (Anlage 30 e).

In der Praxis sahen allerdings die Dinge im Hanauer Gebiet ganz anders aus:

Der Präfekt von Hanau bemerkt zutreffend in seinem Bericht an den Großherzog von Frankfurt vom 13. Juni 1812 (Anlage 30 f):

„Nach den bisherigen Gesetzen war den Schutz-Juden jeder Erwerb von Immobilibus, ohne Höchste Dispensation untersagt, und selbst wenn diese ertheilt war, stand den Christen ein Näherrecht zu. Jedoch wurde öfters, bey der Höchsten Erlaubniß zur Acquisition, auch das erwähnte Retraktsrecht aufgehoben . . ."

In Bergen scheint, zum wenigsten im 18. Jahrhundert, die Dispensation vom Verbot des Grundstück-Erwerbs und die Aufhebung des Abtriebsrechts die Regel gebildet zu haben: Ich habe für fast alle Vorfahren, die in der beigefügten Versippungstafel aufgeführt sind, urkundliche Unterlagen gefunden, daß sie ihre eigenen Wohnhäuser oder gar „Hofraiten" besessen haben. Die folgenden Beispiele seien hier aufgeführt:

Loew Isaac (1691 - 1768) erwähnt in seinem Gesuch vom 6. September 1760 in den Rezeptionsakten seines Sohnes Baruch Loew, er wolle ihn in sein Haus und in Compagnie aufnehmen (Anlage 14 a); in den Rezeptionsakten seines Sohnes Marum Loew erklärt Loew Isaac in der Urkunde vom 1. Oktober 1764, er wolle Marum die Hälfte seines Hauses abtreten (Anlage 16 a).

Baile, die Witwe des Juda Lapp, trägt in ihrem Gesuch um Freistellung vom Schutzgeld vom Oktober 1760 (Anlage 3 a) vor, daß in der Schlacht von Bergen (13. April 1759) ihr Haus von Kanonenschüssen schwer beschädigt worden sei, und daß sie nicht das nötige Geld habe, um die zerstörten „Etagen" wieder aufbauen zu lassen. Dieses Haus wird auch nach dem Tod der Baile wiederholt urkundlich erwähnt. So z. B. in den Rezeptionsakten ihres Sohnes Moses Lapp von 1768/69[187]), in welchen er erwähnt, daß ihm $^2/_3$ Anteile des Hauses zustünden; ferner in den Rezeptionsakten ihres Neffen Hirsch Lapp und dessen Ehefrau aus dem Jahre 1773[188]), dem das andere Dritteil an diesem Hause zustand.

In dem Heiratsvertrag zwischen Raphael Loew von Bergen und Blümgen von Düdelsheim vom 17. September 1780 verspricht Joseph Loew (1714 bis nach 1784), der als Bevollmächtigter seines Sohnes, des Raphael

---

[187]) Staatsarchiv Marburg, Bestand 81. Reg. Hanau, Rep. E, 181. Judenschaftliche Sachen, XII. Amt Bergen, a. Rezeptionen, Ord. Nr. 8.

[188]) ebd. Ord. Nr. 12.

Loew, auftritt, diesem seinem Sohn die Hälfte seiner Behausung und seiner „Hofraite" nach seinem Tod (Anlage 22 i).

In den Rezeptionsakten des David Baruch, Sohn des Baruch Loew, aus dem Jahr 1798 ist ein Attest des Zentgrafen Ewald und der vier Gerichtsschöffen enthalten, nach welchem David Baruch verfüge über: „Eine halbe Hofreide von seinem Vatter in Bergen gelegen neben Jud Marum Loeb und Aron Heyum, welche schon auf Erb und Eigenthümlich versprochen worden ist . . ."[189]).

Hieraus folgt also, daß drei in Bergen nebeneinander gelegene Häuser (oder Hofreiten) jüdische Eigentümer hatten, nämlich meine Vorfahren Baruch Löw (1728 bis nach 1804) und Marum Loew (1736 - 1819) und ein weiteres Mitglied der Familie, Aron Heyum, der mit einer Tochter des Joseph Löw (1714 bis nach 1783) verheiratet war[190]).

Eine andere Beschränkung im Grundbesitz von Juden ist schon oben erwähnt worden: Nach Paragraph 5 der Kontraktenordnung zwischen Juden und Christen vom 10. Oktober 1754 war es dem jüdischen Hypothekenbesitzer und dessen Erben untersagt, wenn das Grundstück dem Hypothekengläubiger als Meistbietenden zugeschlagen wurde, Änderungen im Charakter des Grundstücks vorzunehmen.

### g) Sonderbestimmungen des Zivil- und Zivilprozeßrechts

Die Juden im Hanauer Gebiet waren den Reichs-Constitutionen und den Abschieden der „in Unseren Landen recipirten Müntzenbergischen Landesordnung" unterworfen. Für sie war — wie vorher — in 1. Instanz der jeweilige Amtmann von Bücherthal oder der Schultheiß von Alt-Hanau „außerhalb des Rathauses" zuständig, in 2. Instanz die fürstliche Kanzlei (§ 4 der Judenkapitulation von 1738). Diese Grundregel wurde durch die Sonderbestimmung des Paragraphen 9 unterbrochen, nach der gewisse Fälle nach vorheriger Genehmigung des Hofgerichts durch das Rabbinatsgericht entschieden werden konnten. Jedoch stand dem durch Urteilsspruch des Rabbinatsgerichts Verurteilten das Recht der Beschwerde ans ordentliche Gericht zu. Ehescheidungen konnten — übrigens nur wegen Ehebruchs oder böslicher Verlassung — nur durch die ordentlichen Gerichte ausgesprochen werden (§ 10).

Rabbinatsgerichte waren mit entsprechender Genehmigung des Hofgerichtspräsidenten zuständig für folgende Fälle (§ 9):

1. Zivilsachen mit Streitwert bis 2 Gulden;

2. Streitigkeiten bürgerlicher Art „Jud contra Jud" in Hanau und auf dem Lande ohne Wertgrenze, jedoch unter Ausschluß von Ehescheidungsprozessen;

---

[189]) ebd. Nr. 39.

[190]) Anlage 22 b, die Vernehmung des Raphael Joseph beim Amt Bergen vom 27. November 1780 betr. in dessen Receptionsakten, Staatsarchiv Marburg, wie vorher, Ordn. Nr. 22.

3. Gewisse Streitigkeiten strafrechtlicher Art unter Juden (siehe Näheres unten unter h) „Strafrechtliche Sonderbestimmungen");

4. Streitigkeiten religiöser Art. Die Rabbinatsgerichte konnten in solchen Fällen Bußen bis 20 Reichstaler auferlegen und auch den Bann aussprechen; jedoch durfte durch solche Bußen keinesfalls („bei großer Straff") der Übertritt zum christlichen Glauben verwehrt werden. Die Vollstreckung von Strafen in religiösen Streitigkeiten bedurfte der Anordnung durch die ordentlichen Räte.

h) Strafrechtliche Sonderbestimmungen

Für die Verfolgung von Verbrechen und Vergehen waren im allgemeinen die ordentlichen Gerichte zuständig, und die Verfolgung und Bestrafung war dieselbe wie bei Christen.

Wir haben oben unter g) bereits die ausnahmsweise Zuständigkeit von Rabbinatsgerichten erwähnt, die auch im Strafprozeß gültig ist: Nach Paragraph 9 der Hanauer Judenkapitulation von 1738 konnten Rabbinatsgerichte mit Genehmigung des ordentlichen Gerichtspräsidenten Entscheidungen treffen, wenn es sich um strafrechtliche Streitigkeiten nur zwischen Juden handelte; jedoch waren schwere Vergehen und Verbrechen hiervon ausgenommen, für welche die ordentlichen Gerichte nach Paragraph 4 derselben zuständig waren.

Die Rabbinatsgerichte konnten in den ihrer Zuständigkeit überlassenen Fällen Strafen von 10 bis 15 Gulden auferlegen, von denen $^2/_3$ an die Herrschaft, $^1/_3$ an die „armen Juden" gingen.

Strafbare Handlungen von Juden waren in der Regel solche, die nach den allgemeingültigen — auch für Christen anwendbaren — Gesetzen oder Verordnungen unter Strafe gestellt waren. Jedoch gab es darüber hinaus eine Anzahl von strafbaren Handlungen, die ihrer Natur nach n u r von Juden begangen werden konnten. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben, sei nachstehend eine Liste solcher Sonderbestimmungen für Juden aufgeführt. Unter Strafe gestellt wurde nach der Hanauer Judenkapitulation von 1738 der Jude, der sich folgende Handlungen zuschulden kommen ließ:

1. Wer Bücher im Besitz hält, die Lästerungen gegen die christliche Religion enthalten (§ 1);

2. Wer gegen die Sonntagsruhe verstößt. Strafen: 1 Reichstaler und im Wiederholungsfall 2 Reichstaler, auf dem Land 10 Reichstaler (§ 5);

3. Wer Bekehrungsversuche vornimmt, wird mit 10 Reichstalern bestraft (§ 6);

4. Wer gegen das Verbot, christliche Dienstboten zu halten, verstößt, wird mit 20 Gulden bestraft (§ 7);

5. Die Rabbiner und Gemeindevorsteher, die die Steuererklärungen zwecks Schatzung vom Hebräischen ins Deutsche übertragen, werden mit

100 Reichstalern bestraft, wenn sie dieser Verpflichtung nicht pflichtmäßig nachkommen (§ 15);

6. Die gleiche Strafe wird für die Verletzung gewisser Bauvorschriften in der Judengasse (in Hanau und Windecken) angedroht (§ 20);

7. Die Verletzung der Verpflichtung zur Zahlung der Währschaftssteuer wird mit einer Strafe von 10 Gulden belegt (§ 23);

8. Das Vorlaufen und Vorkaufen wird „bey großer Straff" verboten (§ 25);

9. Übervorteilung im Vieh- und Häutehandel wird mit 10 Gulden Strafe belegt (§ 28);

10. Gewisse Vergehen bei Einkäufen auf öffentlichen Märkten werden mit Strafen von „5 bis 10 Gulden oder auch höher" belegt (§ 29).

Außerdem sind für zwei allgemein strafbare Deliktsgruppen besonders schwere („exemplarische") Strafen angedroht, wenn der Täter ein Jude ist:

1. Die Juden, „welche andere zur Dieberey und Stehlen reitzen und anführen, (sollen) nach denen beschriebenen gemeinen Rechten, absonderlich exemplarisch gestrafft werden" (§ 33);

2. Eine ähnliche Vorschrift enthält Paragraph 1 der Kontraktenordnung von 1754 für Wucher. Auch ist hiernach Wucher von Amtswegen zu verfolgen, selbst wenn die Parteien untereinander sich verständigt haben sollten.

### *D) Die jüdische Gemeinde in Bergen, ihre Organisation und ihre Institutionen*

#### a) Statistische Zahlen

Die älteste vollständige statistische Quelle, die ich für die jüdischen Bewohner Bergens finden konnte, war das Gemeinde-Gerichts- und Rechnungsbuch der Gemeinde Bergen-Enkheim von 1674 ff. [180]).

In diesem Buch wurden u. a. die Steuern und sonstigen Kontributionen verzeichnet, die die Juden und (christlichen) „Beysaßen" an die Gemeindekasse abführten. Die entsprechenden Eintragungen befanden sich für die nachfolgenden Jahre auf den nachfolgenden Seiten des vorerwähnten Buches:

| | |
|---|---|
| für das Jahr 1679 . . . . . | auf Seite 60 |
| für das Jahr 1680 . . . . . | auf Seite 67 |
| für das Jahr 1684 . . . . . | auf Seite 87 |
| für das Jahr 1690 . . . . . | auf Seite 110 |
| für das Jahr 1697 . . . . . | auf Seite 147 |

Als Beispiel diene die Liste des Jahres 1679 (a. a. O. S. 60), wobei ich nur die Namen der jüdischen Steuerzahler, nicht die Höhe der Zahlungen aufführe:

1. Joseph
2. Maren, d. Judt (Marum?)
3. Simon
4. Elß
5. David
6. Eysig, d. Judt
7. Itzig, der lahm Jud
   [Dieser ist, wie sich aus den späteren Einträgen ergibt, 1693 von Bergen verzogen und 1701 wieder dorthin zurückgekehrt.]
8. Itzig uf d. Trep
   [In der Liste von 1700 mit dem Zusatz bezeichnet: „des langen Löwen Nachfahr".]
9. Mose Zimt
10. Mon Moses
11. Salmon, Judt
12. Arnge, Marens Tochtermann
    [Später wird dieser „Arnge" auch als „Aronsche" bezeichnet.]
13. Seligmann Heeß [Soll wahrscheinlich „Heß" heißen.]
14. Aron d. Judt
15. Marian die Jüdin
16. Der taub Löw
17. Der lang Löw
    [Die Eintragung ist nachmals gestrichen worden mit dem erklärenden Zusatz „todt".]
18. Michel Lapp [in der Liste von 1683 mit Zusatz: „der Jud".]
19. Abraham
    [In der Liste von 1681 erhält Abraham den Zusatz „Josephs Sohn".]
20. Löw der Jung
21. Arons Sohn
22. Majer

Die vornehmlichsten statistischen Quellen für die persönlichen Data der Juden in Bergen von 1754 bis 1825 sind die „Judentabellen", die vom Amt Bergen der Hanauer Regierung hauptsächlich zu dem Zweck aufgestellt wurden, um eine Kontrolle über die Steuer- und Abgabepflichten zu ermöglichen.

Die Tabellen wurden amtsweise geführt, so daß also in den Tabellen des Amtes Bergen nicht nur die Juden von Bergen selbst, sondern auch von anderen verwaltungsmäßig zum Amt Bergen (Amt Bornheimerberg) gehörenden Gemeinden wie Fechenheim, Vilbel, Bockenheim usw. enthalten sind. Die Numerierung der Haushaltungsvorstände („Capita Fami-

liae") erfolgte nicht getrennt für jede Gemeinde, sondern fortlaufend für alle zum Amt gehörigen Gemeinden. Die Judentabellen enthielten folgende Rubriken:

„Namen der Orte,
Nro.
Capita Familiae, Nebst ihrem Alter und woher bürtig,
Weiber, deren Namen, Alter und Geburts-Orth,
Söhne, deren Namen und Alter, so bey denen Eltern noch am Brod,
Töchter, deren Namen und Alter, so ebenfalls annoch bey denen Eltern,
Gesinde, als Schulmeister, Magd, Knecht und Verwandten,
Summa Personen,
Hat den Landes-Herrlichen Schutz sub dato,
Hat einen Tolerantz-Schein sub dato,
Zahlt zu jährlichem Schutz-Geld in die Fürstl. Kellerey zu . . .
Stehen in der Vermögensanlage"

Die Judentabellen wurden leider nicht mit besonderer Sorgfalt ausgefüllt und enthalten daher zahlreiche Fehler und Irrtümer. So geschah es zum Beispiel zuweilen, daß der Beamte, der die Tabelle führte, in eine falsche Reihe geriet, wenn er die Data von einem Entwurf oder einer früheren Tabelle abschrieb; daher erschienen die Frau und Kinder des A in der Tabelle als zu B gehörig. Auch die Altersangaben sind oft ungenau oder sogar unrichtig, sodaß bei einem Vergleich mehrerer Tabellen die verschiedenen Altersangaben nicht mit dem Zeitunterschied der Tabellen in Einklang zu bringen sind. Wurde der Fehler einmal gemacht, so wurde er oft in die auf die fehlerhafte Tabelle zeitlich folgenden späteren Tabellen automatisch übernommen. Als Beispiel mag hier der folgende Fall dienen: Die Ehefrau meines mütterlichen Urgroßvaters Samuel Raphael Heß (1782 bis 27. Februar 1844) war Sara Stern (1784 bis 7. August 1833), die in Bergen geborene Tochter des Baruch Loew Stern (1728 bis nach 1804) und dessen zweiter Ehefrau Rochele Feibelmann (1746 in Beverungen geboren, 1824 in Bergen gestorben).

Folgerichtig erscheint daher in der Judentabelle von 1814[191]) unter Nr. 10 als Ehefrau des 35-jährigen Samuel Raphael Hess die 30-jährige Särchen, und da sie keinen Zusatz über den Geburtsort führen, bedeutet dies (zutreffenderweise), daß sie beide in Bergen geboren sind. In der Judentabelle von 1818[192]) unter Nr. 9 ist dagegen plötzlich Särchen 28 Jahre alt, und aus Bockenheim. In allen späteren Tabellen wird Herkunftsbezeichnung und Alter (unter automatischer Zufügung der jeweils abgelaufenen Zeit zwischen den Tabellen) aus der Judentabelle von 1818 beibehalten. Nun bestünde an sich die theoretische Möglichkeit, daß die in Bergen 1784 geborene Sara, geb. Stern, zwischen 1814 und 1818 verstorben wäre und daß Samuel Raphael Hess in zweiter Ehe eine 6 oder 7 Jahre

---

[191]) Staatsarchiv Marburg, Bestand 86 (Hanauer Nachträge) Nr. 9907.
[192]) ebd. Nr. 9906.

jüngere Frau des gleichen Vornamens, aber aus Bockenheim stammend, geheiratet hätte. Dem ist aber in Wirklichkeit nicht so: Das Sterberegister der jüdischen Gemeinde[193]), das als standesamtliches Register viel sorgfältiger geführt wurde als die hauptsächlich für Steuerzwecke dienende Judentabelle, beweist, daß Sara Heß, Ehefrau des Samuel Raphael Heß, 49-jährig am 7. August 1833 in Bergen verstorben ist (Seite 6 des Sterberegisters). Auch ergibt eine sorgfältige Prüfung der Judentabelle für Bockenheim aus dem Jahr 1804[194]), daß es zwar einige Mädchen in der jüdischen Gemeinde Bockenheim mit dem Vornamen Sara (Särche, Särge) um diese Zeit gab, aber keine, die 1790/91 geboren war. Was offensichtlich geschehen ist, ist folgendes: In der Judentabelle 1818 für Bergen erschien unter einer Nummer (Nr. 9) v o r Samuel Raphael Hess (Nr. 10) ein Marum Aron Adler, 49 Jahre alt, dessen Ehefrau Sarche 27 Jahre alt und aus Bockenheim gebürtig war. Beim Abschreiben der Tabelle muß dem Beamten hier die Verwechslung unterlaufen sein, die dann von 1818 bis zur letzten Judentabelle von 1825 immer wieder mitübernommen wurde.

Obwohl also die Judentabellen kritisch und mit einiger Vorsicht verwandt werden müssen, ist es sehr bedauerlich, daß die Tabellen aus dem 18. Jahrhundert aus dem Staatsarchiv Marburg, wo sie eigentlich sein müßten, verschwunden oder mindestens zur Zeit (1962/63) nicht auffindbar sind. Hierzu gehört auch die zwar im Repertorium des Staatsarchivs Marburg aufgeführte, aber im Bestand nicht zu ermittelnde „Tabelle sämtlicher in der Grafschaft Hanau befindlicher Schutzjuden aus dem Jahre 1742“[195]). Ebenso sind aus dem Staatsarchiv Marburg die Judentabellen Bergens für die Jahre 1754, 1756 und 1764 verschwunden, von denen ich jedoch vollständige Abschriften besitze, die ich mir in den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts dort hatte anfertigen lassen. Dagegen sind heute noch in Marburg die Judentabellen für die Jahre 1804, 1814, 1818, 1821, 1823, 1824 und 1825 im Bestand 86. Hanau (Hanauer Nachträge) vorhanden.

Unter Zugrundelegung der Judentabellen und anderer Quellen, die in den nachstehenden Fußnoten bezeichnet werden, ergibt sich innerhalb der jüdischen Gemeinde Bergens die folgende Bevölkerungsbewegung:

| Jahr | Haushaltsvorstände oder Familien | Personen-Gesamtzahl |
|---|---|---|
| 1707 [196]) | 15 | ? |
| 1754 | 16 | 85 |
| 1764 | 18 | 78 |
| 1804 | 17 | 67 |
| 1814 | 21 | 96 |

[193]) ebd. Protokollabt. Bergen-Enkheim II, 14.

[194]) ebd. Bestand 86, Nr. 9908.

[195]) ebd., Bestand 80. Hanau, Geh. Rat, Rub. L, Lit. A, Nr. 6.

[196]) Z i m m e r m a n n S. 466. Nach derselben Quelle war die Gesamtanzahl der Familien in Bergen (christliche und jüdische) 176. Da die jüdische Familie durchschnittlich aus etwa 5-6 Köpfen bestand, müssen 1707 etwa 75-90 Juden in Bergen gelebt haben.

Um einen Vergleich zwischen der späteren Bevölkerungsbewegung der jüdischen Gemeinde in Bergen mit derjenigen der Berichtszeit zu ermöglichen, seien hier noch die folgenden Ziffern angegeben, obwohl sie außerhalb der Berichtszeit liegen:

| Jahr | Haushaltsvorstände oder Familien | Personen-Gesamtzahl |
|---|---|---|
| 1818 | 16 | 78 |
| 1821 | 23 | 112 |
| 1823 | 22 | 114 |
| 1824 | 22 | 117 |
| 1825 | 22 | 118 |

Im Jahre 1852 lebten 198 Juden unter 2 168 Gesamt-Einwohnern, im Jahre 1862 206 Juden unter 2 296 Gesamt-Einwohnern in Bergen[197]).

b) Synagoge, Schule und Friedhof

Das physische und geistige Zentrum, um das sich die jüdische Gemeinde scharte, wurde selbstverständlich durch die Bet- und Lehrstätten der Gemeinde, also Synagoge und Schule gebildet.

Wir wissen nicht mit Bestimmtheit, wann die erste Synagoge in Bergen errichtet worden ist. Ich vermute jedoch, daß dies — wenn nicht früher — unter der Regierung des Grafen Philipp Ludwig II. von Hanau kurz nach der von ihm geschaffenen Judenkapitulation von 1603 geschehen ist. Sollte diese älteste Synagoge bereits in der „Rewwesgaß" (Rathausgasse) an der Stelle gestanden haben, wo im frühen 18. Jahrhundert die „Judenschule" stand, so ist sie mit einer an Sicherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit bei den Bränden Bergens in den Jahren 1600 und 1635[198]) vernichtet worden, da diese hauptsächlich in der Nordwestseite Bergens wüteten. Während diese Vermutungen zugestandenermaßen der urkundlichen Unterlagen entbehren, stehen wir für Lage, Beschaffenheit und Geschichte der „Judenschule" selbst schon auf wesentlich festerem Boden: Die „Judenschule" — von der heute im Hause Rathausgasse 10 kein einziger Balken des ursprünglichen Baus mehr vorhanden ist — wird in dem alten „Steinsetzbuch" Bergens von 1717 als solche erwähnt[199]).

Der Bau war größer und anspruchsvoller als die Gebäude, die die Brände von 1600 und 1635 überdauert hatten und die bis in die Neuzeit noch z. B. im „Gang" und im „Vogelherd" im wesentlichen unverändert zu sehen waren. Da wahrscheinlich unmittelbar nach Beendigung des Dreißigjährigen Krieges (1648) das allgemeine Elend zu groß war, um an die Errichtung von verhältnismäßig anspruchsvollen Neubauten zu denken, da aber andererseits 1717 die „Judenschule" nachgewiesenermaßen bereits stand, dürfte dieser Bau etwa zwischen 1660 und 1717 errichtet worden sein.

---

[197]) Heimatbuch Bergen-Enkheim S. 2 (Schäfer).

[198]) Zimmermann S. 307 und S. 721.

[199]) Das „Steinsetzbuch" war das älteste regelmäßig geführte Grundstückregister, das die Grenzsteine der einzelnen Grundstücke als Grundlage für die Kataster-Eintragungen benutzte.

Er wurde als Schule und als Wohnhaus des Rabbiners oder Vorsängers benutzt und enthielt im Oberstock den großen Bet- und Versammlungssaal, in dem der Gottesdienst stattfand und die Gemeinde sich versammeln konnte. Der Bau bestand aus einem zweistöckigen Hauptgebäude, dessen Abmessungen 6 1/2 m auf 8 m betrugen, das also eine Fläche von 52 qm deckte. Rechtwinklig dazu stand ein Nebengebäude, das ursprünglich nicht völlig bis an den Hauptbau heranreichte und eine Fläche von etwas unter 30 qm deckte[200]). Der im Oberstock des Hauptbaus befindliche große Betsaal hatte eine Stuckdecke. Der große Durchzugsbalken, neben dem später eine Wand hochgezogen wurde, wies an der Unterseite hebräische Schriftzeichen und einen Davidstern auf. Heute (1963) noch lebende ältere Leute haben diese Schriftzeichen und den Maguen David noch gesehen. Der 1957 verstorbene Direktor des Historischen Museums der Stadt Frankfurt, Dr. Heinrich Bingemer, der zu Beginn dieses Jahrhunderts noch Leute gesprochen hat, die die Einweihung der „neuen" Synagoge in der Erbsengasse 1854 miterlebt haben, hat dem Pfarrer i. R. Karl Wessendorft in Bergen erzählt, es sei vor der Eröffnung des Neubaus über drückende Enge im großen Saal der Judenschule geklagt worden[201]). Dies ist verständlich, da damals (Statistik von 1852) 198 Juden in Bergen lebten und die „Judenschule" für eine Gemeinde errichtet worden war, die weniger als die Hälfte an Gemeindemitgliedern zählte.

Dem heutigen (1963) Eigentümer des Hauses Rathausgasse 10, Schuhmachermeister Moritz Landau aus Frankfurt („arisch", trotz seines Namens!) ist das Haus von seinem Schwiegervater Georg Fehl (früher Borngasse wohnhaft) überkommen, der es seinerseits von einer Anna Elisabeth Geisel aus Bergen (1. 5. 1840 - 8. 2. 1930), Witwe eines Johann Philipp Schwind aus Gronau (26. 10. 1840 - 10. 2. 1888) für 7 000 Mark käuflich erworben hatte[202]). Wann das Grundstück erstmalig von jüdischem auf christlichen Besitz übergegangen ist, habe ich nicht mit Sicherheit ermitteln können; es scheint jedoch, daß der Metzger Leopold Hahn aus Bergen[203]) einer der letzten, wenn nicht der letzte jüdische Bewohner des Hauses war (etwa um 1910).

Die Judenschule war als Synagoge und Unterrichtsstätte, sowie als Wohnung für den (die) Kultusbeamten der Gemeinde in Benutzung bis zum Jahr 1854, als der Neubau in der Erbsengasse errichtet wurde, der seinerseits von den Nationalsozialisten in der „Kristallnacht"-Zeit, wenn auch mit leichter Verspätung, am 10. November 1938, vernichtet wurde. Zwar hatte die israelitische Gemeinde in Bergen am 9. April 1853 zusammen mit der Baugenehmigung für die Errichtung einer neuen Synagoge

---

[200]) Gemäß den von Pfarrer i. R. Karl Wessendorft in Bergen eingesehenen Plänen des Umbauarchitekten.

[201]) Nach persönlichen Briefen des Pfarrers i. R. Karl Wessendorft an mich.

[202]) Angaben von Pfarrer i. R. Karl Wessendorft in Bergen.

[203]) Leopold Hahn war der Sohn der „Redel", einer Art Lokalberühmtheit, deren 100. Geburtstag 1924 unter großer Teilnahme der Bevölkerung und der Behörden gefeiert wurde.

beantragt, die alte abbrechen zu dürfen. Doch wurde — mindestens zunächst — von den beiden entsprechenden am 27. Juni 1853 erteilten Genehmigungen[204]) nur diejenige benutzt, die den Neubau gestattete.

Im heutigen Bergen sind noch zwei j ü d i s c h e F r i e d h ö f e oder — genauer gesagt — deren Reste vorhanden.

Der „neue" jüdische Friedhof in der Nähe der Berger Warte, „Am Taubenrain", wurde erst um 1925 angelegt, weil der „alte" Friedhof voll belegt war. Dieser „neue" Friedhof ist also für unsere vorliegende Abhandlung ohne Bedeutung.

Der „alte" Judenfriedhof, der infolge der Zerstörungen in der Hitlerzeit nur noch zum kleineren Teil erhalten ist, liegt im „Landgrafen", an der Fortsetzung der Brauhausstraße. Die katasteramtliche Bezeichnung des Flurstücks ist Flur 25 Parzelle 5. Sein Flächeninhalt beträgt 1 731 qm. Er grenzt südlich an Hausgärten der Turmstraße, nördlich an Häuser der Klemannstraße, östlich an die Grundstücke „Hinter der Burg" Nr. 1 und 3.

Der Friedhof war außerhalb der alten Befestigungsmauer Bergens gelegen.

Ich konnte keine urkundlichen Unterlagen darüber ermitteln, wann er angelegt und wann die erste Beerdigung dort vorgenommen wurde (seine letzten Grabsteine datieren von 1924). Jedoch kann ich mich noch aus meiner frühen Kindheit um die Jahrhundertwende erinnern, daß in dem damals bereits sehr eng belegten Friedhof sehr alte, moosbewachsene Grabsteine aus rotem Sandstein vorhanden waren, deren hebräische Inschriften stark verwittert und daher nicht oder nur schwer zu entziffern waren. Die späteren Grabsteine, etwa von der Emanzipationszeit an, wiesen neben den hebräischen auch Inschriften in deutscher Sprache auf; auch waren unter diesen hebräisch und deutsch beschrifteten Grabsteinen einige aus Marmor, während zahlenmäßig auch für diese neuere Zeit noch immer die aus rotem Sandstein der Gegend überwogen. Leider habe ich es bei meinen Untersuchungen in den zwanziger Jahren verabsäumt, bei meinen nur oberflächlichen Kenntnissen der hebräischen Sprache einen besseren Kenner derselben zuzuziehen, um mit ihm wenigstens die Entzifferung der älteren Grabinschriften zu versuchen. Heute ist es zu spät dafür. Die Barbaren des „Tausendjährigen Reiches" haben die Grabsteine umgeworfen, die meisten davon zerschlagen, und die Sandstein-Bruchstücke sollen, wie man mir nach dem zweiten Weltkrieg in Bergen erzählt hat, als Baumaterial Verwendung gefunden haben. Die amerikanische Besatzung soll der damaligen Gemeindeverwaltung befohlen haben, die noch vorhandenen Grabsteine so gut wie möglich wiederaufzustellen, und die neueren Gemeindeverwaltungen von Bergen-Enkheim haben die beiden jüdischen Friedhöfe unter ihren Schutz und unter gemeindeamtliche Verwaltung gestellt. Sie bewahren das wenige, was es noch zu bewahren gibt.

---

[204]) Staatsarchiv Marburg, Bestand 180, Landratsamt Hanau, Nr. 4779.

Nach meiner Meinung muß der „alte" jüdische Friedhof in Bergen etwa um die gleiche Zeit entstanden sein wie die alte „Judenschule" in der „Rebbesgaß", also wahrscheinlich im 17. Jahrhundert: Die Berger Juden fühlten sich unter der Judenstättigkeit des Grafen Philipp Ludwig II. von 1603 sicher genug mit der Berger Heimaterde verbunden, um ihr ihre Toten anvertrauen zu können, die ihnen heilig waren. Dagegen glaube ich nicht, daß dieser „alte" Friedhof bei seiner verhältnismäßig begrenzten Raumfläche auch schon vor dem 17. Jahrhundert, also vom 14. Jahrhundert bis zum 16. Jahrhundert, da Juden in Bergen oder mindestens in Enkheim urkundlich nachgewiesen sind, benutzt worden wäre. Frühere Geschichtsfreunde scheinen diese Auffassung geteilt und daher nach einem noch älteren Judenfriedhof geforscht zu haben. So soll z. B. nach einer Mitteilung des Pfarrers Wessendorft aus Bergen der verstorbene Direktor des Historischen Museums der Stadt Frankfurt, Dr. Heinrich Bingemer, geglaubt haben, eine solche sehr alte jüdische Begräbnisstätte habe auf dem Flurstück „Am Judenborn" gelegen. Der „Judenborn" war noch in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts eine lebendige Wasserquelle, die aber jetzt schon seit Jahrzehnten völlig versiegt ist. Das nach dieser Quelle benannte Flurstück lag auf einer erhöhten Stelle mit freiem Ausblick nach Osten in der Nähe der heutigen Haltestelle „Wilhelmshöherstraße", ungefähr 200 m von der Berger Endstation der Straßenbahnlinie Bergen-Frankfurt entfernt. Leider weiß Pfarrer Wessendorft nicht mehr, aufgrund welcher Unterlagen Dr. Bingemer zu seiner Annahme gelangt ist. Bei aller Hochachtung vor der überragenden Sachkenntnis und wissenschaftlichen Integrität des Historikers Dr. Bingemer habe ich Zweifel an der Richtigkeit seiner diesbezüglichen Äußerung gegenüber Pfarrer Wessendorft, wenn sie wirklich so gemacht worden ist, wie sie Herrn Wessendorft im Gedächtnis geblieben ist: Ich kann mich noch sehr gut an die Zeit erinnern, da das Straßenbahnnetz Bergen-Frankfurt gelegt wurde. Wären damals bei den Umgrabe-Arbeiten Grabsteine mit hebräischen Inschriften oder Bruchstücke von solchen gefunden worden, so hätte ich dies zweifellos erfahren. Auch wäre diese Tatsache von Dr. Bingemer in seinen zahlreichen Veröffentlichungen oder von einem der anderen Lokalhistoriker festgehalten worden. Andrerseits sind den Juden — wie allen zivilisierten Völkern — die Grabstätten sakrosankt. Es ist also völlig ausgeschlossen, daß sie selbst die Grabsteine eines solchen frühesten Friedhofs abgeräumt hätten. Die weitere theoretische Möglichkeit, daß die Hanauer Grafen, die Ende des 16. Jahrhunderts Philipp Ludwig II. vorausgingen, während der von ihnen angeordneten Judenausweisung aus dem Hanauer Gebiet die Zerstörung der angeblich vorhanden gewesenen jüdischen Grabstätte angeordnet haben könnten, wird durch zwei Tatsachen widerlegt oder mindestens höchst unwahrscheinlich gemacht: Einmal haben diese Grafen die jüdischen Friedhöfe im übrigen Hanauer Gebiet (Windecken, Hanau etc.) in Ruhe gelassen; es ist also daher nicht anzunehmen, daß sie es in Bergen anders gehandhabt hätten. Zweitens wären aber sicher selbst im Falle einer solchen von hoher Hand angeordneten Zerstörung Grabsteine oder

Grabsteinreste übriggeblieben und später aufgefunden worden. Die „Kunst", jüdische Kultstätten völlig dem Erdboden gleichzumachen, blieb, viele Jahrhunderte später, erst den Nationalsozialisten vorbehalten.

Meine eigene Vermutung geht dahin, daß es vor dem „alten" im „Landgrafen" gelegenen und in seinen Resten heute noch vorhandenen Friedhof keine andere jüdische Begräbnisstätte in Bergen gab. Wahrscheinlich waren in der Frühzeit jüdischer Niederlassungen in Bergen und Enkheim, d. h. vom 14. bis 17. Jahrhundert oder selbst früher, nicht genügend jüdische Familien vorhanden, um eine eigene Begräbnisstätte wirtschaftlich für sie möglich zu machen. Ihre Toten wurden daher wahrscheinlich auf einem Friedhof einer der alten jüdischen Nachbargemeinden der Wetterau solange beigesetzt, bis die Juden in Bergen ihren eigenen Friedhof einrichten konnten. Umgekehrt wurden dann auch nach Anlegung des Friedhofs in Bergen solche Toten aus Nachbarplätzen beerdigt, die keine eigene jüdische Begräbnisstätte hatten, wie z. B. die aus Fechenheim. Das amtliche Sterberegister der Synagogengemeinde Bergen, 1825 angelegt, weist dies urkundlich aus. Ich kann mich noch aus meiner eigenen Kindheit erinnern, daß dieses System auch anderwärts gang und gäbe war; z. B. wurden auf dem jüdischen Friedhof in Königstein die Toten anderer Taunusortschaften von ihren Hinterbliebenen beerdigt, wenn es in ihrem eigenen Wohnort keinen jüdischen Friedhof gab.

Daß ein ganzer jüdischer Friedhof — vor der nationalsozialistischen Zeit — sang- und klanglos und ohne Hinterlassung irgendwelcher Spuren verschwunden sein könnte, erscheint mir jedenfalls sehr unwahrscheinlich. Andrerseits halte ich die von manchen Geschichtsfreunden vertretene Theorie, daß der „alte" Friedhof „Am Landgrafen" in Bergen erst 1828 (oder gar noch später) angelegt worden sein soll, für unrichtig.

Der bereits mehrfach erwähnte Rektor i. R. Martin Schäfer hat nach Mitteilungen an den Pfarrer Wessendorft in Bergen eine von ihm verfaßte Notiz gefunden, die wie folgt lautet:

„Nach den Akten des Pfarramts Bergen soll der israelit. Friedhof im Jahre 1828 nach außerhalb des Ortes verlegt worden sein. Der älteste Grabstein auf diesem soll jedoch von 1734 stammen."

Hier muß irgendwie ein Mißverständnis unterlaufen sein. Zunächst ist nicht ersichtlich, wie auf einen erst 1828 angelegten Friedhof Grabsteine von 1734 gelangt sein sollten; ferner: das auf behördliches Verlangen Ende 1825 angelegte „Sterb-Register der Synagogengemeinde Bergen" ist uns erhalten geblieben und befindet sich im Staatsarchiv Marburg, Protokoll-Abt. Bergen-Enkheim II 14. Dieses Register mit dem Genehmigungsvermerk des „Kreisraths Hanau" von 1825 enthielt ursprünglich 52 Seiten und wurde am 19. Juni 1857 auf 100 Seiten erweitert und fortlaufend, wie die Einträge ausweisen, von den Hanauer Behörden kontrolliert. Als erster Verstorbener dieses Registers erscheint ein Handelsmann Gomperz Schott, der in Bergen geboren und 78-jährig dort am 22. Dezember 1825 gestorben war. Die Eintragungen sind sorgfältig und fortlaufend geführt. Wenn der

jetzt als „alter" Friedhof bezeichnete erst n a c h dem 22. Dezember 1825 angelegt worden wäre, so wäre dies bei der ersten Beerdigung auf dem angelegten Friedhof zweifellos in dem Sterberegister zum Ausdruck gekommen.

Übrigens hat Pfarrer Wessendorft vergeblich versucht, die von Rektor Schäfer erwähnte Notiz in den Akten des Pfarramts Bergen zu finden.

c) Rabbiner, Kultusbeamte und Lehrer

Wir haben für die Berichtszeit von 1736 - 1806 und kurze Zeit später urkundliche Unterlagen für folgende Rabbiner und sonstige Kultusbeamten, die in der „Judenschule" in der „Rewwesgaß" lebten und ihren Dienst ausübten:

a) Isaac Seligmann, damals 45 Jahre (also etwa 1709 geboren) aus Gontzenhausen, Rabbiner[205])

b) Elieser Baruch, damals 36 Jahre (also etwa 1728 geboren) aus Osterbach, Schulmeister[206])

c) David Wolff, geboren um 1748 in Hamburg, gestorben am 10. September 1826 in Bergen, Vorsinger (auch „Vorsänger")[207])

d) Hirsch, geboren um 1768 in B . . . . (unleserlich), Schulmeister[208])

Zu den beiden letzteren ist folgendes zu bemerken: Der Schulmeister Hirsch, der nach der Judentabelle von 1814, sub 14 bei dem Vorsinger David Wolff wohnte (wahrscheinlich in der „Judenschule"), scheint sich nur kürzere Zeit in Bergen aufgehalten und betätigt zu haben, da er bereits in der Judentabelle von 1818 nicht mehr erscheint. Dagegen war David Wolff noch 1825 in Bergen als „Vorsänger" tätig. Er wird in der Tabelle dieses Jahres[209]) unter Nr. 10 als solcher aufgeführt (76 Jahre, von Hamburg). Seine Ehefrau Rose stammte aus der Berger Gegend, nämlich aus Windecken. Sie war 28 Jahre jünger als ihr Ehemann. Das ermäßigte Schutzgeld für ihn von 6 Gulden jährlich zahlte die „Judenschaft".

d) Die Gemeinde - Organisation

Die Gemeinde war mindestens seit dem frühen 18. Jahrhundert bereits förmlich organisiert. In verschiedenen Rezeptionsakten aus den dreißiger Jahren im Staatsarchiv Marburg, die Berger Juden betreffen, werden „Judenbaumeister" erwähnt, ein Titel, den die Gemeindevorsteher nach der Judenkapitulation des Grafen Philipp Ludwig II. vom Jahr 1603 trugen.

---

[205]) Judentabelle Bergen 1754 (früher) im Staatsarchiv Marburg.

[206]) Judentabelle Bergen 1764, ebd.

[207]) Judentabellen von 1804, 1814, 1818, 1823, 1824 und 1825; gestorben 81-jährig am 10. September 1826 (Sterberegister der Synagogengemeinde Bergen).

[208]) Judentabelle von 1814 im Staatsarchiv Marburg.

[209]) ebd. Bestand 86, Hanau Nr. 9984.

In den Rezeptionsakten des Gumbrich Mordge (späterer Familienname Schott) von 1781[210]) erscheint mein Vorfahr Joseph Loew (1714 bis nach 1783) am 23. März 1781 vor dem Amtsschreiber des Amts Bergen und wird von diesem zu dem Rezeptionsgesuch amtlich als „Judenvorsteher" vernommen (Anlage 12).

In den Akten betr. Zahlung des Wachtgeldes von 1816/17 erscheint Philipp Baruch Stern, wahrscheinlich identisch mit dem 1764 geborenen Sohn „Jekuff" des Baruch Loew (Stern; 1728 bis nach 1804) als „Judenvorsteher" (Anlage 31 b).

e) Das Gemeindeleben

Die Verbundenheit der Gemeindemitglieder in der Berichtszeit war, schon wegen der Religions- und Schicksalsgemeinschaft, äußerst eng. Hinzu kam, daß zwischen den meisten Mitgliedern der Gemeinde ein enges persönliches Band bestand, weil viele von ihnen miteinander verwandt oder verschwägert waren.

So kam es häufig vor, daß sie sich für Schutzgeld und andere Abgaben vor dem Landesherrn selbstschuldnerisch für den in den Schutz Aufzunehmenden verbürgten.

Daß es gelegentlich andererseits auch zu Disharmonien kommen mußte, war bei der engen Lebensgemeinschaft in der kleinen Ortschaft Bergen unausbleiblich. Wir wissen von einigen solchen Fällen, die urkundlich belegt sind:

Als Joseph Loew (1714 bis nach 1783) älter wurde, etwa um 1767, nahm er den Neffen seiner Frau Mariam, Moses Lapp, den Sohn des Juda Lapp, als Teilhaber in seinen Pferdehandel auf. Moses Lapp versuchte 1768/69, den Schutz in Bergen zu erlangen[211]). Als ihm dies mißlang, brannte er durch und brachte damit seinen Partner und Onkel in eine prekäre Lage: In den Akten betr. das Gesuch des Joseph Loew von 1776 um Freistellung vom Schutzgeld berichtet der Amtskeller Schröder von Bergen in seinem Attest vom 22. April 1776 (Anlage 11 b):

„. . . auch durch den mit ihm in Compagnie gehandelten, und vor einigen Jahren echappirten Juden, so viel verlohren, daß er dadurch in sehr nahrlose Umstände geraten . . ."

In den Rezeptionsakten des David Baruch (Stern), Sohn des Baruch Loew (1728 bis nach 1804) aus dem Jahr 1798 ergibt sich[212]), daß drei Mitglieder der jüdischen Gemeinde in Bergen, Liebmann Aron, Heyum Aron und Marum Löw (später Hamburger), es ablehnten, sich für Schutzgeld und sonstige Abgaben des Rezipienden zu verbürgen. Dies ist umso bemerkenswerter, als Marum Loew ein Bruder des Baruch Loew, also Oheim

---

[210]) ebd. Bestand 81. Reg. Hanau, Rep. E, 181. Judenschaftliche Sachen, XII. Amt Bergen, a. Rezeptionen, Ord. Nr. 19.

[211]) ebd. Ord. Nr. 8.

[212]) ebd. Ord. Nr. 39.

des Schutzsuchenden war. Nach dem Protokoll vor dem Amtmann Usener vom 10. August 1798 erklärten zwar die drei Gemeindemitglieder, sie lehnten die Bürgschaft nur deshalb ab, weil sie nicht überzeugt seien, daß der Antragsteller in der Lage sei, seinen Verpflichtungen nachzukommen, doch berichtet der Amtmann Usener dazu nach Hanau, daß nach seiner Auffassung die drei Juden Liebmann Aron, Heyum Aron und Marum Loew nur aus persönlicher Feindschaft gegenüber David Baruch es ablehnten, sich für ihn zu verbürgen.

Auch gelegentlich des Verfahrens, in welchem Raphael Joseph in den Jahren 1782 - 1788 den Erlaß seines Schutzgeldrückstands zu erlangen suchte (Anlage 23 ff.), scheint es innerhalb der Gemeinde zu gewissen Mißhelligkeiten gekommen zu sein: Die Berger Judenschaft hatte sich am 25. November 1780 für die Zahlung des Schutzgeldes durch Raphael Joseph als Bürgen verpflichtet (Anlage 22 c). Schon zwei Jahre nach der Aufnahme in den Schutz mußte Raphael Joseph wegen schlechter Geschäfte in dem mit seinem Vater Joseph Löw betriebenen Pferdehandel um 1/4 Schutzfreiheit und Erlaß der Rückstände einkommen. Die Rentkammer versuchte daher, die Bürgen, denen es damals selbst zum großen Teil schlecht ging, zur Zahlung anzuhalten, und es scheint, daß die Bürgen ihrerseits Raphael Joseph um Zahlung bedrängten, damit man sie in Ruhe ließe (Anlage 29 c).

Abgesehen von diesen Einzelfällen jedoch haben die vielen Hunderte von Archivalien aus dieser Zeit, die ich gesehen habe, mir den Eindruck vermittelt, daß die Mitglieder der jüdischen Gemeinde in Bergen im allgemeinen in Frieden und Eintracht miteinander gelebt haben und füreinander eingestanden sind.

### *E) Beziehungen zwischen Juden und Christen in Bergen*

Die Beziehungen zwischen Juden und Christen in Bergen müssen in der Berichtszeit sehr gut, sogar freundschaftlich gewesen sein, wenn man den Inhalt der aus dieser Zeit erhaltenen Urkunden für die Beurteilung zugrunde legen darf.

Wir haben bereits an anderer Stelle erwähnt, daß nach dem Bericht des Amtskellers G. Knyrim von Bergen vom 6. Oktober 1760 (Anlage 3 b) christliche Nachbarn Baile, die Witwe des Juda Lapp, durch Nahrungsversorgung am Leben erhielten, als diese durch die Katastrophe der Schlacht von Bergen (1759) in große Not geraten, und die gesamte jüdische Bevölkerung, weit mehr als die christliche, durch Plünderungen seitens der französischen Soldaten sehr verarmt war. Diese Hilfsbereitschaft der christlichen Bevölkerung gegenüber ihren jüdischen in Not geratenen Nachbarn in der Zeit nach dem Siebenjährigen Krieg beschränkte sich keineswegs auf den Einzelfall, sondern scheint allgemein gewesen zu sein: In den Rezeptionsakten der Eheleute Hirsch Lapp, in denen diese im Jahre 1773 beantragten, den ihnen bisher in Fechenheim gewährten Schutz auf

Bergen zu übertragen, befindet sich ein Bericht des Amtskellers Schröder von Bergen vom 26. August 1773[213]). In diesem Bericht spricht sich — ausnahmsweise — der Amtskeller Schröder gegen eine Übertragung des Schutzes für die Antragsteller von Fechenheim nach Bergen aus, obwohl der Zuschlag des von Hirsch Lapp im Zwangsverfahren ersteigerten großelterlichen Hauses unter dieser ausdrücklichen Bedingung erfolgt war. Zur Begründung führt er an, daß die Christen Bergens bereits für zehn in Not geratene jüdische Familien sorgten und daß die Zulassung weiterer Juden nach Bergen diese Last noch zu erhöhen drohe.

In den vielen übrigen Rezeptionsakten der Zeit, die ich gelesen habe, habe ich dagegen keine einzige gefunden, in der sich die christliche Gemeindevertretung der Rezeption widersetzt hätte. Die Hanauer Regierung ordnete meist an, daß nach Anhörung des Rezeptionssuchenden der Zentgraf und die Gemeindeschöffen („des Gerichts") zu dem Gesuch Stellung nehmen und ein Leumundszeugnis ausstellen sollten (z. B. Anl. 22 b bis d). Mit der bereits erwähnten Ausnahme habe ich kein einziges Aktenstück gesehen, in dem nicht die Gewährung des Schutzes von der Gemeindevertretung ausdrücklich befürwortet worden wäre. Es handelte sich ja bei den Antragstellern zumeist um Leute, die in Bergen geboren und mit den Mitgliedern der Gemeindevertretung oder deren Kindern aufgewachsen waren.

Wie wir an anderer Stelle erwähnt haben, lebten die Juden Bergens über die ganze Ortschaft zerstreut in ihren Häusern oder „Hofraiten". Sie unterschieden sich in ihrer Lebensweise nicht von ihren christlichen Nachbarn mit der Ausnahme, daß sie den Sabbat, die jüdischen Feiertage und die rituellen Speisevorschriften einhielten. Die meisten Juden Bergens ernährten sich recht und schlecht mit schwerer Arbeit und gaben daher ihren christlichen Nachbarn keinen Anlaß zum Neid. Ich habe in den Archivalien der Zeit nur e i n e n Juden des 18. Jahrhunderts in Bergen gefunden, der wenigstens zeitweise als reich angesprochen werden konnte, nämlich meinen Vorfahren Marum Lapp (1694 bis nach 1764). Dieser betrieb einen bedeutenden Großviehhandel im In- und Ausland und muß ein beträchtliches Vermögen gehabt haben, da er allein in einem Konkurs in Straßburg 6 000 Gulden und an Frankfurter Metzger weitere 1 000 Gulden verlieren konnte (Anlage 5 a). Ein Betrag von 7 000 Gulden war aber für die damalige Zeit ein sehr beträchtliches Kapital, dessen Kaufkraft über 100 000 Vorkriegs-Goldmark gleichkamen. Um Vergleiche zu ziehen, sei erwähnt, daß der reichste Mann in der Stadt Hanau im Schätzungsregister zum Zweck der Veranlagung zur „Türkensteuer" im Jahr 1536 ein Hanauer Bürger namens Contz Hesberger war, der ein Vermögen von 6 000 Gulden aufzuweisen hatte[214]). Ferner gehörten zu den vermögenden Christen im Amt Bergen, die 1731 bis 1735 (also zu Marum Lapps Zeit) starben, und von deren Hinterlassenschaft „Besthaupt" (eine Art mit der Leibeigen-

---

[213]) ebd. Ord. Nr. 12.

[214]) Z i m m e r m a n n S. 363.

schaft zusammenhängende Erbschaftssteuer) an die Herrschaft zu „teidigen" war, sechs Personen, deren Nachlässe zwischen 1 109 und 2 086 Gulden schwankten[215]).

Andere, mindestens zeitweise wohlhabende Leute unter den Juden in Bergen waren meine Vorfahren Joseph Loew (1714 bis nach 1783) und Samuel Raphael Heß (1782 bis 27. Februar 1844). Joseph Loew betrieb erhebliche Vieh- und Geldgeschäfte, wie die auf ihn bezüglichen Urkunden aus den Jahren 1745 - 1780 im Anhang ausweisen. Samuel Raphael Heß war einer der ersten Männer der jüdischen Gemeinde in Bergen, der um die Wende des 18. zum 19. Jahrhundert sich ebenso wie mein anderer Vorfahre Abraham Grünebaum (1768 bis 9. Januar 1850) neben dem Handel der Landwirtschaft zu widmen begann (Anlage 30). Er brachte es dabei zu erheblichem Wohlstand. Aber selbst diese Berger Juden, welche Neid hätten erregen können, weil es ihnen besser ging als den meisten, waren bei der christlichen Bevölkerung wohlgelitten und beliebt. Sie erfüllten für sie die wertvolle wirtschaftliche Funktion, daß sie als Händler und Finanziers ihren christlichen Nachbarn als Mittler halfen, wenn diese ihre landwirtschaftlichen Produkte, insbesondere ihr Vieh, absetzen wollten und wenn sie bis zur Aufnahme der Ernte usw. Geld benötigten, das ihnen wegen der härteren gesetzlichen Zinsbeschränkungen für christliche Darlehensgeber in der Regel nur ihre jüdischen Gemeindegenossen zu gewähren in der Lage und bereit waren.

Auch in den zahlreichen Berichten der „Amtskeller" an die Hanauer Regierungsbehörden in den bändefüllenden Rezeptionsakten und Akten betr. Befreiung vom Schutzgeld spiegelt sich die freundliche Gesinnung der christlichen Bevölkerung Bergens gegenüber ihren jüdischen Nachbarn wieder. In aller Regel legten die Amtskeller, oft sogar in sehr warmer und beredter Weise, für die jüdischen Gesuchsteller ein gutes Wort ein, und ich habe unter den vielen von mir gelesenen Archivalien dieser Zeit kein einziges Aktenstück gefunden, in dem auch nur die Spur einer antisemitischen Gesinnung dieses höchsten örtlichen Verwaltungsbeamten zum Ausdruck gekommen wäre. Obwohl nun der Amtskeller kein Gemeinde-, sondern ein Beamter der Grafschaft (später des Fürstentums) Hanau war, so lebten diese Männer naturgemäß nicht in einem Hohlraum, sondern verkehrten und verschwägerten sich mit den besseren Klassen der eingesessenen Bevölkerung. Daher kann auch ihr Verhalten gegenüber den Juden Bergens als Maßstab für die allgemeine Gesinnung der Christen gegenüber ihren jüdischen Gemeindegenossen positiv bewertet werden.

Als Beispiel sei die Unermüdlichkeit des Amtskellers Schroeder von Bergen erwähnt (in den Akten betr. Befreiung vom Schutzgeld des Raphael Joseph von 1782 - 1788; Anlagen 23 b, 24 b, 25 a, 26 b), für den verarmten Antragsteller die Schutzfreiheit zu erlangen, obwohl er dabei lange ergebnislos gegen den Bürokratismus der Hanauer Rentkammer wie gegen eine Wand anrennen mußte.

---

[215]) ebd. S. 422.

*F) Beziehungen von Berger Juden zu ihren Frankfurter Glaubensgenossen*

Zwischen den Juden Bergens und denen Frankfurts bestanden in der Berichtszeit nahe Beziehungen persönlicher und geschäftlicher Art.

Obwohl die Mitglieder der alten und bedeutenden Judengemeinde der Freien Reichsstadt Frankfurt auf ihre ländlichen Glaubensgenossen etwas herabgesehen haben mochten, verschmähten sie es keineswegs — wie wir bereits gesehen haben — wenn sie selbst unter Druck oder Verfolgung standen, die Hilfe der Nachbargemeinden des Hanauer Gebiets in Anspruch zu nehmen. Heiraten zwischen Berger und Frankfurter Juden waren übrigens häufig. So war z. B. die bereits mehrfach erwähnte Baile (ca. 1705 bis nach 1764), Frau des Juda Lapp, aus Frankfurt. Desgleichen Rebecca, die Frau (damals Witwe) des Schlomme (Salomon) Lapp[216]).

Die persönlichen und verwandtschaftlichen Beziehungen zwischen Berger und Frankfurter Juden wurden dadurch noch erheblich gesteigert, daß auch Bockenheim, welches verwaltungsmäßig zum Amt Bornheimer Berg in Bergen gehörte, von Frankfurt nur durch die Sperre an der Bockenheimer Warte getrennt war. Die Mitglieder der jüdischen Gemeinden von Bergen und von Bockenheim aber waren untereinander eng und vielfach verwandt und verschwägert. In meiner Ahnentafel (Ausschnitt siehe Anhang IV) erscheint beispielsweise V o g e l aus Bockenheim (1692 bis nach 1771), Frau des Loew Isaac (1691-1768). Ein Enkel dieses Ehepaars, Sohn des Joseph Loew, namens Isaac Loew aus Bergen, wurde etwa um 1775 in Bockenheim, dem Geburtsplatz seiner Großmutter Vogel, in den Schutz aufgenommen, wo er sich mit der dort ansässigen Witwe des Faist von Bockenheim verheiratete[217]).

Es geschah daher häufig, daß bei Aufnahmegesuchen in den landesherrlichen Schutz in Bergen Bockenheimer Juden neben Berger Juden für den Schutzsuchenden „cavirten", d. h. Bürgschaft leisteten und umgekehrt Berger neben Bockenheimer Juden für den in Bockenheim Aufzunehmenden[218]). Diese Bürgschaftserklärungen wurden vor dem Amt Bornheimerberg in Bergen zu Protokoll gegeben, das in gleicher Weise für Bergen wie für Bockenheim zuständig war.

Andererseits war es nur natürlich, daß der Zusammenhang zwischen den jüdischen Gemeinden in Frankfurt und Bockenheim äußerst eng war; lagen doch die beiden Orte nur etwa zwei Kilometer voneinander entfernt.

Die Berger Juden bedienten sich Frankfurts oft als gemeinschaftlichen Treffpunkts, wenn sie mit „ausländischen" Juden, z. B. aus dem Elsaß, sich zu besprechen hatten. So ist z. B. in den vorher erwähnten Rezeptionsakten des David Baruch von 1798 ein Ehekontrakt vom 15. Mai 1798 ent-

---

[216]) Staatsarchiv Marburg, Judentabelle des Amts Bornheimer Berg, Bergen 1754 unter Nr. 16.

[217]) S. Rezeptionsakten des Isaac Joseph im Staatsarchiv Marburg, Bestand 81, Reg. Hanau, Rep. E, 181. Judenschaftliche Sachen, XII. Amt Bergen, a. Rezeptionen, Ord. Nr. 15.

[218]) z. B. für David Baruch in Bergen (Staatsarchiv Marburg, a. a. O. Ord. Nr. 39).

halten, der die eheliche Bindung zwischen David Baruch aus Bergen und Matte, Tochter des verstorbenen Samuel aus Zimmersheim im Elsaß festlegt. Dieser Ehevertrag wurde in Frankfurt zwischen dem Bräutigam und seinen Zeugen einerseits und den Bevollmächtigten der Braut andererseits abgeschlossen. Außerdem befindet sich in den gleichen Akten ein Leumundszeugnis für die Braut, ausgestellt am 9. Juli 1798 von den „in Monath stehenden Baumeistern" (d. h. den turnusmäßigen Gemeindevorstehern der Frankfurter jüdischen Gemeinde) Zacharias Isaac Wertheimber und Salomon Flörsheim, deren Unterschriften am 11. Juli 1798 der Ratsschreiber Diehl im Auftrag des Bürgermeisters und Rats der Reichsstadt Frankfurt beglaubigte.

Da die Berger Juden geschäftlich viel mit Frankfurter christlichen Kunden zu tun hatten — sie belieferten u. a. einen erheblichen Teil der Frankfurter Metzger mit Schlachtvieh; vgl. Anlage 5 a — zogen sie vor allem bei ihren Geldtransaktionen häufig Frankfurter Juden zu ihren Geschäften hinzu; vgl. als Beispiele Anlagen 13 b und 17 a.

## Kapitel 3

### Der Durchbruch der napoleonischen Reformen

*A) Die Persönlichkeit des Fürst-Primas und Großherzogs von Frankfurt*

Durch einen Machtspruch Napoleons war an die Spitze des Großherzogtums Frankfurt ein Mann getreten, der trotz seiner aristokratischen Abstammung und seiner hohen Stellung in der Kirchen-Hierarchie als Erzbischof nicht nur vorurteilsfrei gegenüber Juden war, sondern als ein ausgesprochener Freund der Juden in ihrem Bestreben um Gleichberechtigung angesehen werden kann.

„Carl von Gottes Gnaden, Fürst Primas des Rheinischen Bundes, Großherzog von Frankfurt, Erzbischoff von Regensburg etc." war vom Beginn seiner Regierung an bestrebt, alles zu tun, was in seiner Macht stand, um die völlige bürgerliche und rechtliche Emanzipation der Juden in seinem kleinen, aber wichtigen Gebiet herbeizuführen. Bereits vor Erlaß seiner noch zu erörternden Emanzipationsgesetze hatte er mit einigen Überbleibseln des Mittelalters und der sogenannten „Neuen Stättigkeit" der Juden in Frankfurt vom 3. Januar 1617 formlos aber energisch aufgeräumt. Die Judengasse war bereits bei seinem Regierungsantritt nicht mehr vorhanden, da sie beim Bombardement Frankfurts durch französische Revolutionstruppen am 13. Juli 1796 fast restlos verbrannt war; dagegen verfügte er kurz nach seinem Regierungsantritt z. B., daß die Promenaden (das sind die auf dem ehemaligen Festungsglacis Frankfurts geschaffenen parkähnlichen Grünanlagen), deren Benutzung bis dahin den Juden verboten war, jedem freistünden, der sich dort ordentlich aufführe.

Carl Theodor, Freiherr von Dalberg, wie er früher geheißen hatte, war am 9. Februar 1744 geboren und entstammte einem altadligen Geschlecht, dessen Stammburg in der Nähe Kreuznachs stand. Die Familie von Dalberg war von altersher „den Juden wohlgesinnt", wie H. Graetz bei der Erörterung der Wormser Judenverfolgung vom Jahre 1615 bereits feststellt[219]). Carl von Dalberg studierte zunächst Rechtswissenschaft, promovierte jung zum Doctor utriusque juris, wurde dann Domkapitular in Mainz, Würzburg und Worms, später kurmainzischer Statthalter in Erfurt, wo er mit Goethe, Herder, Wieland u.a. verkehrte. Er brachte es, als letzter, bis zum Kurerzkanzler in Mainz und schmiedete zusammen mit Talleyrand den Rheinbund, eine Vereinigung von 16 souveränen deutschen Kleinstaaten, die ihren Abfall vom Reich erklärten und sich in napoleonische Abhängigkeit begaben. Zunächst wurde er Fürst-Primas dieses von ihm mitgeschaffenen Rheinbundes, dann Großherzog von Frankfurt. Wie wir oben gesehen haben, wurde 1810 auch das Hanauer Gebiet seinem Großherzogtum im wesentlichen einverleibt.

Schon im Jahre 1803 hatte Dalberg die traditionelle „Wohlgesinntheit" seines Geschlechts gegenüber Juden praktisch erwiesen, indem er energisch für die Abschaffung des Judenleibzolls eingetreten war. Die ersten Versuche in dieser Richtung waren von Israel Jacobson im Gebiet von Braunschweig-Wolfenbüttel unternommen worden (Aufhebung des Zolls am 23. April 1803). Weniger in den öffentlichen Vordergrund tretend, aber mit größerer Energie und erheblicherem Erfolg war ihm der kurhessische Hoffaktor und Fürstl. Isenburgische Hof- und Kammeragent Wolf Breidenbach gefolgt, der mit Carl Theodor von Dalberg befreundet war. Dalberg hatte seinem Freund Wolf Breidenbach nicht nur durch die Aufhebung des Judenleibzolls in Regensburg (1803) und Aschaffenburg (1804), die ihm unterstanden, geholfen, sondern ihm auch zahlreiche Empfehlungsbriefe an andere Fürsten anhand gegeben und auch persönlich für ihn interveniert, sodaß in kurzer Folge in den Jahren 1803 - 1805 Wolf Breidenbach mit Dalbergs Hilfe die Aufhebung des Leibzolls auch in den Territorien von Isenburg, Homburg und Hessen-Darmstadt erreichen konnte[220]).

Ebenfalls bereits in seiner Mainzer Zeit hatte Carl Theodor von Dalberg gelegentlich durch Buderus Geldgeschäfte mit dem Landgrafen Wilhelm IX. von Hessen-Kassel gemacht und dabei auch die Rothschilds kennengelernt. Er war ihnen allen wohl gewogen. Aus diesem Grunde half er, als Großherzog von Frankfurt, soweit das in seiner Macht stand, Rothschild, der häufiger wegen seiner Tätigkeit für den im Exil lebenden Kurfürsten von Hessen-Kassel Untersuchungen und sogar Haussuchungen unterworfen war, die von der französischen Polizei von Kassel und Mainz aus durchgeführt wurden; er befahl nämlich seinen eigenen Polizeibeamten, unter denen sich auch einige Juden befanden, sie möchten dafür sorgen, daß das Schlimmste für Rothschild vermieden würde. Neben seinen freundschaft-

---

[219]) Graetz, Band 10 S. 34.
[220]) Graetz, Band 11 S. 590 ff.

lichen Gefühlen für die Rothschilds und ihren Auftraggeber mag hierbei auch die Tatsache eine Rolle gespielt haben, daß der Fürst-Primas die Kasseler und Mainzer französischen Polizeiaktionen innerhalb Frankfurts als einen Eingriff in seine eigenen Hoheitsrechte betrachtete.

Als Dalberg nach der Geburt des Königs von Rom am 20. März 1811 zur Huldigung nach Paris fahren wollte und dazu 80 000 Gulden benötigte, wollte ihm keine Frankfurter christliche Bank diesen Betrag vorstrecken; Rothschild gab ihm dagegen das Darlehen zu einem in Hinblick auf das Risiko bescheidenen Zinsfuß, was ihm Dalberg nie vergessen hat. Er machte die Rothschilds einige Zeit darauf zu Großherzogl. Frankfurtischen Hofbankiers und Mayer Amschel Rothschild persönlich zum Mitglied des Wahlkollegiums in Frankfurt am Main[221]). Einer seiner höchsten Beamten und gleichzeitig sein persönlicher Vertrauter war der Geheime Rat und Polizei-Direktor von Itzstein, ein Mann jüdischer Abstammung, der auch bei der Gründung der Israelitischen Gemeinde von Frankfurt eine ausschlaggebende Rolle gespielt hat. Übrigens war auch Ludwig Börne (als Löw Baruch geboren) noch vor seiner Taufe Großherzogl. Frankfurtischer Polizei-Aktuar. Auch für das Philanthropin in Frankfurt, die im Jahre 1804 von einem Angestellten Rothschilds, Siegmund Geisenheimer, gegründete deutschsprachige und zunächst für arme jüdische Kinder bestimmte Schule, war Dalberg ein eifriger Förderer[222]). Dalberg half der Schule nicht nur mit jährlichen Geldsubventionen, sondern übertrug seiner Fürstl. Primatischen Schulbehörde auch die Überwachung und Beratung des Lehrkörpers und veranlaßte sie, an den Prüfungen teilzunehmen, um die Bedeutung derselben zu unterstreichen[223]). Dieses immer mehr hervortretende öffentlich bekundete Interesse des Großherzogs an der neuen jüdischen Schule scheint bei den christlichen hochgestellten Bürgern Frankfurts erheblichen Eindruck gemacht zu haben. So hat z. B. Simon von Bethmann, der Chef des bedeutendsten christlichen Bankhauses in Frankfurt, der Schule durch fortgesetzte Geldzuwendungen geholfen. Auch Frau Rath Goethe berichtete anscheinend ihrem Sohn am 5. Januar 1808 über diese Geschehnisse. Darauf bezieht sich offenbar der Brief der Bettina von Arnim an Goethe, in dem es heißt: „Von den Juden und den neuen Gesetzen ihrer Stättigkeit hat Dir die Mutter schon Meldung getan . . . Mich interessieren die neuen Schulen nicht so sehr als das Judeninstitut, in das ich oft gehe."[224]).

### *B) Die Rechtsstellung der Juden im Hanauer Gebiet während seiner Zugehörigkeit zum Großherzogtum Frankfurt*

Es scheint, daß die Hanauer Juden trotz der günstigen Behandlung, die sie unter dem Kurfürsten Wilhelm I. erfahren hatten, die Umgestaltung

---

[221]) Corti, Rothschild I., S. 114.

[222]) Aus dem Philanthropin wurde später eines der besten Lehrinstitute Frankfurts, das erst durch Hitler vernichtet werden sollte.

[223]) Festschrift „Philanthropin 1804-1904" Frankfurt am Main 1904 S. 16-31 und S. 33/34.

[224]) Goethes „Briefwechsel mit einem Kinde", hgg. von Herman Grimm, 4. Aufl., S. 20.

der Zustände in französischem Geiste mit der Erwartung begrüßten, daß nunmehr der Rest der veralteten Einrichtungen und Belästigungen wegfallen würde und sie die völlige Gleichstellung mit allen Bürgern erfahren würden, wie dies bei ihren Glaubensgenossen in Frankreich noch vor der Jahrhundertwende der Fall gewesen war. Wohl so ist es zu erklären, daß die israelitische Gemeinde am 21. Dezember 1806 in der Synagoge „. . . das Jahresgedächtnis Sr. M. Napoleons des Großen" feierte, ebenso wie den Jahrestag von Napoleons Sieg bei Austerlitz über die Österreicher[225]).

Die Constitution des Großherzogtums Frankfurt vom 16. August 1810[226]) bestimmte im Paragraphen 11: „Das Großherzogtum wird durch eine Constitution regiert, welche die Gleichheit aller Unterthanen vor dem Gesetze und die freie Ausübung des Gottesdienstes der verschiedenen verfassungsmäßig aufgenommenen Religionsbekenntnisse festsetzt . . ." Der Paragraph 13 schaffte die Leibeigenschaft ab und verfügte, daß die Entschädigungsansprüche solcher Personen, die hierdurch Schaden erleiden mußten, nach den Grundsätzen erfolgen sollte, die im Königreich Westfalen eingeführt worden seien[227]).

Am 7. Februar 1811 wurde eine „Höchste Verordnung[228]), die Ausführung des Grundgesetzes der Gleichheit der Rechte sämtlicher Einwohner des Großherzogtums Frankfurt betreffend" erlassen, welche bestimmte, daß Juden alle Lasten abzulösen verpflichtet seien, die „. . . sie dem Staate und den Gemeinheiten rechtmäßig und herkömmlich zu bezahlen haben . . ." (Artikel 1). Artikel 2 dieses Ausführungsgesetzes lautet: „Bis dahin, daß diese Ablösung wirklich und vollständig zustande gekommen ist, dauert der gegenwärtige Zustand der Dinge fort".

Am 26. September 1811 erließ das Großherzogtum eine Verordnung, nach welcher den Juden im Zuge der Emanzipationsgesetze aufgegeben wurde, feste Familiennamen anzunehmen[229]). Bis dahin hatten abgesehen von einigen jüdischen Familien, die bereits seit dem 17. Jahrhundert Familiennamen angenommen hatten, die Söhne ihrem eigenen Vornamen den Namen des Vaters beigesetzt (wie im Hebräischen Jehudah ben Jaakov). Daher hieß Loew, der Sohn des Isaac von Bergen, Loew Isaac.

Das wohlgemeinte Ausführungsgesetz des Großherzogs vom 7. Februar 1811 gab zu großen Schwierigkeiten Anlaß, da die Regierungszeit Dalbergs nicht lange genug währte, um ihm mit Nachdruck die Befolgung des gesetzgeberischen Willens zu verschaffen. Das gilt selbst für Frankfurt, wo die Ablösung tatsächlich erfolgt war. Die Schrift Börnes: „Aktenmäßige Darstellung des Bürgerrechts der Israeliten etc."[227]) zeigt, wie nach der 1813 er-

---

[225]) Zimmermann S. 767.

[226]) Großherzoglich Frankfurtisches Regierungsblatt, 1810, Teil I, S. 14.

[227]) Anonym (Verfasser: Ludwig Börne), Aktenmäßige Darstellung des Bürgerrechts der Israeliten zu Frankfurt am Main, gedruckt bei W. Heidenheim in Rödelheim 1816, nachgedruckt i. A. des Amtes für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Frankfurt 1962, S. 1.

[228]) Großherzoglich Frankfurtisches Regierungsblatt, Teil I, S. 293.

[229]) Zimmermann S. 768.

folgten Abdankung Dalbergs die wieder zur Regierung gelangten reaktionären Mächte in Frankfurt sich den gesetzlichen Folgen der Ablösung zu entziehen suchten. Im Hanauer Gebiet, insbesondere auch in Bergen, hatten die Juden zur Ablösung der Schutzgelder und sonstigen Lasten offenbar nichts unternommen.

Das im Anhang befindliche Aktenstück aus dem Jahre 1812 (Anlage 30) gibt in hervorragender Weise Aufschluß darüber, welche Folgen in der Praxis die durch das Ausführungsgesetz vom 7. Februar 1811 geschaffene Lücke in der Emanzipation zeitigen konnte. Aus dem Akteninhalt ergibt sich folgendes:

Mein Ur-Urgroßvater väterlicherseits, Abraham Grünebaum (1768 - 1850) und mein Urgroßvater mütterlicherseits, Samuel Raphael Heß (1782 - 1844) hatten am 22. März 1812 in Bergen bei einer öffentlichen Zwangsversteigerung etwa einen halben Morgen Ackerland ersteigert und hatten die Absicht, noch etwa sechs weitere Morgen in Bergen im Weg der Versteigerung oder durch Vertrag anzukaufen, um für ihre Familien Gemüse und Kartoffeln anzupflanzen. Nach Althanauer Recht bestand jedoch noch immer die Vorschrift, daß Juden Grundbesitz nur mit landesherrlicher Genehmigung erwerben konnten (vgl. Seite 90); außerdem war auch das „Retractsrecht" zumindest formell noch nicht aufgehoben. Die beiden Antragsteller vertraten nun die Ansicht, daß „nach dem Geist der napoleonischen Gesetzgebung ein solches Gesetz nicht mehr Anwendung finden" . . . könne, und wandten sich daher zunächst vertrauensvoll im Instanzwege an den „Districts Maire" in Bergen, der noch bis vor kurzem den Titel „Amtmann" geführt hatte, als er nämlich nicht dem Großherzog von Frankfurt, sondern der kurfürstlichen Regierung in Hanau unterstellt gewesen war. Der Districts-Maire war ein praktischer Mann: Er schlug seinem Vorgesetzten, dem Freiherrn von der Tann, Präfekten des Departements Hanau, vor, die beiden Dispensationen zu erteilen, da man „mehr die Erhöhung des Preises für den Verkäufer als den vorteilhaften Kauf des Käufers begünstigen müsse . . ." Der gute Mann hatte aber nicht mit dem Amtsschimmel gerechnet, den die Beamten jener Zeit ebenso zu reiten pflegten, wie dies bereits früher geschehen war und es wahrscheinlich noch lange Zeit in der Zukunft geschehen wird.

Es ist tragikomisch, wie über das Gesuch der beiden Antragsteller aus Bergen ein negativer Kompetenzkonflikt ausbrach, bei dem keiner der Präfekten und Minister, nicht einmal der Großherzog selbst, die Kastanien für einen anderen aus dem Feuer holen wollte: Der Präfekt, Freiherr von der Tann, wollte zunächst die Sache an den Justizminister, Freiherrn von Albini, abschieben. Dieser entschied, er sei nicht zuständig; allenfalls müsse der Antrag an „Serenissimus Höchstselbst" gerichtet werden. Als dann der Großherzog das Gesuch erhielt, schickte er wieder die Akten an den Präfekten zum Bericht und wollte wissen, ob die Juden im hanauischen Gebiet sich wegen Ablösung des Schutzgeldes gemeldet hätten und „. . . ob anderen dasigen Juden gestattet sey, eigenthümliche Grundstücke zu

kaufen". Der Präfekt berichtete wieder hierauf, daß die Juden bisher nichts zur Ablösung der Schutzgelder unternommen hätten, daß zwar in früheren Fällen die Hanauer Regierung oft Dispensation für den Erwerb von Immobilien und für das Retract-Recht an Juden erteilt habe, daß aber, wenn man mit dieser Praxis fortfahre, das Ziel, . . . „die Juden zum Ankauf der Bürgerrechte zu vermögen, nicht befördert werden dürfte . . ." (Anlage 30 f). Schließlich muß das Aktenstück irgendwie auf dem Schreibtisch des Finanzministers gelandet sein, denn dieser verfügte endlich die Abweisung des Gesuchs, indem er sich das gerade erwähnte Argument des Präfekten zu eigen machte. Für die beiden Antragsteller ergab sich also das für sie wenig erfreuliche Resultat, daß sie als verfassungsmäßig emanzipierte Bürger des Großherzogtums Frankfurt schlechter abschnitten, als sie dies voraussichtlich als „Schutzjuden" unter dem alten absoluten kurfürstlichen Regime getan hätten.

Immerhin zeigt schon die Form, in der diese Akten gehalten sind, daß der mächtige Atem der französischen Revolution stark genug war, selbst in den entferntesten Ecken eines deutschen Kleinstaats wenigstens einige von den Spinnweben und etwas von dem Aktenstaub wegzublasen: Die Antragsteller bezeichnen sich selbst nicht mehr als Schutzjuden; auch sind die Bezeugungen ihrer Knechtschaft und Ehrfurcht, verglichen mit dem Stil der vor-napoleonischen Urkunden, auf ein sehr bescheidenes Maß zurückgegangen. Endlich argumentieren sie auch zur Sache selbst nicht wie willenlose Objekte einer allmächtigen Regierung, sondern interpretieren den „Geist der napoleonischen Gesetzgebung" und fügen die Betrachtung an, „. . . daß dieses Gesetz (nämlich das alt-hanauer) überhaupt auf solchen Grundsätzen beruht, die schon lange von allen Staaten aufgegeben worden sind, und von deren Nachteil man längstens überzeugt ist, besonders da niemand einiger Schaden daraus erwachsen kann . . ."

Man fühlt: Die Emanzipation ist durch die französische Revolution in den deutschen Staaten in Bewegung gesetzt worden. Sie mag noch gewisse Hemmungen zu überwinden haben, aber ihr Lauf wird nicht mehr zum Stillstand kommen, bis sie ihr endgültiges Ziel erreicht haben wird.

## Kapitel 4

### Lebensbedingungen und Rechtsstellung der Juden nach Rückkehr des Hanauer Gebiets zum Kurfürstentum Hessen - Kassel (1813 - 1866)

#### *A) Die Bedeutung der Beschlüsse des Wiener Kongresses*

Nach der Rückkehr des Kurfürsten Wilhelm I. nach Kassel wurde zunächst im wesentlichen der Regierungszustand wiederhergestellt, wie er vor seiner Flucht im Jahre 1806 bestanden hatte. „Die Uhr der Geschichte wurde um sieben Jahre zurückgestellt", wie es ein Geschichtsschreiber

ausgedrückt hat. Durch die geschickte Tätigkeit seines Vertrauten Buderus und seines „Oberhoffaktoren" Rothschild war der Kurfürst — trotz einiger Vermögensverluste durch die französischen Beschlagnahmungen — noch immer ein außerordentlich reicher Mann, und seine Stimme hatte im Wiener Kongreß und später im Frankfurter Bundestag erhebliches Gewicht.

Der Kurfürst war sich seiner Dankesschuld gegenüber der Familie Rothschild wohl bewußt und blieb, auch nach dem Tode Mayer Amschels im Jahre 1812, nicht nur dem Bankhaus M. A. Rothschild & Söhne treu, sondern stellte sich auch seinen Freunden zur Verfügung, um ihnen in ihrem Kampf um die völlige Emanzipation der Juden in Deutschland zu helfen. Daß er den inzwischen zum Kammerpräsidenten und Geheimen Rat aufgerückten Buderus von Carlshausen zum Kurfürstl. Hessischen Bundestagsgesandten in Frankfurt machte, gab seiner emanzipationsfreundlichen Gesinnung weitere praktische Bedeutung.

Bereits am 14. Mai 1816 wurde in Kassel eine Verordnung erlassen, nach der im Prinzip den Juden des Kurfürstentums das Bürgerrecht eingeräumt wurde. (Allerdings blieben von dieser Verordnung das Fürstentum Hanau und das Großherzogtum Fulda zunächst ausgenommen.) Dies war eine bemerkenswerte Ausnahme gegenüber dem Verhalten vieler deutscher Staaten nach dem Wiener Kongreß.

Es würde hier zu weit führen zu versuchen, das Intrigennetz im Wiener Kongreß, das sich um die Emanzipationsfrage schlang, in allen Einzelheiten aufzuzeigen. Es möge vielmehr die Feststellung genügen, daß es den emanzipationsfreundlichen Mächten n i c h t gelang, eine völlig klare Entscheidung gegen die reaktionären Gegenkräfte herbeizuführen. Fürst Metternich für Österreich, Fürst Hardenberg (und später Wilhelm von Humboldt) für Preußen, welch letztere sich dabei im Widerspruch zu ihrem reaktionären Monarchen, Friedrich Wilhelm III., befanden, und andere Delegierte, unter ihnen auch der kurhessische, verpflichteten sich gegenüber den Vertretern der jüdischen Gemeinden, im Bundestag ihre Stimme für die völlige rechtliche und bürgerliche Gleichstellung der Juden abzugeben. Daher wäre der Beschluß des Wiener Kongresses, die endgültige Lösung der Judenfrage an den Bundestag zu verweisen und es bis zu dessen Entscheidung in jedem Staat bei der derzeitigen Rechtslage zu belassen, nicht ungünstig gewesen, wenn nicht in letzter Stunde eine kleine Präposition betrügerischerweise abgeändert worden wäre.

Der Entwurf des Beschlusses hatte gelautet: „Die Bundesversammlung wird in Beratung nehmen, wie auf möglichst übereinstimmende Weise die bürgerliche Verbesserung der Juden zu erwirken sei, und wie insonderheit denselben der Genuß der bürgerlichen Rechte gegen die Übernahme aller Bürgerpflichten in den Bundesstaaten verschafft oder gesichert werden könne. Jedoch sollen den Juden bis dahin die denselben i n den Bundesstaaten bereits eingeräumten Rechte erhalten bleiben."

Das Protokoll des Kongresses wurde durch den bestechlichen Gentz geführt, der im Schlußprotokoll vom 8. Juni 1814 unbefugterweise dem An-

trag des Bremer Senators Schmidt stattgab, das Wort „in" durch das Wort „von" zu ersetzen. Dadurch wurden gegen den Willen der Kongreßmehrheit die Errungenschaften der Juden in der napoleonischen Zeit zunichte gemacht[230]). Das ging bis zu dem Extrem, daß Bremen und Lübeck nach dem Wiener Kongreß ihre jüdischen Einwohner auswiesen.

Demgegenüber bemühte sich die kurhessische Regierung in ehrlicher Befolgung der eigentlichen Absichten des Wiener Kongresses sowohl in Kassel als auch in Hanau in dieser Zwischenperiode, die erst durch das „Gesetz zur gleichförmigen Ordnung der besonderen Verhältnisse der Israeliten in Kurhessen" von 1833 zum Abschluß gebracht wurde, in der Praxis weitmöglichst die Gleichstellung ihrer jüdischen Untertanen mit ihren christlichen Nachbarn zu bewerkstelligen.

Es ist bemerkenswert, daß die Stände von Kurhessen die Emanzipation zum Gesetz erhoben, bevor dies in irgendeinem anderen deutschen Land geschah[231]). Auch fand der sogenannte „Hep-Hep-Judensturm", der sich im Anschluß an die Ermordung Kotzebues durch Karl Sand fast in ganz Deutschland im August und September 1819 erhob, in Kurhessen und dem Fürstentum Hanau keinen Widerhall, während abgesehen von Norddeutschland Städte in der unmittelbaren Nähe, wie z. B. Würzburg, Bamberg, Frankfurt, Darmstadt, Bayreuth, Karlsruhe und Heidelberg davon ergriffen wurden[232]).

Das im Urkundenanhang befindliche Aktenstück aus den Jahren 1816/17 betr. das Gesuch des „Judenvorstehers" in Bergen um Befreiung der dortigen Juden entweder vom Natural-Wachtdienst oder von der Zahlung des Wachtgeldes (Anlage 31) bietet gleichfalls einen Beweis für den guten Willen der Kurfürstlichen Regierung gegenüber den Juden, zugleich aber auch dafür, daß diese guten Absichten des Kurfürsten und seiner höchsten Ratgeber nicht immer reibungslos durch die nachgesetzten Behörden in die Tat umgesetzt wurden.

Aus diesen Akten ergibt sich folgendes: Die Juden in Bergen fühlten sich dadurch beschwert, daß das Kurfürstliche Amt Bergen ihnen nicht nur für jeden Haushaltungsvorstand ein jährliches Wachtgeld („Wacht und Hude") von 4 Gulden 7 Albus und 4 Pfennigen für die Gemeindekasse abnahm, sondern sie daneben auch noch zur Ableistung des Naturalwachtdienstes heranzog. Sie beantragten daher bei der Hanauer Regierung, sie entweder von der Zahlung oder aber von der Naturalleistung freizustellen.

Das Amt Bergen, zum Bericht aufgefordert, verteidigte sich damit, daß die Juden nur dann zum Naturalwachtdienst herangezogen worden seien, wenn wegen besonderer Unsicherheit für die christlichen Bürger die „Wache und Hude" verdoppelt worden seien. Die Juden hätten also nicht mehr geleistet als ihre christlichen Nachbarn, indem sie in diesen Fällen

---

[230]) Graetz, Band 11, S. 314 ff.

[231]) ebd. S. 443.

[232]) ebd. S. 334 ff.

der Verdoppelung von „Wache und Hude" 50 Prozent durch Zahlung des Wachtgeldes und 50 Prozent durch Naturaldienst nachgekommen seien.

Die Regierung in Hanau gab sich mit dieser Antwort nicht zufrieden. Da es sich bei dem „Wachtgeld" um eine Einnahme der Gemeinde Bergen handelte, war der Regierung in Hanau nicht einmal bekannt, ob der Betrag von 4 Gulden 7 Albus 4 Pfennigen die Gesamtkontribution der Berger Juden oder die Leistung eines jeden einzelnen pater familiae darstellte (Letzteres war der Fall). Sie wollte vom Amt Bergen auch wissen, ob die „dasigen christlichen Beysassen ebenwohl zum Wachtdienst gleich den Nachbarn (scil. den jüdischen) zugezogen werden . . ." Die Antwort des Amts Bergen vom 4. Oktober 1816 drückte sich geflissentlich um den Kern dieser Frage herum. Darauf beschloß die Regierung in Hanau, vom 1. Januar 1817 ab habe die Erhebung des Wachtgeldes aufzuhören, und die Juden hätten genau wie die christlichen „Beysassen" den ordentlichen Wachtdienst in Natur selbst oder durch einen geeigneten Vertreter zu leisten.

Ein späterer Versuch der Berger Juden im Jahre 1817, eine Verbesserung dieses Beschlusses herbeizuführen, blieb ergebnislos; immerhin ist die Begründung dieses neuen Gesuchs interessant: Sie fühlten, daß sie durch Zahlung ihres jährlichen Schutzgelds von 20 Gulden (nebst kleineren Sonderabgaben wie Federlappengeld, Meß- und Neujahrsgeld) ihren christlichen Nachbarn hinsichtlich des Wachtdienstes nicht gleichgestellt werden dürften, da diese nur 2 Gulden jährlich bezahlten. Anscheinend wollten sie damit zum Ausdruck bringen, daß die Zahlung des Schutzgelds eigentlich auch eine Abgeltung für die Verpflichtung zur Leistung des Wachtdienstes darstellte. Hierin ist ihnen die Hanauer Regierung nicht gefolgt.

### *B) Die Kurfürsten von Hessen - Kassel*

#### a) Kurfürst Wilhelm I. (1813 - 1821)

Wir haben zu Beginn dieses Kapitels bereits erwähnt, daß Kurfürst Wilhelm I. nach seiner Rückkehr aus dem Exil trachtete, so weit als möglich den Zustand in seinen Gebieten wiederherzustellen, wie er bis 1806 bestanden hatte. Auch haben wir an der gleichen Stelle die emanzipationsfreundliche Gesinnung Wilhelms I. und die Gründe hierfür erörtert. Mit dem wiederaufsteigenden Stern des Kurfürsten war auch die Machtfülle seines treuesten Dieners, Buderus, zurückgekehrt. Er hatte die politischen Wirren der Jahre 1806 bis 1813 recht gut überstanden, obwohl er wiederholt von den Franzosen verhaftet gewesen war. Buderus war durch einen Vertrag vom 17. Februar 1809 zwischen ihm und Mayer Amschel Rothschild stiller Teilhaber der Firma mit einer Einlage von 20 000 Gulden und einer entsprechenden Gewinnbeteiligung geworden[233]). Die Rothschilds hatten

---

[233]) C o r t i, Rothschild I, S. 112 f.

zunächst durch das Haus Hessen-Kassel, dann durch die Anleihen an eine große Anzahl deutscher und anderer europäischer Staaten und durch geschickte Umgehung der napoleonischen Kontinentalsperre ein ungeheures Vermögen zusammengetragen, das auch Buderus, trotz seiner bescheidenen Einlage, zu einem sehr reichen Manne gemacht hatte. Die Beziehungen des Geheimrats Buderus zum Bankhaus Rothschild setzten sich auch nach dem Tode Mayer Amschels (1812) durch Freundschaft mit dessen Söhnen fort. Dieser Einfluß der Familie Rothschild auf den wichtigsten Beamten in Kurhessen und kurfürstlichen Vertreter im Bundestag war für das Schicksal der Juden nicht nur im Kurfürstentum, sondern im ganzen Bundesgebiet von weittragender Bedeutung.

Die Bemühungen des Kurfürsten Wilhelm I. um die völlige Emanzipation der Juden hielten bis zu seinem am 27. Februar 1821 erfolgten Tode an. Das gleiche kann für Buderus gesagt werden, der seinem Herrn im Jahre 1819 im Tode vorausgegangen war.

### b) Kurfürst Wilhelm II. (1821 - 1831, gestorben 1847)

Als Sohn des Kurfürsten Wilhelm I. am 28. Juli 1777 geboren, folgte Wilhelm II. seinem Vater auf den Thron, als er bereits 43 Jahre alt war. Seine eigentliche Regierung währte nur 10 Jahre, da er im Jahre 1831 durch Unruhen im Lande gezwungen war, seinen Sohn (späteren Kurfürsten Friedrich Wilhelm II.) zum Mitregenten zu ernennen. Wilhelm II. war ein Spieler und Verschwender und hatte sich durch seine Maitressen- und Günstlingswirtschaft allgemein unbeliebt gemacht. Bereits als Erbprinz konnte er nicht mit seiner Apanage auskommen und nahm von 1818 an wiederholt hinter dem Rücken seines Vaters große Anleihen bei Rothschild auf, die ihm nur zögernd und unwillig gewährt wurden[234]).

Wilhelm II. war mit Auguste von Preußen, Tochter Friedrich Wilhelms II. von Preußen, verheiratet, entzweite sich aber bald mit ihr wegen seiner Favoritinnen, unter denen seine Geliebte Ortlöpp, die er 1821 zur Gräfin von Reichenbach machte, die Hauptrolle einnahm.

Durch das von ihm erlassene Organisations-Edikt vom 29. Juni 1821, eine Neuordnung der Landesverwaltung, die in ihren Grundzügen bis 1866 fortbestand, wurde das bisherige Fürstentum Hanau in eine Provinz Hessen-Kassels umgewandelt. Die Pariser Revolution von 1830 gab der Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Mißwirtschaft Wilhelms II. neuen Auftrieb. Es kam wiederholt zu schweren Unruhen in Kassel und Hanau, und 1831 wurde dem Kurfürsten von der rebellischen Bevölkerung eine Verfassung aufgezwungen. Auch mußte er, um sich überhaupt wenigstens dem Namen nach auf dem Thron zu erhalten, am 30. September 1831 seinen Sohn zum Mitregenten ernennen, der von da ab praktisch allein die Regierungsgeschäfte weiterführte. Wilhelm II. mußte 1831 Kassel verlassen,

---

[234]) Corti, Rothschild II, S. 211.

begab sich zunächst nach Hanau und lebte dann als Privatmann meist in Frankfurt und Baden-Baden, wo er sich seiner Nebenfamilie und seiner Spielleidenschaft widmete. Nach dem Tod seiner rechtmäßigen Gemahlin Auguste von Preußen im Jahre 1841 heiratete er zunächst in morganatischer Ehe seine Geliebte Ortlöpp (nunmehr Gräfin Lessonitz) und, als diese zwei Jahre später verstarb, Karoline Baronin von Bergen, geb. von Berlepsch. Er starb 1847.

c) Kurfürst Friedrich Wilhelm I. (1831 bzw. 1847 - 1866)

Die Regierungszeit dieses letzten Kurfürsten von Hessen war zum großen Teil durch Streit um die Verfassung ausgefüllt, die ihm — und seinem Vater — 1831 von der Bevölkerung aufgezwungen worden war. Unter dem erzreaktionären Minister Hassenpflug lag die Kurfürstliche Regierung von 1832 bis 1837 im Kampf gegen den Landtag; aber die allgemeine Aufstandsbewegung des Jahres 1848 zwang den Kurfürsten erneut zu Zugeständnissen gegenüber der öffentlichen Meinung in liberaler Richtung. Als Österreich die Bewegung des Jahres 1848 überwunden hatte, rief Kurfürst Friedrich Wilhelm I. 1850 den Minister Hassenpflug ins Amt zurück, und die liberale Verfassung des Jahres 1831 wurde mit Unterstützung des Bundestags widerrufen und die vom Volke versuchte Protestbewegung durch die „Strafbayern", d. h. bayerische Truppen, die Hassenpflug zu Hilfe gerufen hatte, gewaltsam unterdrückt. Die vom Bundestag genehmigte neue Verfassung von 1852 erregte einen derartigen Unwillen, nicht nur im Kurfürstentum selbst, sondern in allen liberalen deutschen Kreisen, daß die Bevölkerung 1859 die Wiedereinführung der Verfassung von 1831 erzwingen zu können glaubte. Die Regierung machte 1860 einen Gegenentwurf, den der Landtag ablehnte. Schließlich erzwang Preußen, dessen Beziehungen zu Österreich sich inzwischen sehr verschlechtert hatten, im Jahre 1862 die Wiederherstellung der Verfassung von 1831, indem es drohte, im Weigerungsfall das Land militärisch zu besetzen.

Friedrich Wilhelm I. war morganatisch mit Gertrude Falkenstein, der geschiedenen Frau eines preußischen Leutnants Lehmann, verheiratet, die er 1831 — als ersten Regierungsakt — zur Gräfin Schaumburg erhob. Später machte er sie gar zur Fürstin von Hanau. Im Jahre 1846 hatte der Kurfürst bereits fünf Kinder aus dieser Ehe. Amschel Mayer Rothschild, einer der Söhne Mayer Amschels, half dem Kurfürsten finanziell zur Versorgung dieser Kinder, und es kam oft vor, daß der Kurfürst mit der „Gräfin Schaumburg" und den Kindern „ganz familiär" bei Amschel Mayer Rothschild zu Mittag aß[235]), in dessen Haus auch der damalige preußische Bundestagsgesandte Otto von Bismarck zu verkehren pflegte.

In der (Mit-) Regierungszeit Friedrich Wilhelms I. vollzog sich die völlige rechtliche und bürgerliche Gleichstellung der Juden in Hessen-Kassel und damit der Provinz Hanau. Die Erhebung des Judenschutz-

---

[235]) ebd. S. 243.

geldes scheint bereits etwa 1826 aufgehört zu haben, da die letzte „Judentabelle" des Amts Bergen, die die verwaltungsmäßige Grundlage für die Einkassierung dieser Steuer bildete, vom Jahr 1825 datiert.

Bereits seit 1825 waren vereinzelte Juden im Amt Bergen als Bürger aufgenommen worden. So erscheinen z. B. in der Judentabelle von 1825 des Amts Bergen[236]) für Bockenheim zwei jüdische Haushaltsvorstände mit dem Zusatz „Bürger", nämlich Lazarus Baer von Bockenheim (Nr. 72 der Tabelle) und Menasas Frank von Nauenburg (Nr. 73 der Tabelle). In der Stadt Hanau selbst wurde, wenn man Zimmermann folgen darf, erst 1829 der Handelsmann Moses Löb Goetz als erster Hanauer Bürger des 19. Jahrhunderts aufgenommen[237]). Am 31. März 1832 wurde in der Hanauer Synagoge zum ersten Mal in deutscher Sprache gepredigt[238]), und 1833 erschien endlich das oben erwähnte Gesetz, das die Juden in Hessen-Kassel — natürlich unter Einschluß der Provinz Hanau — völlig mit den Christen gleichstellte. („Gesetz zur gleichförmigen Ordnung der besonderen Verhältnisse der Israeliten")[239]).

Im Kriege von 1866 zwischen Preußen und Österreich hatte sich der Kurfürst gegen Preußen erklärt. Die Folge war, daß die siegreichen Preußen im Frieden von Prag — 23. August 1866 — die Einverleibung des Kurfürstentums Hessen in den preußischen Staat erzwangen; die Einverleibung selbst wurde durch Gesetz vom 20. September 1866 vollzogen.

Da der Kurfürst Friedrich Wilhelm I. nicht förmlich auf seine Rechte verzichten wollte, mußte er Kurhessen verlassen und zog sich auf sein Gut Horzowitz bei Prag zurück, wo er am 6. Januar 1875 verstarb.

### *C) Organisationen und Institutionen der jüdischen Gemeinde in Bergen in dieser Periode*

Am 12. Oktober 1854 wurde die neue Synagoge in der Erbsengasse feierlich eingeweiht. Zu der Einweihungsfeier war der Provinzialrabbiner aus Hanau erschienen, ebenso waren die christlichen Ortsbehörden unter den Geladenen. Zunächst wurden die zur Feier eingeladenen Personen im Hause des Synagogenältesten Baruch Heß[240]) empfangen. Sodann versammelten sich die Gemeindemitglieder und die den Festzug Bildenden um 2 Uhr nachmittags im alten Gotteshause, wo die Psalmen 112 und 132 vom Vorsänger und der Gemeinde abwechselnd rezitiert wurden und der Provinzialrabbiner das Abschiedswort für die alte Betstätte sprach[241]).

---

[236]) Staatsarchiv Marburg, Bestand 86 Hanauer Nachträge, Nr. 9984.

[237]) Zimmermann S. 778.

[238]) ebd. S. 778.

[239]) Sammlung von Gesetzen etc. für Kurhessen, 6. Band 1831-1833, 1833, S. 144.

[240]) Baruch S. Heß war der im Jahre 1816 geborene ältere Bruder meines Großvaters Löb S. Heß.

[241]) Samson Felsenstein, geb. 1807 in Bruck (Bayern), der von 1835-1882 als Rabbiner in Hanau amtierte; vgl. Leop. Löwenstein, Das Rabbinat etc., S. 39. — Ein Exemplar des Originaldrucks ist, aus Familienbesitz, in Händen des Verfassers; er hat dem Hanauer Stadtarchiv eine Photokopie zur Verfügung gestellt.

Dann wurden die Thora-Rollen aus der Lade der alten Synagoge entnommen und unter Gebeten den dazu bestimmten Personen übergeben.

Darauf begab sich der Festzug nach dem Vorhof der neuen Synagoge in folgender Reihenfolge: (ich zitiere wörtlich aus dem Einweihungsprogramm)

„I. Die Schuljugend paarweise;

II. Die erwachsenen Mädchen;

III. Der Vorsänger und Chor;

IV. Der Provinzial-Rabbiner, die Träger der Thorarollen und eingeladenen Beamten, Ortsbehörde etc.;

V. Die Ältesten und Gemeindemitglieder, welchen sich die übrigen Teilnehmer des Festes anschließen."

Im Vorhof der neuen Synagoge angekommen, überreichte eine Schülerin den Schlüssel der neuen Synagoge und trug dazu ein Gedicht vor. Eine andere Schülerin sagte ein zweites Gedicht auf. Hierauf trug der Vorsänger mit dem Chor Psalm 118, Verse 15 - 20 vor, und beim letzten Vers wurde die Synagoge geöffnet.

Nach weiteren Gebeten und einer deutschen Predigt des Provinzialrabbiners sowie feierlichen Umzügen mit den Thorarollen um den Almemor wurde die Feier zum Abschluß gebracht. Das Schlußgebet war von dem Lehrer und Vorsänger Spindel verfaßt, der etwa im Jahre 1837 seinen Dienst angetreten hatte und bei dem noch meine 1860 geborene Mutter in den sechziger Jahren zur Schule ging und auch mein Vater seine Vorschulbildung durchmachte, bevor er das Frankfurter „Philanthropin" bezog.

Nach einem an mich gerichteten Brief des damals bereits im Ruhestand befindlichen früheren Lehrers und Vorsängers J. E. Heinemann in Bergen vom 16. Januar 1930 wurde das Sterberegister der jüdischen Gemeinde in Bergen von Dezember 1825, das Trauungsregister von Oktober 1829 ab regelmäßig geführt[242]).

Die Gemeinde hatte in der Berichtszeit einen Lehrer, der zugleich als Kantor fungierte, während der Provinzialrabbiner in Hanau die Aufsicht über die religiöse Tätigkeit der Gemeinde (Gottesdienst, Religionsunterricht, rituelle Schlachtung) ausübte.

Die jüdischen Einwohner von Bergen von 1813 - 1866 machten — mit kleineren Schwankungen — etwa 9 % der Gesamtbevölkerung aus. So gab es z. B. im Jahre 1820 unter den 1 338 Gesamteinwohnern etwa 110 Juden; im Jahre 1852 waren 198 Juden unter 2 168 Gesamteinwohnern, im Jahre 1862 206 Juden unter 2 296 Einwohnern in Bergen ansässig (vgl. Seite 97 f.).

---

[242]) Das Trauungsregister ist wie das alte Memorbuch bei der Zerstörung der Synagoge durch die Nationalsozialisten am 10. November 1938 vernichtet worden oder abhanden gekommen. Das Sterberegister ist noch im Staatsarchiv Marburg, Protokoll-Abt. II, 14 erhalten.

Das Gemeindeleben in religiöser und anderer Beziehung war intensiv. Da die meisten Familien mit einander verwandt oder verschwägert waren, war der Zusammenhalt sehr stark. Andrerseits waren die Beziehungen zu den christlichen Nachbarn, wie dies schon in der früheren Zeit der Fall war, durchaus freundschaftlich. Die Kinder wuchsen zusammen auf, und es bildeten sich Freundschaften fürs Leben. Die Juden in Bergen waren — mit geringen Ausnahmen — nicht sehr reich. Mit der Aufhebung der Berufsbeschränkung ergriffen viele von ihnen ein Handwerk; so wurde mein 1808 geborener väterlicher Urgroßvater Isaac Hamburger Sattlermeister. L. Horwitz, „Gesetze um die bürgerliche Gleichstellung etc." (s. Literaturverzeichnis!) bringt auf Seite 51 eine Liste von Meistern und Gesellen aus Kurhessen, die als jüdische Lehrlinge vom „Verein zur Beförderung der Handwerke" in Frankfurt ausgebildet worden sind. Diese Liste, vom 8. April 1831, führt 35 jüdische Handwerker aus Kurhessen namentlich auf, davon 8 aus Bergen, die das Schuhmacher-, Sattler-, Küfer- oder Schneidergewerbe erlernt hatten. Mein Urgroßvater, der Sattlermeister Isaac Hamburger aus Bergen, erscheint als Nr. 3 in dieser Liste.

Als die Lederwarenindustrie in Bergen etwa um die Mitte des 19. Jahrhunderts („Offenbacher Lederwaren") ihren Aufschwung nahm, wurden verschiedene Juden Taschner (Portefeuiller). Sobald ihnen der Erwerb von Grundbesitz erleichtert wurde, betrieben viele von ihnen die Landwirtschaft, oft mit dem Vieh- oder Getreidehandel verbunden. Dazu gehörten mein Urgroßvater mütterlicherseits Samuel Raphael Heß (1782 - 1844) und seine Söhne, mein Großvater Löb S. Heß (1823 - 1896) und dessen älterer Bruder, der oben erwähnte „Synagogenälteste" Baruch Heß (geboren 1816), Raphael Heß (geb. 1807) und auch die männlichen Nachkommen meines väterlichen Ur-Urgroßvaters Abraham Grünebaum[243]).

Die oft jahrhundertelang in Bergen seßhaft gewesenen Juden sprachen die gleiche Sprache wie ihre christlichen Nachbarn, wobei die christlichen Nachbarn gelegentlich ein aus dem Hebräischen stammendes Wort mit in ihren eigenen Sprachschatz übernahmen[244]); sie lebten im allgemeinen auf dem gleichen Lebensniveau, und der einzige Unterschied, nämlich der des Glaubensbekenntnisses, spielte in dieser Zeit keine große Rolle mehr. Aus den in der Berichtsperiode aufgenommenen standesamtlichen und gerichtlichen Urkunden finden wir häufig, daß Juden christliche Freunde (allein oder neben jüdischen) gebeten haben, als ihre Zeugen vor den Behörden aufzutreten. Die Juden waren Mitglieder, oft Mitbegründer der Turn-, Gesangs- und sonstiger Vereine. So erwähnt Pfarrer i. R. Wessendorft in Bergen in seiner verdienstvollen kleinen Schrift „Unsere

---

[243]) In den amtlichen Urkunden sowohl der Gemeinde Bergen-Enkheim (z. B. im Gewerberegister) wie auch der jüdischen Gemeinde erscheint z. B. der Sohn des Abraham Grünebaum, Alexander Grünebaum, als „Oekonom und Handelsmann", während Baruch Heß als „Oekonom und Großhändler in Wein und Branntwein" geführt wird. (Siehe z. B. Sterberegister der jüdischen Gemeinde Bergen in der Protokollabteilung des Staatsarchivs Marburg, II, 14, S. 41 und S. 44).

[244]) Vgl. S c h ä f e r, „Berjer Sprich unn Schmus vo Enkhem" im Heimatbuch Bergen-Enkheim, S. 114.

letzten jüdischen Mitbürger, ein vernachlässigtes Stück Heimatgeschichte" den um 1840 geborenen und vor 1924 verstorbenen Kaufmann Leopold Hirsch als langjährigen Vorsitzenden des Berger Kriegervereins („ein Erz-Deutschnationaler"). Es sollte erst einer späteren Zeit unter Hitler vorbehalten bleiben, durch Austreibung und Massenmord der Minderheitsgruppe diesem friedlichen und freundschaftlichen Zusammenleben in grausiger Weise ein endgültiges Ende zu bereiten.

## Kapitel 5

### Die Juden in Bergen nach dem Übergang des Kurfürstentums Hessen - Kassel an Preußen (1866 - 1900)

Durch Einverleibung des Hanauer Bezirks mit dem übrigen Land von Hessen-Kassel in das Königreich Preußen im Jahre 1866 erfuhr die rechtliche Stellung der Juden einen gewissen Rückschlag. Während sie seit 1833 in Kurhessen völlige bürgerliche und rechtliche Gleichstellung genossen hatten, waren zwar in Preußen im Prinzip die deutschen Grundrechte von 1848 in Geltung, nach welchen der Genuß der bürgerlichen oder staatsbürgerlichen Rechte nicht durch das religiöse Bekenntnis bedingt oder beschränkt werden sollte. Aber erst durch Gesetz des Norddeutschen Bundes (Vorgänger des Reichs von 1870/71) vom 3. Juli 1869 „über die Gleichstellung der Konfessionen" wurde das Prinzip der Grundrechte von 1848 in gesetzliche Form gebracht.

Die Zahl der Juden in Bergen nahm von 1866 bis Ende des Jahrhunderts absolut, und vor allem auch relativ, d. h. gemessen an der Gesamtbevölkerungsziffer, ab. Ich habe keine vollständigen statistischen Unterlagen für das Jahr 1900 (es gab damals 4 393 Gesamteinwohner in Bergen); doch dürfte die Anzahl der Juden ungefähr mit den mir zur Verfügung stehenden vom Jahr 1910 übereingestimmt haben. Damals gab es unter 5 323 Gesamteinwohnern noch 170 Juden (also etwas über 3 %), während noch 1862 unter 2 296 Gesamteinwohnern 206 Juden in Bergen ansässig waren (also etwa 9 Prozent).

Der Grund für die Abnahme der jüdischen Bevölkerung lag wohl im wesentlichen darin, daß die jüdischen Familien, die sich das erlauben konnten, von den 60 er Jahren des 19. Jahrhunderts an ihre Kinder, vor allem die Söhne, zur Erlangung einer besseren Schulbildung in das benachbarte Frankfurt schickten. Die jüngere Generation konnte dann auf Grund ihrer vielseitigeren Erziehung leichter in der Stadt als Angestellte oder in selbständigen kaufmännischen, gewerblichen oder akademischen Berufen ihr Fortkommen finden, als dies in Bergen der Fall gewesen wäre. Sie ließen sich daher in der Stadt, meist in Frankfurt, nieder und ließen oft ihre Eltern und anderen Familienmitglieder zu sich nachkommen. Sie teilten damit die allgemeine damalige Tendenz der deutschen Juden, sich durch Abwanderung vom Land in die größeren Städte zu umfangreicheren Gemeinden zu konzentrieren.

Die Intensität des Gemeindelebens innerhalb Bergens nahm daher, vor allem gegen die Jahrhundertwende etwas ab, ohne daß es jedoch seine Grundzüge verlor, wie mir dies noch aus meiner eigenen frühen Kindheit erinnerlich ist.

Auch die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Juden und Christen, wie sie oben als für die früheren Zeitperioden gültig geschildert wurden, bestanden weiterhin fort. Ich kann mich aus meinen ersten Lebensjahren sehr wohl des freundschaftlichen Verkehrs zwischen jüdischen und christlichen Nachbarn erinnern. Jüdische Kinder wurden zur Weihnachtszeit eingeladen, an den Feiern unter dem brennenden und geschmückten Weihnachtsbaum teilzunehmen, und umgekehrt sandten wir unseren christlichen Freunden zur Pessachzeit von unseren Mazzos (Osterbroten). In der Gemeindevertretung, in den geselligen Vereinen wie Turn- und Gesangvereinen etc. und den allgemeinen Wohlfahrtseinrichtungen wie Rotes Kreuz, Armen- und Krankenpflege etc. nahmen die jüdischen Ortseingesessenen neben ihren christlichen Nachbarn ihren Platz ein. Ich erinnere mich z. B., daß mein Onkel Adolf Rosenthal („das Husärchen") und ein anderes Mitglied einer alteingesessenen jüdischen Familie, Heinrich Schott, die besten Sänger des Gesangvereins „Concordia" in Bergen um die Jahrhundertwende waren. Der Portefeuiller Moritz Grünebaum war Vorstand des Krankenpflege-Schwesternvereins und der Kaufmann Adolf Grünebaum Mitglied der Gemeindevertretung.

Das schon mehrfach erwähnte Heftchen des Pfarrers i. R. Karl Wessendorft von Bergen „Unsere letzten jüdischen Mitbürger etc." legt beredtes Zeugnis für die Beziehungen zwischen der christlichen und der jüdischen Bevölkerung bis zum Anbruch des Nationalsozialismus ab. Pfarrer Wessendorft hat seine Informationen — abgesehen vom Studium der Archive und anderer ihm zugänglicher Urkunden — offenbar von den Nachbarn der letzten jüdischen Einwohner Bergens erhalten, deren Reste in zwei Sammeltransporten vom 30. Mai 1942 und 5. September 1942 in die nationalsozialistischen Vernichtungslager verschickt wurden. Die christlichen Nachbarn sprechen von den jüdischen unter den Spitznamen, mit denen sie freundlich von Jud' und Christ belegt worden waren, oder heben ihre guten Eigenschaften hervor, die den Nachbarn in Erinnerung geblieben sind. So werden nach Wessendorft die Schwestern Altheimer als „arg feine Mädchen", Dr. med. Rudolf Freudenberger als ein „unverzagt hilfsbereiter, wohlgelittener Mann" bezeichnet. Es wird in Erinnerung gebracht, daß die 1824 geborene Frau Hahn, Spitzname „Redel", zu ihrem 100-jährigen Geburtstag von Bevölkerung und Behörden groß gefeiert worden war. Spitznamen wie „die Deichsel", „der Äbbe", „das echte Bettchen", „die Dollarprinzessin", „der Zigeunerbaron" (dieser Mitbegründer des Fußballsportvereins 1910), „'s Böppche", „'s Dintemännche" zeugen von den kameradschaftlichen Beziehungen zwischen der Mehrheits- und der Minderheitsgruppe.

Die Schwester meiner Mutter, Sara Lichtenstein, geb. Heß, wird von den Gewährsleuten Pfarrer Wessendorfts als „arg schöne, vornehme Frau" bezeichnet.

Als am 6. Mai 1962 die Gedenktafel für die am 10./11. November 1938 zerstörte Synagoge feierlich enthüllt wurde, hatte Pfarrer i. R. Wessendorft, ein Augenzeuge der Vorgänge nach der „Kristallnacht", folgendes dazu zu sagen:

„Am 9. November 1938 meldeten die Rundfunkstationen rings um den ganzen Erdball in allen Sprachen: „In Deutschland brennen die Synagogen!" Damals antworteten unsere ehemaligen Mitbürger in Israel: „In Bergen nicht!" Sie haben recht gehabt. Aber unser Ruf und unser guter Name waren besser, als es in Wahrheit um uns stand. Unsere Synagoge hat nie gebrannt. Aber am Nachmittag des 10. November, es mag gegen 15 Uhr gewesen sein, also nach Ablauf von rund 1 ½ Tagen nach Beginn des Synagogensturms und nachdem schon vonseiten der Regierung in öffentlichen Aufrufen nachdrücklich gefordert worden war, diese Ausschreitungen sofort einzustellen, fing es auch bei uns an, zuerst durch einen Haufen fanatisierter Schulkinder (zum Teil fremder!), und das ist dann weitergegangen bis nach Mitternacht; da lagen auch die Mauern verwüstet am Boden. Wie ganz anders könnte unser guter Name und unsere Ehre in der Welt dastehen, wenn wir den Rechtsbrechern damals gewehrt hätten! Bekennen wir ehrlich, daß keiner von uns es vermocht hat, die Schande zu verhüten. Keiner von uns ist mit seinem Leben eingestanden, auch der nicht, der heute hier spricht. Wir leben alle noch . . ."

Die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts erwachsene antisemitische Welle, die durch den Hofprediger Stöcker, den Rektor Ahlwardt u. a. erzeugt oder geschürt worden war, machte sich in Bergen kaum bemerkbar. Die ganz vereinzelten Anhänger der Bewegung wurden von der Bevölkerung im allgemeinen als „verdreht" angesehen, und ihre Bemühungen, weitere Proselyten zu gewinnen, verliefen erfolglos. Um die Jahrhundertwende hätte sich in Bergen, ebenso wie anderwärts im Deutschen Reich, kaum jemand in seinen wildesten Träumen vorstellen können, daß es nur etwa drei Jahrzehnte später einem österreichischen Kleinbürger, der wurzellos geworden war, gelingen sollte, dem Leben der Juden in Deutschland, das sie seit Jahrhunderten als ihre Heimat betrachtet hatten, ein solch' grausames Ende zu bereiten.

Es verbleibt uns die Aufgabe, in dem nachfolgenden Abschnitt II anhand der Einzelschicksale meiner Berger Vorfahren die Kurve jüdischen Leidens in der deutschen „Heimat" bloßzulegen; sie nimmt ihren Ausgangspunkt bei dem 71-jährigen Urahn, der 1739 befürchten mußte, aus seinem Geburtsort Bergen verwiesen zu werden, weil er infolge seines Alters und seiner Gebrechlichkeit nicht mehr die jährlichen Gebühren für den ihm von seiner Hochfürstlichen Durchlaucht gnädigst gewährten Schutz bezahlen konnte. Sie bewegt sich über die zahlreichen Geschlechter, die als Schutzjuden ihm folgten und zu deren Kindern, die als freie und angeblich gleich-

gestellte Bürger in der Illusion lebten, die Ortschaft Bergen, in der ihre Vorfahren geboren worden und gestorben waren, sei ihre Heimat. Sie endet mit dem späten Nachfahr, der 1943 im Todeslager Sobibor in Polen fast 82-jährig von den nationalsozialistischen Mörderbanden umgebracht wurde, weil er das Verbrechen begangen hatte, als Jude geboren zu werden, und weil ihnen sein jüdisches Blut nicht würdig genug erschien, die deutsche Erde zu tränken, die er für seine Heimat gehalten hatte.

Es ist zu früh, und wir stehen noch zu nahe am Zentrum des Katastrophensturms, um die Folgen der „Ausrottung" der Juden in Deutschland beurteilen zu können. Wir selbst, deren Lebenslinie von der Katastrophe gebrochen wurde, wenn wir sie überhaupt überlebten, sind zu unbedeutend, um bei einer geschichtlichen Beurteilung auf lange Sicht ernstlich ins Gewicht zu fallen. Es wird sich erst in der Zukunft erweisen, ob das deutsche Volk die Ausmerzung seiner Juden ohne ernstere Folgen für sich selbst wird überstehen können, oder ob das Beispiel der Ereignisse, die der Judenvertreibung aus Spanien folgten, sich wiederholen wird.

Es würde weit über den Rahmen dieser Arbeit hinausgehen, wollte man — selbst nur in großen Zügen — hier den Versuch unternehmen, eine Bilanz über die Beiträge der deutschen Juden zum deutschen Geistes-, Kultur- und Wirtschaftsleben aufzustellen. Immerhin kann gesagt werden, daß die Leistungen dieser Minderheit von nicht ganz 1 % der Gesamtbevölkerung in den nur 100 Jahren, die seit der Emanzipation bis 1933 verstrichen sind, in der Tat wohl einzigartig in der Geschichte dastehen: Es findet sich kaum ein Gebiet menschlicher Betätigung, auf dem nicht deutsche Juden Hervorragendes geleistet haben. Deutsch-jüdische Dichter und Schriftsteller, Philosophen, Maler, Musiker, Ärzte, Juristen und Physiker aus dieser Zeitspanne haben Weltruhm erlangt. Die deutschen Großbanken waren — mit Ausnahme der Darmstädter und Nationalbank — Schöpfungen deutscher Juden. Diese spielten in gleicher Weise in der Industrie (AEG, Chem. Fabrik Gans-Cassella, später IG-Farben), der Handels-Schiffahrt (Albert Ballin, Hamburg-Amerika-Linie) und dem Handel (Tietz, Karstadt usw.) eine für die Wirtschaft Deutschlands bedeutende Rolle. Zeitungen (Frankfurter Zeitung, Vossische Zeitung), Zeitschriften und Verlagsanstalten (S. Fischer) in Händen deutscher Juden standen auf einem überall in der Welt anerkannten hohen Niveau. Theater (Max Reinhardt) und Film (Lubitsch u. a.) wurden von deutschen Juden zur höchsten Blüte gebracht. Unter den deutschen Nobelpreisträgern für wissenschaftliche Spitzenleistungen (vor allem auf dem Gebiet von Physik und Chemie), deren Gesamtzahl bis 1933 sechsundvierzig betrug, waren elf Juden, darunter Albert Einstein für seine weltumwälzende Relativitätstheorie; weitere sechs deutsche Juden erhielten die gleiche Auszeichnung, als sie bereits in der Emigration außerhalb Deutschlands lebten.

Für die Juden als Volk wird das Geschehen im sog. „Dritten Reich" eine von vielen Episoden — wenn auch die grauenvollste — in der Geschichte seiner Verfolgung bleiben, die ein unerforschlicher göttlicher Ratschluß ihm bestimmt zu haben scheint, um das ihm vom Höchsten auferlegte Schicksal hiernieden zu erfüllen.

An der Stelle, an der einst in der Erbsengasse zu Bergen die 1854 errichtete „neue Synagoge" stand, die am 10. November 1938 von den Nationalsozialisten zerstört worden ist, ist 1962 ein Gedenkmal errichtet worden, in das die Worte des Psalmisten eingegraben sind:

„SIEHE, NICHT SCHLÄFT NOCH SCHLUMMERT
DER HÜTER ISRAELS.

Psalm 121/4."

## Abschnitt II

# Die Vorfahren des Verfassers in Bergen vom 17. bis 19. Jahrhundert

*(1)* ISAAC

geboren Bergen 1667
gestorben Bergen nach 1739 *)

*) Die hier und im folgenden vorangestellten Ordnungszahlen entsprechen den Klammerzahlen der als Anhang IV beigegebenen Versippungstafel.

Außer den im Anhang unter Nummern 1 a und 1 b wiedergegebenen Urkunden, die sich auf meinen Aszendenten Isaac („Itzig") von Bergen beziehen, fanden sich folgende Stellen in dem erwähnten Gemeinde-Gerichts- und Rechnungsbuch der Gemeinde Bergen von 1674 ff.[180]), die mit Sicherheit auf ihn Bezug haben:

In den Listen der Eingänge in die Gemeindekasse aus Steuern von Juden und Beisaßen für die Jahre 1679 ff. erscheint er unter Nr. 8 der Judensteuerliste auf den Seiten 60, 67, 87, 110, 147. Während er dort im allgemeinen — offensichtlich zur Unterscheidung von einem anderen „Itzig" mit dem Beinamen „der lahme Jud" — den Zusatz „uf der Trep" führt, erhält er in der Liste für das Jahr 1700 die weitere zusätzliche Bezeichnung „des langen Löwen Nachfahr", die ihn aus den weiter unten angegebenen Gründen ohne Zweifel als meinen Vorfahr identifiziert.

Zweifelhaft ist dagegen, ob der im Hanauer „Cantzlei-Bescheid" vom 23. August 1692 (Anlage 2 im Urkundenanhang) erwähnte Itzig, der neun Gulden Kriegskontribution bezahlen sollte, mit ihm personengleich ist. Damals waren sowohl Itzig „uf der Trep" wie auch Itzig „der lahme Jud" in Bergen. Letzterer hat sich erst später vorübergehend (1693 - 1701) von Bergen entfernt, wie die Anmerkung unter der auf Seite 95 abgedruckten Judensteuerliste ausweist. Ich neige zu der Auffassung, daß es sich bei dem im Kanzlei-Bescheid von 1692 erwähnten Itzig n i c h t um meinen Aszendenten, sondern um den „lahmen" Itzig gehandelt hat, der älter als mein Vorfahr war: er geht ihm als Nr. 7 in der Judensteuerliste voran; auch war Itzig „uf der Trep" damals gerade erst 25 Jahre alt, kann also normalerweise damals noch nicht lang im Schutz zu Bergen gestanden haben.

Auf der Seite 39 a des Gemeinde-Gerichts- und Rechnungsbuches von 1674 ff. ergibt sich aus einer Eintragung für das Jahr 1677 (da mein Vorfahr erst 10 Jahre alt gewesen sein kann), daß ein Itzig (vermutlich „der lahme Jud") ein Sohn des Joseph von Bergen (Nr. 1 der Judensteuerliste von 1679) gewesen ist:

„. . . den 3. März 1677 hat Josephs Sohn, Judt zu Bergen, der Itzig, der Gemeinde einen Ochsen gelehnt umb 3 fl. (Sage drei Gulden) bis auf Petry . . ."

Da nur zwei Leute mit dem Namen Isaac („Itzig") in Bergen Schutz genossen, muß also der andere, „des langen Löwen Nachfahr", mein Vorfahr gewesen sein. Der „lange Löw" muß um 1679 in Bergen gestorben sein, da er zunächst noch in der Judensteuerliste (unter Nr. 17) aufgenommen, dann aber als „todt" wieder durchgestrichen wurde. Eine weitere Bekräftigung, daß mein Vorfahr Isaac der Sohn des Löw war, ergibt die Tatsache, daß Isaac (1667 bis nach 1739) seinem im Jahre 1691 geborenen Sohn traditionsgemäß den Namen seines verstorbenen Vaters beilegte. Dieser Sohn, Löw Isaac (1691 - 1768), erscheint in der Vorfahrenreihe unter Nr. 3.

Aus den im Anhang wiedergegebenen Anlagen Nr. 1 a und 1 b vom Jahre 1739 ergibt sich, daß Isaac, der nunmehr unter einem dritten Beinamen erscheint, damals 71 Jahre alt, also im Jahre 1667 geboren war.

Der Amtskeller P. N. Mergentheim erwähnt in seinem Attest, das zugunsten des Gesuchstellers abgefaßt ist, Isaac werde „vulgo der dolle Itzig" genannt. Ob sich das Adjektiv „toll" auf besondere Tollkühnheit des Gesuchstellers, seine früheren Erfolge bei Frauen oder gar darauf bezieht, daß Isaac nicht mehr klar im Kopf war, ist aus dem Schreiben des Amtskellers nicht zu entnehmen. Dagegen spricht er nur von s e i n e m Sohn — offenbar auf Löw Isaac von Bergen (1691 - 1768) hindeutend — der mit sich selbst genug zu tun habe und daher für das Schutzgeld des Vaters nicht mehr aufkommen wolle. Isaac scheint also, zumindest im Jahre 1739, in Bergen keine anderen Familienangehörigen außer Löw Isaac gehabt zu haben.

Da in dem Attest des Amtskellers Mergentheim vom 13. Februar 1739 hervorgehoben wird, daß der 71-jährige Gesuchsteller an „daher überkommenen Schwächlichkeiten" leide, ist anzunehmen, daß er nicht mehr lange nach 1739 gelebt hat. Jedenfalls erscheint er in der Judentabelle Bergens für das Jahr 1754 nicht mehr unter den Lebenden.

Aus den vorhandenen Archivalien ergibt sich nichts über seine Ehefrau.

*(2)* MICHEL LAPP

geboren Bergen
2. Hälfte des 17. Jahrhunderts
gestorben Bergen vor 1754

Der Name Lapp ist — ebenso wie der Name Heß meiner mütterlichen Familie — ein Familienname, der in den Archivalien für die Juden Bergens mindestens bereits im 17. Jahrhundert wiederholt erscheint. Der Charakter des Namens als Familienname ist daran zu erkennen, daß z. B. bei den später auftauchenden und unten näher erörterten Mitgliedern dieser Familie Hirsch Lapp, der Sohn des Salomon („Schlomme") Lapp, nicht Hirsch Salomon und Moses Lapp, der Sohn des Juda Lapp, nicht Moses Juda genannt wurde. Unter den Juden dieser Zeit ohne Familiennamen — die die große Mehrheit bildeten — wäre eine solche Namensgebung durch Anhängung des Vaternamens an den des Sohnes erfolgt. Die Abweichung von dieser Regel, durch Zufügung des Namens „Lapp" an den individuellen Vornamen, bedeutet also, daß es sich um den Familiennamen eines bestimmten Geschlechts handelt.

Der Verfasser konnte keinen absolut zwingenden archivalischen Beweis dafür finden, daß der im Gemeinde-Gerichts- und Rechnungsbuch Bergens von 1674 ff.[180]) mehrfach genannte Michel Lapp der Vater seines Aszendenten Marum Lapp (Vorfahrenreihe Nr. 4) war. Es besteht aber kaum ein Zweifel daran, daß dem so gewesen ist:

Michel Lapp war ausweislich der Judensteuerlisten Bergens von 1679-1700 (Seite 95) der einzige Träger des Familiennamens Lapp in Bergen im letzten Viertel des 17. Jahrhunderts. Er wird — abgesehen von diesen Judensteuerlisten, in denen er als Nr. 18 erscheint — in dem mehrfach erwähnten Hanauer „Cantzlei-Bescheid" vom 23. August 1692 (s. Anhang I, Anlage 2) urkundlich genannt. In diesem Kanzleibescheid wird ihm die höchste Kriegs-Sondersteuer unter den Juden Bergens auferlegt, nämlich „. . . 10 fl. vor alles, . . . so lange der Krieg währet . . ." Hiernach ist anzunehmen, daß er, wenigstens gegen Ende des 17. Jahrhunderts, der vermögendste Jude in Bergen war. Damit steht gut im Einklang, daß das Haus der Familie Lapp, ein mehrstöckiges, ansehnliches Gebäude (vgl. Anlage 3 a), bereits im Besitz des Vaters der gegen Ende des 17. Jahrhunderts in Bergen geborenen Brüder Salomon („Schlomme") Lapp, geboren ca. 1692, Marum Lapp (Vorfahrenreihe 4), geboren 1694 und Juda Lapp, geboren 1696 gestanden haben dürfte.

Dieses Haus nämlich, dessen obere Stockwerke in der Schlacht bei Bergen 1759 zerschossen wurden (Anlage 3 a), scheint im Weg des Erbgangs zunächst auf zwei Söhne des Michel Lapp, Salomon und Juda, und von diesen wiederum auf deren Söhne, Moses (Judas Sohn) und Hirsch (Salomons Sohn), übergegangen zu sein: In dem auf Moses Lapp bezüglichen Rezeptionsaktenstück[245]) über seinen allerdings ergebnislos verlaufenen Antrag um Aufnahme in den Schutz von Bergen vom Jahre 1768/69 wird erwähnt, daß er, Moses, zu zwei Dritteln Eigentümer des Lappschen Anwesens sei; in den Akten des Hirsch Lapp, in welchen er 1773 Verlegung des

---

[245]) Staatsarchiv Marburg, Bestand 81. Reg. Hanau, Rep. E, 181. Judenschaftliche Sachen, XII. Amt Bergen, Ord. Nr. 8.

Schutzes von Fechenheim nach Bergen erbittet[246]), wird dieser als Inhaber des weiteren Drittels ausgewiesen. Diese letzteren Akten über Hirsch Lapp ergeben weiter, daß das Lappsche Anwesen hypothekarisch zugunsten des damals bereits verstorbenen Hanauer Rats von Edelsheim belastet worden war, daß dessen Erben die Versteigerung aus der Hypothek betrieben hatten und daß Hirsch Lapp als Meistbietendem der Zuschlag unter der Bedingung erteilt worden war, daß der ihm bisher für Fechenheim erteilte landesherrliche Schutz nach Bergen verlegt werde. Sein Vetter, Moses Lapp, war damals bereits aus Bergen geflüchtet, nachdem ihm sein Schutzgesuch abgelehnt worden war und er seinen Onkel und Partner Joseph Löw (Vorfahrenreihe Nr. 5) um erhebliche Beträge gebracht hatte.

Da dem Hirsch Lapp endlich die Verlegung des Schutzes nach Bergen bewilligt wurde, scheint er von Fechenheim nach Bergen verzogen zu sein und dürfte dort das von ihm ersteigerte Familien-Anwesen bewohnt haben. Jedenfalls erscheint in der Judentabelle Bergens für das Jahr 1804[247]) unter Nr. 12 „Hirsch Lapp Wittib" namens Jachel; ferner deren Kinder Rösge (35 Jahre), Jacob (31 Jahre), Abraham (26 Jahre), Marum (19 Jahre) und Michael (17 Jahre). Auch dieser Vorname des jüngsten Sohnes des Hirsch Lapp deutet auf die Deszendenz dieses ca. 1787 geborenen Nachfahren von dem älteren Michel hin, der in der 2. Hälfte des 17. Jahrhunderts gelebt haben muß:

| | |
|---|---|
| | Michel Lapp (Vorfahrenreihe Nr. 2) |
| sein ältester Sohn: | Salomon (Schlomme) Lapp, geb. ca. 1692 |
| dessen Sohn: | Hirsch Lapp, geb. ca. 1736 |
| dessen Sohn: | Michael Lapp, geb. ca. 1787. |

Von den Brüdern des Marum Lapp (Vorfahrenreihe Nr. 4) haben wir noch folgende aktenmäßigen Unterlagen, die uns zu den obenstehenden Feststellungen mit geführt haben:

Nach der Judentabelle Bergens von 1754, Nr. 16 war Salomon („Schlomme") Lapp bereits damals gestorben. Seine Witwe Rebecca aus Frankfurt am Main (geboren ca. 1702) lebte damals mit den folgenden Personen zusammen:

| | |
|---|---|
| Tochter Grainge | (geboren ca. 1722) |
| Tochter Sarle | (geboren ca. 1732) |
| Sohn Hirsch | (geboren ca. 1736) |
| Tochter Fromet | (geboren ca. 1741) |
| Tochter Vogel | (geboren ca. 1745) |

Ferner lebte 1754 im Haushalt der Witwe des Schlomme Lapp ein Löw Salmen, „so die Graingen heurathen will".

Nach der gleichen Quelle war der verstorbene Salomon Lapp am 31. Januar 1724 in den landesherrlichen Schutz — also als erster der drei

---

[246]) ebd. Ord. Nr. 12.

[247]) ebd. Bestand 86. Hanauer Nachträge, Nr. 9908.

Brüder Lapp — aufgenommen worden. Sein Vater erscheint gleichfalls nicht mehr in der Liste von 1754, muß also ebenfalls vor dieser Zeit gestorben sein.

Der jüngere Bruder Marums, Juda Lapp (geboren 1696, gestorben ca. 1757) erscheint dagegen in der Judentabelle von 1754 unter Nr. 7. Hiernach war ihm der Schutz für Bergen am 1. Juli 1731 erteilt worden; er war mit Beyle (Baile) von Frankfurt verheiratet, die damals 50 Jahre alt war. Ihre Kinder waren

der Sohn Moses, geboren ca. 1738 und
die Tochter Graingen, geboren ca. 1740.

Juda Lapp muß nach dem Antrag seiner Witwe vom 24. Oktober 1760 (Anlage 3 a) etwa 1757 gestorben sein, nachdem er „über 3 Jahre geschwollen darnieder gelegen" und auf halbes Schutzgeld gestellt war.

Zusammenfassend können wir daher von dem (höchstwahrscheinlichen) Vater des Marum Lapp, Michel Lapp, folgendes sagen:

Michel Lapp war in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts, wahrscheinlich in Bergen, geboren und genoß dort den landesherrlichen Schutz. Er war also ein Zeitgenosse meines anderen Vorfahren um diese Zeit, Isaac (1667 bis nach 1739, Vorfahrenreihe Nr. 1). Er war ein vermögender Mann, besaß ein ansehnliches mehrstöckiges Haus und war am höchsten unter den Berger Juden zu Ende des 17. Jahrhunderts besteuert.

Wir wissen nicht, mit welchem Beruf er sich ernährte, doch liegt die Vermutung nahe, daß er Groß-Viehhändler war wie sein Sohn Marum Lapp. Er hatte mindestens drei Söhne, Salomon („Schlomme") ,Marum und Juda Lapp, und muß vor 1754 gestorben sein.

*(3)* LOEW ISAAC

geboren Bergen 1691
gestorben Bergen 1768

und seine Ehefrau
VOGEL

geboren Bockenheim 1692
gestorben Bergen ca. 1772

Wir haben bereits bei Isaac (Nr. 1 der Vorfahrenreihe) über eine aktenmäßige Erwähnung seines Sohnes Löw Isaac in dem Attest des Amtskellers Mergentheim vom 13. Februar 1739 (Anlage 1 a) berichtet.

Außerdem sind über Löw Isaac die folgenden weiteren Archivalien vorhanden, aus denen die nachstehenden Tatsachen über ihn hervorgehen:

1745: In den Rezeptionsakten des Joseph Löw, ältester Sohn des Löw Isaac, vom Jahre 1745 bittet Löw Isaac um Erteilung einer Heiratskonzession für Joseph Löw (Anlage 7 a). In dieser Bittschrift erwähnt er, er werde seinem Sohn Joseph, der sich am 5. Januar 1746 mit der Tochter des Marum Lapp verheiraten werde, 500 Fl. mitgeben, während die Braut von ihrem Vater 500 Rth. erhalten werde.

1754: In der Judentabelle von Bornheimerberg, Amt Bergen, für das Jahr 1754 unter Nr. 2 erscheinen die folgenden Eintragungen:

Löw, Itzigs Sohn, 63 Jahre, aus Bergen
(Ehefrau) Vogel, 62 Jahre, aus Bockenheim
(mit ihnen lebende Söhne) Baruch (25 Jahre), David (24 Jahre), Mordge (21 Jahre), Marum (18 Jahre)
hat landesherrlichen Schutz seit 5. Juli 1712
zahlt 13 Fl. 10 Albus jährlich Schutzgeld
steht in der Vermögensanlage mit 700 Gulden.
Sein Sohn Joseph Löw erscheint unter Nr. 10 bereits als selbständiger Haushaltungsvorstand.

1756: In der Judentabelle, wie oben, von 1756 sind gleichlautende Eintragungen enthalten, nur ist das Lebensalter entsprechend erhöht. Schutzgeld p. a. und Vermögensanlage wie 1754.

1760: In den Rezeptionsakten seines Sohnes Baruch Löw vom Jahre 1760 bittet Löw Isaac in einem am 6. September 1760 in Celle eingegangenen an die Vormünderin-Regentin Maria gerichteten Gesuch um Rezeption des Baruch in den Schutz zu Bergen (Anlage 14 a).

Er erwähnt, daß er seit 48 Jahren in Bergen in Schutz stehe, daß er beabsichtige, seinen Sohn Baruch in Haus und Gewerbe aufzunehmen. Er treibe in seinem gutgehenden Viehhandel wöchentlich 50 Stück Vieh durch die Stadt und verkaufe manche Woche 10 Stück Ochsen allein an die Metzger in Hanau. Da er älter und schwächer werde, wolle er seinen verlobten Sohn Baruch ins Geschäft aufnehmen.

1761: Im Oktober 1761 (Anlage 4 a) bittet Löw Isaac um Befreiung vom Schutzgeld mit der Begründung, daß er fast 70 Jahre alt sei und nicht mehr viel verdienen könne, auch daß er durch Plünderungen in der Schlacht bei Bergen (1759) 200 Fl. eingebüßt und seine „besten Sachen" im Wert von 400 Fl., die er nach Frankfurt verbracht hatte, um sie vor Plünderungen zu schützen, ihm unterschlagen worden seien.

In der Stellungnahme der Rentkammer in Hanau vom 3. November 1761 (Anlage 4 b) wird das Gesuch befürwortet, weil der Gesuchsteller bisher immer seinen Schutzgeld-Verpflichtungen pünktlich nachgekommen, fast 70-jährig sei, nichts mehr verdienen könne und „gleich anderen Unterthanen zu Bergen bey der dasigen Bataille durch Plünderung vieles eingebüßt haben mag . . ."

1764: In den Rezeptionsakten des Marum Löw vom Jahre 1764 befindet sich der Bericht der Hanauer Regierung vom 1. Oktober 1764 (Anlage 16 a), aus dem hervorgeht, Löw Isaac habe versprochen, an Marum die Hälfte seines Hauses abzutreten, wenn dieser sich demnächst verheiraten werde.

1764: In der Judentabelle des Amts Bergen für das Jahr 1764 erscheinen unter Nr. 1 folgende Eintragungen:
Löw, Itzigs Sohn, 72 Jahre, aus Bergen
(Ehefrau) Vogel, 71 Jahre, aus Bockenheim
(Gesinde, Verwandte. etc.)
Jüdle, Tochter Kind
Landesherrl. Schutz seit 15. Juli 1712
Schutzgeld: frei
Vermögensanlage: ·/.

1769: In den Akten seines Sohnes Marum Löw wegen Gewährung der halben Schutzfreiheit heißt es im Gesuch des Marum Löw vom Mai 1769 (Anlage 18 a):
„Wann aber mein Vatter ein Eingebohrener 77-jähriger Schutzjude g e w e s e n, der sich redlich zu nähren gesucht hat . . ."
ferner: er habe „. . . seine alt abgelebte Mutter" mitzuernähren[248]).

Unter Zugrundelegung dieser Urkunden können wir z u s a m m e n f a s s e n d folgendes sagen:

Loew Isaac wurde 1691 als Sohn des Isaac in Bergen geboren. Wir wissen nichts über seine Mutter. Er verheiratete sich um 1713 mit der 1692 in Bockenheim geborenen Vogel. Aus der Ehe entsprangen: Joseph Loew (geboren Bergen 1714), Baruch Loew (geboren Bergen 1728), David Loew (geboren Bergen 1730), Mordge Loew (geboren Bergen 1733), Marum Loew (geboren Bergen 1736), mindestens eine Tochter, Mutter der Jüdle, vielleicht andere Söhne und / oder Töchter.

Loew Isaac widmete sich dem Viehhandel, der zeitweise so erheblichen Umfang annahm, daß er wöchentlich fünfzig Stück Vieh umsetzte und allein nach Hanau an die dortigen Metzger wöchentlich 10 Ochsen verkaufte. Er brachte es daher zu einem bescheidenen Vermögen, erwarb sein eigenes Haus in Bergen und stand mit der für Mitte des 18. Jahrhunderts nicht unbedeutenden Summe von 700 Fl. in der Vermögensanlage.

Seine Aufnahme in den landesherrlichen Schutz erfolgte im Juli 1712.

In der Schlacht bei Bergen (1759) verlor er durch Plünderungen der französischen Soldaten Fl. 200 und weitere Fl. 400 durch Veruntreuungen in Frankfurt, wohin er den größeren Teil seines beweglichen Vermögens verbracht und zur Verwahrung gegeben hatte, um es vor dem Zugriff der Soldaten zu schützen.

1761, also 49 Jahre nachdem er in den Schutz zu Bergen aufgenommen worden war und stets getreu seinen Zahlungsverpflichtungen gegenüber

---

[248]) Das spätere Gesuch des Marum Loew vom 2. Februar 1771 (Anlage 19 a) enthält die — offensichtlich unrichtige — Erklärung, er müsse „. . . die bei mir in Verpflegung lebenden alten Eltern . . ." ernähren.

der Hanauer Herrschaft nachgekommen war, wurde ihm lebenslängliche Schutzfreiheit zugestanden.

Loew Isaac starb 77-jährig im Jahre 1768 in Bergen, seine Frau Vogel einige Jahre später — etwa um 1772 — ebenfalls in Bergen.

Drei der Söhne aus ihrer Ehe, nämlich Joseph Loew (1714 bis nach 1784), Baruch Loew Stern (1728 bis nach 1808), und Marum Loew Hamburger (1736 - 1819), alle in Bergen geboren, wurden in den Schutz zu Bergen aufgenommen und sind in Bergen gestorben. Wir werden uns mit ihnen unter Nr. 5, 6 und 7 der Vorfahrenreihe näher befassen.

*(4)* MARUM LAPP

geboren Bergen 1694
gestorben Bergen ca. 1765

und seine Ehefrau
ZERLE

geboren Echzell 1704
gestorben Bergen nach 1764

In Bezug auf Marum Lapp (auch „Marum Lappen Sohn") und seine Ehefrau Zerle aus Echzell sind folgende Archivalien vorhanden.

1745: In den Rezeptionsakten seines Schwiegersohnes Joseph Löw von 1745/46 wird in dem Gesuch des Löw Isaac von Dezember 1745 (Anlage 7 a) erwähnt:
„. . . was maßen mein Sohn Joseph . . . sich mit des Berger Schutz Judens Marums Tochter ehelich verlobt . . ."
ferner, daß die Braut 500 Reichstaler einbringen wird und Löw Isaac seinem Sohn Joseph Löw 500 Fl. mitgeben werde.

1754: In der Judentabelle von Bornheimerberg für das Amt Bergen und das Jahr 1754 befinden sich unter Nr. 6 folgende Eintragungen:
Marum Lappen Sohn, 60 Jahre, von Bergen
(Ehefrau) Zerle, 50 Jahre, von Echel, Darmstädtisch
(Im Haus lebende Söhne) Joseph (27 Jahre), Moses (26 Jahre), Michael (12 Jahre)
(Im Haus lebende Töchter) Hendle (23 Jahre), Judgen (?), Rebecca (8 Jahre)
hat landesherrlichen Schutz seit 18. Februar 1724
zahlt jährliches Schutzgeld 13 Fl. 10 Albus
steht in der Vermögensanlage mit 700 Fl.[249]).

1756: Im Oktober 1756 macht Marum Lapp sein Gesuch um Befreiung von Schutzgeld und erwähnt in seinem am 28. Oktober 1756 eingegangenen, an Landgraf Wilhelm (VIII.) gerichteten Gesuch (Anlage 5 a), er sei 62 Jahre alt, stehe seit 32 Jahren im Schutz, sei in große Armut geraten, da er allein in Straßburg an 6 000 Gulden und an Frankfurter Metzger über 1 000 Gulden verloren habe. Diese Angaben werden im Bericht der Rentkammer in Hanau vom 30. November 1756 (Anlage 5 b) bestätigt und durch Entschließung d. d. Cassel, 11. Dezember 1756 wird ihm auf ein Jahr die Schutzfreiheit gewährt (Anlage 5 c).

1761: Im Juli 1761 macht Marum Lapp ein neues Gesuch um Erlaß des Rückstandes und völlige Schutzfreiheit an die Landgräfin Maria als Vormünderin-Regentin (eingegangen in Celle am 28. Juli 1761; Anlage 6 a), in welchem er sich als „abgelebten Greis von sechsundsechzig Jahren" bezeichnet und seine im früheren Gesuch erwähnten Verluste wiederholt („Ich verlohr nämlich nicht allein eine ansehnliche Forderung von 5 1/2 Taußend Gulden, welche ich in Frankreich hatte, durch den Bankerut meines Schuldners, sondern kam auch auf gleiche Art um ein Capital von mehr als Taußend Gulden, welches mir verschiedene Metzger in Frankfurth schuldig waren und solchergestalt ward ich aus einem ziemlichen vermögenden Mann auf einmal der ärmste Bettler . . ."). Wiederum bestätigt die Rentkammer diese Angaben und befürwortet die Bewilligung des Gesuches im Bericht vom 25. August 1761 (Anlage 6 c), und die Landgräfin entscheidet demgemäß in Celle am 5. September 1761 (Anlage 6 d).

---

[249]) Die Tochter Miriam („Mergen") wird unter Nr. 10 derselben Tabelle als Ehefrau des Joseph Löw aufgeführt.

1764: In der Judentabelle von 1764 unter Nr. 4 finden wir folgende Eintragungen:
Marum, Lappen Sohn, aus Bergen
(Ehefrau) Zerle, 59 Jahre, aus Echzell
(Im Haus lebende Söhne) Joseph (35 Jahre), Moses (28 Jahre), Michael (21 Jahre)
(Im Haus lebende Töchter) Jüdgen (24 Jahre)
hat landesherrlichen Schutz seit 18. Februar 1724
zahlt jährlich Schutzgeld: frei
steht in der Vermögensanlage mit: ·/.[250])

1774: In den Rezeptionsakten des Aron Heyum von Bergen aus dem Jahre 1774[251]) befindet sich ein vor dem Landschreiber Reiß in Gegenwart des Amtmanns Burckhardt am 17. Juni 1774 aufgenommenes Protokoll, aus dem sich ergibt, daß der Antragsteller Aron Heyum sich mit der Tochter des Marum Lapp und der Zerle, namens Rebecca verheiraten wollte, die damals 28 Jahre alt war und deren beide Eltern gestorben waren[252]).

Unter Zugrundelegung dieser Urkunden können wir zusammenfassend folgendes sagen:

Marum Lapp (auch „Lappens Sohn"), war 1694 in Bergen geboren und verheiratete sich ca. 1725 mit der 1704 in Echzell, Kreis Büdingen, geborenen Zerle.

Aus der Ehe sind (mindestens) die Söhne Joseph (geboren 1727), Moses (geboren 1728) und Michael (geboren 1742) und die Töchter Miriam oder Mergem (geboren 1726), Hendle (geboren 1732), Jüdgen (geboren ?) und Rebecca (geboren 1746) hervorgegangen.

Der landesherrliche Schutz wurde Marum Lapp am 18. Februar 1724 erteilt.

Marum Lapp war Groß-Viehhändler, dessen Geschäft sich bis nach Straßburg erstreckte, wo er in einem Konkurs seines Käufers das damals sehr erhebliche Kapital von fast 6 000 Gulden in den frühen fünfziger Jahren des 18. Jahrhunderts verlor. Weitere über 1 000 Gulden verlor er um die gleiche Zeit an Frankfurter Metzger. Im Jahre 1754 wurde er nur noch auf 700 Gulden ausweislich der Judentabelle für dieses Jahr angeschlagen. Noch 1745/46 konnte er sich erlauben, seiner ältesten Tochter Miriam, die ja nur eines seiner (mindestens) sieben Kinder war, den Betrag von 500 Reichstalern als Mitgift zu geben. Im Jahre 1756 wurde Marum Lapp auf ein Jahr Ausstand für das Schutzgeld gewährt, im Jahre 1761 wurden ihm Rückstand und zukünftige Zahlungen völlig erlassen.

Marum Lapp starb nach 1764 in Bergen, seine Ehefrau Zerle etwa um die gleiche Zeit, jedenfalls aber vor 1774.

---

[250]) Die Tochter Rebecca hielt sich damals bei ihrer Schwester Miriam auf.

[251]) Staatsarchiv Marburg, Bestand 81. Reg. Hanau, Rep. E, 181. Judenschaftliche Sachen, XII. Amt Bergen, Ord. Nr. 13.

[252]) Aus der Judentabelle von 1804 unter Nr. 91 ergibt sich, daß diese Rebecca vor 1804 gestorben sein muß, denn der damals 63-jährige Aron Heyum hatte sich zum zweiten Mal mit der damals 47-jährigen Brendle, Tochter des Salomon Abraham von Bergen, verheiratet. Sein damals 25-jähriger ältester Sohn aus der Ehe mit Rebecca hieß Marum nach dem Vater seiner Mutter, Marum, Lappens Sohn.

*(5)* JOSEPH LOEW

geboren Bergen 1714
gestorben Bergen nach 1784

und seine Ehefrau
MARIAM (Mergem, Miriam, Marjam)
geboren Bergen 1726
gestorben Bergen
nach 1775 und vor November 1780

Wir haben zahlreiche Archivalien, die sich auf Joseph Loew beziehen; nur diejenigen, die sich auf seinen Sohn Raphael Joseph (Nr. 10 der Vorfahrenreihe) beziehen, sind vielleicht noch vollständiger.

Die auf Joseph Loew bezüglichen Urkunden seien hier zunächst nach Datum und kurzer Inhaltsangabe festgelegt:

1745: In den Rezeptionsakten des Joseph Loew befindet sich das Gesuch seines Vaters Loew Isaac, eingegangen bei der Regierung in Hanau am 24. Dezember 1745 (Anlage 7 a), aus dem hervorgeht, daß Joseph Loew 30 Jahre alt, mit der Tochter des Marum Lapp verlobt ist, daß er durch sie eine Mitgift von 500 Reichstalern erhalten wird und von Loew Isaac 500 Gulden. Die Regierung erstattet am 16. Mai 1746 einen günstigen Bericht (Anlage 8 a), da der Erhalt der 1 250 Gulden in einem neuen Haushalt im fiskalischen Interesse läge und Joseph Loew einen tüchtigen Schutzjuden abgeben werde; ferner habe sich die Anzahl der Schutzjuden seit 1739 verringert und betrage zur Zeit nur elf. Auf derselben Urkunde ist der Rezeptionsbeschluß vom 13. Juni 1745 (Anlage 8 b).

1754: Die Judentabelle des Amts Bornheimerberg für Bergen und das Jahr 1754 enthält unter Nr. 10 folgende Eintragungen:

Joseph Loew, 40 Jahre, von Bergen
(Ehefrau) Mergem, 28 Jahre, von Bergen
(Im Haus lebende Söhne) Itzig (7 Jahre), Raphael (2 1/2 Jahre)
(Im Haus lebende Töchter) Grainge (6 Jahre), Deubgen (5 Jahre)
hat landesherrlichen Schutz seit 7. Juli 1746
zahlt 20 Fl. jährlich Schutzgeld
steht in der Vermögensanlage mit 1 000 Fl.

1756: In der Judentabelle für 1756 ist ebenfalls unter Nr. 10 folgendes eingetragen:

Joseph Loew, 41 Jahre, von Bergen
(Ehefrau) Mergem, 29 Jahre, von Bergen
(Im Haus lebende Söhne) Itzig (8 Jahre), Raphael (3 1/2 Jahre),
Michael (1/2 Jahr)
(Im Haus lebende Töchter) Grainge (7 Jahre), Deubgen (6 Jahre)
(Gesinde) Samuel, ein Informator, Deibgen, eine Magd
hat landesherrlichen Schutz seit 7. Juli 1746
zahlt 20 Fl. jährlich Schutzgeld
steht in der Vermögensanlage mit 1 000 Fl.

1764: In der Judentabelle für 1764 unter Nr. 8 sind diese Eintragungen vermerkt:

Joseph Loew, 49 Jahre, von Bergen
(Ehefrau) Mergem, 37 Jahre, von Bergen
(Im Haus lebende Söhne) Itzig (16 Jahre), Meyer (6 3/4 Jahre)
Moses (3 1/2 Jahre)[253])
(Im Haus lebende Töchter) Grainge (15 Jahre), Deichen (14 Jahre)
(Gesinde) Isaac, Knecht, Rebecca, Frauen Schwester, Roeschen, Magd

---

[253]) Hinsichtlich der Söhne scheint dem Führer dieser Tabelle ein Irrtum unterlaufen zu sein.

hat landesherrlichen Schutz seit 7. Juli 1746
zahlt 20 Fl. jährlich Schutzgeld
steht in der Vermögensanlage mit 1 000 Fl.

1764: In den Rezeptionsakten seines Bruders Marum Loew erwähnt die Hanauer Regierung im Protokoll vom 1. Oktober 1764 (Anlage 16 a), daß der Supplikant beabsichtigt, mit seinem Bruder Joseph Loew den Ochsenhandel in Compagnie zu betreiben. Ferner, es seien bereits zwei Söhne des Loew Isaac (Joseph und Baruch) in Bergen rezipiert worden.

1767: Auf Betreiben des Joseph Loew ersucht das Hanauer Hofgericht Bürgermeister und Rat der Stadt Frankfurt am Main um Rechtshilfe. In den 6 Urkunden zwischen 16. Juli 1767 und 2. September 1767 (Anlage 9) zeigt sich die Geschicklichkeit des Antragstellers in der Prozeß-Instruktion.

Nachdem die Stadt Frankfurt am 16. Juli 1767 zugesagt hatte, sie werde die Aktivprozesse des Joseph Loew in Frankfurt beschleunigen, wurde Joseph Loew am 14. August 1767 in Hanau erneut vorstellig, man möchte die Frankfurter Behörden nochmals an ihr Versprechen vom 16. Juli 1767 erinnern. Dies geschieht. Am 2. September 1767 antwortet die Stadt Frankfurt, es sei von dort aus alles Erdenkliche geschehen, der Supplikant sei aber selbst im Verzug, weil er die Prozesse nicht richtig betreibe sondern absichtlich verzögere. „Überhaupt aber liegt ganz erheitert am Tag, daß mehrbemeldter Jud bey seiner eigenen Schulden-Last dadurch Luft zu gewinnen sucht, wenn er die hier zu fordern habende Posten hängen läßt, und solche immer zum Deckmantel seiner Unvermögenheit anziehen kann, dabey aber, um seine Sache recht wahrscheinlich zu machen, die Unverschämtheit gebraucht, über Unsere Justiz-Verfügung noch eine dreiste Unzufriedenheit zu bezeigen . . ." Es werden sechs Prozesse aufgeführt, davon vier gegen Frankfurter Metzger, einer gegen einen Leinwandhändler, einer gegen den Studiosum Hartmann (Anlage 9 f).

1768: In den Rezeptionsakten des Moses Lapp[254]) erscheint am 9. Dezember 1768 der Antragsteller vor dem Amt Bergen und erklärt u. a., der Juda Lapp und seine Ehefrau, beide gestorben, seien seine Eltern, und er betreibe den Pferdehandel. Aus dem übrigen Akteninhalt ergibt sich, daß dies in Compagnie mit Joseph Loew geschah.

1775: In den Rezeptionsakten seines ältesten Sohnes Isaac Joseph betr. Erlangung des Schutzes in Bockenheim[255]) erklärt dieser Antragsteller am 1. September 1775 zu Protokoll des Amts Bergen, er sei 28 Jahre alt, Sohn des Schutzjuden Joseph Loew in Bergen und dessen Ehefrau Marjam. Er wolle sich mit der Witwe Baile des Schutzjuden Faist von Bockenheim verheiraten und sich mit dem Pferde- und Rindviehhandel ernähren.

---

[254]) Staatsarchiv Marburg, Bestand 81. Reg. Hanau, Rep. E, 181. Judenschaftliche Sachen, XII. Amt Bergen, Ord. Nr. 8.

[255]) ebd. Ord. Nr. 15.

1776: Joseph Loew ersucht im Mai 1776 um die Schutzfreiheit. Das Gesuch geht am 3. Mai 1776 ein (Anlage 11 a). Er bringt u. a. vor:

Er stehe über dreißig Jahre im Schutz und habe immer seine steuerlichen Verpflichtungen erfüllt. In letzter Zeit habe er aber schwere Verluste erlitten. Einmal sei sein Compagnon, ein Berger Jude „mit allem Geld echappiert"[256]). Dann habe er zwei seiner Kinder — eines in Bergen, eines in Bockenheim — ausgesteuert und ihnen einen Teil seines Kapitals damit zugewandt; diese beiden Kinder zahlten nun ihrerseits Schutzgelder. Schließlich habe ihn die vieljährige Krankheit seiner Frau, die vollkommen bettgebunden sei und wahrscheinlich nie mehr genesen könne, viel gekostet. In seinem Alter (62 Jahre) falle es auch schwer, durch Arbeit das verlorene Kapital wieder einzuholen. Der Amtskeller Schroeder bestätigt diese Angaben in seinem Attest vom 22. April 1776 (Anlage 11 b), fügt hinzu, Joseph Loew habe noch fünf unverheiratete Kinder und empfiehlt, ihm die halbe Schutzfreiheit zu gewähren. Nach entsprechendem Bericht der Rentkammer vom 10. Mai 1776 (Anlage 11 d) gewährt der Geheime Rat am 27. Mai 1776 die halbe Schutzfreiheit für die Zukunft (Anlage 11 e).

1779: Auf Betreiben des Joseph Loew ersucht der Amtmann Usener von Bergen am 5. Januar 1779 in dem bereits oben auf Seite 65 ausführlich besprochenem Aktenstück (Anlage 10) um Genehmigung, die Faustpfänder öffentlich in Bergen versteigern zu dürfen, die der Freiherr und die Freifrau von Heyles aus Eschborn dem Joseph Loew zur Sicherung von Forderungen am 26. Mai 1775 bestellt hatten. Das Gesuch wird im Sinne des Antragstellers am 11. Januar 1779 von der Regierung in Hanau entschieden.

1780: Die Akten um Erteilung der völligen Schutzfreiheit vom Jahre 1780 sind nicht mehr vollständig. Dagegen ist aber noch der Auszug aus den Protokollen des Geheimen Rats in Hanau vom 27. April 1780 (Anlage 11 f) erhalten, gemäß welchem Joseph Loew vom 2. Quartal des Jahres 1780 an die volle Schutzfreiheit zugestanden wird.

1780: In dem Ehekontrakt zwischen Joseph Loews Sohn, Raphael Joseph, und seiner Verlobten Blümgen von Düdelsheim vom 17. September 1780 (Anlage 22 i) tritt Joseph Loew als Bevollmächtigter des Raphael Joseph auf und verspricht, daß er seinem Sohn als Heiratsgut freies Wohnrecht in seinem Haus gewähren und nach seinem — Josephs — Tod die Hälfte des Hauses zukommen lassen werde; außerdem verspricht er, die Kosten der Hochzeit und der Erlangung des landesherrlichen Schutzes zu tragen und endlich eine Erklärung der Brüder des Bräutigams kostenlos beizubringen, daß diese im Todesfall die Zeremonie des Schuhausziehens vollziehen werden[257]).

---

[256]) Dies wird auch in den Rezeptionsakten des Hirsch Lapp bestätigt, insbesondere im Bericht des Amtskellers Schroeder von Bergen vom 26. August 1773, in dem erwähnt wird, zwei Drittel des Lapp'schen Hauses hätten dem „heimlich entlaufenen Juden Pursch Moses Lapp" gehört. (Staatsarchiv Marburg, Bestand 81. Reg. Hanau, Rep. E, 181. Judenschaftliche Sachen, XII. Amt Bergen, Bl. 374 (Ord. Nr. 12).

[257]) Nach biblischem Recht ist der Bruder verpflichtet, nach angemessenem Zeitablauf die Witwe des Bruders zu heiraten, damit der Name des Bruders in den Nachkommen der Witwe erhalten bleibe (Deuteron. 25,5ff. und Sam. 18,18). Wenn der Schwager diese Leviratsehe nicht eingehen will (hebräisch „Jibbum"), so muß eine für die Befreiung von der Leviratsehe-Verpflichtung der Frau vorgesehene Zeremonie vorgenommen werden: die

1780: Im Protokoll vom 27. November 1780 (Anlage 22 b) erklärt Raphael Joseph in seinem Rezeptionsverfahren vor dem Landschreiber Reiß des Amts Bergen, er sei der Sohn des Joseph Loew, seine Mutter Marjam aber sei gestorben.

1781: In den Akten betr. das Rezeptionsverfahren des Gumbrich Mordge aus Bergen wird am 23. März 1781 vor dem Landschreiber Christ des Amts Bergen Joseph Loew vernommen. Es heißt in diesem Protokoll wörtlich: „Namens der hiesigen Judenschaft erschiene derselben Vorsteher Jud Joseph Loew und declarirte . . ." (Anlage 12).

1782: Am 31. Mai 1782 eröffnet Joseph Loew zu Protokoll des Landschreibers Reiß des Amts Bergen ein neues Rechtshilfeverfahren gegen Bürgermeister und Rat der Stadt Frankfurt (Anlage 13 a). Er beschwert sich, daß er durch verzögerliche Justiz in Frankfurt bereits 2 000 Gulden verloren habe und führt weiter sieben Forderungen von insgesamt 335 Gulden gegen Frankfurter Bürger an, während umgekehrt gegen ihn von Frankfurter Bürgern sechs Forderungen von insgesamt 202,15 Gulden geltend gemacht würden; während er infolge der schleppenden Frankfurter Rechtssprechung nichts bekomme, belästigten ihn die Frankfurter Gläubiger auf öffentlicher Straße, „oder durch Heimführung in ihre Häuser", um ihn dadurch zur Zahlung zu zwingen. Er bittet um ein Gesuch („Vorschreiben") nach Frankfurt, man solle ihm zu seinem Geld verhelfen, damit er seine Schulden in Frankfurt bezahlen könne. Auch solle man seine Frankfurter Gläubiger anhalten, ihn beim Amt Bornheimerberg als dem für ihn zuständigen Gericht zu verklagen und ihn in Frankfurt „ungehindert passieren und seinen Geschäften nachgehen" zu lassen.

Der Amtmann Usener richtet am gleichen Tag, dem 31. Mai 1782, ein entsprechendes Gesuch nach Frankfurt (Anlage 13 b) und erhält von der Stadt Frankfurt am 12. Juni 1782 die Antwort (Anlage 13 d), sie wolle, wenn Joseph Loew in Frankfurt klagen werde, „ihm alle gebührende Justiz administriren lassen", sie könne aber ihren eigenen Juden namens Maas nicht veranlassen, in Bergen zu klagen, weil der Wechsel, aus dem er forderungsberechtigt sei, in Frankfurt ausgestellt und daher die Zuständigkeit des Frankfurter Richters für die Wechselklage gegeben sei.

1783: Sein Sohn Raphael Joseph erklärt in seinem ersten Gesuch um Erteilung der Schutzfreiheit — eingegangen in Hanau am 1. März 1783 (Anlage 23 a) — das Haus des Joseph Loew, von dem ihm die Hälfte vererbt werden sollte, sei wegen einer Hypothek öffentlich verkauft worden, und der Pferdehandel, den er in Compagnie mit seinem Vater getrieben habe, habe nach anfänglichen Erfolgen große Verluste gebracht, die sein eigenes Vermögen und das eingebrachte Gut seiner Frau vollkommen verschlungen hätten.

---

„Chaliza", d. i. Ausziehen des Schuhes. Die Frau zieht dem Schwager den Schuh aus und speit ihm ins Gesicht. Damit wird einerseits die Verachtung wegen des Bruchs eines Gesetzes zum Ausdruck gebracht, andererseits die Bekräftigung eines Vertragsschlusses, soweit das Schuhausziehen erfolgt (vgl. Ruth 4,7). Hierüber wurde eine Urkunde („Schtar") aufgenommen, die der Übersetzer des als Anlage 22 i beigegebenen Ehekontraktes „Staar" schreibt. Da die Vornahme der „Chaliza" zuweilen an Geldzahlungen seitens der Witwe geknüpft wurde, scheint, wie im vorliegenden Fall, manchmal im Ehevertrag bereits die Verpflichtung zur Chaliza vereinbart worden zu sein. Ob dies nach biblischem Recht gültig war, kann dahingestellt bleiben.

1784: In dem Gesuch der Schwiegertochter des Joseph Löw, Blümgen, eingegangen am 29. September 1784 (Anlage 26 a) trägt sie vor, daß ihr Mann Raphael Joseph und sie selbst in größter Not seien und nicht mehr aus noch ein wüßten. Sie habe als Heiratsgut 800 Gulden eingebracht; als ihr Schwiegervater ihr „Geld gemerkt" habe, habe er ihren Mann „verleitet", sich an seinen Roßhändeln zu beteiligen, durch die sie alles verloren hätten. Andrerseits habe sie nie etwas aus der ihrem Mann zugedachten Hälfte des Joseph Löw'schen Hauses erhalten, da dieses hypothekarisch belastet gewesen und zwangsweise versteigert worden sei.

Unter Zugrundelegung dieser Archivalien kann zusammenfassend folgendes gesagt werden:

Joseph Löw ist als Sohn des Loew Isaac und seiner Frau Vogel im Jahre 1714 in Bergen geboren. Er hat sich am 5. Januar 1746 mit Mariam („Mergem"), der 1726 in Bergen geborenen Tochter des Marum Lapp und dessen Ehefrau, Zerle, verheiratet. Aus dieser Ehe sind (mindestens) drei Söhne und zwei Töchter hervorgegangen:

| | |
|---|---|
| Isaac | (geboren um 1748) |
| Raphael | (geboren um 1752) |
| Michael | (geboren um 1756) |
| Graingen | (geboren um 1749) |
| Täubchen („Deibge") | (geboren um 1750) |

Joseph Löw erhielt den landesherrlichen Schutz am 7. Juli 1746. Er hat sich zunächst mit Ochsenhandel ernährt; später hat er auch mit Pferden und Getreide gehandelt und Geldgeschäfte gemacht, offenbar mit gutem Erfolg. Er war lange Jahre wohlhabend und angesehen, konnte es sich leisten, eine Magd, zeitweise auch einen Hauslehrer für seine Kinder zu halten und seine Schwägerin Rebecca (Mariams Schwester) bei sich aufzunehmen. Er war mit dem damals nicht unbeträchtlichen Betrag von Fl. 1 000 in der Vermögensanlage veranschlagt und zahlte dreißig Jahre lang pünktlich die herrschaftlichen Abgaben. Auch war er zeitweise Vorsteher der jüdischen Gemeinde in Bergen.

Auffallend ist seine Begabung für Rechtsfragen. Davon zeugen sowohl die Akten in seinem Verfahren gegen den Freiherrn von Heyles als auch die beiden Rechtshilfeverfahren gegen die Stadt Frankfurt am Main, die auf sein Betreiben die Hanauer Behörden in den Jahren 1767 und 1782 angestrengt hatten. So zeigt z. B. die Anlage 10 b über die Verpfändung zweier Ringe der Eheleute von Heyles an Joseph Löw gründliche Kenntnisse des Rechts jener Zeit, vor allem der Rechtsvorschriften der Hanauer Kontraktenordnung zwischen Juden und Christen vom Jahre 1754. Auch die von ihm erteilten Prozeßinstruktionen in den beiden Rechtshilfeverfahren gegen die Stadt Frankfurt erweisen das Geschick und Verständnis des Joseph Löw für rechtliche Fragen und Prozeduren seiner Zeit[258]).

[258]) Wie wir später sehen werden, hat sich diese Gabe des Urahns auf seinen Urenkel, Löb S. Hess, meinen mütterlichen Großvater, vererbt. Der Verfasser ist übrigens von Haus aus Jurist, hat bis zur Hitlerzeit in Frankfurt am Main als Anwalt praktiziert, und sein ältester Sohn ist Rechtsanwalt in San Francisco, in Kalifornien.

Der gute Stern im Geschick des Joseph Löw begann in den späten sechziger Jahren des 18. Jahrhunderts zu verblassen. Zunächst ereignete sich 1769 der Zwischenfall mit dem Neffen seiner Frau, Moses Lapp. Es scheint, daß um 1767 die geschäftliche Assoziation, von der Josephs jüngerer Bruder Marum Löw in seinem Rezeptionsgesuch von 1764 gesprochen hatte, entweder sich nicht verwirklicht oder nur kurze Zeit angedauert hatte. Jedenfalls hatte Joseph Löw um 1767 den Neffen seiner Frau, Moses Lapp, den verwaisten Sohn des Juda und der Baile Lapp, als Partner für seine Pferdehändel aufgenommen. Nachdem das von Moses Lapp gestellte Gesuch um Aufnahme in den Schutz zu Bergen 1769 abgeschlagen worden war, verschwand Moses Lapp eines Tages aus Bergen und nahm die für den Pferdehandel bestimmten Gelder der Sozietät mit. — Eine weitere Schwächung in Joseph Löws Mitteln trat kurze Zeit darauf durch die an seine Kinder Isaac nach Bockenheim und Graingen in Bergen gegebenen Heirats-Ausstattungen ein; auch hatte er schwer einbringliche Forderungen gegen Frankfurter Bürger, deren Einzug ihm nicht gelingen wollte, trotz aller Rechtshilfe-Ersuchen der Hanauer Behörden an die Stadt Frankfurt. Endlich wurde seine Frau Mariam anfangs der siebziger Jahre schwer krank und konnte nicht mehr vom Bett aufstehen. Er mußte sein Haus hypothekarisch belasten und mußte in seinem Alter, fast siebzigjährig, erleben, wie ihm das Haus auf Betreiben des Hypothekengläubigers öffentlich versteigert wurde.

Vorher — zwischen 1. September 1775 und 27. November 1780 — war Mariam infolge ihrer langen Krankheit gestorben.

Die zuletzt in Gemeinschaft mit seinem Sohn Raphael Joseph seit Herbst 1780 betriebenen Pferdehändel brachten Joseph Löw nicht nur um den Rest seines einstmals nicht unbeträchtlichen Vermögens, sondern verschlangen auch die von seiner Schwiegertochter als Heiratsgut eingebrachten 350 Reichstaler.

Joseph Löw starb zwischen 1784 und 1787 in Bergen als armer Mann, nachdem er vom 27. Mai 1776 auf halben Schutz gestellt worden und ihm vom zweiten Quartal 1780 an die völlige Schutzfreiheit gewährt worden war.

*(6)* BARUCH LOEW (später STERN)

geboren Bergen 1728
gestorben Bergen zwischen 1808 und 1814
und seine Ehefrau
ROCHELE (Rahel) FEIBELMANN
geboren Beverungen 1746
gestorben Bergen 1824

In Bezug auf Baruch Loew (später Stern) und seine zweite Ehefrau Rochele, geb. Feibelmann aus Beverungen, steht uns das folgende urkundliche Material zur Verfügung:

1754: In der Judentabelle des Amts Bornheimerberg, Bergen, für das Jahr 1754 unter Nr. 2 ist die oben (bei Loew Isaac) bereits zitierte Eintragung in Bezug auf den Haushalt des Loew Isaac enthalten, in welcher Baruch (25-jährig) neben seinen Brüdern David (24), Mordge (21) und Marum (18) als im Haushalt der Eltern lebend erscheint. Der ältere seiner Brüder, Joseph, hatte schon den Schutz seit 1746 und erscheint daher unter Nr. 10 der Tabelle mit seiner eigenen Familie.

1760: In den Rezeptionsakten des Baruch Löw erscheint das von Loew Isaac für seinen Sohn Baruch Löw gestellte, am 6. September 1760 eingegangene Gesuch (Anlage 14 a), in welchem Loew Isaac verspricht, den Sohn Baruch Löw „in Haushalt und Gewerb" aufzunehmen; der sehr einträgliche Ochsenhandel drohe, ihm bei eintretendem Alter allein zu viel zu werden. Baruch Löw habe 500 Gulden Eigenkapital und sei „mit einer Jüdin aus Soost" im Kurbrandenburgischen verlobt, die ihm 600 Reichstaler (also 900 Gulden) in die Ehe einbringen werde. Aus dem in den gleichen Akten befindlichen Bericht der Rentkammer Hanau vom 27. Oktober 1760 (Anlage 14 c) ergibt sich, daß es sich bei der Verlobten um Sprenz, die Tochter des verstorbenen Schutzjuden Jacob Stern aus Soest handelt. Von Baruch heißt es in diesem Bericht, er sei dreißig Jahre alt, habe 500 Fl. eigenes Vermögen, erhalte durch Sprenz weitere 900 Fl., habe vom Vater noch mehr zu erwarten und habe nur zwei Brüder im landesherrlichen Schutz, einen in Bergen (gemeint ist Joseph Löw), einen in Niederrodenbach (wahrscheinlich David Löw, geboren um 1730). Da Zentgraf und Gericht ihm bestätigt hätten, daß er sich immer gut betragen habe, da ferner die jüdische Gemeinde in Bergen mit seiner Aufnahme in den Schutz zu Bergen wohleinverstanden sei, da endlich der Viehhandel in Bergen sehr bedeutend sei und ihn gut ernähren werde, empfiehlt die Rentkammer seine Rezeption unter der Bedingung, daß er sich nicht dem Weinhandel widmen werde.

Auf derselben Urkunde (Anlage 14 d) befindet sich der Rezeptionsbeschluß des Geheimen Rats in Hanau vom 8. November 1760 „unter der Bedingung, daß er keinen Weinhandel treiben solle".

1764: In der Judentabelle des Amts Bornheimerberg befinden sich für Bergen unter dem Jahr 1764 unter Nr. 15 folgende Eintragungen:

Baruch Loew, 34 Jahre, von Bergen
(Ehefrau) Sprentz, 28 Jahre, von Soest
(Im Haus lebender Sohn) Jekuff, 6 Wochen
(Gesinde) Bräunchen, Magd
hat landesherrlichen Schutz vom 8. September 1760[259])
zahlt 20 Fl. jährlich Schutzgeld
steht mit 1 000 Fl. in der Vermögensanlage.

---

[259]) Sollte heißen: 8. November 1760.

1767: Aus den Akten betr. das Gesuch des Schutzjuden Baruch Löw, Witwer, um Wiederverheiratung[260]) vom Jahre 1767 ergibt sich, daß seine Verlobte Regele (Rahel), die Tochter des Schutzjuden Feibelmann aus Beverungen, damals im Kurbrandenburgischen, ist. Die Genehmigung zur Eheschließung wurde unter der Bedingung erteilt, daß für die Braut 30 Gulden Einzugsgeld entrichtet würden.

1774: Baruch Loew reicht ein am 19. Februar 1774 eingegangenes Gesuch (Anlage 15 a) um Erlassung des halben Schutzgeldes ein. Darin bringt er vor, er stehe seit 15 Jahren im Schutz, habe immer seine Verpflichtungen gegenüber dem Landesherrn erfüllt, sei aber letzthin durch Unglücksfälle, den Verlust sicher geglaubter Ausstände, langwährende Krankheiten und Diebstahl in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Die Rentkammer berichtet an den Geheimen Rat in Hanau am 18. März 1774 (Anlage 15 c), der Supplikant habe sich während seiner 15-jährigen Schutzzeit immer wohl aufgeführt und habe seine Schutzgelder bis auf zwei Jahre entrichtet; er sei durch „unglückliches Handeln" und Krankheiten heruntergekommen. Die Rentkammer befürwortet deshalb das Gesuch. Demgemäß beschließt der Geheime Rat in Hanau am 24. März 1774 (Anlage 15 d), dem Baruch Löw vom 2. Quartal 1774 an die halbe Schutzfreiheit zu gewähren, doch solle er den Rückstand bezahlen.

1798: In den Rezeptionsakten seines Sohnes David Baruch[261]) erklärt dieser am 3. August 1798 zu Protokoll des Amts Bergen, er sei 25 Jahre und 9 Monate alt, in Bergen geboren, Sohn des Baruch Löw und dessen Ehefrau Rochele Feibelmann; er habe drei Geschwister, nämlich Löw Baruch in Gelnhausen, Veitel Baruch, „derzeit in Westphalen dienend", und Sara[262]), ledig, in Bergen. Ferner habe er einen Stiefbruder namens Jacob, der schon 16 Jahre im Preußischen sei[263]).

In dem Attest des Zentgrafen Ewald und der vier Gerichtsschöffen vom 5. Juli 1798 in den gleichen Akten wird bestätigt, daß sich David Baruch stets gut aufgeführt habe, und er habe „. . . eine halbe Hofreide von seinem Vatter Baruch Löw, welche ihm Erb- und Eigenthümlich versprochen . . ." worden sei.

1804: In der Judentabelle des Jahres 1804 für Bergen erscheinen unter Nr. 4 folgende Eintragungen:

Baruch Löw, 76 Jahre, von Bergen
(Ehefrau) Rachel, 62 Jahre, von Bonbringen (sic!)
(Im Haus lebende Söhne) Jacob (40 Jahre), Seibel (Feibel) (30 Jahre)
(Im Haus lebende Tochter) Saerge (19 Jahre)
hat landesherrlichen Schutz vom 8. November 1765[264])

---

[260]) Staatsarchiv Marburg, Bestand 81. Reg. Hanau, Rep. E, 181. Judenschaftliche Sachen, XII. Amt Bergen, Ord. Nr. 4.

[261]) ebd. Ord. Nr. 39.

[262]) Sara (Saerge) heiratete später Samuel Heß in Bergen. Siehe Nr. 13 der Vorfahrenreihe.

[263]) Wie die Judentabelle von 1804 ausweist, ist Jacob nach Bergen und ins väterliche Haus zurückgekehrt. Er scheint später seinen Namen in Philipp Baruch Stern abgeändert zu haben, als welcher er unter Nr. 12 der Judentabelle Bergens für 1814 erscheint. Zur Zeit des Aktenstücks von 1816/17 betr. Wachtgeld (Anlage 31) war Philipp Stern der „Judenvorsteher" in Bergen (Anlage 31 b).

[264]) Sollte heißen: 1760.

ist seit 1778 schutzfrei
steht mit 400 Gulden in der Vermögensanlage.

1814: In der Judentabelle für Bergen vom Jahre 1814 unter Nr. 13 erscheint die Eintragung:
Röchle Baruch Wittib
68 Jahre, aus Böwerungen

1818: In der Judentabelle für Bergen vom Jahre 1818 unter Nr. 12 erscheint die Eintragung:
Röchle Baruch Wittwe
72 Jahre, von Berenburg (sic!)

1821: In der Judentabelle für Bergen vom Jahre 1821 unter Nr. 11 lautet die Eintragung:
Rochle, Baruchs Wittwe
74 Jahre, von Berneburg (sic!)

1823: In der Judentabelle für Bergen von 1823 unter Nr. 10 erscheint die Eintragung:
Rochle, Baruch Wittwe
76 Jahre, von Berneburg

1824: In der Judentabelle für Bergen von 1824 unter Nr. 10:
Rochle Baruch Wittwe
77 Jahre, von Berneburg
und am Rand, in der Rubrik für die Vermögensanlage:
„ist dieses Jahr gestorben".

Zusammenfassend können wir daher, gestützt auf diese Archivalien, folgendes sagen:

Baruch Loew wurde 1728 in Bergen als Sohn des Loew Isaac und dessen Ehefrau Mariam (Mergem) geboren.

Er verheiratete sich erstmals Ende 1760 mit Sprentz, der Tochter des verstorbenen Jacob Stern von Soest. Nachdem diese ihm 1764 einen Sohn (Jacob) geboren hatte, starb sie zwischen 1764 und 1767.

Baruch Loew wurde am 8. November 1760 in den landesherrlichen Schutz zu Bergen aufgenommen, wo bereits sein älterer Bruder Joseph Löw im Schutz stand.

Im Jahre 1767 verheiratete sich der verwitwete Baruch Löw zum zweiten Mal mit Rahel (Rochele, Röchle, Regel) Feibelmann aus Beverungen. Sie ist meine Aszendentin. Wie wir bei näherer Erörterung der Familie Spira aus Beverungen, aus der auch die Frau des Abraham Grünebaum entstammte (Vorfahrenreihe Nr. 8), sehen werden, gehörte auch Rahel Feibelmann zu dieser Jahrhunderte lang in Beverungen ansässig gewesenen Familie, die ursprünglich aus der uralten jüdischen Gemeinde von Speyer kam.

Aus dieser Ehe sind (mindestens) zwei Söhne, nämlich David (geboren ca. 1773) und Seibel (Feibel?; geboren ca. 1774) und eine Tochter Sara (geboren ca. 1785) hervorgegangen. Die letztere verheiratete sich später mit Samuel Raphael Heß (siehe Nr. 13 der Vorfahrenreihe).

Baruch Löw widmete sich — wie seine Brüder — dem Viehhandel, und es erging ihm zunächst recht gut. Er hatte sein eigenes Haus, stand 1764 mit Fl. 1 000 in der Vermögensanlage, hielt seiner ersten Frau eine Magd und bezahlte die landesherrlichen Abgaben pünktlich und regelmäßig bis etwa 1772. Um diese Zeit erlitt er Unfälle, eine Anzahl von Krankheiten in der Familie, Verluste durch Geschäftsschuldner und Diebstähle und wurde schließlich vom 2. Quartal 1774 auf sein Betreiben auf halbes Schutzgeld gestellt.

Er scheint, in Erinnerung an den Vater seiner ersten Ehefrau, Jacob Stern aus Soest, zu Beginn des 19. Jahrhunderts den Nachnamen S t e r n angenommen zu haben, da in den Tabellen von 1814 an seine Söhne unter diesem Namen erscheinen. Es steht nicht genau fest, wann er selbst gestorben ist: 1804 war er — 76-jährig — noch am Leben. 1814 war er bereits gestorben. Da die Verpflichtung der Juden Bergens, Nachnamen anzunehmen, in der Zeit auferlegt wurde, in der Bergen zum Großherzogtum Frankfurt (1810 - 1813) gehörte, nehme ich an, daß Baruch Löw Stern erst in dieser Periode gestorben ist.

Von seiner zweiten Ehefrau Rahel, geb. Feibelmann, steht dagegen fest, daß sie 1824 in Bergen gestorben ist. Sie hat nach dem Tod ihres Mannes — mindestens von 1814 an — allein in Bergen gelebt.

(7) MARUM LOEW (später HAMBURGER)

geboren Bergen 1736
gestorben Bergen ca. 1819

und seine Ehefrau
„EINE AUS SCHMAIDIG“
im Ansbachischen

geboren Schmaidig (unbekannt wann)
gestorben Bergen zwischen 1783 und 1798

Es stehen uns die folgenden Dokumente zur Verfügung:

1754: In der Judentabelle des Amtes Bornheimerberg, Bergen, vom Jahr 1754 erscheint unter Nr. 2 als jüngster der im Hause der Eltern Löw Isaac und Vogel lebenden vier Söhne Marum, 18 Jahre alt.

1764: In der Judentabelle vom Jahr 1764 erscheint Marum noch nicht, da er erst am 18. Oktober 1764 in den Schutz zu Bergen aufgenommen wurde (Anlage 16 b). In den Rezeptionsakten vom Jahre 1764 befindet sich zunächst der bereits mehrfach erwähnte Bericht der Hanauer Regierung vom 1. Oktober 1764 (Anlage 16 a). Der Bericht erwähnt, in den Schutz zu Bergen seien bereits zwei Söhne des Löw Isaac aufgenommen worden, und jetzt bitte der dritte Sohn, Marum Löw, ihn ebenfalls in Bergen zu rezipieren: Er habe zwar weiter für sich kein Vermögen angeben können, außer daß ihm sein Vater Löw Isaac die Hälfte seines Hauses abtreten wolle, doch hoffe er „. . . mit seiner Verlobten von Schmaidig Marggräfl. Anspachischer Jurisdiction, 550 Reichsthaler zu erheurathen und mit seinem Bruder Joseph den Ochsen-Handel in Compagnie zu treiben . . .“ Die Rentkamer empfiehlt daher der Landgräfin Maria, dem Gesuch stattzugeben, obwohl bereits zwei seiner Brüder den Schutz genössen. Darauf ergeht der bereits vorher erwähnte Rezeptionsbeschluß vom 18. Oktober 1764 in Philippsruhe bei Hanau. Im Gegensatz zu der Rezeption seines Bruders Baruch Löw wird jetzt nicht mehr von der Bedingung gesprochen, daß der Bittsteller keinen Weinhandel treiben solle.

1767: Aus dem Rechtshilfe-Ersuchen des Fürstl. Hessen-Hanauischen Hofgerichts an Bürgermeister und Rat der Stadt Frankfurt vom 11. April 1767 (Anlage 17 b) und dem voraufgegangenen Gesuch des Marum Löw nach Hanau, dort eingegangen am 27. März 1767 (Anlage 17 a), ergibt sich, daß Marum Löw beim Amt Bornheimerberg den Konkurs hatte anmelden müssen, weil er durch „mißliche Händel“ in Schulden geraten war. Bei dem vom Amt Bornheimerberg anberaumten Gläubigertermin vom 24. März 1767 waren aber trotz gehöriger Vorladung seine Wechselgläubiger aus Frankfurt nicht erschienen, hatten vielmehr angedroht, ihn in Frankfurt verhaften zu lassen, wenn er sich dort sehen ließe. Andrerseits könne er, um sein Brot zu verdienen, nicht lange von Frankfurt wegbleiben. Die Frankfurter Gläubiger sollten daher angewiesen werden, ihn in Frankfurt in Ruhe zu lassen und ihr Recht beim Gericht in Bergen als forum concursus generale zu suchen.

Die Stadt Frankfurt hat diesem Ersuchen des Hanauer Hofgerichts am 2. Mai 1767 (Anlage 17 d) stattgegeben in der Erwartung, daß Frankfurter Bürger als Schuldner in ähnlich gelagerten Fällen in gleicher Weise behandelt werden würden.

1769: In diesem Jahr setzt das erste von Marum Löw eingeleitete Verfahren wegen Erlaß von Schutzgeldern ein. Weitere Verfahren folgten in den Jahren 1771, 1778 und 1783.

Im Jahre 1769 versucht Marum Löw es zunächst mit der halben Schutzfreiheit (Anlage 18). Er bringt vor, er sei bereits im Vorjahr teilweise wegen der schlechten Zeiten, teilweise wegen unglücklicher Händel derart in Schulden geraten, daß er seinen Konkurs hätte anmelden

müssen und kaum im Stande sei, für sich, seine Frau und ihr Kind zu sorgen, weniger noch das Schutzgeld aufzubringen. Er bittet, ihn auf halbes Schutzgeld zu setzen, bis es ihm wieder besser gehe. Der Amtskeller Schröder bestätigt im Attest vom 8. Mai 1769 diese Angaben und bemerkt: „. . . da das Schutzgeld dermahlen sehr schwehr von Ihm zu erhalten ist . . ." Daraufhin beantragt die Rentkammer am 16. Mai 1769, das Gesuch abzuschlagen, weil nach dem Attest des Amtskellers das Schutzgeld „. . . zwar schwehr, aber nicht ohnmöglich zu erhalten ist . . ." und weil Marum Löw erst 32 Jahre alt sei und nur 4 ½ Jahre im Schutz stehe. Am 22. Mai 1769 schlägt daher der Geheime Rat das Gesuch ab.

1771: Nun versucht Marum Löw, nachdem fast zwei Jahre seit dem abschlägigen Bescheid vergangen sind, erneut die halbe Schutzfreiheit und zugleich Erlaß des Rückstandes zu erlangen. Dieses Verfahren umfaßt vier Urkunden zwischen Anfang Februar und 14. März 1771 (Anlage 19). Die Begründung ist etwa die gleiche wie die des Gesuchs von 1769, nur bringt der Bittsteller zusätzlich vor, er müsse nicht nur seine eigene Familie, sondern auch die bei ihm in Verpflegung stehenden Eltern[265]) ernähren. Diesmal befürwortet die Rentkammer am 1. März 1771 das Gesuch, da nunmehr der Amtskeller Schröder bestätigt hatte, daß es „schwer, ja fast unmöglich" sei, das Schutzgeld von Marum einzutreiben. Dementsprechend wird Marum Löw durch Beschluß des Geheimen Rats vom 14. März 1771 bis auf weiteres auf halbes Schutzgeld gestellt und ihm der Rückstand erlassen.

1778: Das erneute, von Marum Löw eingeleitete Verfahren, diesmal zur Erlangung der völligen Schutzfreiheit, findet in vier Urkunden zwischen 23. Oktober und 23. November 1778 (Anlage 20) seinen Niederschlag.

Er bringt zur Begründung vor, daß seine früher geschilderten Verhältnisse sich insofern verschlimmert hätten, als eine im Jahre 1777 erlittene schwere Krankheit und eine neuerdings erfolgte Sperre des Viehverkaufs wegen einer Viehseuche in Bergen, die sieben Wochen angedauert hätte, seine Einnahmemöglichkeiten noch mehr beschränkt hätten. Er ist mit drei Quartalen Schutzgeld im Rückstand und bittet um völlige Schutzfreiheit. Die Rentkammer empfiehlt am 17. November 1778, ihm zwar den Rückstand von 7 Gulden 15 Albus zu erlassen, damit er sich etwas erholen könne, aber im übrigen sein Gesuch abzuschlagen, da er erst 42 Jahre alt und gesund sei, folglich noch dem Handel nachgehen könne. Demgemäß beschließt der Geheime Rat am 23. November 1778, dem Gesuchsteller den Rückstand zu erlassen.

1783: Im Juli 1783 beantragt Marum Löw erneut, ihm nunmehr die volle Schutzfreiheit zu gewähren. Die fünf auf dieses erneute Verfahren sich beziehenden Urkunden erstrecken sich auf die Zeit vom 22. Juli bis 28. August 1783 (Anlage 21).

---

[265]) Wahrscheinlich ein Mißverständnis des Advokaten Langermann, der das Gesuch (Anlage 19 a) aufgesetzt zu haben scheint: Der Vater des Bittstellers, Löw Isaac, war bereits tot, wie Marums eigenes erstes Gesuch von 1769 (Anlage 18 c) ergibt. Nur die Mutter war noch am Leben.

Er bringt vor, er stehe seit 20 Jahren im Schutz, sei aber kurz nach seiner Verheiratung durch Unglück im Handel nach und nach so weit heruntergekommen, daß er vor etwa 12 Jahren sich genötigt gesehen habe, Konkurs anzumelden. Durch eigene Krankheiten und solche seiner Familie habe er weitere Einbußen erlitten, und die Geschäftslage sei so schlecht, daß selbst reichere Leute Mühe hätten, sich durchzubringen, während das für ihn fast unmöglich sei, da er alles zugesetzt habe. Er könne durch die kleinen Geschäfte, die ihm noch verblieben seien, kaum so viel aufbringen, um sich, seine Frau und die Kinder durchzuschlagen, keineswegs aber auch noch Steuern bezahlen.

Der Amtskeller Schröder von Bergen bestätigt am 22. Juli 1783, Marum Löw habe am 18. Oktober 1764 den Schutz erhalten, sei seit 14. März 1771 vom halben Schutzgeld befreit, sei sehr arm und könne z. Zt. nur noch mit Alteisen und alten Kleidern handeln; seine Frau sei beständig krank und zwangsweise sei bei ihm nichts mehr zu holen. Er empfehle daher, ihm für die Zukunft völlige Schutzfreiheit zu gewähren, sich aber die Forderung der rückständig geschuldeten Beträge vorzubehalten.

Die Rentkammer empfiehlt gleichfalls am 15. August 1783, vom 4. Quartal 1783 ab dem Marum Löw volle Schutzfreiheit zu gewähren, unter der Bedingung, daß er den Rückstand noch vor Ablauf des Jahres 1783 bezahle, der 7 Gulden 15 Albus Schutzgeld und 22 Albus 4 Pfg. Landstraßenbau-Frongeld betrage. Der Geheime Rat beschließt am 28. August 1783 dementsprechend.

1804: In der Judentabelle des Amts Bergen für das Jahr 1804 erscheinen unter Nr. 6 die folgenden Eintragungen:

Marum Loew, 61 Jahre, von Bergen
Zierle, 35 Jahre, von Böhnstadt (Ehefrau)
(im Haus lebende Söhne) Mendle, 27 Jahre, David, 4 Jahre
hat den landesherrlichen Schutz seit 15. Oktober 1764
ist seit 2. September 1782 schutzfrei [266])

1814: In der Judentabelle des Amts Bergen für das Jahr 1814 erscheinen unter Nr. 1 die folgenden Eintragungen:

Marum Hamburger, 73 Jahre, ein Witwer
(bei ihm lebende Söhne) Mendle, 47 Jahre, David, 13 Jahre
hat den landesherrlichen Schutz seit 15. Oktober 1764
ist schutzfrei

1818: Die Judentabelle Bergens für das Jahr 1818 weist unter Nr. 1 die folgenden Eintragungen auf:

Marum Hamburg, 82 Jahre, ein Witwer
(im Haushalt lebende Söhne) David, 15 Jahre, Mendel, 33 Jahre
hat den landesherrlichen Schutz seit 15. Oktober (1764)
ist schutzfrei

---

[266]) Sein ältester Sohn, Loew Marum, ist bereits unter der Nr. 15 der Tabelle als selbständiger, im Schutz stehender Haushaltungsvorstand aufgeführt. Die Angaben der Tabelle sowohl über sein Alter und das Datum der Schutzgewährung als auch der Schutzfreiheit sind ungenau. Wegen Mendles Alter vgl. die Tabellen von 1814 und 1818.

1821: In der Judentabelle von 1821 erscheint Marum Löw Hamburger nicht mehr, da er inzwischen gestorben war; dagegen sind seine Söhne unter Nr. 22 und 23 wie folgt aufgeführt:

David Hamburger,[267]) 24 Jahre
hat Toleranzschein seit 16. Mai 1820 (solange er Handel treibt)
zahlt 6 Gulden Schutzgeld p. a.
und steht, zusammen mit seinem Bruder Mendle, mit 150 Gulden in der Vermögensanlage
Nr. 23 Mendle Hamburger [268]), 52 Jahre
hat Toleranzschein seit 1. Januar 1820 (solange er Handel treibt)
zahlt Schlafgeld vom 1. Januar 1820 an

Zusammenfassend können wir aufgrund dieses Urkundenmaterials folgendes sagen:

Marum Löw, der in der napoleonischen Zeit Bergens (1810 bis 1813) den Namen Hamburger annahm, ist 1736 in Bergen als der Sohn des Löw Isaac (1691 - 1768) und der Vogel von Bockenheim (1692 bis nach 1771) geboren. Er wurde am 18. Oktober 1764 in den landesherrlichen Schutz zu Bergen aufgenommen. Er heiratete zunächst um 1765 „eine aus Schmaidig" im Ansbachischen, deren Name in den Archivalien nicht erscheint und die ihm 550 Reichstaler (d. s. 825 Fl.) in die Ehe einbrachte. Sie ist meine Aszendentin. Aus der Ehe sind zwei Söhne hervorgegangen: Löw Marum (Hamburger), geb. 1766 und Mendel (oder Mendle) Marum, dessen Geburtsjahr nicht feststeht, da die Angaben in den Judentabellen schwanken.

„Die aus Schmaidig" war mindestens von 1783 an „beständig krank" und ist zwischen dieser Zeit und ca. 1798 gestorben, da Marum Löw sich um 1799 zum zweiten Mal mit Zierle von Bönstadt verheiratete, die damals etwa 30 Jahre alt war, während Marum Löw selbst ca. 63 Jahre alt war. Aus dieser zweiten Ehe wurde ein Sohn namens David Marum ca. 1800 geboren. Marum Löw überlebte auch diese zweite Frau, da er in den Judentabellen von 1814 und 1818 als Witwer bezeichnet wird. Er erscheint letztmalig in der Tabelle von 1818 als 82-jähriger. Er muß kurz darauf gestorben sein, da die darauffolgende Tabelle seinen Namen nicht mehr enthält.

Marum Löw hat anscheinend das elterliche Haus des Löw Isaac erhalten, in welchem zunächst beide Eltern und nach dem Tod seines Vaters (1768) seine Mutter Vogel mit ihm bis zu ihrem Tod wohnte.

Er scheint zunächst für kurze Zeit den Ochsenhandel in Gemeinschaft mit seinem Bruder Joseph Löw getrieben, sich aber dann selbständig gemacht zu haben. Die Geschäfte gingen für ihn nicht gut, und bereits etwa zwei Jahre nach seiner Verheiratung mußte er den Konkurs anmelden. Sein Versuch, 1767 sich gegen seine Gläubiger in Frankfurt dergestalt zu erwehren, daß sie ihn in Frankfurt in Ruhe lassen und an das Konkurs-

---

[267]) David Hamburger ist ausweislich des Sterberegisters der Synagogengemeinde Bergen am 1. April 1826, 27-jährig, gestorben.

[268]) Nach dem Sterberegister der Synagogengemeinde Bergen ist Mendle Hamburger am 12. Januar 1832, 58-jährig, gestorben.

gericht nach Bergen verwiesen werden sollten, zeigt den rechtskundigen Rat seines älteren Bruders Joseph Löw.

Auf sein Betreiben wurde er zunächst im März 1771 auf halbes Schutzgeld gestellt und im August 1783 völlig vom Schutzgeld befreit. Inzwischen war er soweit heruntergekommen, daß er mangels Kapital nicht mehr dem Viehhandel nachgehen konnte, sondern sich mit kleineren Geschäften im Alteisen- und Altkleiderhandel begnügen mußte.

Später, gegen Ende des 18. Jahrhunderts, scheint es ihm indessen wieder besser gegangen zu sein, da er um diese Zeit, trotz seiner 63 Jahre, einen zweiten Hausstand gründen konnte.

*(8)* ABRAHAM GRÜNEBAUM

geboren Krautheim (Baden) 1768
gestorben Bergen 9. Januar 1850

und seine Ehefrau

RÖSCHEN SPIRA

geboren Beverungen 1777
gestorben Bergen 15. Juni 1857

Abraham Grünebaum und seine Frau Röschen Spira sind das einzige Ehepaar unter den in der Stammbaumskizze (Anhang IV) Erscheinenden die b e i d e außerhalb Bergens geboren sind.

Außer den nachstehend im einzelnen aufgeführten Archivalien aus dem Staatsarchiv Marburg und den standesamtlichen Registern der jüdischen Gemeinde in Bergen standen mir die Forschungen zweier qualifizierter jüdischer Genealogen aus den zwanziger und dreißiger Jahren dieses Jahrhunderts zur Verfügung, die uns über die Abstammung dieser beiden Vorfahren nähere Auskunft geben. Ich nehme an, daß sie beide nicht mehr am Leben sind.

Der Lehrer i. R. Berthold Rosenthal in Mannheim hat hinsichtlich der Vorfahren des Abraham Grünebaum (vor der Annahme des Familiennamens: Abraham Simon) die im Badischen General-Landesarchiv in Karlsruhe befindlichen Kellerei-Rechnungen des kurmainzischen Amts Krautheim an der Jagst von 1632 bis 1801 geprüft, und das Ergebnis seiner Ermittlungen bildet teilweise die Grundlage der später hier folgenden zusammenfassenden Darstellung.

Der Lehrer i. R. S. Buxbaum in Beverungen an der Weser hat Auszüge aus dem um 1670 angelegten Memorbuch, ferner aus den regelmäßig geführten Synagogenbüchern der jüdischen Gemeinde Beverungen angefertigt, und die Inschriften der auf dem alten jüdischen Friedhof befindlichen Grabsteine für seine Ermittlungen verwendet, um die Daten der Familie Spira zu beschaffen. Auch das Resultat dieser Ermittlungen wird in der nachstehenden Zusammenfassung verwertet werden.

Ich selbst habe außer den einzeln hierunter aufgeführten Quellen für die Familie Grünebaum-Spira aus dem Staatsarchiv Marburg zwei Archivalien zur Verfügung gehabt, die wertvolle Aufschlüsse über die Familie Spira geben, nämlich:

1. Eine Namen-Liste „der in den Communen des Cantons Beverungen gebohrenen oder daselbst domicilirten Israeliten männlichen Geschlechts“ von ca. 1809[269]), und
2. die Judentabelle von Beverungen für das Jahr 1812 mit „den Familiennamens-Änderungen aufgrund des Königlichen Decrets vom 29. November 1808“[269]).

Ferner habe ich folgende Archivalien zur Verfügung gehabt:

1814: Judentabelle für Bergen vom Jahr 1814 unter Nr. 11 enthält folgende Eintragungen:

Abraham Grünebaum, 46 ½ Jahre alt
(Ehefrau) Röschen, 34 Jahre, von Beverungen
(Sohn) Simon, 12 (2?) Jahre
(Tochter) Särchen, 1 Jahr
(Gesinde) 1 Knecht

---

[269]) Staatsarchiv Marburg, Akten des Königreiches Westfalen, Fuldadepartement Präfektur, O. S. S. 3701.

Schutz vom 28. Oktober 1808
jährliches Schutzgeld: 20 Fl.
Vermögensanlage: 900 Fl.

1818: Judentabelle von Bergen für das Jahr 1818 Nr. 10:

Abraham Grünebaum, 50 Jahre alt
(Ehefrau) Röschen, 38 Jahre alt
(Söhne) Simon, 6 Jahre, Süßkind, 5 Jahre
(Tochter) Särchen, 2 Jahre
(Gesinde) 1 Magd, 1 Knecht, 1 Lehrer
Schutz vom 28. Oktober 1808
jährliches Schutzgeld: 20 Fl.
Vermögensanlage: 900 Fl.

1821: Judentabelle von Bergen für das Jahr 1821 Nr. 9:

Abraham Grünebaum, 52 Jahre
(Ehefrau) Röschen, 40 Jahre
(Söhne) Simon, 8 Jahre, Süßkind, 7 Jahre
(Töchter) Särchen, 4 Jahre, Jettchen, 2 Jahre, Hannchen, 1 ½ Jahre
(Gesinde) 1 Magd, 1 Knecht
Schutz vom 28. Oktober 1808
jährliches Schutzgeld: 20 Fl.
Vermögensanlage: 1800 Fl.

1822: „Verzeichnis sämtlicher im Kreise Hanau 1822 lebenden Israeliten."[270]
Nr. 14 (von 29 Familien):

Abraham Grünebaum, 54 Jahre, von Krautheim
(Ehefrau) Resia Grünebaum, 42 Jahre, von Beverungen
(Söhne) Simon, 11 Jahre, Süßkind, 7 Jahre
(Töchter) Sara, 9 Jahre, Jachet, 4 Jahre, Hanna, 1 Jahr
(Gesinde) 1 Knecht namens Feist, 22 Jahre, von Büdesheim
Schutz seit 28. Oktober 1808
jährliches Schutzgeld: 20 Fl.
Vermögensanlage: 1800 Fl.

1823: Judentabelle von Bergen vom Jahr 1823, Nr. 8:

Abraham Grünebaum, 54 Jahre
(Ehefrau) Rose, 42 Jahre
(Söhne) Simon, 10 Jahre, Süßkind, 9 Jahre
(Töchter) Särche, 6 Jahre, Jettche, 4 Jahre, Hannche, 3 Jahre
(Gesinde) 1 Knecht, 1 Magd
Schutz seit 28. Oktober 1808
jährliches Schutzgeld: 20 Fl.
Vermögensanlage: 1800 Fl.

1824: Judentabelle von Bergen vom Jahr 1824, Nr. 8:

alle Eintragungen identisch wie in der Tabelle von 1823, nur daß alle Beteiligten 1 Jahr älter erscheinen.

1825: Judentabelle von Bergen vom Jahr 1825, Nr. 8:

alle Eintragungen identisch wie in der Tabelle von 1823, nur daß alle Beteiligten 2 Jahre älter erscheinen.

---

[270]) Staatsarchiv Marburg, z. Zt. nicht auffindbar; nach Auszügen, die ich ca. 1929 gemacht habe.

1826: Sterberegister der Synagogen-Gemeinde Bergen[271]), Seite 2, befindet sich folgende Eintragung:

July 1826 (ohne näheres Datum!) verstorben:
Hange Grünebaum, 5 ½ Jahr,
Eltern: Abraham und Rös Grünebaum

1838: Gewerbe-Register Bergen-Enkheim, nichtamtlich[272]),
Eintrag von 1838:

Alexander Grünebaum, geboren 14. Januar 1815,
Oekonom und Handelsmann

1850: Sterberegister der Synagogen-Gemeinde Bergen, Seite 28, befindet sich folgende Eintragung:

9. Januar 1850 (beerdigt am 11. Januar) gestorben:
Abraham Grünebaum, verheiratet mit Röschen, geb. Spiero, 77 Jahre, Handelsmann

1857: Sterberegister der Synagogen-Gemeinde Bergen, Seite 54, befindet sich folgende Eintragung:

15. Juni 1857 (beerdigt 17. Juni) gestorben:
Röschen Grünebaum, Witwe des Abraham Grünebaum, 80 Jahre alt.

Aufgrund der vorstehenden Archivalien und der im Eingang geschilderten Forschungen der jüdischen Genealogen Berthold Rosenthal in Mannheim und S. Buxbaum in Beverungen an der Weser können wir z u s a m m e n f a s s e n d folgendes sagen:

Abraham Grünebaum wurde um 1768 in Krautheim an der Jagst als Sohn des Schutzjuden Simon Abraham geboren (Simon Abraham wurde geboren in Krautheim 1735, in Schutz aufgenommen am 15. April 1761, gestorben unbekannt wann und wo). Der Name seiner Mutter ist nicht bekannt. Krautheim war damals kurmainzisch. Erst 1803 kam die Stadt Krautheim zunächst zu dem neugebildeten Fürstentum gleichen Namens unter dem Fürsten von Salm-Reifferscheid-Bedburg und fiel dann 1806 an das von Napoleons Gnaden neugegründete Großherzogtum Baden, Mitglied des Rheinischen Bundes.

Die Familie des Abraham Simon — so hieß er, bevor er den Familiennamen Grünebaum annahm — läßt sich mindestens bis auf 1600 in Krautheim zurückverfolgen. Hier ist die Reihenfolge seiner Vorfahren in Krautheim:

| | | |
|---|---|---|
| 1. Schmay | (ca. 1600 - 1680) | im Schutz seit 1636 |
| 2. Fromel Schmay | (ca. 1630 - 1689) | im Schutz seit 1666 |
| 3. Sondel Fromel | (ca. 1670 - 1725) | im Schutz seit 1695 |
| 4. Abraham Sondel | (ca. 1700 - 1769) | im Schutz seit 1722 |
| 5. Simon Abraham | (ca. 1735 - ? ) | im Schutz seit 15. 4. 1761 |

Der Vater des Abraham Grünebaum wird letztmals in der Kellereirechnung des kurmainzischen Amts Krautheim für das Jahr 1775 erwähnt;

---

[271]) Staatsarchiv Marburg, Protokoll — Abt. Bergen-Enkheim, II, 14.

[272]) z. Zt. unauffindbar; nach einer Mitteilung des Lehrers i. R. J. E. Heinemann in Bergen, der am 2. 1. 1930 das Register eingesehen hatte.

in der Kellereirechnung von 1780 erscheint er bereits nicht mehr. Er muß also um diese Zeit entweder gestorben oder mit seiner Familie von Krautheim verzogen sein. Wir wissen nicht, wo sich Abraham Simon (später Grünebaum) von da an mit seinen Eltern — oder wenigstens mit seiner Mutter — aufgehalten hat. Als er am 28. Oktober 1808 in den Schutz zu Bergen aufgenommen wurde, war er bereits etwa 40 Jahre alt und mit Röschen Spira aus Beverungen verheiratet.

Wir wissen auch nicht, welche Motive Abraham Grünebaum gehabt haben mag, den Schutz gerade in Bergen nachzusuchen. Es wäre möglich, daß er bereits v o r seiner Niederlassung in Bergen mit dem weit über die Hanauer Grenzen hinaus bekannten „Schmulche Bergen" (Samuel Raphael Heß) in Geschäftsverbindung gestanden hat. Ein gewisser Hinweis hierfür könnte in der Tatsache gefunden werden, daß die beiden, zumindest im Jahre 1812, gemeinsame Landkäufe in Bergen tätigten, wie das Aktenstück ausweist, das die Urkunden vom 27. April 1812 bis 26. Juni 1812 umfaßt und nachstehend als Anlage 30 in Abschrift vorgelegt wird. Möglich wäre auch, daß die zweite Ehefrau des Baruch Löw Stern, Rochele Feibelmann aus Beverungen, die mit Röschen Grünebaum verwandt war, diese und ihren Mann veranlaßt haben könnte, sich in Bergen niederzulassen.

Wie dem auch sei, die Übersiedlung nach Bergen scheint Abraham Grünebaum nicht schlecht bekommen zu sein: Während er ausweislich der Judentabellen sechs Jahre nach seiner Rezeption, also 1814, in der Vermögensanlage noch mit 900 Gulden angeschlagen war, erscheint er im Jahre 1821 bereits mit 1800 Gulden und bleibt konstant in dieser Vermögensklasse bis zum Ende der Judentabellen (1825). Er kann sich während dieser ganzen Zeit Knecht und Magd, und zeitweise selbst einen eigenen Hauslehrer für seine Kinder leisten.

Das Datum der Eheschließung zwischen Abraham Grünebaum und Rosina (Röschen, Resia) Spira (fälschlich auch gelegentlich als Spiero geführt) ist uns nicht bekannt. Nach dem Alter der Kinder zu schließen, dürfte ihre Verheiratung etwa um die Zeit der Rezeption (1808) erfolgt sein. Röschen Spira war ca. 1777 in Beverungen an der Weser geboren[273]), und ihre Vorfahren lassen sich urkundlich bis etwa auf das Jahr 1600 in Beverungen nachweisen. Beverungen, seit 1417 mit Stadtrechten versehen, war Vorort einer Drostei des Hochstifts Paderborn und teilte das politische Schicksal dieses Bistums. Das Bistum und Hochstift Paderborn war reichsunmittelbar. Erst 1812, unter Bischof Franz Egon Freiherrn von Fürstenberg wurde es säkularisiert und fiel 1803 als Erbfürstentum an Preußen. Von 1807 bis 1813 zum napoleonischen Königreich unter Jérôme Bonaparte geschlagen, fiel es nach der Völkerschlacht von Leipzig an Preußen zurück.

---

[273]) Da die Altersangaben über sie in den Judentabellen Bergens schwanken, halte ich mich an das Sterberegister der jüdischen Gemeinde Bergen (S. 54) nach welchem sie am 15. 6. 1857, 80-jährig, gestorben ist.

Die Familie Spira kam ursprünglich, wie schon der Familienname andeutet, aus Speyer, einer der ältesten jüdischen Gemeinden in Deutschland, die bis auf die Römerzeit zurückgeht. Die Eltern Röschens waren Süßkind Philipp Spira (geboren am 15. Dezember 1737 in Beverungen, gestorben am 27. Juli 1809 in Beverungen) und Sara Mathilde Abraham — später Nachmann — geboren am 26. August 1751 in Sachsenhausen (wahrscheinlich nicht der Vorort Frankfurts, sondern der gleichnamige Ort an der Eder). Das Sterbedatum dieser Sara Spira in Beverungen ist uns nicht bekannt.

In der Vorfahrenreihe der Resia Spira erscheint u. a. ein um 1600 geborener und ca. 1670 gestorbener Moses Spira aus Beverungen, Sohn des Jacob Nathan Spira. Nach dem (wahrscheinlich nicht mehr vorhandenen) Memorbuch der Synagogengemeinde Beverungen kaufte dieser zwischen 1640 und 1660 den Grund und Boden des jüdischen Friedhofs in Beverungen; sein Name erschien als erster im Memorbuch. Ein anderer Vorfahr, Joseph Spira, der in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts in Beverungen geboren war und dort am 2. Pessachtag des Jahres 1754 (5514) starb, war ein reicher Mann und als Wohltäter weit über die Grenzen Beverungens hinaus bekannt. In der Synagoge Beverungens befanden sich noch 1936 von ihm gestiftete Kronleuchter, Chanukah-Leuchter etc. und ein Beschneidungsstuhl mit reichlich eingeschnitzten hebräischen Segenssprüchen und dem Namen des Stifters sowie dem Stiftungsjahr 5494 = 1734[274]). Er wurde durch Patent vom Jahre 1733 zum Obervorsteher der gesamten Judenschaft im fürstlichen Hochstift Paderborn ernannt und sein Sohn Isaac (Itzig) zum Adjunkten. Joseph Spira führte auch im Memorbuch die ehrenvolle Bezeichnung „Schtadlan".

In der Familie Spira erscheint wiederholt als Beiname eines Zweiges derselben der Name „Feibelmann", der anscheinend davon herrührte, daß die Ehefrau des Nathan Spira (wahrscheinlich Großvater der Resia, gestorben 1730) mit Sara, der Tochter des Feibelmann aus Brakel, verheiratet war. Diese Sara Spira-Feibelmann ist um 1743 gestorben. Die in meiner eigenen Vorfahrenreihe unter Nr. 6 erscheinende zweite Ehefrau des Baruch Loew Stern (1728 bis nach 1804) namens Rochele Feibelmann aus Beverungen (1746 - 1824) war also wahrscheinlich eine Tante der Röschen Grünebaum, geb. Spira.

Als Kuriosum sei vermerkt, daß zwei der Brüder Röschen Spiras, nämlich Philipp Süßkind Spira (geb. 28. April 1780 in Beverungen) und Nathan

---

[274]) Nach einer dem Verfasser vom Amtsdirektor der Amtsverwaltung Beverungen erteilten Auskunft vom 23. August 1963 ist zwar die sehr alte Synagoge von Beverungen im November 1938 nicht zerstört worden, doch ist das leerstehende Gebäude „von der Jüdischen Kultusgemeinde Hannover an einen ortsansässigen Kaufmann verkauft und inzwischen umgebaut worden, sodaß der Charakter des ehemaligen Gebäudes heute nicht mehr zu erkennen ist . . ." Der Amtsdirektor glaubt, daß der geschnitzte Beschneidungsstuhl nicht mehr vorhanden sei. Auch weiß er nichts über den Verbleib der kostbaren alten Leuchter. „Andrerseits sollen einige weitere Kultgegenstände 1938 zunächst erhalten geblieben und sichergestellt worden sein. Sie sollen nach Kriegsende einer anderen jüdischen Synagogen-Gemeinde übergeben worden sein, die mir jedoch nicht bekannt ist . . ." (Wörtliches Zitat aus dem oben erwähnten Brief). Eine Abbildung des Beschneidungsstuhls ist erhalten geblieben als Tafel VI hinter S. 44 in Rudolf Hallo, Jüdische Volkskunst in Hessen, 1928 (s. Literaturverzeichnis).

Spira (geb. 8. August 1786 in Beverungen) im Heeresdienst unter Jérôme Bonaparte standen und daß ihr Beruf in der oben erwähnten Liste der männlichen Einwohner des Kantons Beverungen, Fuldadepartement des Königreichs Westfalen von 1809 als „Militär" bezeichnet ist.

Aus der Ehe des Abraham Grünebaum mit Röschen Spira sind zwei Söhne, nämlich Simon (geboren um 1811) und Süßkind (geboren 14. Januar 1815), hervorgegangen; dieser letztere nahm später mit behördlicher Genehmigung — vor 1838 — den Vornamen Alexander an. Von den drei Töchtern Sara, Jachet (auch Jettchen) und Hannchen starb die letztere, 5 1/2-jährig im Juli 1826. Die älteste Tochter Sara oder Särchen, geb. 1813, verheiratete sich mit Michel Rosenthal aus Roth bei Gelnhausen und ist meine väterliche Urgroßmutter (siehe Vorfahrenreihe Nr. 11).

Der ältere Sohn Simon war offenbar — wie dies der Brauch war — nach dem Vater Abraham Grünebaums, Simon Abraham, benannt, während der zweite Sohn Süßkind nach seinem mütterlichen Großvater, Süßkind Philipp Spira, benannt war. Wir wissen nicht, warum er später den Namen Süßkind abgelegt und sich stattdessen Alexander Grünebaum genannt hat, obwohl der Name Süßkind durch den mittelalterlichen jüdischen Minnesänger Süßkind von Trimberg in Deutschland sicher keinen schlechten Klang hatte.

Jedenfalls übernahm dieser Alexander Grünebaum bereits zu Lebzeiten seines Vaters Abraham Grünebaum die landwirtschaftliche Verwaltung und Bearbeitung des väterlichen Grundbesitzes und erscheint in den standesamtlichen Registern der jüdischen Gemeinde Bergen und in den Urkunden der Gemeinde Bergen-Enkheim als „Ökonom und Handelsmann"[275]), so daß seine Betätigung als Landwirt den Vorrang vor der als Kaufmann gehabt zu haben scheint.

Auch wurde Alexander Grünebaum noch zu Lebzeiten seines Vaters Abraham Grünebaum zum Vorstand („Gemeindeältesten") der jüdischen Gemeinde in Bergen erwählt und funktionierte lange Jahre in dieser Eigenschaft als amtlicher Urkundsbeamter für die bei der Gemeinde geführten standesamtlichen Register[276]).

Abraham Grünebaum starb am 9. Januar 1850 in Bergen; seine Frau am 15. Juni 1857, ebenfalls in Bergen.

---

[275]) z. B. 1833 in dem oben erwähnten Gewerberegister der Gemeinde Bergen-Enkheim und im Sterberegister der Synagogengemeinde Bergen, S. 41.

[276]) Alexander Grünebaum war der Vater des am 27. März 1845 in Bergen geborenen Seligmann Grünebaum (gestorben 1904), dessen Sohn wiederum mein unvergeßlicher Freund und langjähriger Partner unserer Anwalts-Sozietät in Frankfurt, Rechtsanwalt und Notar Dr. Alfred Grünebaum war (geboren am 25. Oktober 1878 in Bergen, gestorben 1937 in Frankfurt).

*(9)* LOEW MARUM (später HAMBURGER)

geboren Bergen 1766
gestorben Bergen nach 1814 und vor 1818
und dessen Ehefrau
DERTZ BETHMANN
geboren Gelnhausen 1779
gestorben Bergen 20. März 1848

Es stehen uns die folgenden Urkunden in Bezug auf Loew Marum (Hamburger) und seine zweite Ehefrau Dertz, geb. Bethmann aus Gelnhausen, zur Verfügung:

1804: In der Judentabelle Bergens für das Jahr 1804 finden wir unter Nr. 15 die folgenden Eintragungen:

Loew Marum, 30 Jahre, von Bergen
(Ehefrau) Reichel, 39 Jahre
(Tochter) Giedel, 1 Jahr
hat den landesherrlichen Schutz seit 17. Oktober 1800
jährliches Schutzgeld: 20 Fl.
Vermögensanlage: 500 Fl.

1814: In der Judentabelle Bergens für das Jahr 1814:

Löb Marum Hamburg, 48 Jahre
(Ehefrau) Derz, 36 Jahre, von Gelnhausen
(im Haus lebende Söhne) Johl, 7 Jahre, Isaac, 5 Jahre
(im Haus lebende Verwandte) 1 Schwester, 1 Bruder
hat landesherrlichen Schutz seit 17. Oktober 1800
jährliches Schutzgeld: 20 Fl.

1818: In der Judentabelle Bergens für das Jahr 1818 erscheint unter Nr. 6:

Loeb Marum Hamburg Witwe Derz, 40 Jahre, aus Gelnhausen
(im Haus lebende Söhne) Johl, 11 Jahre, Isaac, 9 Jahre
(im Haushalt lebende Verwandte) 1 Schwester, 1 Bruder
hat landesherrlichen Schutz seit 17. Oktober 1800
jährliches Schutzgeld: 10 Fl.

1821: In der Judentabelle Bergens für das Jahr 1821 erscheinen unter Nr. 5 die folgenden Eintragungen:

Loeb Marum Hamburg Witwe Derze, 42 Jahre, von Gelnhausen
(Söhne) Johl, 13 Jahre, Isaac, 11 Jahre
(im Haus lebende Verwandte) 1 Schwester
hat landesherrlichen Schutz seit 17. Oktober 1800
von Anfang 1819 auf 3 Jahre frei vom Schutzgeld

1823: In der Judentabelle Bergens für das Jahr 1823 finden wir unter Nr. 4 folgende Eintragungen:

Löb M. Hamburger Wwe. Derz, 44 Jahre, aus Gelnhausen
(Söhne) Julius, 18 Jahre, Isaac, 15 Jahre
(im Haushalt lebende Verwandte) 1 Schwester
hat landesherrlichen Schutz seit 17. Oktober 1800
ist seit Ende 1822 schutzfrei lt. Dekret vom 30. April 1822

1824: In der Judentabelle Bergens für das Jahr 1824, Nr. 4:

Löb Marum Hamburger Witwe Derz, 45 Jahre, aus Gelnhausen
(Söhne) Julius, 19 Jahre, Isaac, 16 Jahre
hat landesherrlichen Schutz seit 17. Oktober 1800
ist seit Ende 1822 schutzfrei

1825: In der Judentabelle Bergens für das Jahr 1825 lesen wir unter Nr. 4:

Löb Marum Hamburger Witwe Derz, 46 Jahre, von Gelnhausen
(Söhne) Julius, 20 Jahre, Isaac, 19 Jahre, abwesend
(im Haushalt lebende Verwandte) 1 Schwester
hat landesherrlichen Schutz seit 17. Oktober 1800

1835-1837: Akten des Kreisamts Gelnhausen betr. Geburts-, Trauungs-, Sterberegister der israelitischen Gemeinden des Kreises Gelnhausen 1822-1847 [277].

(die Sterbedaten der Eltern der Dertz Hamburger, geb. Bettmann)
18. Dezember 1835 starb Ester, David Bettmanns Ehefrau, 72 Jahre (geb. 1763 in Gelnhausen)
11. Juni 1837 starb David Bettmann aus der Burg, 81 Jahre (geb. 1756 in Gelnhausen)

1848: Sterberegister der jüdischen Gemeinde Bergen aus den Jahren 1825-1874 [278], Seite 24:

Dertz Hamburger Witwe, 80 Jahre
gestorben am 20. März 1848
Tag der Beerdigung 22. März.

Zusammenfassend können wir demnach folgendes sagen:

Loew Marum (Hamburger) wurde 1766 in Bergen als Sohn des Marum Loew (Hamburger) (1736 bis ca. 1819) und seiner ersten Ehefrau unbekannten Vornamens aus Schmaidig im Ansbachischen (gestorben zwischen 1783 und 1798 in Bergen) geboren. Den Familiennamen Hamburger führte er, ebenso wie sein Vater und seine Brüder, seit der napoleonischen Zeit Bergens (1806 - 1813). Er erhielt den landesherrlichen Schutz am 17. Oktober 1800 und verheiratete sich um diese Zeit mit einer Reichel (Rahel?), die 9 Jahre älter als er war und ihm 1803 eine Tochter namens Giedel gebar. Was aus dieser ersten Ehefrau und der Tochter Giedel geworden ist, ist aus den Archivalien nicht ersichtlich. Sie muß zwischen 1804 und 1814 gestorben oder von Loew Marum geschieden worden sein, denn in der Judentabelle von 1814 erscheint seine zweite Ehefrau, meine Aszendentin, die im Jahre 1779 in Gelnhausen geborene Dertze Bethmann oder Bettmann, Tochter des David Bettmann (geb. 1756 in Gelnhausen, gestorben 11. Juni 1837 in Gelnhausen) und seiner Ehefrau Ester (geb. 1763, gestorben 18. Dezember 1835 in Gelnhausen). Aus dieser Ehe sind zwei Söhne hervorgegangen: Joel oder Julius Hamburger, geb. ca. 1807, und Isaac Hamburger, geb. am 20. April 1808[279]).

Aus den Archivalien ist nicht ersichtlich, mit was sich Löw Marum (Hamburger) ernährt hat; vermutlich war er Viehhändler. Es scheint ihm nicht schlecht gegangen zu sein, da er 1804 mit Fl. 500 veranschlagt war und anscheinend, so lange er lebte, sein volles jährliches Schutzgeld von Fl. 20 abgeführt hat.

Er ist nach 1814 und vor 1818 in Bergen gestorben, also nur 48-52 Jahre alt geworden. Seine Witwe aus zweiter Ehe, Dertz Bethmann, hat ihn noch viele Jahre überlebt und ist erst am 20. März 1848 in Bergen gestorben. (Die Angabe im Sterberegister der jüdischen Gemeinde Bergen, sie sei

---

[277]) Staatsarchiv Marburg, Akten des Kreisamts Gelnhausen betr. Geburts-, Trauungs-, Sterberegister der isrealitischen Gemeinden des Kreises Gelnhausen 1822-1847 (St. B. 3431) Bestand 86. Hanauer Nachträge 10 009.

[278]) Staatsarchiv Marburg, Protokollabteilung Bergen-Enkheim II, 14.

[279]) Nach der standesamtl. Sterbeurkunde desselben der Gemeinde Bergen-Enkheim.

80 Jahre alt geworden, muß auf einem Versehen beruhen, da dies ihr Geburtsjahr auf 1768 verlegen würde, während ihre Mutter erst 1763 geboren war.) Ihre Enkelin, meine Großmutter väterlicherseits, Sara Hamburger, war damals bereits fast 12 Jahre alt (geboren 27. April 1836).

*(10)* RAPHAEL JOSEPH

geboren Bergen 1752
gestorben Bergen zwischen 1798 und 1804

und seine Ehefrau
BLÜMGEN
geboren Düdelsheim um 1755
gestorben Bergen zwischen 1796 und 1804

Die Archivalien in Bezug auf Raphael Joseph und Blümchen von Düdelsheim sind die vollständigsten für die Vorfahren des Verfassers aus dem 18. Jahrhundert. Hinzu kommt, daß sich unter ihnen Urkunden von besonderem Allgemeininteresse befinden wie z. B. der Ehekontrakt vom 17. September 1780 (Anlage 22 i) und der Schutzbrief vom 20. März 1781 (Anlage 22 q). Im einzelnen haben wir die folgenden Dokumente:

1754: In der Judentabelle Bergens für das Jahr 1754 erscheint unter Nr. 10 als im elterlichen Haushalt lebend und als einer der beiden Söhne von Joseph Loew und Miriam: Raphael, 2 ½ Jahre alt

1764: In der Judentabelle Bergens für das Jahr 1764 unter Nr. 8 ist Raphael nicht als Sohn des Joseph Loew und der Miriam aufgeführt; indessen scheint dem Tabellenführer ein Irrtum unterlaufen zu sein. Statt des Raphael — neben dem ältesten Sohn Isaac, der später sich in Bockenheim niederließ — werden zwei angebliche Söhne Meyer, 6 ½ Jahre, und Moses, 3 ½ Jahre, erwähnt, die in den späteren Archivalien nie mehr erscheinen.

1780-1781: Das Rezeptionsverfahren des Raphael Joseph umfaßt die in Anlage 22 wiedergegebenen Urkunden vom 31. Oktober 1780 bis 23. März 1781. In diesem Verfahren erklärt Raphael Joseph, er sei 27 Jahre alt, sein Vater sei der Schutzjude Joseph Loew, seine Mutter Marjam sei gestorben. Er wolle die ledige Blümgen aus „Dielsheim" (Düdelsheim) im Ysenburgischen heiraten. Sein Vater genieße Schutzfreiheit, er wohne in dessen Haus und werde nach dessen Tod die Hälfte des Hauses erhalten. Der bei der Vernehmung anwesende Vater Joseph Loew erklärt weiter, er wolle sich mit Pferde- und Viehhandel ernähren; seine Schwester sei an den Schutzjuden Abraham Feist in Bergen verheiratet[280]), sein Bruder Isaac stehe im Schutz zu Bockenheim (Näheres hierüber siehe unter Joseph Loew und Miriam, Vorfahrenreihe Nr. 5). Am 25. November 1780 verbürgen sich für das Schutzgeld des Raphael Joseph protokollarisch (Anlage 22 c) die Schutzjuden von Bergen Abraham Heyum, Baruch Loew, Marum Loew, Abraham Feist, Salomon Abraham und Hirsch Lapp. Centgraf und Gericht der Gemeinde Bergen befürworten die Rezeption am 30. Oktober 1780 (Anlage 22 d). Da die Rentkammer in Hanau noch nicht überzeugt ist, daß Raphael Joseph genügend finanziell gesichert sei, um einen eigenen Hausstand zu gründen und die herrschaftlichen Abgaben zu zahlen, legt Raphael Joseph am 19. Januar 1781 seinen am 17. September 1780 geschlossenen Ehepakt vor, den der Gemeindeschreiber Gerson Mayer von Hanau aus dem Hebräischen übersetzt hatte und aus dem sich ergibt, daß die Braut 330 Reichstaler (also ca. 500 Fl.) einbringen sollte, während er selbst das freie Wohnrecht im väterlichen Haus und, nach dem Tode seines Vaters, die halbe Hofreite als Erbgut erhalten sollte. Die Mitgift der Braut sollte vier Wochen vor der Hochzeit in bar erlegt werden. Der Vater Joseph verspricht außerdem, auf seine Kosten die Hochzeit auszurichten und den landesherrlichen Schutz zu verschaffen. Als Vertragsstrafe für den

---

[280]) In der Judentabelle für Bergen vom Jahr 1804 erscheint diese Schwester unter Nr. 8 als Roesge, 50 Jahre, des Abraham Feist Wittib. In der Judentabelle von 1814 erscheinen weder sie noch ihre Kinder, sie ist also wahrscheinlich inzwischen von Bergen verzogen.

Bruch des Eheversprechens werden 100 Reichstaler vereinbart. Als Bürgen treten auf: für die Braut Moses Marx aus Düdelsheim, für den Bräutigam sein Schwager Abraham Feist aus Bergen. Die Hochzeit wird für Februar 1781 in Bergen in Aussicht genommen.

Der landesherrliche Schutz wird am 16. Februar 1781 (Anlage 22 m) gewährt, der Schutzbrief am 20. März 1781 ausgestellt und die Amtskellerei Bergen am 23. März 1781 seitens der Rentkammer Hanau entsprechend benachrichtigt.

Die weiteren Archivalien umfassen eine Anzahl von Gesuchen um Schutzfreiheit, entweder von Raphael Joseph allein oder in Gemeinschaft mit seiner Ehefrau, oder von der Ehefrau allein oder endlich von der Judenschaft in Bergen gestellt, die sich für das Schutzgeld verbürgt hatte.

Hier sind die einzelnen Urkundengruppen, die von diesen Gesuchen erfaßt werden:

1783: Das erste Gesuch des Raphael Joseph geht bereits am 1. März 1783 in Hanau ein. Das Verfahren läuft vom 1. März 1783 bis 8. April 1783 (Anlage 23) und hat keinen Erfolg.

In diesem Verfahren bringt Raphael Joseph vor, er habe vor zwei Jahren die Tochter des Samuel aus Düdelsheim geheiratet und 500 Fl. als Heiratsgeld erhalten. Zunächst habe er in dem gemeinschaftlich mit seinem Vater betriebenen Pferdehandel gut verdient; dann habe ihn das Glück verlassen: Er habe nicht nur sein eigenes Geld, sondern auch die Mitgift seiner Frau verloren, das Haus seines Vaters, von dem ihm die Hälfte als Erbe vermacht worden sei, sei von einem Hypothekengläubiger öffentlich versteigert worden. Er sei mit Frau und Kind[281]) in größter Armut. Der Amtskeller Schroeder bestätigt diese Angaben durch Attest vom 31. März 1783; alle Möbel seien bereits verkauft oder verpfändet, es verblieben nur noch die Kleider auf dem Leib und ein schlechtes Bett, Sachen, die insgesamt keine 20 Gulden mehr wert seien. Schroeder empfiehlt, den Raphael Joseph auf 1/4 Schutz zu setzen, m. a. W. ihm 3/4 des Schutzgeldes zu erlassen, bis es ihm wieder besser gehe. Der Geheime Rat schlägt das Gesuch am 3. April 1783 ab, ohne es auch nur der Rentkammer zur Stellungnahme weiterzugeben.

Im selben Jahr unternimmt Raphael Joseph, diesmal zusammen mit seiner Ehefrau, einen zweiten Versuch, die Schutzgeldfreiheit zu erlangen. Dieses zweite Verfahren von 1783 erstreckt sich auf die Zeit vom 28. August 1783 bis 26. September 1783 (Anlage 24). Auch dieses Verfahren verläuft zu Ungunsten der Antragsteller. Die Rentkammer gibt zu bedenken, daß Raphael erst 30 Jahre alt sei und arbeiten könne, und daß die Judenschaft in Bergen als Bürgen daran interessiert sei, ihm dabei zu helfen. Obwohl der Amtskeller Schroeder wiederum empfohlen hatte, den Gesuchsteller auf 1/4 Schutz zu stellen, da bei ihm absolut nichts zwangsweise zu holen sei, schließt sich der Geheime Rat der Rentkammer an und beschließt am 15. September 1783, der Amtskeller Schroeder in Bergen sei anzuweisen, die Judenschaft in Bergen in Anspruch zu nehmen.

---

[281]) Gemeint ist der 1782 geborene Samuel Raphael (Heß); Vorfahrenreihe Nr. 13.

1784: Nunmehr versucht Raphael Joseph, wenigstens die halbe Schutzfreiheit zu erlangen. Das Gesuch selbst ist anscheinend verlorengegangen, doch sind Protokollauszüge des Geheimen Rats vom 15. März 1784 (Anlage 25 a) und der Rentkammer vom 23. März 1784 (Anlage 25 b) erhalten, die sich mit diesem „Supplicatum" befassen. Das Gesuch wird wiederum abgeschlagen mit dem Hinzufügen, wenn der Antragsteller seine Rückstände nicht bezahlen könne, solle er sie durch Arbeiten am Wilhelmsbad abverdienen. Der „Frohncassirer" Leppin sei entsprechend zu benachrichtigen.

Im selben Jahr werden noch zwei weitere Verfahren in Gang gesetzt: zunächst von der Ehefrau Blümchen, dann von der Judenschaft in Bergen als Bürgen.

Das von der Ehefrau anhängig gemachte Verfahren erstreckt sich auf die Zeit vom 29. September 1784 bis 15. Oktober 1784 (Anlage 26). Die Ehefrau unterstreicht, sie sei als Ausländerin (vom Ysenburgischen) nach Bergen gekommen, habe 800 Gulden eingebracht und habe alles dadurch verloren, daß ihr Schwiegervater, der „ihr Geld gemerkt" habe, seinen Sohn, ihren Mann, in verlustreiche Pferdehändel verstrickt habe; die ihr zugesagte Hälfte der schwiegerväterlichen Hofreite sei durch öffentlichen, vom Hypothekengläubiger betriebenen Zwangsverkauf des Grundstücks verloren gegangen. Sie, ihr Mann und ihre zwei Kinder befänden sich in größter Armut. Der Amtskeller Schroeder empfiehlt, volle Schutzfreiheit zu gewähren und dem Schuldner zu gestatten, daß er den Rückstand von 39 Gulden nach und nach abtragen könne. Auf Vorschlag der Rentkammer schlägt der Geheime Rat wiederum ab und beschließt, die Judenschaft solle als Bürge herangezogen werden, wie dies bereits am 22. September 1783 beschlossen worden sei.

Das von der Judenschaft Bergens 1784 anhängig gemachte Verfahren erstreckt sich auf die Zeit vom 23. November 1784 bis 17. Dezember 1784 (Anlage 27). Die Judenschaft bringt vor, die Bürgen hätten selbst nicht viel und hätten Mühe, ihre eigenen herrschaftlichen Pflichten zu erfüllen. Da es Raphael Joseph gelungen sei, seine Frau als Säugamme und eines seiner Kinder unentgeltlich unterzubringen und versprochen habe, den Rückstand nach und nach zu bezahlen, bittet die Judenschaft, ihm dies zu gestatten. Es könne ja nichts verloren gehen, da die Bürgschaft bestehen bleibe. Man möge ihm daher gestatten, den Rückstand von 43 Gulden in vier Jahren abzuzahlen. Der Geheime Rat beschließt endlich am 7. Dezember 1784, Raphael Joseph für die Zukunft (d. h. vom 1. Januar 1785 an) schutzfrei zu stellen und ihm die Abzahlung des Rückstandes von 43 Gulden innerhalb vier Jahren zu gestatten. Die Bürgschaft der Judenschaft Bergen solle bestehen bleiben.

1787: Ein erneutes, von der Ehefrau eingeleitetes Verfahren, das sich vom 10. Juli 1787 bis 14. August 1787 (Anlage 28) erstreckt, erstrebt den völligen Erlaß des damals noch vorhandenen Rückstands von 28 Fl. und 20 Albus. Der Rentmeister Kraushaar in Bergen bescheinigt, daß Raphael Joseph zur Zahlung nicht im Stande ist. Auf Vorschlag der Rentkammer wird das Gesuch trotzdem abgeschlagen und der Rent-

meister Kraushaar angewiesen, den Rückstand von der Judenschaft Bergens als Bürgen beizutreiben.

1788: Das letzte uns erhalten gebliebene Verfahren um Erlaß des Schutzgeldes wird von Raphael Joseph eingeleitet und erstreckt sich auf die Zeit vom 19. September 1788 bis 28. Oktober 1788 (Anlage 29). Der Rückstand ist jetzt nur noch 19 Gulden, und Raphael Joseph bittet um ein weiteres Jahr Ausstand. Wiederum befürwortet der Rentmeister Kraushaar das Gesuch mit eingehender Begründung. Die Rentkammer gibt — diesmal von sich aus — dem Gesuch statt mit dem Hinzufügen, daß dies der letzte Ausstand sei und die Bürgschaft aufrecht erhalten bleibe.

1798: In den Rezeptionsakten des David Baruch (Stern) [282]) unterzeichnet am 20. Juli 1798 (Folio 4 r.) auch Raphael Joseph als Bürge für das von David Baruch zu zahlende Schutzgeld.

1804: In der Judentabelle für Bergen vom Jahr 1804 erscheint unter Nr. 1 die Eintragung:
Raphael Josephs Kinder
(Näheres siehe bei Samuel Raphael Heß, Nr. 13 der Vorfahrenreihe); Raphael Joseph und seine Frau waren also damals nicht mehr am Leben.

Zusammenfassend können wir folgendes sagen:

Raphael Joseph wurde 1752 als Sohn des Joseph Loew und seiner Ehefrau Miriam geboren. Der landesherrliche Schutz wurde ihm für Bergen am 16. Februar 1781 erteilt. Etwa um dieselbe Zeit verheiratete er sich mit der 1755 in Düdelsheim geborenen Tochter des Samuel Marx, Blümchen. Aus der Ehe sind vier Kinder hervorgegangen:

Samuel Raphael (Heß), geboren 1782
Joseph Raphael (Heß), geboren 1784 (?)
Ezechiel Raphael (Heß), geboren 1792
und eine Tochter Vogel, geboren 1796.

Raphael Joseph bezog nach seiner Eheschließung zunächst mit seiner jungen Frau das väterliche Haus des Joseph Loew (seine Mutter Mariam war bei seiner Eheschließung bereits gestorben) und verwandte das ihm von seiner Frau eingebrachte Vermögen, um sich bei seinem Vater Joseph Loew an dessen Pferdehandel zu beteiligen. Anfänglich gingen die Geschäfte gut, dann verliefen sie verlustreich. Etwa zwei Jahre nach der Eheschließung zwischen Raphael und Blümchen war beider Vermögen verloren und das Haus des Joseph Loew aufgrund einer Hypothek öffentlich versteigert, so daß die ihm (Raphael) vererbte Hälfte der Hofreite ebenfalls verloren war. Raphael scheint geschäftlich untüchtig gewesen zu sein; sein Vater Joseph, um diese Zeit fast siebzigjährig, hatte offenbar nicht mehr genug Spannkraft, die Verluste einzuholen, die ihm durch seinen früheren Partner Moses Lapp und durch uneinbringliche Außenstände erwachsen waren. Selbst die Ratschläge, die der an sich geschäftsgewandte Vater dem Raphael

---

[282]) Staatsarchiv Marburg, Bestand 81. Reg. Hanau, Rep. E, 181. Judenschaftliche Sachen, XII. Amt Bergen, Ord. Nr. 39.

Joseph hätte erteilen können, entfielen, da Joseph Loew wenige Jahre nach Raphaels Eheschließung starb.

Zwischen 1783 und 1788 ging es weiter mit Raphael Joseph bergab. Der Amtskeller Schröder und später der Rentmeister Kraushaar in Bergen führten einen mutigen und unermüdlichen Federkampf gegen die Bürokraten von der Hanauer Rentkammer — jedoch ohne großen Erfolg — um für Raphael Joseph nicht nur die Schutzfreiheit, sondern auch den Erlaß der Schutzgeldrückstände zu erreichen. Die Rentkammer wollte anscheinend ein Exempel statuieren, weil sie glaubte, das einzubringende Gut der Ehefrau sei höher angegeben worden, als es in Wirklichkeit war, und weil sie die von der Judenschaft in Bergen übernommene Bürgschaft ausnützen wollte. Die Armut der Familie nahm solche Ausmaße an, daß Raphael Joseph seine Frau als Säugamme und eines der Kinder unentgeltlich anderweitig unterbringen mußte. Raphael Joseph wurde schließlich zwar vom 1. Januar 1785 an schutzfrei gestellt, doch sollte er den Rückstand von 43 Fl. in 4 Jahren abzahlen. Bis Juli 1787 betrug der Rückstand immer noch 28 Fl. und 20 Albus, bis September 1788 noch 19 Fl. Es scheint, daß es Raphael Joseph gelungen ist, diesen Rest von 19 Fl. bis Herbst 1789 zu bezahlen, da das Aktenstück wohl fortgesetzt worden wäre, wenn er die ihm gesetzte einjährige Frist, die im Herbst 1789 ablief, hätte verstreichen lassen. Überhaupt scheint es ihm in seinen letzten Jahren besser gegangen zu sein. Er wird 1796, also 44-jährig, noch einmal Vater einer Tochter Vogel und scheint 1798 von den örtlichen Behörden als hinreichend zahlungsfähig angesehen worden zu sein, da sie ihn als einen der Bürgen für das Schutzgeld seines Vetters David Baruch (später Stern) akzeptierten, als dieser 1798 seine Aufnahme in den Schutz zu Bergen betrieb.

Wir wissen nicht genau, wann Raphael Joseph und seine Frau Blümchen gestorben sind. Beide waren 1804 nicht mehr am Leben. Blümchen ist möglicherweise bei der Geburt der Tochter Vogel 1796 gestorben; Raphael Joseph war am 20. Juli 1798 noch am Leben, muß also zwischen diesem Datum und 1804 gestorben sein.

*(11)* MICHAEL ROSENTHAL

geboren Roth bei Gelnhausen ca. 1805
gestorben Roth bei Gelnhausen nach 1861
und seine Ehefrau
SARA GRÜNEBAUM
geboren Bergen 1813
gestorben Roth bei Gelnhausen nach 1847

Es stehen uns folgende Archivalien zur Verfügung:

1814: In der Judentabelle Bergens für 1814 unter Nr. 11 erscheint, im elterlichen Haushalt des Abraham Grünebaum und seiner Frau Röschen, geb. Spira, lebend: eine Tochter Särchen, 1 Jahr alt.

1818: In derselben Tabelle für 1818 unter Nr. 10: eine Tochter Särchen, 2 Jahre alt.

1822: In dem „Verzeichnis sämtlicher im Kreise Hanau 1822 lebenden Israeliten" erscheint Sara als die älteste von 3 Töchtern, 1813 geboren (9 Jahre alt).

1823-1825: In den Judentabellen für diese drei Jahre erscheint als im elterlichen Haushalt lebend Särche, 6 Jahre, resp. 7 und 8 Jahre.

1830: In dem Aktenstück des Landratsamts Gelnhausen im Staatsarchiv Marburg „betr. Annahme ständiger Familiennamen von den Juden 1826-1830" erscheint der Vater des Michael Rosenthal, Samuel Wolf in Roth, mit dem neuen Familiennamen Samuel Rosenthal; desgleichen dessen Bruder Mayer Wolf als Mayer Rosenthal.

1832: Im Geburtsregister der jüdischen Gemeinde Bergen laut einer in meinen Händen befindlichen, beglaubigten Abschrift vom 23. Dezember 1929, gezeichnet: „Der Gemeinde-Älteste: Julius Strauß, Der Vorsänger: J. E. Heinemann, Lehrer i. R." war folgende Eintragung aus dem Jahre 1832 enthalten:

Am 10. April 1832 wurde Wolf — Sohn des Michael Rosenthal und Sara Grünebaum aus Roth — dahier geboren.

1838: Aus dem Geburtsregister der israelitischen Gemeinde Meerholz [283]):

am 15. Juni 1838, geboren eine Tochter Jettchen Rosenthal. Eltern: Michael Rosenthal und Sara, geb. Grünebaum, von Roth.

1840: Aus demselben Geburtsregister:

am 17. Januar 1840, geboren eine Tochter Miriam Rosenthal. Eltern: Michael Rosenthal und Sara, geb. Grünebaum, von Roth.

1842: Sterberegister der israelitischen Gemeinde Meerholz:

am 8. März 1842 starb Samuel Rosenthal, Handelsmann in Roth, 67 Jahre alt, infolge des Nervenfiebers, von Dr. Weber behandelt.

Zusammenfassend kann folgendes gesagt werden:

Aus Familienüberlieferung ist mir bekannt, daß Samuel Wolf (Rosenthal), geb. 1775 in Roth, gestorben am 8. März 1842 in Roth, der Vater des Michael Rosenthal (Sohn des Wolf Michael; geb. ca. 1745 in Roth) war. Roth bei Gelnhausen gehörte zum fürstlichen (früher gräflichen) Gebiet von Ysenburg-Büdingen.

Dort war „dem Edeln man Luther von Isenburg" und seinen Erben am 26. Juli 1330 von Kaiser Ludwig dem Bayer (gestorben am 11. Oktober 1347) wegen seiner von ihm dem Kaiser und Reich erwiesenen Dienste das Recht verliehen worden, zwölf jüdische Familien in ihren Gebieten aufzunehmen „mit nutzen, diensten und rechten", wie sie dem Reich selbst zu-

---

[283]) Staatsarchiv Marburg, Akten des Kreisamts Gelnhausen betr. Geburts-, Trauungs-, Sterberegister der isrealitischen Gemeinden des Kreises Gelnhausen 1822-1847 (St. B. 3431) Bestand 86. Hanauer Nachträge 10 009.

standen . . . „und wollen, das sie an diesen Unseren Gnaden niemandt irre oder beschwere bey unseren und des Reichs hulden . . .[284]). In dem Dorf Roth saßen nur wenige Juden, wahrscheinlich nur eine Familie, aus der Wolf Michael und dessen Nachwuchs entsprungen sind. Die Juden von Roth hatten nie eine eigene Gemeinde und noch weniger eine Synagoge. Sie schlossen sich zur Ausübung des Gottesdienstes und ritueller Handlungen (Beschneidung, Trauung, Begräbnis etc.) den organisierten jüdischen Gemeinden der Umgebung an, wie Gelnhausen, Meerholz, Lieblos-Niedergründau. Dort wurden auch für sie die Eintragungen ins Geburts-, Trauungs- und Sterberegister vorgenommen. In der Zeit, in der Michael Rosenthal in Roth lebte, scheint für ihn die Synagogengemeinde Meerholz zuständig gewesen zu sein. Der Name seiner Mutter ist mir unbekannt, dürfte aber vermutlich Jettchen gewesen sein, da Michaels älteste Tochter — geboren 15. Juni 1838 — diesen Namen erhielt.

Wir kennen auch das genaue Geburtsdatum des Michael Rosenthal nicht; nach dem Alter seines Vaters Samuel, von dem wir mehr Daten haben, dürfte Michael um 1805 geboren worden sein. Sein und Sara Grünebaums erstes Kind war mein Großvater Wolf Rosenthal (geboren am 10. April 1832 in Bergen). Das Ehepaar Michael und Sara Rosenthal hatte dann noch (mindestens) zwei Töchter, nämlich Jettchen (geb. 15. Juni 1838) und Miriam (geb. 15. Januar 1840).

Ich weiß aus Familienüberlieferung, daß Sara Rosenthal, geb. Grünebaum, die 1813 geborene Tochter von Abraham Grünebaum und Röschen, geb. Spira, früh gestorben ist und daß Michael Rosenthal sich dann nochmals verheiratet hat. Einen Sohn aus dieser zweiten Ehe, den in den frühen fünfziger Jahren des 19. Jahrhunderts geborenen Samuel Rosenthal, habe ich noch selbst gekannt. Er ist von Roth nach Meerholz verzogen, besaß dort ein stattliches Haus auf der Hauptstraße, betrieb einen gutgehenden Viehhandel und hatte einen Neffen seiner Frau an Sohnesstatt in Haus und Geschäft aufgenommen, da seine Ehe kinderlos geblieben war.

Da Sara Rosenthal, geb. Grünebaum, nicht in dem oben angeführten bis 1847 reichenden Sterberegister der israelitischen Gemeinde Meerholz aufgeführt ist, dürfte sie zwischen 1847 und 1850 gestorben sein.

Michael Rosenthal muß nach 1861 gestorben sein, da mein am 15. November 1861 geborener Vater nach seinem Urgroßvater Samuel (1775 bis 8. März 1842) genannt wurde, während er andernfalls nach der in jüdischen Familien damals bestehenden Gepflogenheit nach seinem Großvater Michael benannt worden wäre.

---

[284]) G. Simon, Die Geschichte des reichsständischen Hauses Ysenburg und Büdingen III, 1865, S. 109 Nr. CIX.

*(12)* ISAAC HAMBURGER

geboren Bergen 20. April 1808
gestorben Bergen 16. Dezember 1880
und seine Ehefrau
RÖSCHEN FLESCH
geboren Mainz am Rhein 1807
gestorben Bergen 10. November 1837

Es stehen uns die folgenden Dokumente für Isaac Hamburger zur Verfügung:

1814: In der Judentabelle Bergens für das Jahr 1814 erscheint er unter Nr. 7 als im elterlichen Haushalt des Löb Marum Hamburger und seiner Ehefrau Derz von Gelnhausen lebend neben seinem älteren Bruder Johl (später Julius) als Sohn Isaac, 9 Jahre alt.

1818: In der Judentabelle Bergens für das Jahr 1818 erscheint er unter Nr. 6 bei seiner inzwischen verwitweten Mutter Derz aus Gelnhausen, Witwe des Loew Marum Hamburg(er) wiederum neben seinem älteren Bruder Johl als Isaac, 9 Jahre alt.

1821: Das Gleiche gilt für die Judentabelle Bergens für das Jahr 1821 unter Nr. 5. Er wird hier als 11-jährig bezeichnet.

1823: In der Judentabelle Bergens für das Jahr 1823 unter Nr. 4 werden als Söhne der Derz von Gelnhausen, Witwe des Löb Marum Hamburger, Julius 18 Jahre und Isaac 15 Jahre, verzeichnet.

1824: In der Judentabelle Bergens für das Jahr 1824 unter Nr. 4 sind die gleichen Eintragungen enthalten. Nur wird das Alter der beiden Söhne mit 19 und 16 Jahren angegeben.

1825: In der Judentabelle Bergens für das Jahr 1825 wird unter Nr. 4 verzeichnet: Derz, 46 Jahre, von Gelnhausen, Witwe des Löb Marum Hamburger, Söhne: Julius, 20 Jahre, Isaac, 19 Jahre, abwesend.

1831: In der Liste des Vereins zur Beförderung der Handwerke in Frankfurt am Main, die 35 jüdische Meister und Gesellen aus Kurhessen enthält, die dort ausgebildet worden waren, erscheint unter Nr. 3 der Sattlermeister Isaac Hamburger von Bergen[285]).

1835: In dem (nicht mehr vorhandenen) Heiratsregister der Synagogengemeinde Bergen war unter dem 16. Mai 1835 verzeichnet:

Verheiratet: Isaac Hamburger, Sattlermeister von dahier, 28 Jahre, und Röschen Flesch, von Mainz, 26 Jahre.

1837: Im Sterberegister der Synagogengemeinde Bergen Seite 10 erscheint unter dem 10. November 1837 als gestorben (und am 12. November 1837 beerdigt): Röschen J. Hamburger, verheiratet, 29 ½ Jahre alt.

1880: Die standesamtliche Urkunde der Gemeinde Bergen-Enkheim Nr. 78 (1880) lautet:

Isaak Hamburger, israelitischer Religion, ist am 16. Dezember 1880 um 9.30 Uhr in Bergen gestorben. Er war am 20. April 1808 in Bergen geboren und mit Johanna Grasdörfer verheiratet.

Zur Ergänzung dieser Urkunden aus Bergen hatte im Jahre 1930 auf mein Ersuchen und im Auftrag des damaligen Rabbiners Dr. Levi von Mainz der Lehrer S. Stern in Mainz die folgenden Feststellungen in Bezug auf Röschen Flesch von Mainz getroffen und hatte dabei die Synagogenbücher und das Memorbuch der jüdischen Gemeinde Mainz benutzt, von denen ich annehme, daß sie nicht mehr vorhanden, sondern im November 1938 zerstört worden sind; ferner Grabsteine auf dem jüdischen Friedhof in Mainz. Aus diesen Studien ergab sich, daß

---

[285]) L. Horwitz, Gesetze um die bürgerliche Gleichstellung der Juden etc. S. 51.

Röschen Flesch von zwei alteingesessenen jüdischen Mainzer Familien abstammte:

Ihr Vater war Aron Flesch, geb. 1752 in Mainz, der Inhaber eines Viertelhauses, der am 15. März 1844 in Mainz gestorben ist (Memorbuch, 2. Teil, Nr. 53). Ihre Mutter war Sara Fulda, geb. 1766 in Mainz, gestorben am 5. Nissan 1818 in Mainz (Memorbuch Nr. 1292). Sie war die Tochter des Perez Fulda aus Mainz. Aron Flesch war ein Sohn des Noah Aberle Flesch aus Mainz, der dort am 1. Schewat 1799 gestorben ist (Memorbuch Nr. 1099). Das Memorbuch hob die Ehrenhaftigkeit und Gottesfrömmigkeit dieser Aszendenten der Röschen Flesch hervor.

Unter Zugrundelegung dieser Unterlagen und der mündlichen Familienüberlieferung können wir zusammenfassend folgendes sagen:

Isaac Hamburger wurde am 16. Dezember 1808 als Sohn des Löb Marum Hamburger und dessen zweiter Ehefrau Dertz, geb. Bethmann von Gelnhausen, geboren. Er erlernte als einer der ersten Juden in Bergen ein Handwerk, nämlich das Sattlergewerbe. Im Jahre 1825, da er in der Judentabelle als „abwesend" bezeichnet wurde, befand er sich wohl, wie dies damals zur Erlangung des Meisterbriefes nötig war, als Sattlergeselle auf Wanderschaft. Er soll sich — nach mündlicher Überlieferung — lange in Paris aufgehalten und fließend französisch gesprochen haben.

Am 16. Mai 1835 heiratete er die 1807 in Mainz geborene Tochter Röschen des Aron Flesch und der Sara Flesch, geb. Fulda, beide aus alteingesessenen Mainzer jüdischen Familien stammend. Aus der Ehe ist nur eine Tochter, meine väterliche Großmutter Sara Hamburger (geb. 27. April 1836) hervorgegangen. Röschen Flesch starb, noch nicht dreißigjährig, an der Geburt eines zweiten, nicht lebensfähigen Kindes am 10. November 1837.

Einige Jahre nach ihrem Tode verheiratete sich Isaac Hamburger mit Johanna, die nach Familienüberlieferung eine geborene Reitzenstein gewesen sein soll, während die oben zitierte Sterbeurkunde des Isaac Hamburger des Standesamts Bergen vom 16. Dezember 1880 sie als geborene Grasdörfer bezeichnet.

Diese zweite Ehefrau des Isaac Hamburger war, ebenfalls nach Familienüberlieferung, eine hervorragende Köchin, deren Gänseleberpasteten und anderen kulinarischen Erzeugnisse bei den reichen Frankfurter Juden großen Anklang fanden. Sie soll ihre Gänse für das pâté de foie gras selbst gemästet haben. Diese nicht unerheblichen Nebeneinnahmen seiner zweiten Ehefrau waren Isaac Hamburger wahrscheinlich nicht unwillkommen, da ihm das Sattlergewerbe anscheinend keine Reichtümer einbrachte.

Aus der zweiten Ehe scheinen keine Kinder hervorgegangen zu sein.

Isaac Hamburger starb in Bergen am 16. Dezember 1880, also etwas über 72 Jahre alt.

*(13)* SAMUEL RAPHAEL (HESS)

geboren Bergen 1782
gestorben Bergen 27. Februar 1844
und seine Ehefrau
SARA BARUCH (STERN)
geboren Bergen 1784
gestorben Bergen 7. August 1833

Es stehen uns die folgenden Archivalien zur Verfügung:

1783: Die Existenz des Samuel Raphael wird im Gesuch seines Vaters Raphael Joseph um Befreiung vom Schutzgeld vom 1. März 1783 (Anlage 23 a) erwähnt.

1798: In den Rezeptionsakten des David Baruch (Stern) [286]) erklärt dieser bei seiner Vernehmung vom 5. August 1798, er habe „. . . eine Schwester Sara, ledigen Standes . . .“

1804: In der Judentabelle Bergens für das Jahr 1804 befindet sich unter Nr. 1 folgende Eintragung:

Raphael Joseph Kinder
(Söhne) Samuel, 22 Jahre, Joseph, 13 Jahre, Icechiel, 12 Jahre
(Tochter) Voge (Vogel?), 8 Jahre

Unter Nr. 4 derselben Tabelle erscheint als im Haushalt der Eltern lebende Tochter des Baruch Loew und der Rahel, geb. Feibelmann, aus Beverungen: Saerge, 19 Jahre.

1812: In den im Anhang in Abschrift vorgelegten Urkunden vom 27. April bis 26. Juni 1812 (Anlage 30), die sich mit der Genehmigung von Ackerkäufen in Bergen in der Zeit des Großherzogtums Frankfurt befassen, ist Samuel Raphael Heß einer der Antragsteller; der andere ist Abraham Grünebaum (Vorfahrenreihe Nr. 8).

1814: In der Judentabelle Bergens vom Jahre 1814 erscheinen folgende Eintragungen unter Nr. 10:

Samuel Raphael Heß, 35 Jahre alt
(Ehefrau) Särchen, 30 Jahre alt
(Söhne) Raphol, 5 Jahre, Baruch, 1 Jahr
(Tochter) Blüm, 3/2 Jahre
(Gesinde) 1 Magd, 1 Knecht
hat landesherrlichen Schutz seit 20. Februar 1807
jährliches Schutzgeld: 20 Fl.
Vermögensanlage: 1200 Fl.

1818: In der Judentabelle Bergens für das Jahr 1818 finden wir unter Nr. 9 folgende Eintragungen:

Samuel Raphael Heß, 39 Jahre alt
(Ehefrau) Särchen, 28 Jahre alt, aus Bockenheim [287])
(Söhne) Raphol, 8 Jahre, Baruch, 2 Jahre
(Töchter) Blümchen, 6 Jahre, Röschen, 1 Jahr
(Gesinde etc.) 1 Magd, 1 Knecht, 1 Lehrer
hat landesherrlichen Schutz vom 20. Februar 1807
jährliches Schutzgeld: 20 Fl.
Vermögensanlage: 1200 Fl.

1821: In der Judentabelle Bergens für 1821:

Samuel Raphael Heß, 44 Jahre alt
(Ehefrau) Sara, 30 Jahre, von Bockenheim [287])
(Söhne) Raphol, 13 Jahre, Baruch, 4 Jahre

---

[286]) Staatsarchiv Marburg, Bestand 81. Reg. Hanau, Rep. E, 181. Judenschaftliche Sachen, XII. Amt Bergen, Bl. 1241 (Ord. Nr. 39).

[287]) Offensichtliche Verwechslung des Tabellenführers mit der Frau des M. Aron Adler.

(Töchter) Blümche, 8 Jahre, Rösge, 3 Jahre, Vogel, 1 Jahr
(Gesinde etc.) 1 Magd, 1 Knecht, 1 Lehrer
hat landesherrlichen Schutz seit 20. Februar 1807
jährliches Schutzgeld: 20 Fl.
Vermögensanlage: 2 600 Fl.

1822: Im „Verzeichnis über sämtliche im Kreise Hanau lebende Israeliten 1822" stand unter Bergen, lfd. Nr. 21, verzeichnet:

| | | |
|---|---|---|
| Samuel Heß | | geboren 1778 in Bergen |
| dessen Ehefrau Sara | | geboren 1788 in Bergen |
| Kinder | Ravol | geboren 1808 in Bergen |
| | Blüm | geboren 1810 in Bergen |
| | Baruch | geboren 1814 in Bergen |
| | Rahel | geboren 1817 in Bergen |
| | Vogel | geboren 1819 in Bergen |
| | Iana | geboren 1821 in Bergen |

1823: In der Judentabelle Bergens vom Jahre 1823 unter Nr. 7:

Samuel Raphael Heß, 43 Jahre alt
(Ehefrau) Sara, 32 Jahre, von Bockenheim
(Söhne) Raphol, 16 Jahre, Baruch, 7 Jahre, Löb, ½ Jahr
(Töchter) Blümche, 12 Jahre, Rösche, 5 Jahre, Vogel, 3 Jahre
(Gesinde) 1 Magd, 1 Knecht, 1 Lehrer
(Die Eintragungen betr. landesherrlichen Schutz, jährliches Schutzgeld und Betrag der Vermögensanlage sind identisch mit denen vom Jahre 1821.)

1824: In der Judentabelle Bergens von 1824 unter Nr. 7 sind die folgenden Eintragungen:

Samuel Raphael Heß, 44 Jahre alt
(Ehefrau) Sara, 33 Jahre, von Bockenheim
(Söhne) Raphael, 17 Jahre, Baruch, 8 Jahre, Löb, 1 ½ Jahre
(Töchter) Blümche, 13 Jahre, Rösche, 6 Jahre, Vogel, 4 Jahre
(Gesinde etc.) 1 Lehrer, 1 Knecht, 1 Magd
(Der Rest der Eintragungen ist identisch mit denen der Judentabellen von 1821 und 1823.)

1825: In der Judentabelle Bergens von 1825 unter Nr. 7 ist folgendes eingetragen:

Samuel Raphael Heß, 45 Jahre alt
(Ehefrau) Sara, 34 Jahre, von Bockenheim
(Söhne) Raphol, 18 Jahre, Baruch, 9 Jahre, Löb, 2 ½ Jahre, Löser, ¾ Jahr
(Töchter) Blümche, 14 Jahre, (Rösche, 7 Jahre, tot), Vogel, 4 Jahre
(Gesinde) 1 Lehrer, 1 Knecht, 1 Magd
(Der Rest der Eintragungen ist identisch mit denen der Judentabellen von 1821 - 1824.)

1826-1834: Im Sterberegister der Synagogengemeinde Bergen von 1825 bis 1873 erscheint die Unterschrift des Samuel Raphael Heß als „S. Heß" oder „Samuel Heß" auf den Seiten 3, 4 und 7 in seiner Eigenschaft als beurkundender Gemeindevertreter („Gemeindeältester").

1833: In dem vorstehend erwähnten Sterberegister auf Seite 6 findet sich folgende Eintragung:

Am 7. August 1833 ist Sara Heß, 49 Jahre alt, gestorben und am 8. August beerdigt worden. Beurkundet: Samuel Heß.

1844: In dem gleichen Register auf Seite 18 ist die Eintragung:

Am 27. Februar 1844 ist Samuel Heß, Handelsmann, 63 Jahre, gestorben und am 29. Februar beerdigt worden. Er starb an Lungenentzündung.

Zusammenfassend können wir, gestützt auf die vorstehenden Archivalien und unter zusätzlicher Verwendung der mündlichen Familienüberlieferung folgendes sagen:

Samuel Raphael Heß wurde 1782 in Bergen als Sohn des Raphael Loew und seiner Ehefrau Blümchen von Düdelsheim geboren. Er verheiratete sich um 1807 mit seiner Cousine Sara (Stern), der 1784 geborenen Tochter des Baruch Loew (Stern) und seiner zweiten Ehefrau Rahel („Rochele") Feibelmann von Beverungen. Den landesherrlichen Schutz für Bergen erhielt Samuel am 20. Februar 1807.

Aus der Ehe des Samuel Raphael Heß und der Sara Stern sind — außer zwei früh gestorbenen Töchtern — vier Söhne und zwei Töchter hervorgegangen: Raphael (geb. 1808), Baruch (geb. 1814), mein Großvater Löb (geb. 1823) und Löser (geb. 1825); Blümchen (geb. 1810) und Vogel (geb. 1819).

Wir haben bereits oben auf Seite 96 erwähnt, daß die Judentabelle von 1818 in Bezug auf die Ehefrau Sara des Samuel Raphael Heß durch ein Versehen ihren Geburtsort nach Bockenheim verlegte und ihr Alter unrichtig angab, auch daß diese Irrtümer in den späteren Tabellen automatisch übernommen wurden. Es kann jedoch kein Zweifel an ihrer Identität bestehen, wenn man das Verzeichnis sämtlicher Israeliten des Kreises Hanau von 1822 und vor allen Dingen das Sterberegister der Synagogengemeinde Bergen als zuverlässigere Archivalien als die Judentabellen auswertet.

Samuel Raphael Heß war allem Anschein nach ein äußerst tüchtiger Geschäftsmann, der es bereits frühzeitig zu Erfolg und Vermögen brachte. Schon fünf Jahre nach seiner Rezeption hatte er genügend flüssige Mittel, um allein oder in Gemeinschaft mit Abraham Grünebaum ländlichen Grundbesitz zu kaufen. Dieser war durch die Kriegsläufte damals sehr billig zu erlangen, wie das im Anhang befindliche Aktenstück von 1812 ausweist, und ist nach der endgültigen Niederlage Napoleons stark im Wert gestiegen. Daher erscheint Samuel Raphael Heß noch im Jahre 1818 mit dem Betrag von Fl. 1 200 in der Vermögensanlage, während die Tabelle von 1821 ihn mit Fl. 2 600 in der Vermögensanlage ausweist. Dieser Betrag bleibt bis zum Ende der Judentabellen konstant (1825). Das will nicht etwa heißen, daß er nur Fl. 2 600 besessen habe: Die Veranschlagung erfolgte zum Zweck der „Schatzungen" alle drei Jahre gemäß Artikel 15 der Hanauer Judenkapitulation vom 20. September 1738, und da die Erklärung vom Steuerpflichtigen selbst abzugeben war, wurde nur ein Bruchteil des wahren Vermögens in aller Regel deklariert. Trotzdem war Samuel Ra-

phael Heß im ganzen Amt Bornheimer Berg, das solch reiche jüdische Gemeinden wie Bockenheim verwaltungsmäßig erfaßte, mit Fl. 2 600 der am höchsten zur Vermögensanlage Veranschlagte. Die Judentabellen weisen aus, daß er sich von 1814 an einen Knecht und eine Magd und von 1818 an neben diesen Bediensteten einen eigenen Hauslehrer für seine Kinder leisten konnte. Dieses unter „Gesinde etc." erscheinende Personal bleibt beständig erhalten bis zur letzten Judentabelle von 1825.

Samuel Raphael Heß war wegen seiner Geschäftstüchtigkeit und seiner ehrlichen geschäftlichen Grundsätze weit über die Grenzen Bergens hinaus unter dem Namen „das Schmulche Bergen" bekannt. Er wurde in den Jahren 1826 - 1834 wiederholt zum Gemeindevorsteher („Gemeindeältesten") der Synagogengemeinde Bergen erwählt. Er scheint einen seinem Wohlstand entsprechenden Aufwand getrieben zu haben, war immer „à quatre épingles" gekleidet und hielt sich Reit- und Kutschpferde in den umfangreichen Stallungen des stattlichen Besitzes, in dem seine Kinder, Enkel und später Urenkel (darunter der Verfasser dieser Arbeit) geboren wurden. Ich kann mich noch aus meiner frühen Kindheit erinnern, daß mir die alten Eisentruhen gezeigt wurden, in denen mein Urgroßvater Samuel Raphael Heß seine zahlreichen Goldstücke, in lange Wollstrümpfe gepackt, aufbewahrte. Ein Teil der gutbürgerlichen, z. T. luxuriösen Einrichtung meines Geburtshauses um die letzte Jahrhundertwende rührte noch von den Urgroßeltern Heß her, wie z. B. das Spinett, die altdeutschen geschnitzten Eichenschränke und Familienminiaturen. Leider ist nichts davon erhalten geblieben.

Es scheint, daß sich Samuel Heß neben dem seit Jahrhunderten in der Familie üblichen Viehhandel, ähnlich wie sein Großvater Joseph Loew, zahlreichen anderen Betätigungen zugewandt hat. Wir haben seinen landwirtschaftlichen Grundbesitz bereits erwähnt; er machte auch Geld- und Getreidegeschäfte und legte die Grundlage für die von seinem zweiten Sohn Baruch später betriebene Großhandlung in Weinen und Spirituosen. Samuel Heß war nicht nur ein ehrlicher und geschäftstüchtiger Mann, sondern auch ein Weiser, der seinen Geist am Studium des Talmud und der Thora geschärft hatte. Auf diese Weisheit ist es zurückzuführen, daß er frühzeitig jeden seiner vier Söhne auf seinem eigenen Gebiet selbständig machte, indem er sein eigenes reiches Betätigungsfeld unter sie aufteilte und damit spätere Reibungen unter ihnen vermied. Raphael, der älteste Sohn, scheint sich ausschließlich mit dem Vieh- und Getreidehandel befaßt zu haben. Der zweite Sohn Baruch, der geistig anscheinend dem Vater am meisten nachschlug, übernahm frühzeitig die landwirtschaftliche Verwaltung und das Wein- und Spirituosengeschäft, das er zum Großhandel ausbaute (wir haben an anderer Stelle bereits erwähnt, daß er in den amtlichen Urkunden der Zeit die Berufsbezeichnung „Ökonom und Großhändler in Weinen und Spirituosen" führte). Er war der Gemeindevorsteher z. Zt. der Einweihung der „neuen" Synagoge in Bergen im Jahre 1854. Mein Großvater Löb Heß erhielt das Familienstammhaus, einen Teil des landwirtschaftlichen Besitzes und betrieb den Viehhandel in beträchtlichem Aus-

maß. Löser, der jüngste Sohn, den ich um die Jahrhundertwende noch als zahnlosen Greis gelegentlich mit meiner Mutter besuchte, widmete sich mehr den Geldgeschäften der Familie Heß[288]).

Die Ehefrau des Samuel Raphael Heß starb am 7. August 1833, 49-jährig, und der eigene Ehemann beurkundete, als Gemeindevorsteher, ihren Tod.

Samuel Raphael Heß folgte ihr fast 11 Jahre später, nämlich am 27. Februar 1844, 63-jährig, in den Tod. Nach dem Sterberegister soll er einer Lungenentzündung erlegen sein.

---

[288]) Die in den zwanziger Jahren in Frankfurt tätigen Photographinnen Nini und Carry Heß, die bahnbrechend für die moderne Porträt-Photographie wurden, waren Enkelinnen des Löser Heß.

*(14)* WOLF ROSENTHAL

geboren Bergen 10. April 1832
gestorben Bergen 25. März 1903

und seine Ehefrau

SARA HAMBURGER

geboren Bergen 27. April 1836
gestorben Bergen 9. Februar 1870

Es stehen uns folgende Archivalien zur Verfügung:

1832: Im Geburtsregister der jüdischen Gemeinde zu Bergen befand sich folgende Eintragung:

Am 10. April 1832 wurde Wolf Rosenthal dahier geboren. Seine Eltern: Michael Rosenthal und Sara Grünebaum aus Roth. (Für diese und die nachfolgenden Eintragungen habe ich beglaubigte Abschriften aus den nicht mehr bestehenden Registern der israelitischen Gemeinde in Bergen.)

1836: Im selben Geburtsregister befand sich die weitere nachfolgnede Eintragung:

Am 27. April 1836 wurde Sara Hamburger dahier geboren. Ihre Eltern: Sattlermeister Isaac Hamburger und seine Ehefrau, Röschen Hamburger, geb. Flesch.

1859: Im Trauungsregister der jüdischen Gemeinde Bergen befand sich folgende Eintragung:

Am 5. Mai 1859 fand die Trauung des Handelsmannes Wolf Rosenthal — Sohn des Michael Rosenthal und dessen gestorbener Ehefrau Sara, geborene Grünebaum aus Roth — mit Sarchen Hamburger — Tochter des Sattlermeisters Isaac Hamburger und dessen gestorbener Ehefrau Röschen, geborene Flesch, von hier, dahier statt.

1859-1868: Aus dem Geburtsregister und dem Sterberegister der Synagogengemeinde Bergen ergeben sich die folgenden Geburts- und Todesfälle von Kindern aus der Ehe Wolf Rosenthal mit Sara Hamburger:

| | |
|---|---|
| 1. ein Sohn — namenlos — | geboren am 26. August 1859<br>gestorben am 27. August 1859 |
| 2. eine Tochter, Röschen | geboren am 13. November 1860 |
| 3. ein Sohn, Samuel | geboren am 15. November 1861 |
| 4. ein Sohn, Leopold | geboren am 15. September 1862 |
| 5. eine Tochter, Karoline (Gustel) | geboren am 3. September 1863 |
| 6. ein Sohn, Adolph | geboren am 23. Januar 1865 |
| 7. ein Sohn, Abraham | geboren am 13. Februar 1867 |
| 8. eine Tochter, Doni | geboren am 19. November 1868<br>gestorben am 17. April 1869 |

1870: Im Sterberegister der Synagogengemeinde Bergen befindet sich die Eintragung:

Am 9. Februar 1870 starb Sarchen Rosenthal, Frau des Wolf Rosenthal, 34 Jahre, an Lungen-Tuberculose.

1903: Im Sterberegister der Gemeinde Bergen-Enkheim Nr. 18/1903 befindet sich folgende Eintragung:

Wolf Rosenthal, isrealitischer Religion, geboren in Roth bei Gelnhausen, ist am 25. März 1903 um 10.30 Uhr in Bergen gestorben. Er war 70 Jahre 11 Monate gewesen und verheiratet mit Jettchen, geb. Goldschmidt.

Zusammenfassend kann aufgrund der vorstehenden Urkunden und der mündlichen Familienüberlieferung (ich habe meinen Großvater Wolf Rosenthal noch gekannt) folgendes gesagt werden:

Wolf Rosenthal wurde am 10. April 1832 als Sohn des Michael Rosenthal und seiner Ehefrau Sara, geb. Grünebaum, in Bergen geboren. Es scheint, daß seine Mutter, die an sich mit ihrem Mann in Roth lebte, damals bei ihren Eltern Abraham und Röschen Grünebaum zu Besuch war. Die Angabe in der amtlichen Sterbeurkunde der Gemeinde Bergen-Enkheim Nr. 18/1903, daß er in Roth geboren gewesen sei, ist offensichtlich falsch und beruht wahrscheinlich auf Unkenntnis der Person, die die Todesmeldung vorgenommen hat. Wir haben nicht nur den beglaubigten Auszug aus dem (nicht mehr vorhandenen) Geburtsregister der Synagogengemeinde Bergen, der seine Geburt in Bergen bezeugt, sondern auch das noch im Staatsarchiv Marburg enthaltene Aktenstück des Kreisamts Gelnhausen „betr. Geburts-, Trauungs-, Sterberegister der israelitischen Gemeinden des Kreises Gelnhausen . . . 1822 - 1847" enthält keine Eintragung der jüdischen Gemeinde Meerholz (zu der damals die Juden von Roth gehörten) über die Geburt des Wolf Rosenthal, während s. Zt. die Geburten seiner zwei Schwestern Jettchen — 15. Juni 1838 — und Miriam — 17. Januar 1840 — dort verzeichnet sind. — Es ist jedoch wahrscheinlich, daß Wolf Rosenthal bis einige Zeit vor seiner 1859 erfolgten Eheschließung mit Sara Hamburger in Roth mit seinen Eltern gelebt hat. Möglicherweise ist er nach dem Tod seiner Mutter Sara Rosenthal, geb. Grünebaum, und bevor sich sein Vater Michael zum zweiten Male verheiratete, von Roth nach Bergen gekommen, wo ja die Familie seiner Mutter (Grünebaum) lebte.

Wolf Rosenthal war ein gutaussehender, stattlicher Mann, der wegen seines guten Wuchses zum Schellenbaumträger der Regimentskapelle des Kurfürstl. Hessischen Garderegiments bestellt wurde, in dem er seine Militärzeit ableistete.

Von Beruf war er Pferdehändler, scheint es dabei aber nicht zu großen Reichtümern gebracht zu haben.

Am 5. Mai 1859 verheiratete er sich mit Sara Hamburger, der Tochter des Sattlermeisters Isaac Hamburger und dessen damals bereits verstorbenen ersten Ehefrau Röschen, geb. Flesch.

Aus der Ehe sind außer zwei früh gestorbenen Kindern zwei Töchter und vier Söhne erwachsen. Das älteste Kind war Röschen (später verehelichte Cahn in Königstein), die sich wegen ihrer vorzüglichen Küche in ihrem rituell geführten „Hotel Cahn" größter Beliebtheit bei den orthodoxen Juden Frankfurts erfreute, aber auch aus ganz Deutschland und selbst aus dem Ausland zahlreiche Gäste anzog. Sie ist mit ihrer Schwester Gustel, der Witwe des Lehrers Bernhard Rothschild, in der Hitlerzeit in Theresienstadt ums Leben gekommen. Mein Vater Samuel war der älteste Sohn aus dieser Ehe.

Meine Großmutter Sara Rosenthal, geb. Hamburger, starb jung — 34-jährig — am 9. Februar 1870, nach dem jüdischen Sterberegister an Lungentuberkulose, nach Familienüberlieferung an einer Fehlgeburt. Ich halte diese letztere Version für wahrscheinlicher, da die Aszendenten der

Sara Hamburger fast alle ein hohes Lebensalter erreichten mit Ausnahme ihrer Mutter Röschen Hamburger, geb. Flesch, die noch nicht dreißigjährig, nach mündlicher Überlieferung ebenfalls an einer Fehlgeburt gestorben sein soll.

Wolf Rosenthal verheiratete sich am 1. Mai 1877, also einige Jahre nach dem Tod meiner Großmutter, seiner ersten Ehefrau, ein zweites Mal mit Jettchen Goldschmidt aus Uttrichshausen (geb. 30. Oktober 1854). Aus dieser zweiten Ehe ist außer einem kurz nach seiner Geburt gestorbenen Sohn ein weiterer Sohn Siegmund (genannt Siegfried) Rosenthal am 21. Januar 1882 geboren worden (die zweite Ehefrau des Wolf Rosenthal, Jettchen, geb. Goldschmidt, ist am 24. April 1906 gestorben). Wolf Rosenthal und seine zweite Ehefrau waren beide lange Jahre an einer Teilparalyse erkrankt und ans Bett gebunden. Die Kinder aus beiden Ehen sorgten in liebevollster Weise für sie.

Wolf Rosenthal ist seiner zweiten Ehefrau am 25. März 1903 in den Tod vorausgegangen.

*(15)* LÖB SAMUEL HESS

geboren Bergen 12. September 1823
gestorben Bergen 25. September 1896

und seine Ehefrau
GRETCHEN ROTHSCHILD
geboren Heldenbergen 24. September 1825
gestorben Bergen 24. März 1888

Wir verfügen über das folgende Urkundenmaterial:

1823: In der Judentabelle für Bergen für das Jahr 1823 erscheint unter Nr. 7 als im Hause seiner Eltern, der Eheleute Samuel Raphael Heß, lebend neben seinen älteren Geschwistern:
Löb, ½ Jahr alt.

1824: Desgleichen in der Judentabelle Bergens für das Jahr 1824 unter Nr. 7:
Löb, 1 ½ Jahre alt.

1825: Desgleichen unter Nr. 7 der Judentabelle Bergens für das Jahr 1825:
Löb, 2 ½ Jahre alt.

1845: Im Heiratsregister der Synagogengemeinde Bergen fand sich im Jahre 1845 folgende Aufzeichnung:
Am 9. Juli 1845 heiratete Löb Heß von dahier, 22 Jahre, Gretchen Rothschild aus Heldenbergen, Großherz. Hessen-Darmstadt, 21 Jahre.

1850: Sterberegister der Synagogengemeinde Bergen, Seite 30:
Es starb am 30. Januar 1850 (beerdigt am 31. Januar) Lippmann Heß, 2 Jahre und 6 Monate. Eltern: Löb Heß und dessen Ehefrau Gretchen, geb. Rothschild, dahier.

1856: Im selben Sterberegister, Seite 50:
Am 11. November 1856 (beerdigt am 13. November) starb Fanni Rothschild, Witwe des Lippmann Rothschild zu Heldenbergen im Großherzogtum Hessen, 56 Jahre. Die Verstorbene war in Heldenbergen heimatberechtigt resp. ansässig und lebte seit mehreren Jahren bei ihrem Schwiegersohn, Löb Heß, dahier, bei welchem sie gestorben ist.

1864: Im selben Sterberegister, Seite 72:
Am 19. März 1864 starb Joseph Heß, 1 Jahr und 2 Monate. Eltern: Löb Heß und dessen Ehefrau Gretchen, geb. Rothschild.

1868: Im selben Sterberegister, Seite 84/85:
Am 14. April 1868 starb Rudolf Heß, ledig, 18 Jahre. Eltern: Löb Heß und dessen Ehefrau Gretchen, geb. Rothschild. Der Verstorbene hatte sich erhängt.

1888: Standesamtliche Urkunde der Gemeinde Bergen-Enkheim Nr. 19/1888:
Gretchen Heß, geb. Rothschild, israelitischer Religion, ist am 24. März 1888 um 23.15 Uhr in Bergen gestorben, war 63 Jahre, in Heldenbergen geboren und mit Löb Heß verheiratet gewesen.

1896: Ibidem, Nr. 50/1896:
Löb Heß, israelitischer Religion ist am 25. September 1896, 14.30 Uhr, in Bergen gestorben, war 73 Jahre alt, Witwer von Gretchen Heß, geb. Rothschild.

Nota: Die Geburtsdaten der Kinder aus der Ehe des Löb Heß und Gretchen, geb. Rothschild, die nachstehend in der zusammenfassenden Darstellung wiedergegeben werden, habe ich den Standesbüchern über Geburten in der Synagogengemeinde Bergen von 1849-1868 [289]) entnommen und unterlasse ihre Aufführung an dieser Stelle zur Vermeidung von Wiederholungen.

---

[289]) Staatsarchiv Marburg, Protokoll-Abteilung Bergen-Enkheim, II, 14, b.

Zusammenfassend und unter Hinzunahme mündlicher Familienüberlieferung kann folgendes gesagt werden:

Löb Samuel Heß wurde am 12. September 1823 als Sohn des Samuel Raphael Heß und der Sara Heß, geb. Stern, geboren, entstammte also durch beide Eltern zwei alteingesessenen Berger Familien. Er übernahm das elterliche Stammhaus und einen Teil des ländlichen Grundbesitzes vom Vater, wie an anderer Stelle (Vorfahrenreihe Nr. 13) bereits erwähnt ist, und betätigte sich als Viehhändler in großem Maßstab. Er wird in dem nichtamtlichen, nicht mehr auffindbaren Gewerberegister der Gemeinde Bergen-Enkheim aus dem 19. Jahrhundert in den vierziger Jahren nicht als „Handelsmann", sondern als „Kaufmann" bezeichnet, wie denn auch der Beruf seines älteren Bruders Baruch in den verschiedenen Registern als „Ökonom und Großhändler in Weinen und Spirituosen" aufgeführt wird.

Löb Heß verheiratete sich am 9. Juli 1845 mit der am 24. September 1825 in Heldenbergen geborenen Gretchen Rothschild, Tochter des Ellenwarenhändlers Lippmann Rothschild aus Heldenbengen (geb. ca. 1785, gest. 1835) und seiner Ehefrau Fanni Strauss aus Büdingen (geb. 1800, gest. 11. November 1856 in Bergen).

Aus der Ehe sind folgende Kinder hervorgegangen:
Samuel, geb. 1846
Lippmann, geb. 1847, gest. 30. Januar 1850
Raphael (gen. Rudolph), geb. 13. September 1849, gest. 14. April 1868
David, geb. 2. Juni 1851
Bernhard, geb. 15. Januar 1853
Sarchen, geb. 25. Oktober 1856
Moses (gen. Moritz), geb. 12. Januar 1859
Franziska (meine Mutter), geb. 29. Dezember 1860
Joseph, geb. 15. Januar 1863, gest. 19. März 1864

Gretchen Heß litt anscheinend daran, daß ihre Drüsen nicht richtig arbeiteten. Sie war so dick, daß sie Mühe hatte, durch die Türen des Hauses zu gehen, die keineswegs eng waren. Sie war etwa von 1875 an meist nicht wohl genug, um ihrem großen Haushalt vorzustehen, und überließ mehr und mehr die Leitung des Haushalts ihrer jüngsten Tochter, meiner Mutter. Das Haus wurde für die damalige Zeit in recht großem Stil geführt. Es blieb noch etwas von dem Abglanz des Reichtums, den Samuel Raphael Heß geschaffen hatte, auch bei Lebzeiten des immer noch vermögenden Sohnes Löb Heß, erhalten. In Haus und Stallungen wurden mehrere Bedienstete gehalten, und die Kinder wurden auf höhere Schulen geschickt oder durch Privatlehrer in Sprachen und Musik unterrichtet.

Durch die Kränklichkeit der Mutter und die geschäftliche Inanspruchnahme des Vaters wurden die Söhne viel sich selbst überlassen und anscheinend reichlich verzogen. Darauf ist wohl der im Jahre 1868 erfolgte Selbstmord des Sohnes Rudolph (ursprünglich Raphael) zurückzuführen, von dem die Familie wenig sprach.

Löb Heß war ein hochintelligenter Mann, der von seinem Urgroßvater Joseph Loew (1714 bis nach 1784) eine ausgesprochene Begabung für rechtliche Angelegenheiten ererbt zu haben schien. Ich habe noch als junger Referendar einige seiner Prozeßinstruktionen an seine Anwälte in Hanau, Vilbel etc. gelesen, die in seinen nachgelassenen Papieren waren, und habe mich über die außerordentliche Gewandtheit meines Großvaters in diesen juristischen Dingen gewundert, da er ja schließlich nur praktische Erfahrungen, aber keine theoretische Vorbildung auf diesem Gebiet hatte. Daneben war er allerdings anscheinend eine Art Michael Kohlhaas-Natur, da er oft mit größter Energie für sein vermeintliches Recht in Fällen kämpfte, die, objektiv betrachtet, zumindest zweifelhaft lagen oder gar für ihn ungünstig aussahen.

Er hatte mit seinen Söhnen kein großes Glück, wie dies oft bei Männern der Fall ist, die aus wohlhabendem Hause stammen und nicht an des Dichters Weisheit glauben wollen: „Was Du ererbt von Deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen".

Das alte solide Familienvermögen der Familie Heß kam daher, vor allem nach dem Tode von Löb Heß, zum Verfall, und was noch davon vorhanden war, wurde durch die nationalsozialistische Welle verschlungen.

Gretchen Heß starb am 24. März 1888, etwa ein halbes Jahr nach der Eheschließung meiner Eltern; Löb Heß starb etwa sechs Wochen vor meiner eigenen Geburt, nämlich am 25. September 1896.

*(16)* SAMUEL ROSENTHAL

geboren Bergen 15. November 1861
gestorben Sobibor (Polen) 2. April 1943

und seine Ehefrau
FRANZISKA HESS

geboren Bergen 29. Dezember 1860
gestorben Frankfurt am Main
22. November 1938

Wir sind am Ende meiner Vorfahrenreihe, nämlich bei meinen Eltern, angelangt. Sie haben nur etwa die Hälfte ihres Lebens in Bergen verbracht, und zudem fiel die zweite Hälfte bereits ins 20. Jahrhundert. Zeitlich fällt ihr Leben also nur teilweise in den Rahmen dieser Arbeit. Daher seien die nachstehenden Daten nur skizzenhaft wiedergegeben und die sie und ihre Kinder angehenden Ereignisse nur insoweit näher erörtert, als sie von Allgemeininteresse sind.

Mein Vater Samuel Rosenthal wurde am 15. November 1861 in Bergen als Sohn der Eheleute Wolf Rosenthal und Sara, geb. Hamburger, geboren. Meine am 29. Dezember 1860 in Bergen geborene Mutter war die Tochter von Löb Heß und seiner Ehefrau Gretchen, geb. Rothschild. Die Eheschließung meiner Eltern fand am 3. August 1887 in Frankfurt am Main statt. Ihr erster ehelicher Wohnsitz war Bergen, wo sie im Hause meines Großvaters Löb Heß lebten, das sie erst nach meiner Geburt verließen, um in ein anderes Haus umzuziehen.

Aus der Ehe meiner Eltern sind folgende Kinder hervorgegangen, die sämtlich in Bergen geboren wurden:

Sophie, geboren 28. März 1888
Gretchen, geboren 22. Oktober 1890
Julius, geboren 8. Februar 1893
Ludwig, geboren 7. November 1896 (der Verfasser dieser Arbeit)
Erna, geboren 5. Oktober 1901

Außer mir ist nur noch meine Schwester Erna am Leben (1963). Meine Schwester Gretchen ist im Februar 1962 in New York an einer Krankheit gestorben. Alle anderen — Eltern und Geschwister — sind den Ereignissen der Zeiten, die wir durchlebt haben, zum Opfer gefallen.

Mein Bruder Julius ist am 16. Februar 1915 als Einjährig-Freiwilliger des deutschen Heeres an der Karpathenfront bei Rozanka von der Kugel eines sibirischen Scharfschützen tödlich getroffen worden.

Meine Mutter mußte sich anfangs November 1938 im Krankenhaus der israelitischen Gemeinde in Frankfurt am Main einer an sich nicht gefährlichen Operation unterziehen, die auch völlig geglückt war. Als am 10. November 1938 — dem Morgen nach der „Kristallnacht" — die Gestapo ihren behandelnden Arzt, Dr. Bernhard Rosenthal, verhaften wollte, zog dieser es vor, sich eine tödliche Giftspritze zu geben. Er war Frontarzt im ersten Weltkrieg gewesen und hatte sich hohe Kriegsauszeichnungen erworben. Da auch die anderen Ärzte des Krankenhauses und ein Teil des Pflegepersonals verhaftet wurden, konnte den Kranken nicht mehr die erforderliche Pflege gewährt werden, und meine Mutter starb infolge dieses Umstandes am 22. November 1938 im Krankenhaus.

Mein Vater und meine Schwester Sophie verzogen nach dem Tod meiner Mutter nach Amsterdam. Im Frühjahr 1943 wurden sie von den nationalsozialistischen Besatzungsbehörden zunächst in das in Westerbork

in Holland errichtete nationalsozialistische Konzentrationslager verbracht, dann von dort nach Polen deportiert und am 2. April 1943 im „Todeslager" von Sobibor in Polen von den Nationalsozialisten ermordet.

Der Verfasser, bis 1933 Rechtsanwalt und Notar in Frankfurt am Main, wurde als Jude in der Liste der Rechtsanwälte gestrichen und seines Amts als Notar enthoben.

Er lebt jetzt — nach vorübergehendem Aufenthalt in Holland — im Geburtsland seiner Frau Florence, geb. Koenigsberger (geboren 18. Februar 1903 in Guatemala, verheiratet am 6. August 1928 in Hamburg). Der älteste Sohn, Kenneth Wolfgang Rosenthal (geboren 2. November 1929 in Frankfurt) ist Rechtsanwalt in San Francisco, Californien. Der zweite, Gert Rosenthal (geboren 11. September 1935 in Amsterdam) ist Kaufmann und Volkswirtschaftler in Guatemala. Beide sind verheiratet und Vater je eines Kindes (1963).

# ANHANG I:

## Dokumente zur Familiengeschichte des Verfassers

# ÜBERSICHT


| Personen: | Anlagen-Nr.: |
|---|---|
| ISAAC<br>geb. Bergen 1667<br>gest. Bergen nach 1739 | 1 |
| MICHEL LAPP<br>geb. Bergen 2. Hälfte des 17. Jhdts.<br>gest. Bergen vor 1754 | 2 |
| JUDA LAPP WITWE<br>geb. um 1685<br>gest. nach 1760 | 3 |
| LOEW ISAAC<br>geb. Bergen 1691<br>gest. Bergen 1768 | 4 |
| MARUM LAPP<br>geb. Bergen 1694<br>gest. Bergen um 1765 | 5 und 6 |
| JOSEPH LOEW<br>geb. Bergen 1714<br>gest. Bergen nach 1784 | 7 bis 13 |
| BARUCH LOEW<br>geb. Bergen 1728<br>gest. Bergen zwischen 1808 und 1814 | 14 und 15 |
| MARUM LOEW (HAMBURGER)<br>geb. Bergen 1736<br>gest. Bergen 1819 | 16 bis 21 |
| RAPHAEL JOSEPH<br>geb. Bergen 1752<br>gest. Bergen vor 1804 | 22 bis 29 |
| SAMUEL RAPHAEL HESS<br>geb. Bergen 1782<br>gest. Bergen 1844 | 30 |
| Gesuch der Vorsteher der Jüdischen Gemeinde Bergen<br>Betr.: Wachtdienst der Juden in Bergen; 1816/17 | 31 |

**Anlage 1**

Betr.: Isaac von Bergen ersucht um Freistellung vom Schutzgeld. (Sein Gesuch selbst ist nicht mehr vorhanden.)

Februar / April 1739

Quelle: Staatsarchiv Marburg, Bestand 80. Hanau, Rub. L, Lit. E, Nr. 2: Juden-Schutz-Gelder und anderer Abgifften Erlaß- und Befreyungen in dem Amt Bergen Tom. I. 1737 - 1767, Bl. 2 u. 3

1 a) Eingabe des Amtskellers Mergentheim zu Bergen:

[Eingangsvermerk der Hanauer Regierung:]

Praes. d. 17. Febr. 1739

P. S.

Auch genädiger, Hochgewichtigst und HochgeEhrteste Herrn.

Ist dasjenige was Jud Isaac zu Bergen vulgo der dolle Itzig genannt, in anbey zurückgehenden unterthänigsten Memoriali wegen seins 71 Jährigen Alters mit daher überkommener Schwächlichkeiten, wie auch seiner Armuth unterthänigst Vorgestellt hat, der Wahrheit allerdings gemäß gestallteten dann die Armuth bey Ihme so groß ist, daß ich die Schutz Gelder fernerhin von ihme nicht zu bekommen weiß, dahero derselbe dann falls Ihme in seinem unterthänigsten Bitten nicht deferiret und die Schutz Gelder wenigstens auf die helft moderiret werden sollten, gantz von hier würde Verwiesen werden müßen, zumahlen da deßen Sohn, welcher genug mit sich selbsten zu thun hat, davor weiter nicht stehen und caviren will. Verharrend ut in literis.

Bergen d. 13 ten Febr. 1739 P. N. Mergentheim

1 b) Auszug aus dem Rentkammerprotokoll:

[Eingangsvermerk:]

prs. Caßell d. 8 t. April 1739

Extractus Jud Isaac zu Bergen

Hochfürstl. Heßen-Hanauischen-Renth Cammer Prot. vom 21 ten Febr. 1739

Der Keller Mergentheim zu Berg Berichtet auf das von dem Schutz-Juden Isaac zu Bergen übergebene und ihm communicirte Bitt-Memoriale, worin derselbe um die immuniteet von denen Herschafftln. oneribus ad dies vitae nachgesucht hat.

Wäre das eingekommene Memoriale samt dem darauf erstatteten Bericht Smi. Hochfürstl. Durchlt. mit dem unterthänigst ohnemaß geb. antrag einzufordern, daß Vorwaltenden umständen nach dem supplicanten wohl zu gönnen seye, wann ihm pro petito in höchster gnade deferiret werden wolte.

1 c) Endverfügung:

Resolutum Serenissimi

In betracht des Supplicanten attestirten Alters und Ohnvermögens wollen Wir demselben mit der nachgesuchten Freyheit auf seine übrige Lebens-Zeit in gnaden willfahren und hat Unsere Fürstl. Renth Cammer zu Hanau hiernach die weitere Verfügung zu thun.

Caßell den 8 t. Aprilis 1739

**Anlage 2** Betr.: Hanauer „Cantzley-Bescheid“ vom 23. August 1692 über Kriegskontributionen der Juden in Bergen

August 1692

Quelle: Gemeinde-Gerichts- u. Rechnungsbuch von 1674 ff. der Gemeinde Bergen, Seite 69

Vorbemerkung:

Wir haben im Hauptteil, Abschnitt II zum Unterteil „Michel Lapp“ darauf hingewiesen, daß M i c h e l L a p p nicht mit absoluter Gewißheit, sondern nur mit einer an Sicherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit der Vater meines Aszendenten Marum Lapp und seiner Brüder Salomon („Schlomme“) und Juda Lapp gewesen sei.

Auf M i c h e l L a p p bezieht sich die nachstehend abgedruckte Urkunde vom 23. August 1692. Dieser Hanauer „Cantzley-Bescheid“ befaßt sich mit der Festsetzung der Kriegskontributionen für die Juden in Bergen. Um die fragliche Zeit war der dritte Eroberungskrieg des französischen Königs Ludwigs XIV. im Gang, der bis 1697 dauerte und in welchem die Franzosen unter General Mélac u. a. die Pfalz zerstörten und das Dorf Oberrad bei Frankfurt anzündeten. Auch auf Hanauer Gebiet waren die Franzosen in diesem Eroberungskrieg wiederholt vorgedrungen.

Zwischen der Gemeinde Bergen und den dort wohnhaften Juden waren offenbar Meinungsverschiedenheiten („Irrungen“) über Art und Höhe der durch den Krieg bedingten Sonderkontributionen ausgebrochen, die nunmehr die Hanauer Gräfliche Kanzlei durch ihren Bescheid vom 23. August 1692 endgültig zur Schlichtung brachte.

Dieser Hanauer Kanzlei-Bescheid erschien im Wortlaut auf Seite 69 des (heute nicht mehr auffindbaren) Gemeinde-Gerichts- und Rechnungsbuchs der Gemeinde Bergen von 1674 ff. und wurde von dem früheren Rektor M. Schäfer aus diesem Buch abgeschrieben (vgl. hierzu die Anmerkung 180 auf Seite 77). Die in dem Bescheid namentlich erwähnten Juden M i c h e l L a p p, Itzig, Abraham und Simon erscheinen in der von mir auf Seite 95 wiedergegebenen Judensteuer-Liste für das Jahr 1679 unter den Nummern 18, 7, 19 und 3.

Der Kanzlei - Bescheid lautet:

Nachdem bishero zwischen der Gemeinde zu Bergen und den Juden daselbst einige Irrungen wegen des Beitrages vorgefallen, so sind solche dahin entschieden worden, daß so lange der Krieg währet,

Jud Michel L a p p jährlich der Gemeinde

| | | |
|---|---|---|
| vor alles . . . . . | 10 | fl., |
| Itzig . . . . . | 9 | fl., |
| Abraham . . . . . | 8 | fl., |
| Simon . . . . . | 7 ½ | fl. |

beitragen, die übrigen aber in den ordinären Posten gelaßen werden und falls wider Verhoffen einige Notquartier auf Bergen kommen und die Pferde sonst nicht unterzubringen sind, die Juden ihre Ställe dazu hergeben gehalten sein sollen, welches den beiden Parteien zu eröffnen.

Hanau, den 23 ten Augustus 1692
[Unterschriften]

---

**Anlage 3**

Betr.: Gesuch der Witwe des Juda Lapp um Befreiung vom Schutzgeld
Oktober / Dezember 1760

Quelle: Staatsarchiv Marburg, Bestand 80. Hanau, Rub. L, Lit. E, Nr. 2: Juden-Schutz-Gelder und anderer Abgifften Erlaß- und Befreyungen in dem Amt Bergen Tom. I. 1737 - 1767, Bl. 41 - 45

Vorbemerkung:

Was die Anlage 3 anlangt, so war die Antragstellerin Baile Lapp, Witwe des Juda Lapp, zwar keine Aszendentin des Verfassers; jedoch ist das in diesen Urkunden erwähnte Haus, das im Siebenjährigen Krieg durch Kanonenkugeln beschädigt wurde, wie an anderer Stelle im Text nachgewiesen ist, das Lappsche Stammhaus, das bereits mindestens dem Vater meines 1694 geborenen Aszendenten Marum Lapp gehört haben muß. Aus diesem Grunde und wegen des auch allgemein-geschichtlich sehr interessanten Inhalts der Anlagen 3 a bis 3 e hat der Verfasser es für richtig gehalten, sie in den Urkundenanhang einzuschließen, obwohl sie nur mittelbar seine direkten Vorfahren in Bergen im 17. und 18. Jahrhundert betreffen.

3 a) Gesuch:

[Eingangsvermerk Zelle:]
prs. Celle, 24 ten 8br. 1760
[Eingangsvermerk Hanau:]
pt. d. 29 t. 8br. 1760

An die Durchlauchtigste Fürstin und Frau, Frau Maria, Königl. Prinzeß von Großbritannien, pp. Vermählte Landgräfin zu Heßen, Fürstin von Hersfeld, Gräfin zu Katzenelnbogen, Dietz, Ziegenhayn, Nidda, Schaumburg, und Hanau, Vormünderin und Regentin, Meine gnädigste Fürstin,

Unterthänigste Bittschrift

Mein

des Juden Lappen nachgelaßenen alten, baufälligen Wittib zu Bergen Puncto eines Rückstandes in die Herrschaftl. Kellerey bittet demüthigst um deßen gnädigsten Erlaß und um Künftige Schutz Freyheit.

Durchlauchtigste Fürstin,
gnädigste Fürstin und Frau!

Demüthigste Supplicantin ist von 1757 biß anher vor sich und ihren in der Armuth verstorbenen Mann 17 Fl. 23 alb. 1 Pf. Schutz-Geld und Feder Lappen schuldig.

Gedachter ihr Mann starb aber in der äußersten Armuth, nachdem er über 3 Jahre lang geschwollen darnieder gelegen und daher auch die Gnade erhalten hatte, nur den halben Schutz zu zahlen.

Und Sie demüthigste Supplicantin ist eine 65jährige baufällige Frau, welche überdies durch einen unglücklich geheilten Armbruch außer Stand gesetzt worden ist, mit ihrer Hände Arbeit noch weiteres was zu verdienen. Ihr Unglück hat aber der bey Bergen vorgewesene Choq mit den Franzosen vollends vergrößert. Ihr Häußgen wurde bey dießer Gelegenheit durch die Canonade der Alliirten nicht nur so durchlöchert, daß solches den Einsturtz gedrohet hat, und weil humillime supplicans solches wieder bauen zu laßen außer Stand ist, abgewichener Etagen darnieder gerißen werden müßen, sondern vor ausgestandenem Schrecken sind alle Sinne besonders das Gehör derselben nebst dem Verstand so geschwächt worden, daß man Sie unter die einfältigen Personen, welche sich nichts mehr zu rathen wißen, mit Recht zählen kan.

Da nun demüthigste Supplicantin bey vorgedachter Gelegenheit über dieß um all ihr weniges noch gekommen, wie damit gantz und gar außer Stand ist, ihre Schuld an die Herrschafftl. Kellerey zu Bergen abtragen zu können, so bittet Ew. Königl. Hoheit Sie demüthig, Höchstdieselbe ihr dießen Rückstand weniger nicht gnädigst zu erlaßen, als ihr vor das Künftige die Schutz-Freyheit mildest zu verstatten und dießerhalben den gnädigsten Befehl an die Behörde zu ertheilen, in Hochfürstl. Hulden geruhen wollen, der allmächtige und barmhertzige Gott wird Ew. Königl. Hoheit vor dieße wahrhafftig wohl angewendete Wohltat und Allmosen ein reicher Vergelter seyn, demüthigste Supplicantin aber dieße höchste Gnade mit ehrerbietigster dankbarkeit, ihren Kräfften nach, zeitlebens verehren.

Hierüber pp. mit Verharren

Ew. Königl. Hoheit
demüthigste Magd,
des Juden Lapp nachgelaßene Wittib zu Bergen

3 b) Attest des Amtskellers Knyrim zu Bergen:

Daß die hierin bemeldete Umstände auf wahrheit beruhen und die supplicantin in der äußersten armuth zeit langer Zeit lebet, so daß wann nicht zu Zeiten Christen mit einer Ration Brodt anhanden gegangen, dieselbige in der äußersten noth verschmachten müßen wo dieselbe nicht in Stand ist, die restirenden Schutz Gelder zu zahlen, welches der Wahrheit zu seyn attestirt.

Bergen, d. 6 tn Oct 1760

C. Knyrim
Ambts Keller

3 c) Verfügung am Rand:

Extractus Hochfürstl. Heßen Hanauischen Vormundschaftl. Administrations Protocolli

d. d. Zelle, den 25 ten 8bris 1760.

Res: An die Renth Cammer zum Bericht.

3 d) Bericht der Rentkammer:

Unterthänigster Bericht.

Der, ad supplicatum des verstorbenen Schutz-Juden Lappen nachgelaßenen Wittib zu Bergen gnädigst erforderte Bericht nach vorhero von der dasigen Kellerey eingezogenen pflichtmäßigen Erkundigung, cum remissione communicati hiermit unterthänigst erstattet, daß die in dem Memoriali angeführte Umstände durchgehends gegründet, und die Supplicantin dahero gäntzlich außer Stande seye, so wenig die, bis zum Ende dieses Jahres schuldige onera ad 19 fl. 5 Pf. zu bezahlen, als pro futuro solche abzuführen: und wird es diesem nach von Ihro Königl. Hoheit Höchsten Gnade abhangen, ob dieser armen Jüdin sowohl de praeterito als auch pro futuro, die Befreyung gnädigst angedeihen solle?

Hanau, den 21 ten Novembris 1760
zu der HochFürstl. Renth Kammer gnädigst Verordnete
J. H. Haumann Klingender

[Eingangsvermerk:]
prs. Celle, d. 29 tn Novembr. 1760

3 e) Endverfügung:

In Betracht der einberichteten Umstände wird der nachgesuchte Erlaß des Schutz Geldes sowohl pro praeterito als futuro gndgst. zugestanden.

Celle, den 10 ten Decembr. 1760

---

**Anlage 4**

Betr.: Gesuch des Loew Isaac um Befreiung vom Schutzgeld

März / November 1761

Quelle: Staatsarchiv Marburg, Bestand 80. Hanau, Rub. L, Lit. E, Nr. 2: Juden-Schutz-Gelder und anderer Abgifften Erlaß- und Befreyungen in dem Amt Bergen Tom. I. 1737 - 1767, Bl. 46 u. 47

4 a) Gesuch:

[Eingangsvermerk Zelle:]
Zelle, 13. t. mart. 1761

[Eingangsvermerk Hanau:]
Hanau, 23 8br. 1761

Durchlauchtigste Landgräfin,
Gnädigste Fürstin und Frau!

Ew. Königl. Hoheit welt-bekande Gnade reitzet auch mich alten Creiß zu Höchstderselben meine unterthänigste Zuflucht zu nehmen.

Schon bey 50. Jahre genieße ich des gnädigsten Schutzes und biß jetzo bin ich noch niehmals weder in abtragung meiner Herrschaftl. noch meiner gemeinen onerum jemahls saumseelig gewesen. Nunmehr aber setzt mich mein auf 70. Jahre gestiegenes Alter nicht allein außer allen Verdienst, sondern ich habe auch das Unglück gehabt, wehrend der Berger Bataille um mehr als 200 fl. zu kommen,

ja und was noch mehr ist sogar nachhero von meinen nach Frankfurth geflüchtete besten Sachen um 400 fl. werth bestohlen zu werden, welches alles denn mich nunmehro, nachdem ich mein Vermögen zu Aussetzung meiner Kinder angewand habe, mich soweit entkräftet hat, daß ich jetzo in meinem Handel und Wandel nachzugehende gantz unvermögendes Alter, meinen unterhalt nur bey diesen suchen muß, und die mir obliegenden praestanda nicht mehr zu prästiren weiß.

Alle diese umstände sind so gegründet, daß ich mich desfals auf das mir Vorgesetzte löbl. Amt getrost berufen darf. Da nun hierzu auch noch ferner kommt, daß ich mich ohne eitlen ruhm zu melden jeder Zeit treu und Ehrlich aufgeführet, so flehe Ew. Königl. Hoheit ich hierdurch unterthänigst an, mich nunmehro zu meinem ohnvermögenden und Verdienstlosen Alter von den bisherigen Beschwehrden vors Künftige gnädigst zu eximiren. Vor welche Hohe Gnade ich gewiß in der Tiefsten Dankbarkeit und Submißion ersterben werde.

Ew. Königliche Hoheit
Unterthänigster
Loew Isaac, Schutz Jude zu Bergen

## 4 b) Bericht der Rentkammer:

[Eingangsvermerk:]
prs. Göhrde, 15 t. Novembr. 1761

Unterthänigster Bericht.

Bey Ihro Königl. Hoheit suchet der Schutz Jude Loew Isaac zu Bergen in dem hierbey gehenden Supplicato um die Befreyung ab oneribus pro futuro unterthänigst nach.

Da nun der von dem Ambt und Kellerey eingezogenen zuverlässigen Nachricht zufolge, ermeldter Supplicant beynahe 70. Jahre alt ist und seither 1712 in hießigem landesherrlichen Schutz gestanden, sein Schutz-Geld biß hieher richtig abgeführet, und wegen seines erreichten Alters nichts mehr verdienen kan, auch gleich anderen Unterthanen zu Bergen bey der dasigen Bataille durch Plünderung vieles eingebüßet haben mag; So ist die Renth Kammer, wiewohlen des unterthänigst ohnzielsetzlichen Dafürhaltens, daß demselben pro futuro die unterthänigst gebettene Schutzfreyheit gnädigst zugestanden werden könne.

Hanau, den 3 ten 9bris 1761
J. M. v. Günderode J. H. Haumann Klingender J. F. von der Burg
C. Bode G. Borries

## 4 c) Endverfügung:

Die nachgesuchte Befreyung ab oneribus wird bey den angeführten umständen gndgst. zugestanden.

Göhrde, den 16 ten 9bris 1761.
exp:

**Anlage 5**

Betr.: Marum Lapp beantragt Freistellung von der Zahlung des Schutzgelds

November / Dezember 1756

Quelle: Staatsarchiv Marburg, Bestand 80. Hanau, Rub. L, Lit. E, Nr. 2: Juden-Schutz-Gelder und anderer Abgifften Erlaß- und Befreyungen in dem Amt Bergen Tom. I. 1737 - 1767, Bl. 35 - 37 und 41

## 5 a) Gesuch:

[Eingangsvermerk in Philippsruhe:]
Phil., 28. 8br. 1756

An Durchlauchtigsten Fürsten und Herrn, Wilhelm, Landgrafen zu Heßen, Fürsten von Hersfeld, Grafen zu Catzenelnbogen, Dietz, Ziegenhayn, Nidda, Schaumburg und Hanau, gnädigsten Fürsten und Herrn

Unterthänigste Bittschrift,
Mein, des Schutz-Juden Marum Lapps von Bergen
um gnädigen Erlaß des Schutzgeldes pp.

Durchlauchtigster Fürst,
gnädigster Fürst und Herr!

Ew. Hochfürstl. Durchlt. fleht unterzeichneter Supplicant um gnädige Erlaßung und Freyheit von dem Schutzgeld unterthänigst nothdringlichst an. Derselbe ist zwey und sechzig Jahre alt und schon 32 Jahr in dem Schutz, hat alle onera bißher richtig bezahlt, befindet sich aber dermahlen in dem äußersten Ohnvermögen.

Gleichwohl ist er ohne sein verschulden und durch erlittene Bancoroute in dieße übergroße Armuth gekommen, indem er zu Straßburg allein 6 M Fl. und zu Frankfurth über M Fl. an den Metzgern verlohren hat, wie solches alles die Herrschafftl. beamten Amts Bornheimer bergs, der Wahrheit zu Steuer auf gnädigstes Erfordern attestiren werden.

Humillime Supplicans verhofft also von Ew. Hochfürstl. Durchlt. Welt bekandten höchsten Milte unterthänigst, daß Höchstdieselbe die barmhertzigkeit vor ihm heegen und sein submißestes bitten gnädigst gewehren werden, als um welche Höchste Gnade Er Fußfällig wiederhohlter bittet und in gebeugtester EhrFurcht harret,

Ew. Hochfürstl. Durchlt.
Unterthänigster Knecht,
Marum Lapp, Schutz-Judt zu Bergen

## 5 b) Bericht der Rentkammer:

Unterthänigster Bericht
Bey Serenissimi Hochfürstl. Durchlt. sucht der Schutz-Judt Marum Lapp zu Bergen in dem beygehenden Memoriale unterthänigst nach, daß ihm die Schutzfreyheit pro futuro gnädigst Verwilliget werden möge; weilen nun ermelter Supplicant, der Von der Kellerey Bergen eingezogenen erkundigung zufolge nicht nur 62. Jahre alt und 32 ½ Jahr im Schutz gestanden, sondern auch jeder Zeit und biß hiehin die Herrschfftl. prästanda richtig abgeführet hat, seither einiger Zeit aber durch den getriebenen Viehhandel in seinem Vermögen dergestalten zurückgekommen, daß er gegenwärtig gantz arm ist, und ihm ohnmöglich fället,

künftighin die Herrschafftl. Schuldigkeit abzuführen; So ist die Renthkammer des unterthänigst jedoch ohne Ziel setzlichen dafürHaltens, daß mehrbemeltem juden die gebethene Befreyung ab oneribus verstattet werden könne.

Hanau, den 30 ten 9br. 1756

Zu Sr. Hochfürstl. Durchlt. nachgesetzten hiesigen Renthkammer gnst. verordnete
W. M. E. v. Loewenstein D. Pels
J. H. Haumann

5 c) Entscheidung:

In betracht der attestirten Zurückgesetzten umstände des hierin bemelten Schutz-Judens wollen Wir demselben zu einiger Wiedererhohlung die Freyheit auf Ein Jahr in gnade hiermit accordiren und laßen mithin Unßerer Renth Cammer solches zur weiteren Verfügung hierdurch ohnverhalten seyn.

Caßell, 11 ten Dec. 1756

5 d) Anweisung an die Kellerei in Bergen:

Copia
Demnach Serenissimi Hochfürstl. Durchlaucht dem Schutzjuden Marum Lapp die Befreyung ab oneribus auf Ein Jahr lang unterm 11 ten hujus gnädigst verwilliget haben;

Als wird die Kellerey Bergen hiermit angewiesen, solche immunität bemeldtem Juden vorstehender maaßen angedeihen zu laßen, und deßfalls das Nöthige in Rechnung zu wahren.

Hanau, den 14 ten Dec. 1756

Hochfürstl. Heßen-Hanauische Renth Cammer daselbsten
v. Löwenstein

---

**Anlage 6**

Betr.: Marum Lapp beantragt abermals Freistellung von der Zahlung des Schutzgelds

Juli / September 1761

Quelle: Staatsarchiv Marburg, Bestand 80. Hanau, Rub. L, Lit. E, Nr. 2: Juden-Schutz-Gelder und anderer Abgifften Erlaß- und Befreyungen in dem Amt Bergen Tom. I. 1737 - 1767, Bl. 38 - 40

6 a) Gesuch:

[Eingangsvermerk:]
prs. Zelle, d. 28 ten July 1761

[Eingangsvermerk:]
Hanau, d. 3. Aug. 1761

Durchlauchtigste Landgräfin,
Gnädigste Fürstin und Frau!

Ich wage es, Ew. Königl. Hoheit mein Elend fußfälligst zu klagen, und habe das gegründete Vertrauen zu Höchstdero landesmütterlichen Huld, daß ich gnädigst erhöret werde, wenn Ew. Königl. Hoheit ich vorher meine bejammernswürdigen Umstände in tiefster Unterthänigkeit werde bekannt gemacht haben. Ich bin ein abgelebter Greis von sechs und sechzig Jahren, der eine zahlreiche Familie hat, und nunmehr in die drey und dreyssig Jahre unter hiesigem Höchsten Schutz wohnet, wovon ich auch das Gebührende an gnädigste Herrschafft abzutragen vorher niemals ermangelt habe. Um das Jahr 1756 aber ereignete sich in Ansehung meines Vermögens, ohne meine Schuld, eine so große und mir nachtheilige Veränderung, daß ich mich nicht weiter im Stand befand, obige Schuldigkeit in Acht zu nehmen. Ich verlohr nämlich nicht allein eine ansehnliche Forderung von 5 ½ Taußend Gulden, welche ich in Frankreich hatte, durch den Bankerut meines Schuldners, sondern kam auch auf gleiche Art um ein Capital von mehr als Taußend Gulden, welches mir verschiedene Metzger in Frankfurth schuldig waren, und solchergestalt ward ich aus einem ziemlich vermögenden Manne auf einmal der ärmste Bettler. In diesen bedrängten Umständen wendete ich mich an Ihro Hochfürstl. Durchlaucht, den verstorbenen Herrn Landgrafen, Höchstseel. Andenkens, bath um gnädige Verwilligung der Schutzfreyheit, und erhielt solche auch wirklich auf ein Jahr lang unterm 11. Dec. 1756, wie solches der Anschluß bezeuget.

Da sich nun aber seit dieser Zeit meine Umstände nicht verbeßert, sondern vielmehr verschlimmert haben, auch keine Hoffnung mehr ist, daß obige beträchtliche zwey Posten jemals noch eingehen werden: so ergehet an Ew. Königl. Hoheit von neuem meine unterthänigste Bitte, Höchstdieselben wollen, in Betracht meines Armuths, in welches ich ohne mein Verschulden gerathen bin, mir die Befreyung ab oneribus vom 11 ten Decembr. 1756 an bis jetzo, und für das Künftige zu verwilligen gnädigst und Huldreichst geruhen. Für solche höchste Gnade soll das dauerhafteste Wohl Höchstdero theuersten Person und ganzen Durchlauchtigsten Hauses der tägliche Vorwurf meines Gebets und ein Beweis derjenigen unverbrüchlichen Treue und Dankbarkeit seyn, mit welcher ich ersterbe

Ew. Königl. Hoheit
unterthänigster Marum Lapp

6 b) Verweisungsvermerk:

Extractus Fürstl. Heßen-Hanauischen Vormundschafftl. Administrations-Protocolli d. d. Zelle, d. 29 t. July 1761

res: An die Renth Cammer zum Bericht

6 c) Bericht der Rentkammer:

[Eingangsvermerk:]
prs. Celle, d. 4 t. Septbr. 1761

Unterthänigster Bericht

Der bey Ihro Königl. Hoheit in dem hierbey wieder zurückgehenden Memorial um gnädigste Erlaßung des annoch schuldigen Schutz-Geldes sowohl als künfftige Befreyung davon, unterthänigst supplicirende 66 jährige Schutz Jud Marum Lapp zu Bergen, ist dem von der Kellerey Bergen anhero erstattete Bericht zufolge,

durch den Vieh-Handel bey frantzösischen Pferdts Händler und verdorbene Metzger in Frankfurth dergestalten außer Nahrung gesetzt worden, daß Er vor Sich und die Seinige nichts mehr verdienen kan.

Da nun ermeldter Judt vom 1. Jan. 1758 biß Ende des 3 ten Quartals h. a. an Schutz- und Feder-Lappen-Geldern 50 fl. 11 alb. restiret, und durch alle Zwangs-Mittel von demselben nichts beyzutreiben stehet, übrigens aber 37 Jahr lang in hiesigem Herrschaftlichen Schutz stehet, und sonsten seine Schuldigkeit jederzeit richtig abgeführet hat; So ist die Renth Cammer des unterthänigsten ohnzielsetzlichen Dafürhaltens, daß mehrgedachtem Juden Vorberührter Rückstandt an Herrschafftl. praestandis vorwaltenden Umständen nach, in Gnaden erlaßen, und pro futuro die Befreyung davon verwilliget werden könne.

Hanau, den 25. Aug. 1761

J. M. v. Günderode J. H. Haumann
J. F. von der Burg C. Bode G. Borries

6 d) Verfügung:

Fiat die Befreyung pro praeterito et futuro
Zelle, den 5 tn. Septbr. 1761

---

**Anlage 7**

Betr.: Gesuch des Schutz-Juden Löw zu Bergen um Erteilung eines Heiratsscheins für seinen Sohn Joseph Dezember 1745

Quelle: Staatsarchiv Marburg, Bestand 80. Hanau, Rub. L, Lit. C, Nr. 2: Juden-Receptiones Amts Bergen 1737-1765, Bl. 12 - 20

7 a) Gesuch:

[Eingangsvermerk:]
praes: 24. Dec. 1745

An E. Hochfürstl. Heßen Hanauische Hochlöbl. Regierung.
Unterthänige Bittschrift
Mein

des Berger Schutz Judens Löws.
bittet den Befehl ans löbl. Ambt Bergen ergehen zu laßen, damit seinem Sohn Joseph ein copulations-schein gegeben werden möge.

Reichsfrey Hochwohl- Wohl- und Hochedelgebohrne zur Hochfürstl. Heßen-Hanauischen Regierung Hoch- und Wohl verordnete Herren, Präsident, Cantzler, Geheimbde und Regierungs Räthe. Gnädige Hochgebietende Hochgeb. und HochgeEhrteste Herrn.

Ew. Hochfreyherrl. Excell. Excell. Wohl- und HochEdelgeb. ist des mehreren Hoch-Hochgeb. bekandt, was maßen mein Sohn Joseph welcher seines alters 30. Jahr sich mit des Berger Schutz Judens Marums Tochter ehl. verlobet, um den Schutz daselbsten unterm 14 ten Juny a. c. bey Sermi. Nostri Hochfürstl. Durchl. per Memoriale unterthänigst nachgesucht habe.

Dieses Bitt-Memoriale ist dem löbl. Ambt Bergen zum Bericht zugefertiget worden, allein es ist selbiger sicherem vernehmen nach wegen des selbgn. Hrn. Ambtmanns Krankheit noch nicht erstattet worden.

Wann nun aber mein Sohn mit seiner Braut 500 rtl. bekombt, und ich demselben gleichfalls 500 fl. mit gebe, beyde auch Schutz-Juden Kinder und gesonnen sind, d. 5 ten Jan. a. fut. sich copuliren zu laßen, welches jedoch ohne dieses Hochlöbl. Collegii Hohe Conceßion nicht geschehen kann; Also ergehet an Ew. Hochfreyherrl. Excell. Excell. Wohl- und HochEdelgeb. meine unterthge. Bitte, Sie geruhen vor mich die Hohe Gnade zu haben, und in Betracht obiger Umbstände den schleunigen Befehl an Herrn Landschreiber Murmann ergehen zu laßen, daß meinem Sohn einsweilen der copulations-Schein gegeben werden möge.

Gnädiger Erhöhrung mich getröstend, verharre ich in tiefster submißion.
Ew. Hochfreyherrl. Excell. Excell. Wohl- und HochEdelgeb.

Unthger. Knecht
Löw Schutz Jud zu Bergen

7 b) Verfügung der Hanauer Regierung:

Zum Bericht an den Land Schreiber Murmann zu Bergen Decret ut in praesent. aus fürstl. Reg. alda.

---

**Anlage 8**

Betr.: Rezeption des Joseph Löw

Mai / Juni 1746

Quelle: Staatsarchiv Marburg, Bestand 80. Hanau, Rub. L, Lit. C, Nr. 2: Juden-Receptiones Amts Bergen 1737-1765, Bl. 12

8 a) Bericht zu einem nicht vorhandenen Gesuch:

[Eingangsvermerk:]
Caßel, d. 13 ten Juny 1746

Unterthänigster Bericht.
Bey Smi. HochFürstl. Durchlt. sucht in angebogener unterthänigster Bittschrift der Jud Joseph Loew von Bergen um die reception in den dasigen Schutz submißest nach. Nachdem nun derselbe mit seiner Verlobten ein Vermögen von 1 250 fl. zusammen bringt, mithin einen Tüchtigen Schutz-Juden abgeben kann, übrigens auch die anZahl derer Juden zu Bergen sich seit dem Jahr 1739 nicht Vermehret sondern Verringert hat und gegenwärtig aus Eilfen besteht; so hat Smi. HochFürstl. Durchlt. die Regierung solches unterthänigst einberichten sollen, und ist demnach nach Vorgängiger Communication mit der Fürstl. Renth Cammer der unterthgst. unmaßgebl. Meynung, daß der Supplicant in Schutz recipiret werden könne;

Hanau, d. 16 ten May 1746

v. Edelsheim J. L. Wiederhold J. C. v. Cranz J. D. Ihm H. P. Zaunschliffer

8 b) Verfügung:
Placet, daß der Supplicant recipirt werden solle.
Caßel, den 13 ten Jun. 1746

---

**Anlage 9**

Betr.: Auf Ersuchen des Joseph Löw von Bergen interveniert das Fürstl. Hofgericht in Hanau bei der Stadt Frankfurt wegen rascherer Rechtshilfe in seinen Aktivprozessen gegen Frankfurter Bürger Juli / September 1767

Quelle: Stadtarchiv Frankfurt, Untergew. D 73 Nr. 109

9 a) Konzept eines Schreibens an das Hessen - Hanauische Hofgericht:
P. P.
An das fürstl. Heßen-Hanauische Hof-Gericht
Wohin die Herren sich für den fürstl. Schutz-Juden Löw Joseph [290]) zu Bergen, wegen deßen bey verschiedenen Hiesigen Bürgern ausstehenhabenden Schuldforderungen, zu verwenden beliebet, solches haben Wir aus dem Uns zugekommenen Erlaß vom 23 tn. passati des mehreren ersehen.
Gleichwie Uns nun jederzeit lieb ist, die Gerechtigkeit befördern zu Können; Also werden Wir ohnermangeln, gedachten Juden, auf sein Anmelden, alle hilfliche Hand zu Beybringung seiner Ausständen nach rechtl. Ordnung zu leisten, als die Wir zur Erweißung Nachbarlicher Dienst-Gefälligkeit ohnehin stets willig sind, und unabänderl. verbleiben.
Datum d. 16 ten July 1767 Derer Herren
[Beförderungsvermerk:]
exped. eodem

9 b) Bitte um ein nochmaliges Vorschreiben an den Magistrat in Frankfurt

1. Vermerk des Hessen-Hanauischen Hofgerichts:
Der Schutz und Handels Jude Löw Joseph von Bergen übergiebt unterthänige Vorstellung und bittet um nochmahlige Erlaßung eines Vorschreibens an den

---

[290]) Offenbar durch ein Versehen des Advokaten Langermann (vgl. Pos. 9 b, 2), der das am 14. Juli 1767 beim Hofgericht Hanau eingegangene Gesuch verfaßt hat, wird der Antragsteller als „Loew Joseph" bezeichnet, während es sich in Wirklichkeit um Joseph Loew gehandelt haben muß. Diese unrichtige Bezeichnung wird in den auf den Antrag später nachfolgenden Urkunden aufrechterhalten, mit Ausnahme des Verzeichnisses in Anlage des Schreibens der Stadt Frankfurt an das Hofgericht Hanau vom 2. September 1767 (vgl. Pos. 9 f). In diesem Verzeichnis, offenbar vom Gerichtsschreiber des Stadtgerichts aufgestellt, wird der Antragsteller zutreffend als „Joseph Löw von Bergen" bezeichnet. Dem Gerichtsschreiber lagen naturgemäß die sechs angeführten Prozeßakten vor, in denen überall als Kläger Joseph Löw auftrat. Eine Nachprüfung der Judentabelle von Bergen für das Jahr 1764 sowie der späteren Tabellen ergibt, daß es um diese Zeit keinen „Loew Joseph" in Bergen gegeben hat. Ich habe an der Identität des Antragstellers mit Joseph Loew von Bergen (1714-1784 oder später) nicht den geringsten Zweifel. Ein Teil der Akten scheint verloren gegangen zu sein, da eine ähnliche Aktion bereits einen Monat vorher unternommen worden war, wie der Akteninhalt ergibt.

Stadt Magistrat zu Franckfurth zu ohngesäumter Erhaltung seiner daselbst ausstehenden Activ Schulden wie inhalts

[Eingangsvermerk:]
pres. Hanau den 14 ten July 1767

2. Gesuch des Joseph Loew (verfaßt von dem Advokaten Langermann):
Reichs Frey Hochwohl, Wohl und HochEdelgeb. Wie auch Vest und Hochgelahrte zum Hochfürstl. Heßen Hanauischen Hochlöbl. Hof-Gericht, Hochverordnete, Herren Präsident, Räthe und Assessores

Gnädig, Hochgebiethend, Hochgeneigt
und HochgeEhrteste Herrn

Ob mir gleich Ewr. E. Reichs Frey Herrl. Excell: Excell: Hochwohl, Wohl, und HochEdelgeb: bereits unterm 23ten Junii dieses Jahres mit einem Vorschreiben an den löbl. Magistrat zu Franckfurth zu Erhaltung meiner daselbst Liquido ausstehenden activ Schulden als wovor ich hiermit den verbindlichsten Dank erstatte, Hochgeneigtest an Handen gegangen, ein solches auch besage der zurückgegangenen Bescheinigung daselbsten richtig eingetroffen, So habe ich der von daher versicherten Justiz Willfährigkeit ohnerachtet, zu meiner von denen dasigen Debitoren nicht zu bestreiten stehenden liquiden Forderungen, noch zur Zeit gleichwolen nicht gelangen können, Vielmehr durch deren unzuläßigen und gantz ohnstatthaffte Chicanen und dilatorische ausflüchte, welche vorbesagtes Gerichte denenselben ohnverantwortlich nachläßet, von einer Instanz zur andern verwießen und dergestallten herumgeführet worden, daß Jahr und Tage verstreichen, somit alle möglichkeiten vereitelt werden müßten, wie ich mich aus meinem Schulden Labyrinth retten möge.

An Ewr. Reichs Frey Herrl. Excell: Excell: HochWohl, Wohl, und HochEdelgeb. gelanget demnach mein unterthäniges Bitten Hoch und Wohldieselben geruhen dieses mein so billiges als gerechtes gesuch, zu Erhaltung einer p r o m p t e r e n J u s t i z mit einem Triftigen Vorschreiben an den Magistrat der Stadt Franckfurth nochmalen Gnädig und Hochgeneigtest zu begleiten.

Deßen mich getröste und in Tiefster Submißion verharre
Ewr. Reichs Frey Herrl. Excell. Excell.
Hochwohl, Wohl und HochEdelgeb.

unterthänigster Knecht
Löw Joseph Schutz und Handels Jude zu Bergen

Langermann

## 9 c) Schreiben des Hessen-Hanauischen Hofgerichts an den Magistrat zu Frankfurt:

[Eingangsvermerk:]
Pres. d. 30. August 1767 Bmtr. von Eysseneck Cons: Sen:

Denen WohlEdel Vest und Hochgelehrten, auch Ehrenvest Vorsichtig und Weisen Bürger-Meister und Rath der Stadt Franckfurth p. Unseren Insonders günstigen lieben Herren und Freunden p. Franckfurth.

Unsere freundl: Dienste und alles Guthes zuvor, WohlEdle, Vest und Hochgelehrte, auch Ehrenvest, Vorsichtig und Weise p. Insbesonders günstigen lieben Herren und Freunde!

Was bey Uns der Schutz Judt Löw Joseph von Bergen abermahlen vorgestellet und gebeten hat, das ergiebt der Anschluß in mehrerm. Gleichwie nun denen

Herren annoch erinnerlich seyn wird, was Wir bereits unterm 23 ten Junii laufenden Jahres an dieselbe haben gelangen laßen; Als nehmen Wir auch dermahlen keinen Anstand die Herren hierdurch Freundnachbarlich zu ersuchen gehörigen Orts die Verfügung zu thun, damit dem Supplicanten alle gedeyliche Rechts Hülffe wiederfahre und derselbe vollständige Würckung dieses unseres Vorspruchs empfinden möge. Die Wir ein gleiches bey allen sich ergebenden Vorfällen zu erwiedern erböthig seyn, und damit allstets verbleiben.

Derer Herren Dienstfreundwillige Zum Fürstl. Heßen Hanauischen Hofgericht verordnete Präsident, Cantzlar, Vice-Cantzlar, Räthe und Assessores

Hanau den 18 ten Aug. 1767 Hombergk

Müller, Secretarius

9 d) Beschluß des Magistrats (steht auf dem Brief des Hanauischen Hofgerichts, oberhalb der Adresse):

Lectum in Sen. Scab. den 2. Sept. 1767 et decretum:

Solle man in der Antwort anführen, daß gegen dieienige Schuldnern, wider welche er Klage erhoben, bereits die richterl. Erkänntnuße in prima instantia ergangen seyen, wovon aber provocationes ergriffen worden wären, deren Verfolg man abwarthen müßte; wann also der Jud die übrige causas ebenfalls instruiren würde, so wolte man demselben mit ebenmäßiger Justiz nicht entstehen.

9 e) Konzept des Antwortschreibens des Frankfurter Magistrats an die Fürstliche Regierung in Hanau:

An die fürstl. Regierung nacher Hanau.

P. P.

Unsere p. haben sich abermalen für den Schutz-Juden Löw Joseph von Bergen, auf seine bey denenselben übergebene und mit denen offenbarsten Unwahrheiten erfüllte Vorstellung, bey Uns dahin zu verwenden beliebet, daß demselben in seinen hiesigen Schuldforderungen schleunigere Justiz angedeyhen möge. Wir glauben aber nicht, daß derselbe im mindesten sich über Uns zu beschwehren habe, indeme Wir gegen die bey Uns angegebene Schuldnern sogleich die nöthige Verfügungen eingeschlagen haben, die aber gedachter Jud nunmehro geflißentl. auf sich erliegen läßt, mithin selbsten in mora stehet. Zur klaren Überzeugung deßen legen Wir hier von denen in Unserer Bürger-Meisterl. Audienz vorgekommenen Sechs Causis dieses Juden ein kurz gefaßtes Verzeichnuß bey, woraus sich zugleich deren jetzige Lage erhellet. Mehrere Posten hat er bey Uns noch nicht eingeklaget. Sobald derselbe aber wegen seiner übrigen Debenten die Klage ordentl. instruiren- und causam debendi angeben - auch bescheinigen wird; So wollen Wir ihme mit schleuniger Justiz-Pfleege nicht entstehen, dann Unsere p. von Selbsten ermeßen werden, daß man auf die von dem Juden in seiner neulichen Bittschrifft bey gebogene Specification deßen hier ausstehen habender Schulden nicht simpliciter Arresta oder Executiones verfügen könne, ohne die Leuthe hierüber zu vernehmen.

Überhaupt aber liegt ganz erheitert am Tag, daß mehrbemeldter Jud bey seiner eigenen Schulden-Last dadurch Luft zu gewinnen sucht, wann er die hier zu fordern habende Posten hängen läßt, und solche immer zum Deckmantel seiner Unvermögenheit anziehen (kan) dabey aber, um seine Sache recht wahrscheinl. zu machen, die Unverschämtheit gebrauchet, über Unsere Justiz-Verfügung noch

eine dreiste Unzufriedenheit zu bezeigen. Wir hoffen aber, Unsere p. werden eines beßern von Uns überzeugt seyn, gestalten Wir zu Erweisung aller angenehmen Diensten stets willig und bereit verbleiben.

Datum d. 2 t. Sept. 1767 B. u. R. d. St. F.

[Expeditionsvermerk:]
exp. d., 5 ej:

9 f) Anlage zu dem vorstehenden Schreiben:

Joseph Löw von Bergen, Kläger in aud: Cons: jun:

No. 1.
Den Metzger Degel dahier pto. debiti 32 rtlr.
Soll vi resoluti de 1. Sept: Actor Löw die Zeugen in Scab: abhören laßen.

No. 2.
Den Metzger Christoph Knirfel pto. debiti 56 rtlr.
Reus hat am 3. Aug. Exceptiones übergeben, und ist darauf aus der Stadt geflüchtet.

No. 3.
Den Leinwandhändler Ludwig Hoffmann pto. debiti 45 rtlr.
Hat actor am 2 t. Sept: erst von denen am 3. Aug. übergebenen Exceptionen Copien gebethen und folglich erhalten.

No. 4.
Den Metzger Joh. Friedr. Düring pto. debiti ad 248 rtlr.
Ist am 28. Jul: geklagt, sogleich excipirt, aber bis dato weiter nichts vom Kl. verhandelt worden.

No. 5.
Den Metzger Albrecht Hartmann pto. debiti 170 rtlr. 45 Xr.
Reus attestirte am 29. Jul: per substit: evaquia daß er in ampl. Scab: unterthänige anzeige cum eventuali transmissione actor: übergeben.

No. 6.
Studiosum Hartmann pto. debiti residui ad 13 f. ex expromissione
Am 17 t. Aug. geklagt, und einmahl citation gebethen und erhalten.

---

**Anlage 10**

Betr.: Gesuch des Joseph Löw um Bewilligung des öffentlichen Verkaufs von Faustpfändern zur Sicherung einer Schuld des Freiherrn von Heiles in Eschborn

Januar 1779

Quelle: Staatsarchiv Marburg, Bestand 81. Reg. Hanau, Rep. E, 22. Bergen u. Enkheim, Ord. Nr. 15

10 a) Bericht des Berger Amtsmannes J. H. Usener an das Hofgericht in Hanau:

[Eingangsvermerk des Hofgerichts in Hanau:]
Präs. 11. Jan. 1779

Reichsfrey Hochwohl. Hochwohl: und Wohlgeborene, wie auch vest und Hochgelahrte. Gnädig. Hochgebietend. Hochgeneigt - und Hochgeehrteste Herren! Euer Hochfreyherrl. Excelln. Excelln. Hochwohl und Wohlgeb. geruhen aus anliegendem Protokoll und Beylagen gnädig und hochgeneigtest zu ersehen, was gestalten der hiesige Schutz Jud Joseph Loew 267 Fl. an den Herrn von Heiles zu Eschborn zu fordern auch 2. Ringe zum Versatz erhalten habe, übrigens aber die Zahlungs Termine verstrichen seyen.

Gleichwie nun der Jüdische Creditor seine Zahlung zu erlangen wünschet, und ich nicht vermuthe, daß der Par. 8 der Contracten Verordnung zwischen Juden und Christen dahin zu Extendiren seye, daß der Creditor das Faust Pfand vor ein fremdes Gericht zu bringen schuldig seye; So wolle unterthänig anfragen: ob das Pfand nach vorgängiger Requisition und Ladung des Impretatischen Theils, alhier entsiegelt und verkauft werden könne, oder ob der Jud an Hochfürstl. Hofgericht zu verweisen seye.

Ich verharre mit devotestem Respect

Euer Hochfreyherrl. Excelln. Excelln. Hochwohl und Wohlgeb: unterthänigster Diener
J. H. Usener

Bergen den 5 t. Januar 1779

10 b) Anlagen zum Bericht:

1. Protokoll:
   Actum Bergen den 4 t. Januar 1779

   Erschien der hiesige Schutz Jud Joseph Loew und gabe zu vernehmen, wasmaßen er auf die sub 1, 2, 3, 4 producirte Original Handschrifften, welche er sich nach genommener Abschrifft zurück ausbathe, de annis 1775. 76 et 1777. 267 Fl. Kapital salv:usur: als worauf er 15 Fl. wegen eines zurückerhaltenen Pferdes und 6 Fl. 56 kr. wegen empfangener Äpfel abschläglich erhalten habe, an den Herrn von Heiles zu Eschborn zu fordern habe.

   Gleichwie ihm nun derselbe zwey Ring in Versatz und zugleich nach Ausweis der Handschrifft sub 2. ihm die Erlaubnis gegeben bey einer sich ergebenden Gelegenheit das Pfand zu verkaufen; So wolle er hiermit gehorsamst angefragt haben, ob er die versiegelten Ringe bey Amt bringen dürfe, und solche eröffnet und verkauft werden könnten, oder ob er sich an die Ritterschfftl. Kanzley nach Friedberg wenden, und alldorten Justiz erwarten solle. Er wolle letzteres um so weniger hoffen, jemehr bekannt seye, daß die daselbst anhängig gemachte Proceße ihre Endschafft sobald nicht erreichten.

   p. Soll an Hochfürstl. Regierung unterthänig berichtet werden.

   (unleserliche Unterschrift)
   Landschrbr. Amts Bergen.

2. Anlagen zum Protokoll:
   Copia 1:

   Wir Endes unterschriebenen haben von dem Joseph von Bergen, Schutz Jud allda gekauft, ein braun, auch ein schwartz Pferd, vor und um Neunzig Gulden auch ein Malter Gerst, welches Geld mit dem Malter Gerst Er Joseph auf die Erndt, sobald die Frucht gedroschen, ohne Widerrede bey adelicher Ehr und Würde versichert von uns zu empfangen hat, oder derjenige der die Hand-

schrifft bringt solches haben solle. Urkundlich mit unserer eigenen Handunterschrifft also von uns geben Eschborn auf Bramhof den 7 ten May 1775.

(L. S.) J. H. Freyh. von Heyles
FreyFrau Phillipine v. Heyles.
in fidem copiae
(unleserliche Unterschrift)
Landschrbr. Amts Bergen.

Copia 2:

Gegen Auslieferung zweyer Ring die unter meinem Pettschafft in einer Schachtel seynd als einer von Brillianten, der andere von Rosetten zahlen wir nach eingethaner Erndte Hundert Sieben und Zwanzig Gulden 30 kr. auch ein Malter Frucht, welches wir nicht nur hierdurch bescheinen, sondern auch diesen Pfand Inhaber Schutz Jud Joseph von Bergen, unsere im Praunheimer Feld liegende Grundstücken dergestalt verpfänden, daß wenn er auf solche ein Kapital gelehnt bekommen kann, wir solches allezeit genehmigen, und auch sogar wenn solche zu verkaufen sich Gelegenheit findet, Er an den Erlöß des Geldes hiermit angewiesen, darauf aber gehalten seyn solle, die erste von uns in Händen habende Handschrifft sowohl als dieses heraus zu geben, und sich mit uns zu berechnen. Urkundlich dieses also von uns geben Eschborn auf Bramhof den 26 tn. May 1775.

(L. S.) J. H. Freyh. von Heyles
FreyFrau Philipine v. Heyles.
in fidem copiae
(unleserliche Unterschrift)
Landschrbr. Amts Bergen.

Copia 3:

Drey und dreyßig Gulden schreibe 33 Fl. will ich auf den Herbst 1777. bezahlen, welches mit meiner eigenen Hand Unterschrifft bescheinend also von mir gebe, und zwar zu Eschborn auf der Burg Bramhof den 19 ten 9bris 1776.

J. H. Freyh. von Heyles
in fidem copiae
(unleserliche Unterschrift)
Landschrbr. Amts Bergen.

Copia 4:

Ein und eine Halbe Luisd'or zu Eilf Reichsthaler gezahlt auch ein Malter Korn bin ich schuldig auf vorstehende Erndt gegen Eintauschung eines falb Pferdes mit einem Schimmel vor welchen Falb derselbe mir auch vor alle Haupt Mängel gut ist, dem Joseph von Bergen zu zahlen, welches hiermit bescheine.

Eschborn auf der Burg Bramhof den 16 tn. Febr. 1777.

J. H. Freyh. von Heyles
in fidem copiae
(unleserliche Unterschrift)
Landschrbr. Amts Bergen.

10 c) Entscheidung des Hanauer Hofgerichtes:

(Am Rand befinden sich die Initialen von 9 offenbar an der Entscheidung beteiligten Richtern oder Reg.-Beamten)

An das A. Bergen

Dem Amt Bornheimer Bergs wird auf deßen Bericht und Anfrage vom 5. dieses, die Schuld von 267. Gulden, welche der Schutz Jud Joseph von Bergen gegen den von Heiles von Eschborn einklagen will, betr. zur Resolution hierdurch angefüget, daß nach vorgängiger Vorladung des von Heiles vor das Amt Bergen und nach unterbleibender Zahlung binnen der legaliter anzusetzenden Zeit, das Pfand daselbst zu entsiegeln, an den meistbiethenden öffentlich zu verkaufen und der Creditor davon zu befriedigen seye. Decr.

Hanau d. 11. Jan. 1779

(unleserliche Unterschrift)

---

**Anlage 11**

Betr.: Gesuch des Joseph Löw um Bewilligung der Schutzgeldfreiheit

Mai 1776, später April 1780

Quelle: Staatsarchiv Marburg, Bestand 80. Hanau, Rub. L, Lit. E, Nr. 2: Juden-Schutz-Gelder und anderer Abgifften Erlaß- und Befreyungen, Tom. II. 1770-1778, Bl. 153 - 158

11 a) Gesuch:

[Eingangsvermerk:]
prs. Hanau d. 3 tn. May 1776

An den durchlauchtigsten Fürsten und Herrn, Herrn Wilhelm, Landgrafen und Erbprinzen zu Heßen, Fürsten zu Hirschfeld, Grafen zu Cazenelnbogen, Dietz, Ziegenhayn, Nidda und Schaumburg, regierenden Graf zu Hanau pp. Meinem gnädigsten Fürsten und Herrn
Unterthänigste Bittschrift

mein

Joseph Löw zu Bergen
Sucht um die gnädigste Schutzfreiheit unterthänigst nach.

Durchlauchtigster Landgraff und Erbprintz, Gnädigster Fürst und Herr.

Schon über dreysig Jahr stehe ich in gnädigstem Schutz und habe während dieser Zeit meine onera immer richtig abgetragen; alleine viele erlittene Verluste, ein vor wenig Jahren erdulteten großer Betrug eines mit mir in compagnie gehandelt habenden und mit allem Geld echappirten Bergen Judens; die Aussteuerung zweyer in gnädigstem Schutz zu Bergen und Bockenheim stehender Kinder und eine vieljährige gantz bettlägerige Krankheit meiner schwehrlich jemahlen wieder gesund werdenden Ehefrau, haben mich dergestalt zurückgesetzt, daß ich jetzo meinem hinzukommenden am Verdienst auch hinderlichen Alter mich und die meinige fast nicht durch zu bringen, viel weniger mein Schutz Geld aufzutreiben weiß.

Da nun alle diese Umstände gegründet und selbst Ambtskundig sind, dazu auch nicht weniger bekannt ist, daß ohne ein Capital in Händen zu haben und zumahlen im Alter, darin man nicht mehr weegfertig genug ist, sich nur ein sehr schlechter Verdienst machen läst, und dann meine ausgesetzte beyde Kinder von meiner auch so verwendeten Ausstattung meine onera doppelt einbringen; So gelanget an Ew. Hochfürstliche Durchlaucht mein unterthänigstes Flehen,

mir nunmehr in meinem mangelhaften Alter die Schutz Freyheit gnädigst angedeihen zu lassen,

vor welche Höchste Gnade ich in Tiefster Dankbarkeit und Submißion ersterben werde.

Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht
unterthänigster
Joseph Löw Schutz Jud zu Bergen

Rensing

11 b) Stellungnahme des Amtes Bergen:

Der unterthänigste Supplicant Schutz-Jud Joseph Löb ist 62 Jahr alt, stehet 30 Jahr in landesherrl. Schutz, hat eine sehr Elende Kranke Frau und noch 5 ohnverheurathe Kinder, auch durch den mit ihm in Compagnie gehandelten, und vor einigen Jahren echappirten Juden, so viel verlohren, daß Er dadurch in sehr Nahrlose Umstände gerathen, weshalben ihm wohl zu gönnen wäre, wenn ihm in Betracht erwehnter Umstände die halbe Schutzfreyheit gnädigst zugestanden würde. Welches hierdurch Pflichtmäßig attestiren sollen.

Bergen den 22 ten April 1776 Schröder

11 c) Verweisung des Geheimen Rates an die Rentkammer:

Extract Geheimen Raths Protocolli
d. d. Hanau, d. 6 t. May 1776

Unterthänigstes Bitt Memorial des Schutz Juden Joseph Löw zu Bergen, um gnädigste Ertheilung der Schutz Freyheit.

Resl. Der Renthkammer zum Bericht.

vt. Berl.

11 d) Stellungnahme der Rentkammer:

[Eingangsvermerk:]
prs. Hanau d. 14 tn. May 1776

Actum Hanau bey der Renthkammer den 10 ten May 1776

In der zurückgehenden Vorstellung hat der Schutz Jude Joseph Loew zu Bergen um gnädigste Ertheilung der Schutzfreiheit unterthänigst gebeten. Nach dem von der Kellerey Bergen sothaner Vorstellung beigefügten Attestat sind die von dem Supplicanten angeführten Motiven, gegründet, und hält daher die Renthkammer auch, wie wohl ohne alle Maasgabe unterthänigst dafür, es könnte von Ihro Hochfürstl. Durchlaucht dem Supplicanten, nach dem von berührter Kellerey gethanen Antrag die halbe Schutzfreyheit pro futuro gnädigst zugestanden werden.

v. Gall J. L. Backen Borries Motz

11 e) Erlassung des halben Schutzgeldes:

Extract Geheimen Raths Protocolli
d. d. Hanau den 27 ten May 1776

Der Renthkammer erstatteter unterthänigster Bericht vom 10 ten May a. c. die von dem Schutz Juden Joseph Löw zu Bergen, nachgesuchte Schutz Freyheit und wie Ihm solche pro futuro zur Hälffte gnädigst zu ertheilen sein möchte, betr.

Resl. Approbatur

vt. Berl.
exp.

11 f) Erlassung des vollen Schutzgeldes:

Extract Geheimen Raths Protocolli
d. d. Hanau den 27. Aprl. 1780

Unterthänigstes Supplicatum des Schutz Juden Joseph Löw zu Bergen, um Ihm nunmehro die völlige Schutzfreyheit gnädigst zu ertheilen.

Resl. Supplicant wird vom zweyten Quartal dieses Jahres an mit der völligen Schutz Freyheit begnadigt.

vt. Berl.
Exp.

---

**Anlage 12**

Betr.: Joseph Löw wird als „Vorsteher der Judenschaft" von Bergen am 23. März 1781 zu dem Rezeptionsgesuch des Gumbrecht Mordgen vernommen März 1781

Quelle: Staatsarchiv Marburg, Bestand 81. Reg. Hanau E, 181. Judenschaftl. Sachen, XII. Amt Bergen, a. Receptionen (Ord. Nr. 19), Bl. 656

Continuatum Bergen, den 23. Merz 1781

Namens der hiesigen Judenschaft erschiene derselben Vorsteher Jud Joseph Löw und declarirte, wie gegen die Reception des Supplicanten die Judenschaft nichts zu erinnern habe, und für dessen Schutz-Geld auf 3. Jahre lang hiermit caviret haben wolte.

r/Soll an Hochfürstliche Regierung unterthänig berichtet werden.
in fidem

H. Christ, Landschrbr. Amts Bergen

**Anlage 13** Betr.: Joseph Löw ersucht durch Vermittlung des Amts Bergen bei Bürgermeister und Rat der Stadt Frankfurt um Beschleunigung seiner Aktivprozesse beim Frankfurter Gericht

Mai / Juni 1782

Quelle: Stadtarchiv Frankfurt, Untergew. D 73 Nr. 127

13 a) Einlassung vor dem Amt Bergen:

Actum Bergen den 31 ten May 1782

Erschiene der hiesige Schutz Jud Joseph Löw, und gabe zu vernehmen, wie er außer denen an verschiedene Personen durch verzögerte Justiz auf 2 000 Fl. belaufenden und verlohrenen Forderungen noch an folgende in Franckfurt, nemlich

| | |
|---|---|
| Rudolf Henritzgen . . . . . | 25 Fl. |
| Fuhrmann Andreas Riedel . . . . . | 54 Fl. |
| Pferdauslehner Johannes Dietz . . . . . | 86 Fl. |
| Kutscher Heinrich Schmidt . . . . . | 20 Fl. |
| Die alte Posthaltern . . . . . | 30 Fl. |
| Der Metzger Hartmann Hemmerich laut Vergleich . . . | 120 Fl. |

Dahingegen folgende Franckfurter nachstehende Forderungen an ihn Joseph machten, als

| | |
|---|---|
| Der junge H. Röschel . . . . . | 120 Fl. |
| Der Schröder Sturtz . . . . . | 18 Fl. 15 alb. |
| Des Metzgers Heils Wittib . . . . . | 16 Fl. |
| Joseph Maas wegen einer ihm von Joseph Dejon von Offenbach cedirten und von letzterem bei hiesigem Amt vorhin eingeklagten . | 22 Fl. |
| Jud Strauß . . . . . | 16 Fl. |
| Kaufmann Jung in der Schnurgaße . . . . . | 10 Fl. |

Da nun wenn er verhofte von seinen ausgeklagten Schuldnern Geldern zu empfangen, entweder diese sich Dilation lange genug auszuwürcken — oder seine Creditores ihme mit Arrest zu belegen wirkten, und dadurch immer kein Geld zu Handen bekäme, auch einige seiner Creditoren gar auf öffentlicher Straße, oder durch Heimführung in ihre Häuser zu Zahlung seiner Schuldigkeit zu nötigen, ihn dadurch zu beschimpfen und ihme den Credit zu schwächen suchten; so wolle er ein Löbl. Amt dahier um ein Interceßions-Schreiben an Wohllöblichen Magistrat zu Franckfurt dahin nachgesucht haben, daß man ihme zu seinen gerechten Forderungen sondersamt behülflich seyn, und davon seine obgedachte Creditores befriedigen — oder aber diese anhalten möge, ihn bey hiesigem Amt zu belangen, und solange mit ihme ebenfalls in Gedult zu stehen, als er warten müßte, auch daß man ihn in Frankfurt ohngehindert paßiren und seinen Geschäften nachgehen laße.

p. Wäre das gebetene Schreiben mit Beyfügung dieses protocolls an Wohllöbl. Magistrat zu erlaßen.

in fidem
C. H. Reiß, Landschrbr. Amts Bornheimerbergs.

13 b) Schreiben des Amtmannes Usener von Bergen an den Frankfurter Magistrat:

[Eingangsvermerk:]
Pres. 4 tn Juni 1780 J. C. A. von Glauburg, Cons: Sen.

Wohl und HochEdelgebohrne, wie auch Vest und Hochgelahrte,
Insonders Hochgeehrteste Herren!

Es hat der hiesige Schutz Jud Joseph Löw nach der Anlage die Anzeige gethan, wasgestalten er an verschiedene Franckfurtische Bürger liquide Forderungen habe, und zu seiner Zahlung nicht gelangen könne, demohnerachtet aber, diejenige Bürger in Franckfurt, welchen er schuldig seye, und die er gar gerne mit seinen eingehenden Gelder befriedigen wolle, ihm keine Frist gestatteten, sondern es dahin zu bringen wüßten, daß er sie mit seinem größten Schaden befriedigen müße, worunter dann auch der Joseph Maas wegen einer von Joseph Dejon von Offenbach eingehandelten und bei hiesigem Amt bereits eingeklagten Forderung von 22 Fl. befindlich seye.

So wie ich nun nicht zweifle, Euer Wohl und Hochedelgeb. werden Eingangs ermeldtem Jud Joseph, soweit es die Umständen nur immer möglich machen, zu seinen Forderungen behülflich seyn, wie ich dann deßen Angelegenheiten hiermit Euer Wohl und Hochedelgebohrnen bestens empfehle, so zweifle auch nicht, Euer Wohl und Hochedelgebohrnen werden in Fällen, da er Reconveniendo belangt wird, oder aus andern rechtlichen Gründen das deroseitige Forum anzuerkennen hat, demselben hinlängliche Zahlungs Fristen gestatten, andere Creditores aber und besonders Joseph Maas schlechterdings an das hiesige Amt, als des Beklagten forum domicilii verweisen.

Ich beharre mit Vollkommenster Hochachtung
Euer Wohl und Hochedelgebohrnen
ganz ergebenster Diener
J. H. Usener

Bergen den 31 ten May 1782

13 c) Entscheidung des Magistrats:

Lectum in Senatu Scab: d. 5 tn. Juny 1782. et decretum :/: ad audientiam Consularem Seniorem, um hierauf pro iustitia Rücksicht zu nehmen, es ist aber dem Herrn Amtmann zu antworten, daß der Jude Maas mit seiner Forderung eines hier ausgestelten Wechsels, nicht nacher Bergen verwiesen werden könne.
[Registraturvermerk:]
Ugb. D 73 No. 127

13 d) Konzept des Antwortschreibens an Amtmann Usener:

An Hen. Amtmann Usener zu Bergen
P. P.

Wir werden nicht ermangeln, auf Unsers p. p. Gesinnen, dem dortigen Schutz Juden Joseph Löb, auf seine Ordnungsmäßig anbringende Klage, gegen einige seiner hiesigen Schuldnern, alle gebührende Justiz administriren zu laßen, dahingegen finden Wir Uns außer Stand gesezet, den Juden Maas wegen seiner an gedachten Juden Joseph Löw habenden liquiden Wechselforderung an dortig Löbl. Amt zu verweisen, inmaßen der Wechsel hier ausgestellet ist, folgbar keine andere Gerichtsbarkeit als die hiesige als begründet geachtet werden kann, und

Unser pp. leicht Selbsten erachten wird, daß Wir dem hiesig Gemeinen Stadt-Wesen ein solches Nachtheil zuzu fügen, Uns niemalen entschlüßen würden.

Womit Wir Uns beyderseits Göttl. Schutz ergeben.

Datum den 12. Juny 1782.

[Exped. Vermerk:]
Exped.
Möller

---

**Anlage 14** Betr.: Gesuch des Löw Isaac um Aufnahme seines Sohns Baruch Löw in den Schutz

September / November 1760

Quelle: Staatsarchiv Marburg, Bestand 80. Hanau, Rub. L, Lit. C, Nr. 2: Juden-Receptiones Amts Bergen 1737-1765, Bl. 83 - 85

14 a) Gesuch:

[Eingangsvermerk:]
Zelle, dn. 6 tn. 7brs. 1760

Durchlauchtigste Fürstin,
Gnädigste Fürstin und Frau!

Ab der unterm 24. April a. c. an Ew. Königl. Hoheit unterthänigst erlaßenen Bittschrift geruhen sich dieselbe sich gnädigst zu erinnern, was maßen unterthänigster Supplicans von seinem Sohn Baruch Löw um gnädigsten Schutz zu Bergen submißest nachgesucht habe, weil er gesonnen ist, zu seiner eigenen Erhaltung denselben zu sich in seine Haushaltung und Gewerb mit einzunehmen.

Er unterthänigster Supplicant ist schon 48 Jahre in dem Schutz, handelt mit Vieh und verkauft manche Woche wohl 10 Stück Ochsen an die Metzgern zu Hanau, ja treibt wöchentl. wohl 50 Stück durch die Stadt, daß er also einen einträglichen Handel führet, und sich auch daher auch biß dato in dem Stand befunden hat, sein Schutz Geld und übrige onera alljährlich pünktlich abzuführen.

Inmittelst nahet sich mit dem Alter auch bey ihm der abgang der Leibes Kräften, und eben dieses hat in veranlaßet schon gedachten seinen Sohn zu sich in das Haus und in Compagnie zu nehmen, nachdem derselbe sich mit einer Jüdin von Soost, welche ihm 500 rtlr. baren Geldes zubringt, nicht nur versprochen, sondern auch 500 Fl. eigenes Vermögen hat, so daß er hierdurch in den Stand gesetzt ist, sich nebst den Seinigen ohne jemands belästigung weniger nicht wohl ernähren, als die Herrschfftl. und sonstigen abgifften jedesmal richtig abführen zu können. Da nun humillime supplicans zu der ehedem erlaßenen bittschrift durch ein Zeugniß von Centgräffen und gericht zu Bergen hinlängl. documentiret hat, daß sowohl er als sein Sohn einen ehrl. und stillen lebenswandel führen und daß Niemand etwas gegen sie einzuwenden habe, inmittelst aber die Vollziehung der Heurath seines gedachten Sohnes ledigl. von deßen gnädigster Reception in den Schutz abhangt; So bezieht unterthänigster Supplicant sich auf rückwärts ermeltes sein Submißestes Memoriale, und bittet Ew. Königl. Hoheit in respectuosester Knechtschaft nochmahlen, Höchstdieselbe mildest geruhen zu wollen, mehrernanntem seinem Sohn den Schutz zu Bergen gnädigst angedeyhen zu laßen,

und dadurch humillime Supplicanten so glückseelig zu machen, daß er in seinem Alter noch eine Stütze sehen und die Hoffnung haben möge, bei einreißender mehrerer Schwächlichkeit jemand von den Seinigen zu haben, der sich seiner annimmt, daß er seine übrige Lebenstage in Ruhe beschließen könne.

Wie glückseelig wird derselbe sich nicht schätzen, wann Ew. Königl. Hoheit ihn seiner unterthänigsten bitte zu gewähren geruhen! Den dem Allmächtigen vor allen ihm verliehenen Seegen und Gnade schuldigen Dank wird das Ehrfurchtsvolleste Angedencken beleben, daß Höchstdieselbe bis ans Ende seiner Tagen mit ruhe bekrönet haben und Ew. Königl. Hoheit werden vorneml. mit der Vorwurff seyner Andacht seyn, daß er um Verlängerung Höchstdero dem Vatterland so kostbaren lebenstage die Güthe Gottes anflehen, wie sonsten überhaupt bey aller Gelegenheit höchst dero Milde seiner Nachkommenschafft in unterthänigster Knechtschafft zu rühmen ohnermangeln wird. Hierüber pp. mit unterthänigstem Harren

Ew. Königl. Hoheit
unterthänigster Knecht
Jud Löw von Bergen

14 b) Verweisung an die Rentkammer:

Extractus Hochfürstl. Heßen Hanauischen Vormundschafftlichen Administrations Protocolli

d. d. Zelle, den 9 ten Sept. 1760

Res: Ahn die Regierung, um mit der Renth Cammer zu communiciren und zu berichten.

[Eingangsvermerk der Regierung in Hanau:]
Pres. 29. Sept. 1760

14 c) Stellungnahme der Rentkammer:

[Eingangsvermerk:]
Celle, de. 7 tn. Novembr. 1760

Unterthänigster Bericht.

In dem hier angebogenen zurückgehenden unterthänigsten Memoriali hat der bereits 48 Jahre in dem Schutz zu Bergen stehende Jud Loew Isaac die gnädigste Reception seines Sohnes Baruch Loew in den dasigen Schutz unterthänigst nachgesuchet.

Nachdem nun ingefolge des eingegangenen Berger Amts-Berichts der recipiendus 30 Jahre alt ist und ein würckliches Vermögen von 500 Fl. baaren Geldes besitzet, deßen Verlobte, des Schutz Judens Jacob Sterns zu Söst Churfürstl. Brandenburgischer Jurisdiction nachgelaßene ehel. Tochter, nahmens Sprenz ihm auch documentirter masen, ein Vermögen von 900 Fl. baaren Geldes zubringet und derselbe von seinem noch lebenden Vatter hiernächst annoch etwas zu gewarthen, auch nur 2 Brüder, einen zu ged. Bergen, den anderen zu Nieder Rodenbach in dem Schutz hat, deßen aufführung auch nach dem von dem Centgräfen und Gericht ausgestellten attestat bisher ohntadelhaft gewesen und die daßige Gemeinde mit deßen reception ganz wohl zufrieden und des Dafürhaltens ist, daß Supplicant sich allda durch den Viehe Handel, der daselbsten sehr starck gehe, wohl ernähren und die Herrschaffts und sonstige praestanda behörig abführen könne; So stellet zu Ihro Königl. Hoheit gnädigst gefälliger Entschließung die Regierung nach

gepflogener communication mit der RenthCammer unterthänigst anheim, ob, da der Verordnung nach kein Jude, wo Weinwachs ist, recipiret werden solle, der Supplicant, der ein zieml. Vermögen bereits besitzet, und noch mehr zu gewarthen hat und von außen her in das Land bringet, zu Verbeßer- und Vermehrung des vor den Orth Bergen sehr vorteilhafften Viehe Handels, unter dem ausdrücklichen Verbott, keinen Weinhandel zu treiben, dennoch gnädigst recipiret werden wolle?

Hanau, den 27. Octobris 1760

J. M. von Günderode P. C. Erni C. v. Hugo J. H. Wolfart
P. R. von Trümbach I. H. Ihm

14 d) Endverfügung (am Rande des vorstehenden Berichts):

Der nachgesuchte Schutz wird dem Juden Baruch Levi (sic!) unter der Bedingung, daß Er keinen Wein Handel treiben solle, gdgst. accordiret.

Zelle, den 8. 9bris 1760

---

**Anlage 15**

Betr.: Gesuch des Baruch Löw um Erlaß von Schutzgeld Februar / März 1774

Quelle: Staatsarchiv Marburg, Bestand 80. Hanau, Rub. L, Lit. E, Nr. 2, Bd. II: Juden-Schutz-Gelder und anderer Abgifften Erlaß- und Befreyungen Tom. II. 1770 - 1778, Bl. 96

15 a) Gesuch:

[Eingangsvermerk:]
prs. Hanau d. 19 tn. Febr. 1774

An Den Durchlauchtigsten Fürsten und Herrn, Herrn Wilhelm,
Landgrafen und Erbprinzen zu Heßen, Fürsten zu Herßfeld,
Grafen zu Cazenelnbogen, Diez, Ziegenhayn, Nidda und Schaumburg pp.
regierenden Grafen zu Hanau p. p.

Meinen gnädigsten Fürsten und Herrn

Unterthänigste Bittschrifft
des Schuzjuden Baruch Löw, zu Bergen,

ihm die Helfte seines Schuzgeldes gnädigst zu erlaßen, aus Ursachen wie Einhalts.

Durchlauchtigster Landgrav und Erbprinz,
Gnädigster Fürst und Herr!

Nicht durch Üppigkeit und Verschwendung, sondern durch mancherlei Unglücksfälle, durch Verlust nahmhafter sicher geglaubten Ausständen, durch langwährige Krankheiten, selbsten durch Diebstahl ist Supplicant, welcher sich die 15. Jahre seines Schuzzes jederzeit ehrlich aufgeführet in die traurigste Vermögens Umstände versezt worden; und bei seinem ohnehin schwächlichen Cörper würde er nicht einmal den nötigsten Unterhalt haben, wenn er nicht von guten Herzen zu Zeiten unterstüzzet würde.

Diese in der Wahrheit gegründete Umstände nötigen ihn, Euer Hochfürstl. Durchlaucht seine unterthänigste Zuflucht zu nehmen und in tiefster Erniedrigung zu bitten:

ihm in Zukunft und bis zu allenfalsig beßeren Glücks-Umständen den Schuz für die Helfte des zu entrichtenden Quanti gnädigst zu belaßen.

Zu unterthänigster Submißion und Ehrfurcht erharrend

Euer Hochfürstl. Durchlaucht
unterthänigster Knecht
Baruch Loew Schuzjud zu Bergen

Binzer

15 b) Verweisung an die Rentkammer:

Extract Geheimen Raths Protocolli
dd. Hanau den 24 ten Febr. 1774

Unterthgstes Supplicatum des Schutz Juden Baruch Löw zu Bergen um gndgste Verwilligung der halben Schutz- Freyheit

Resl: Der Renth Cammer zum Bericht
v. Berl.
exp.

15 c) Stellungnahme der Rentkammer:

[Eingangsvermerk:]
Prs: Hanau dn. 22 t. März 1774

Actum Hanau bey der Renth Cammer
den 18 ten Merz 1774

Der Schutzjude Baruch Loew zu Bergen suchet, in dem wieder angebogenen Memorial, unterthänigst nach, daß ihm pro futuro und in so lange die halbe Schutzfreyheit zugestanden werden mögte, bis Er zu beßern Vermögens-Umständen gelangen werde: Da nun, eingegangener Nachricht zufolge der Supplicant sich während seines Fünfzehen jährigen Schutzes zu Bergen nicht nur wohl aufgeführet, sondern auch die schuldigen praestanda, bis ohngefehr auf Zwey Jahr, richtig abgeführet hat, durch sein unglückliches Handeln, und ausgestandene langwierige Krankheiten aber in Armuth gerathen ist; So hält die Renthkammer jedoch sonder alle Masgabe unterthänigst dafür, es seye von Ihro Hochfürstl. Durchlaucht demselben in seinem Suchen gnädigst zu willfahren.

Berlepsch J. L. Backen Borries Motz Cancrinus

15 d) Endverfügung:

Extract Geheimen Raths Protocolli
d. d. Hanau d. 24 ten Mart. 1774

Der Renth Cammer erstatteter gewähriger, unterthgster Bericht vom 18. Mertz des Schutz-Juden, Baruch Löw zu Bergen Gesuch um gndgste Gewährung der einsweiligen künftigen Schutzfreyheit betreffend.

Resl: Dem Supplicanten wird in solange bis er zu beßeren Vermögens Umständen kommt in seinem Gesuch wegen der halben Schutz Freyheit

vom 2 ten Quartal dieses Jahres an zwar gnädigst willfahret, jedoch soll er den Rückstand bezahlen.
vt. Berl.
exp.

---

**Anlage 16**

Betr.: Rezeption des Marum Löw
Oktober 1764

Quelle: Staatsarchiv Marburg, Bestand 80. Hanau, Rub. L, Lit. C, Nr. 2: Juden-Receptiones Amts Bergen 1737-1765, Bl. 123 u. 124

16 a) Vorlage der Regierung:

[Eingangsvermerk:]
prs: Hanau den 16 t. Octbr. 1764

Actum Hanau bey der Regierung,
Den 1 sten Octobr. 1764

In die Judenschafft zu Bergen, sind allbereits zwey Söhne des Dasigen Schutz Juden Löw Isaac recipiret worden, und dermahlen suchet deßen 3 ter Sohn, Marum Löw, ebenfalls um gnädigste Aufnahme in den dasigen Schutz unterthänigst nach.

Nun hat derselbe zwaren vor sich kein weiteres Vermögen angegeben, als daß ihm sein Vatter die Helfte seines dasigen Haußes abtrethen wolle; Indeßen hoffet Supplicant mit seiner Verlobten von Schmaidig, Markgräfl. Anspachischer Jurisdiction, 550 Rthlr. zu erheurathen, und mit seinem Bruder Joseph den Ochsen Handel in Compagnie zu treiben, weßhalben denn auch die Renth Cammer in Aussicht auf das Cameral Intereße gegen des Supplicanten Reception um so weniger etwas zu erinnern findet, da derselbe wegen seiner bisherigen Aufführung ein gutes Zeugniß von der Gemeinde Bergen beygebracht hat, mithin zu hoffen wäre, daß selbiger einen tüchtigen Schutz Juden abgeben könne, wann ihm nicht im Weege stünde, daß zwey von seinen Brüdern zu gedachtem Bergen bereits den Schutz erhalten.

Von Ihro Königl. Hoheit Höchsten Gnade wird es demnach lediglich abhangen, ob dem Supplicanten sothane Reception, denen angeführten Umständen ohngeachtet gnädigst zugestanden werden wolle.

J. M. v. Günderode Hombergk Erni v. Hugo
J. H. Wolfart von Trümbach I. H. Ihm

16 b) Endverfügung:

Nachdem Wir des Schutz Juden Löw Isaac zu Bergen dritten Sohn Marum Löw, die gebetene aufnahme in den dasigen Schutz Gnädigst zugestanden haben; Alß bleibt solches Unserer nachgesetzten Fürstlichen Regierung auf den unterm 1 ten Octbr. erstatteten unterthänigsten Bericht zur Resolution und weiteren Verfügung in Gnaden hiermit ohnverhalten.

Philippsruhe, den 18 ten Octbr. 1764

Resol: Der Jude Marum Löw wird in den Schutz zu Bergen recipirt.
v. Berlepsch

**Anlage 17** Betr.: Marum Löw in Bergen bittet um Intervention der Hanauer Regierung bei den Behörden in Frankfurt, daß seine jüdischen Gläubiger in Frankfurt ihn dort nicht sollen verhaften lassen dürfen, sondern an das Gericht des Amts Bornheimer Berg verwiesen werden sollen

März / Mai 1767

Quelle: Frankfurter Stadtarchiv, Untergew. D 78, Nr. 119

17 a) Abschrift eines bei der Rentkammer in Hanau entstandenen Vorganges:

Copia

Der Fallit gewordene Schutz-Jud Marum Löw zu Bergen,
thut Vorstellung wegen seiner in Franckfurth wohnhafften Jüdischen Glaubiger, und der von diesen ihm gedroheten Arretirung in Franckfurth und bittet um ein Vorschreiben an dasig Hochlöbl. Magistrat, daß diese ad forum concursus an das Amt Bornheimer Bergs bey ihrer Forderung damnum in mora halben suchende Arretirung seiner verwiesen werden mögen, wie inhalts.

pst: Hanau d. 27 ten Merz 1767

P: P:

Ew. X: X: gebe hiermit in tiefer Erniedrigung zu vernehmen, was maßen ich durch mißliche Händel in Kurtzer Zeit dergestalt in Schulden gerathen; daß bey Löbl. Amt Bornheimer Bergs deßhalb bonis zu cediren nothgedrungen worden.

Ob nun gleich edictaliter adliquidandum auf den 24 ten Labentis behörig vorgeladen worden: So sind doch meine Wechselgläubiger zu Franckfurth in praefixo nicht erschienen, sondern laßen sich dagegen verlauten: Wie Sie mich in Franckfurth, so bald dahien käme, arretiren laßen wolten.

Da ich nun um mein Brod zu verdienen, Franckfurth nicht lange meiden kann; gleichwohl erwähnter Bedrohung halber mich fürchte dahin zu gehen; und obgleich das forum concursus generale ist, und alle gegen mich anzustellende actiones an sich ziehet, mithin vor selbiges gehören, darnach gegen alle Schaden und Kosten mit sich führende Besorglichkeiten von Seiten meiner zu Franckfurth wohnenden Glaubiger allda unangefochten und sicher gesetzt zu seyn wünschte: um meinem Stück Brod ohne alle Hinderniß nachgehen zu können; Als habe Ew: X. X. hiermit submißet anflehen wollen, Hochdieselbe gnädig hochgeneigt geruhen mögten:

> Ein Vorschreiben an Hochlöbl. Magistrat zu Franckfurth dahin zu erlaßen, daß die auf meine Person ihrer Forderung halben Arrest suchende dasige gläubiger ab- und ad forum concursus gewiesen werden mögen.

Unter Vest angestunder gnädig Hochgeneigt beyfälliger Entschließung verharre in aller Unterthänigkeit

Ew: X. X.
unterthäniger
Marum Löw, Schutz Jud zu Bergen

Adv: Schunck

17 b) Schreiben des Hofgerichtes in Hanau an den Magistrat in Frankfurt:

[Eingangsvermerk:]
Pres: d. 27 April 1767 Bmtr. von Eysseneck Cons. Sen.

Denen Wohledel- Vest und Hochgelehrten auch Ehren Vest, Vorsichtig und Weißen Bürgermeister und Rath der Stadt Franckfurth p.

Unseren Insonders günstigen lieben Herren und Freunden

Franckfurth

Unsere Freundliche Dienste und alles Gutes zuvor, WohlEdle, Vest und Hochgelehrte, auch Ehren Vest, Vorsichtig und Weiße, Insbesonders günstige liebe Herren und Freunde!

Ab dem Anschluße die Herren des mehrern zu ersehen, Was bey Uns der Schutz Jud Marum Löw zu Bergen, wegen seiner in Franckfurth wohnenden Jüdischen Gläubiger und der ihme, von denselben angedroheten Arrestirung daselbsten vorgestellet und gebethen hat; Nachdem Wir nun demselben mit dem gebettenen Vorschreiben an Handen zu gehen keinen Anstand gefunden: So ersuchen demnach dieselbe Freundnachbarlich des Supplicanten Creditores auf Anmelden so lange zur Ruhe zu verweisen biß seine Debitores, welches seiner beschwohrenen bilance nach einige dortige Metzger seyn sollen, in beßere Umstände kommen, und er dadurch in stand gesetzet werde, sich beßer als dermalen halten zu können. Wir erwiedern diese Rechtswillfährigkeit in ähnlichen Fällen und verbleiben damit unter Göttlicher Schutz Erlaßung allstets.

Hanau den 11. April 1767

Derer Herren Dienstfreundwillige
Fürstlich Heßen Hanauische zum HofGericht Verordnete Praesident, Kantzlar, Vice Kantzlar, Räthe und Assesores

Hombergk

Müller, Secretarius

17 c) Beschluß des Magistrats von Frankfurt:

Lectum in Consil. Scab. den 29. April 1767. et decretum: Wäre dieses Schreiben willfährig zu beantwortten, sich aber das reciprocum vorzubehalten und die creditores des Juden Ad forum generale zu verweisen.

17 d) Entwurf des Antwortschreibens des Magistrats von Frankfurt an die Regierung in Hanau:

an die Regierung zu Hanau.
P. P.

Auf unserer pp. neuerlich wegen des Berger Juden Marum Löw anhero erlaßenes intercessionale, haben Wir die Ehre zu erwiedern, daß wir bereits und damit derselbe von dem angedroheten arrest seiner hießigen Glaubiger sicher zu seyn möchte, jedoch unter dem rechtlichen Vorbehalt daß in vorkommenden gleich ähnlichen Fällen das reciprocum denen hießigen Einwohnern erwießen werden wird, behöriger Orten die desfalls nöthige Vorkehrungen getroffen und zugleich mit des Juden Marum Löw Glaubiger, wenn sie sich bey uns mit ihrer Forderung anmelden würden, ad forum Concursus generale zu verweißen, dahin den Befehl erlaßen. Da Wir nun anders nicht glauben können, als daß unsern pp. diese Ver-

fügungen angenehm seyn werden, so zweifeln Wir auch nicht, unsere pp. werden bey sich ergebenden Gelegenheiten hiesigen Einwohnern das reciprocum zu erweißen Keinen Anstand finden.

Die Wir ansonsten zu fernerer Bethätigung freundnachbarlicher Dienst Gefälligkeiten stetshin so bereit als willig verbleiben.

Datum den 2. May 1767

B. u. R. d. St. Fr. am Mayn

[Absendungsvermerk:]
exped: d. 4 t ejusdem

---

**Anlage 18**

Betr.: Gesuch des Marum Löw um Erlaß der Hälfte des Schutzgelds

Mai 1769

Quelle: Staatsarchiv Marburg, Bestand 80. Hanau, Rub. L, Lit. E, Nr. 2: Juden-Schutz-Gelder und anderer Abgifften Erlaß- und Befreyungen in dem Amt Bergen Tom. I. 1737 - 1767, Bl. 152 - 157

18 a) Gesuch:

[Eingangsvermerk:]
Prs. Hanau d. 9 tn May 1769

An den Durchlauchtigsten Fürsten und Herrn, Herrn Wilhelm, Landgrafen und Erbprinzen zu Heßen, Fürsten zu Hersfeld, Grafen zu Catzenelnbogen, Dietz, Ziegenhain, Nidda und Schaumburg p. Regierenden Grafen zu Hanau p. p.

Meinem Gnädigsten Fürsten und Herrn!

Fußfälligste Bittschrift, mein Marum Löw, Schutzjudens zu Bergen um gnädigsten Erlaß der Hälffte des Schutz-Geldes, bis er sich wieder erholet. Wie Inhalts.

Durchlauchtigster Landgraf und Erbprinz,
Gnädigster Fürst und Herr!

Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht finde mich leider! Nothgedrungen in fußfälligstem Respect zu vernehmen zu geben, wasmaßen ich theils unglücklicher Händel halber und theils wegen damalig-Nahrungsloser Zeit dergestalt in Rückgang meines Vermögens kommen, daß ich bereits Vorjährig bonis zu cediren mich genöthiget gesehen eben daher denn, um willen ich nichts mehr habe, auch außer Stand seye, das Schutz-Geld aufzubringen.

Wann aber mein Vatter ein eingebohrener 77. jähriger Schutz-Judt gewesen, der sich redlich zu nähren gesucht hat, ich auch nicht weniger mich bestrebet habe, durch aufrichtigen Handel und Wandel mich durchzubringen, gleichwohl durch unglückliche und mißlungene Händel so zurückgesetzet worden, daß ich kaum das Brod vor Weib und arme Kinder zu erwerben, weniger also die schuldige praestanda dabey zu berichtigen vermag; wie ich dann über das meine altabgelebte Mutter auch noch mit zu ernähren habe; Alß flehe demnach Ew. Hochfürstl. Durchlaucht ich hiermit fußfälligst an, Höchstdieselbe gnädigst geruhen möge,

Die Helffte des Schutz-Geldes, bis unter erhoffendem Göttlichen Seegen mich erholet, mir zu erlaßen, sofort dergestalten mich zu begnadigen.

Höchstwelche Gnade werde unter fußfälligster Danksagung Lebenslang anpreißen und dagegen, wie ohnehin, in tiefster Erniedrigung ersterben

Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht
fußfälligster
Marum Löw, Schutz Jud zu Bergen

Adv: Schunck

18 b) Testat des Amts Bergen:

Daß der unterthänigste Supplicant (a) 32 Jahre alt und geheurathet ist, auch Ein Kind hat, (b) seit dem 18. Octbr. 1764 mithin 4 ½ Jahr in landesherrl. Schutz stehet, (c) durch den mit fetten Ochsen getriebenen Handel so zurück und in schulden kommen, daß bereits verwichenes Jahr der Concurs über sein Vermögen erkannt worden, und dahero (d) das Schutz-Geld dermahlen sehr schwehr von Ihm zu erhalten ist, solches attestirt unterthänigst und Pflichtmäßig.

Bergen, den 8 ten May 1769

Joh: George Schröder

18 c) Verweisung an die Rentkammer:

Extract Geheimen Raths Protocolli de dato Hanau den 11 ten May 1769

Des Schutz Juden Marum Löw zu Bergen unterthänigste Vorstellung und Bitte um Ihn angeführter umstände wegen einsweilen mit der halben Schutzfreyheit zu begnadigen.

resl: Der Renth Cammer zum gutachtlichen Bericht.
v. Berl.
exp.

18 d) Stellungnahme der Rentkammer:

[Eingangsvermerk:]
Prs: Hanau, den 19 tn. May 1769

Actum Hanau bey der Renth Cammer den 16 ten May 1769.

Auf das bey Ihro Hochfürst. Durchlaucht von dem Schutz Juden Marum Loew zu Bergen unterthänigst übergebene, hierbey zurückgehende Memorial, um gnädigste Verwilligung der halben Schutzfreyheit, ist die Renth Cammer des unterthänigst- wiewohl ohnzielsetzlichen Dafürhaltens, es sey dem Supplicanten, in Betracht daß selbiger nur 32 Jahre alt ist, und seit 4 ½ Jahr im Schutz stehet, deßen Schutzgeld auch nach dem Attestat des Amtskellers Schröders, zwar schwehr, aber nicht ohnmöglich zu erhalten ist, in seinem Gesuch nicht zu willfahren.

Berlepsch J. L. Backen Borries Motz Ries Cancrinus

18 e) Entscheidung des Geheimen Rates:

Extract Geheimen Raths Protocolli de dato Hanau, den 22 ten May 1769

Der Renth Cammer erstatteter unterthänigster Bericht vom 16 ten curr: die vom Schutz Juden Marum Loew zu Bergen nachgesuchte Verwilligung der halben Schutz Freyheit betreffend mit einem abschlägigen Antrag:

resl: Dem Supplicanten stehet in seinem Gesuch nicht zu willfahren.
exp.

**Anlage 19** Betr.: Gesuch des Marum Löw um Erlaß des Schutzgeldes
Februar / März 1771

Quelle: Staatsarchiv Marburg, Bestand 80. Hanau, Rub. L, Lit. E, Nr. 2: Juden-Schutz-Gelder und anderer Abgifften Erlaß- und Befreyungen in dem Amt Bergen Tom. I. 1737 - 1767, Bl. 158 - 162

19 a) Gesuch:

[Eingangsvermerk:]
Hanau den 2 tn. Febr. 1771

Dem Durchlauchtigsten Fürsten und Herrn,
Herrn Wilhelm, Landgraf und Erbprinz zu Heßen, Fürst zu Hersfeld,
Graff zu Cazenelnbogen, Diez, Ziegenhayn, Nidda und Schaumburg regierenden Graffen zu Hanau.

Meinem gnädigsten Fürsten und Herrn,

Übergiebt der Schutz Jude Marum Löw von Bergen unterthänigste Vorstellung und bittet um gnädigsten Erlaß des rückständigen Schuzgeldes und Ertheilung der halben Schuz-Freyheit, wie inhalts.

Durchlauchtigster Erbprinz,
Gnädigster Fürst und Herr!

Allbereits vor vier Jahren bin ich durch mancherley unglückliche Vieh Händel dergestalten in abnahme meines Vermögens gerathen, daß ich auf Eindringen meiner Creditoren bonis cediren müßen.

Da ich nun wegen derzeit und bis hierher immer fortdauernden schlechten zeitläufften und außerordentlichen Theuerung, alles angewendeten Fleißes ohnerachtet, kaum soviel erwerben können, daß ich mich, meine Famille und die bey mir in Verpflegung habende alte Eltern, mit denen höchst nöthigen lebensMitteln versehen mögen, dahero dann auch außer allem Stand gesezet finde, das alljährig zu bezahlende Schuzgeld wovon ich vor das leztverfloßene Jahr annoch mit Sieben Gulden im rückstand stehe, fürtan der ordnung nach ganz entrichten zu können; als ergehet an Euer Hochfürstliche Durchlaucht mein unterthänig höchst flehentlichstes Bitten:

> Höchstdieselben geruhen mir dieser meiner großen dürfftigkeit halben ienen rückstand nicht nuren, sondern auch das halbe Schutzgeld, auch nur in so lange, gnädigst und Mildereichest nachzulaßen, bis sich diese betrübte zeiten ändern, und ich in beßere Vermögens Umbstände versezet seyn mögte.

In welcher zuversicht tiefst submißet erharret.

Euer Hochfürstliche Durchlaucht
Unterthänigster Knecht
Marum Löw, Schutz Jude zu Bergen

Langermann

19 b) Verweisung an die Rentkammer:

Extract Geheimen Raths Protocolli de dato
Hanau, den 4 ten Febr. 1771

Des Schutz Juden Marum Löw zu Bergen unterthänigstes Bittgesuch um gdgsten Erlaß seiner rückständigen Schutz Gelder und Huldreichste Verwilligung der halben Schutz Freyheit für die Zukunfft und zwar nur insolange als seine angebliche Umstände dauern würden.

Resl: Der RenthCammer zum Bericht
v. Berl.

19 c) Stellungnahme der Rentkammer:

[Eingangsvermerk:]
Prs. Hanau d. 8 t. Merz 1771

Actum Hanau bey der RenthCamer den 1 ten Merz 1771

Da, der von der Kellerey Bergen eingezogenen Nachricht zu Folge, der bey Ihro Hochfürstl. Durcht. in dem hierbey zurückfolgenden Memorial um gnädigsten Erlaß seiner rückständigen Schutzgelder und huldreichste Verwilligung der halben SchutzFreyheit pro futuro supplicirende Schutz Jude Marum Loew zu Bergen durch allerhand gehabte Zufälle in dem Vieh-Handel sehr zurückgekommen und in Armuth gerathen, ihm auch sehr schwer, ja fast ohnmöglich fället, sich nebst denen seinigen zu ernähren und die Herrschafftlichen praestanda abzuführen: So hält die RenthCammer, jedoch sonder alle Maasgabe unterthänigst dafür, daß dem Supplicanten die halbe Schutzfreyheit insolang gnädigst verwilliget werden könte, bis er wieder zu beßeren Nahrungs-Umständen kähme.

Berlepsch v. Backen von der Burg Borries Motz Ries

19 d) Entscheidung des Geheimen Rates:

Extract Geheimen Raths Protocolli
d. d. Hanau den 14 Märtz 1771

Der RenthCammer erstatteter unterthgster Bericht vom 1 ten hujus, das Gesuch des Schutz-Juden Marum Löw zu Bergen, um gndstn. Erlaß seiner rückständigen SchutzGelder und huldreichste Verwilligung der halben Schutz Freyheit betreffend, mit dem ohnZielsetzlichen Antrag, Ihm letztere solange, biß Er wieder in beßere Nahrungs Umstände komme, gndst. zuzustehen.

resol. Approbatur
v. Berl.
exp.

---

**Anlage 20**

Betr.: Gesuch des Marum Löw um Nachlaß des ganzen Schutzgeldes

Oktober / November 1778

Quelle: Staatsarchiv Marburg, Bestand 80. Hanau, Rub. L, Lit. E, Nr. 2: Juden-Schutz-Gelder und anderer Abgifften Erlaß- und Befreyungen in dem Amt Bergen Tom. I. 1737 - 1767, Bl. 163 - 167

20 a) Gesuch:

[Eingangsvermerk Hanau:]
prs. Hanau d. 23. Octbr. 1778

An Durchlauchtigsten Fürsten und Herrn
Herrn Wilhelm Landgraffen und Erb Printzen zu Heßen,
Fürsten zu Hirßfeld, Graffen zu Cazenelnbogen, Dietz, Ziegenhayn, Nidda und Schaumburg p., regierender Graf zu Hanau p.

Meinem gnädigsten Fürsten und Herrn.

Unterthänigste Bittschrift
mein
Marum Löw Schutz Jud zu Bergen
Sucht um gnädigste gantze Schutz Freyheit unterthänigst nach.

Durchlauchtigster Landgraff und Erbprintz,
Gnädigster Fürst und Herr.

Schon in ao. 1768 bin ich leider durch Unglücksfälle in einen concursum creditorum verfallen und haben Ew. Hochfürstliche Durchlaucht mich zwar in die halbe Beschwehrung zu meinem unterthänigsten Dank zu setzen gnädigst geruht, allein ob ich seit dem gleich durch die äußerste Mühe und oftmahlige Abbrechnung an meinem Unterhalt diese halbe Beschwehrung bißher erwunden habe, so will sich solches doch endlich so wenig mehr erzwingen laßen, daß ich würcklich meine Abgaben von drey Quartalen her zu meinem größten Leidwesen noch schuldig bin.

Daß hieran nicht der Mangel meines Fleises, sondern die Täglich seltener werdende Gelegenheit vor einen armen Mann etwas zu verdienen, eine in vorigem Jahr erlittene schwehre Krankheit, und die sieben wöchige Berger Sperrung wegen der Vieh Seuche Schuld sind, wird mir selbst die Kellerey attestiren müßen. Dadurch bin ich so verarmt, daß alle meine wenigen mobilien schon veräußert sind, und ich auch offte Mangel an drucken Brod leiden muß.

In dieser äußersten Noth habe ich daher keine andere Wahl, als Ew. Hochfürstl. Durchlaucht unterthänigst anzuflehen,

mir die gantze Freyheit von allen oneribus gnädigst zu schenken,

vor welche Höchste Gnade ich in Tiefster Dankbahrkeit und Submißion ersterben werde.

Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht
unterthänigster
Marum Löw, Schutz Jud zu Bergen

Rensing

20 b) Verweisung an die Rentkammer:

Extract Geheimen Raths Protocolli
d. d. Hanau d. 26. Octobr. 1778

Unterthänigstes Bitt Memorial von dem mit der halben Schutz Freyheit bereits begnadigten Juden Marum Löw zu Bergen, um nunmehrige gnädigste Ertheilung der gantzen Freyheit.

Resl. Der Renth Cammer zum Bericht
v. Berl.
Exp.

20 c) Stellungnahme der Rentkammer:

[Eingangsvermerk:]
prs. Hanau d. 20. Nov. 1778

Actum Hanau bey der Renth Cammer
den 17 ten November 1778

Der Jude Marum Loeb zu Bergen, welcher 1764 in dasigen Schutz aufgenommen worden, erhielte, da er in einen starcken Nahrungs-Verfall gekommen war, im Jahr 1771 die halbe Schutzfreyheit. Er truge auch hierauf seine solchergestalt verminderte Abgabe bis verwichenes Jahr ordentlich ab, und nur durch die eingerißene Viehseuche und die deßfalls auch in Bergen angelegte Sperre, welche allen Viehhandel, die Nahrung des Supplicanten, hemmte, ist derselbe in einen Rückstand von 3. Quartalen mit Sieben Gulden 15 albus gekommen. Da inzwischen jenes Übel nachgelaßen, Supplicant auch erst 42 Jahr alt und gesund ist, folglich dem Handel noch nachgehen kann; So hält die Renth Cammer, unter Zurücksendung des unterthänigsten Memorials, allergehorsamst ohnmaßgebend dafür, daß dem Supplicanten, zu seiner Erhohlung, zwar der Rückstand mit 7 Fl. 15 albus in Gnaden zu erlaßen, die nachgesuchte gantze Schutzfreyheit aber demselben nicht zu ertheilen seyn werde.

v. Gall Backen Borries Motz Cancrinus Vulpius

20 d) Entscheidung des Geheimen Rates:

Extract Geheimen Raths Protocolli
d. d. Hanau den 23. Nov. 1778

Unterthänigster Bericht der Renth Cammer vom 17. Nov. a. c. mit dem ohnzielsezlichen Antrag, daß dem auf der halben Schutzfreyheit stehenden Juden, Marum Löb zu Bergen, die unterthänigst nachgesuchte ganze Schutzfreyheit zwar nicht zu ertheilen, jedoch demselben sein a 7 Fl. 15 alb. rückständiges Schutzgeld gnädigst zu erlaßen seyn möchte.

Resl: Der Rückstand wird dem Supplicanten gnädigst erlaßen.
v. Berl.

---

**Anlage 21**

Betr.: Gesuch des Marum Löw um Erlaß von Schutzgeldern
Juli / August 1783

Quelle: Staatsarchiv Marburg, Bestand 80. Hanau, Rub. L, Lit. E, Nr. 2: Juden-Schutz-Gelder und anderer Abgifften Erlaß- und Befreyungen in dem Amt Bergen Tom. I. 1737 - 1767, Bl. 170 - 172

21 a) Gesuch:

[Eingangsvermerk:]
prs. Hanau d. 22. Jul. 1783

Durchlauchtigster Landgraf und Erbprinz,
Gnädigster Fürst und Herr.

Ich stehe nun bereits 20. Jahre in dem hiesigen Landes Schutz, bin aber nicht lange nach meiner Verheurathung durch viele in dem Handel erlittene Unglücks-

fälle nach und nach so tief herunter gekommen, daß ich mich vor ongefehr 12. Jahre genöthiget gesehen hatte, bonis zu cediren, und Eure Hochfürstliche Durchlaucht hatten damahlen in betracht meiner bedürftigen Umständen die Gnade vor mich, das halbe Schutzgeld zu erlaßen. Bis daher habe ich also diese Gnade genoßen; Allein so redlich auch mein bestreben ware, mich mit Weib und Kinder zu ernähren, und meine Abgaben zu entrichten; So wenig ist es mir doch bey denen dermahligen nahrungslosen Zeiten, wo kaum der Reichere sich durchbringen kann, und also der Arme, welchem es an dem nöthigen Mittel, einen Handel treiben zu können fehlet, sich noch weit weniger zu ernähren im Stande ist, möglich gewesen, und hierzu hat auch theils meine eigene Schwächlichkeit, und theils die Kränkliche Umständen meiner Ehefrau und Kinder, wo ich immer aus dem einen oder anderen Grund denen noch vor mich vielleicht möglich gewesenen Kleinen Geschäften nicht nachkommen konnte, sehr vieles, und soviel beygetragen, daß ich dermahlen mit Weib und Kinder in der äusersten Armuth lebe, und alles bereits zugesetzt habe.

Zu Eurer Hochfürstlichen Durchlaucht höchsten Landesväterlichen Gnade, womit so oft verarmte und nothleidende Unterthanen erfreuet werden, nehme ich daher meine unterthänigste Zuflucht, und bitte demüthigst:

Höchstdieselben mir die gänzliche Freyheit gnädigst zu ertheilen geruhen mögten.

In der tiefsten Unterthänigkeit Lebenslang verharrend

Ew. Hochfürstlichen Durchlaucht
unterthänigster Knecht
der Schutzjud Marum Löw von Bergen

Deines

21 b) Attest des Amtskellers von Bergen:

Der unterthänigste Supplicant hat unter dem 18 ten Oct. 1764 den Schutz erhalten, und stehet seit dem 14. Mertz 1771 im halben Schutz, ist sehr arm, und kann mit weiter nichts mehr handlen als mit altem Eyßen und alten Kleidern, deßen Frau aber ist beständig krank, weshalben durch Execution und Pfändung nichts mehr von demselben zu erhalten stehet; Es wäre daher zu wünschen, daß er, mit Vorbehalt der bereits schuldigen und bis hierhin nicht von Ihm heraus zu bringen gewesenen 6 Fl. in die völlige Freiheit gnädigst gesezzet würde. Welches unterthänigst attestiret.

Bergen d. 22 ten July 1783

Schröder

21 c) Verweisung an die Rentkammer:

Extract Geheimen Raths Protocolli
d. d. Hanau d. 24. Juli 1783

Unterthänigstes Gesuch von dem mit der halben Schutz Freyheit bereits begnadigten Schutz Juden Marum Löw zu Bergen, um gndgste Verwilligung der gantzen Schutz Freyheit, worauf auch in dem beygefügten Attestat, mit der Bedingung, daß der Supplicant die noch rückständigen 6 Fl. bezahle, unterthänigst angetragen wird.

Resl. Der Renth Cammer zum Bericht
v. Berl.
exp.

21 d) Stellungnahme der Rentkammer:

[Eingangsvermerk der Regierung:]
prs. Hanau d. 20. Aug. 1783

Actum Hanau bey der Rentkammer
den 15 ten Aug. 1783

Der mit der halben Schutzfreyheit bereits begnadigte Schutz Jude Marum Loeb zu Bergen, welcher in der hierbey wieder zurückgehenden Bittschrift um die ganze Schutzfreyheit unterthänigst nachsuchet, ist nach dem Bericht des Amtskeller Schröder zu Ende des dritten Quartals dieses Jahres, sieben Gulden 15. albus Schutz- und 22 albus 4 Pf. Landstraßenbau-Frohndgeld schuldig, dabey aber so arm, daß durch Execution bishero von demselben nichts zu erhalten gestanden hat. Da nun derselbe über dem durch seinen geringen Handel wenig verdienet, und durch das schwere Haus Creutz heimgesuchet wird, daß seine Ehefrau schon geraume Zeit sich krank befindet; So ist die Rentkammer des unterthänigst unzielsetzlichen Dafürhaltens, daß dem Supplicanten die ganze Schutz Freyheit von dem 4 ten Quartal dieses Jahres an, unter der Bedingung gnädigst zu Verwilligen seye, die bis zu Ende des dritten Quartals schuldig werdenen Abgaben noch vor Ablauf dieses Jahres ohnfehlbar abzuführen.

v. Motz Vulpius Chr. G. v. Pückler Serrurier

21 e) Entscheidung des Geheimen Rates:

Extract Geheimen Raths Protocolli
d. d. Hanau den 28. Aug. 1783

Der Renth Cammer unterthänigster Bericht vom 15. Aug. a. c. die von dem mit der halben Schutzfreyheit bereits begnadigten Schutzjuden, Marum Löb in Bergen, nachgesuchte ganze Schutzfreyheit betreffend; Und wird unter der Bedingung, daß der Supplicant die biß zu Ende des 3 t. Quartals d. Jhrs. schuldigen 7 Fl. 15 Alb. Schutz- und 22 alb. 4 Pf. Weegbau-Frohndgeld, noch vor Ablauf dieses Jahres abführe, auf willfährige Resolution unterthänigst angetragen.

Resl. Der Antrag ist gnädigst genehmiget und hat die Renth Cammer nach solchem das weitere zu verfügen.

v. Berl.
exp.

---

**Anlage 22**

Betr.: Die Aufnahme des Juden Raphael Joseph zu Bergen in den Schutz
1780 / 1781

Quelle: Staatsarchiv Marburg, Bestand 81. Reg. Hanau, 181. Judenschaftl. Sachen, XII. Amt Bergen, a. Receptionen (Ord. Nr. 20 u. 22), Bl. 686 - 689, 691, 699, 700, 705 - 716

22 a) Vorlage des Amtes Bergen:

Unterthänigster Bericht des Amts Bornheimerbergs
des Juden Purschen Raphael Joseph von Bergen Receptions-Gesuch
in den Schutz dahier betr.

Reichsfrey - Hochwohl - Hochwohl. und Wohlgebohren, wie auch vest und Hochgelahrte Gnädig - Hochgebietend - Hochgeneigt - und Hochgeehrteste Herren!

Es hat der ledige Juden Pursch Raphael Joseph von dahier, welchen die Jüdin Blümgen von Dielsheim nach dem beygehenden Protocollo heurathen und sich dahier häuslich niederlaßen will, um die Aufnahme in den hiesigen Schutz unterthänig nachgesuchet.

Wie nun Centgräf und Gericht nebst der Judenschafft gegen deßen Reception nichts einwendet, auch letztere für das zu entrichtende Schutz-Geld caviret und man von Amts wegen hierbey nichts zu errinnern findet; Als habe solches in Abwesenheit hiesigen Herrn Amtmanns zur hohen Verfügung hiermit unterthänig einberichten und in devotestem Respect beharren sollen.

Euer HochFreyherrl. Excelln. Excelln. Hochwohl und Wohlgeb.
unterthäniger Diener,
C. H. Reiss

Bergen den 4 ten Dec. 1780

[Eingangsvermerk:]
Pres. 8. Dec. 1780

22 b) Anlage 1 zu vorstehender Pos. a):

Actum Bergen den 27 ten Nov. 1780

Erschiene der hiesige ledige Juden Pursch Raphael Joseph und wolte unterthänigst um die Aufnahme in den Schutz dahier gebethen haben; wurde demnach befragt:

1. Wie alt und wer seine Eltern seyen?
   Re: Er seye 27. Jahr alt und sein Vater seye der hiesige Schutz Jud Joseph Löw, seine Mutter Marjam aber seye verstorben.
2. Ob und wann er heurathen wolle?
   Re: Ja, die gegenwärtige ledige Jüdin Blümgen von Dielsheim.
3. Was sie einander an Vermögen zubrächten?
   Re: Ille: Weil sein Vater Joseph die Gnade habe, den freyen Schutz zu haben, so wohne er bey demselben in seinem Hauß, welches er nach deßen Tod zur Helfte überkomme, welches der Schutz Jud Joseph Löw als Vater bekräftigte.
4. Womit er sich ernähren wolle?
   Re: mit dem Pferde- und anderem Vieh Handel.
5. Ob er mehrere Geschwister dahier in dem Schutz habe?
   Re: eine Schwester, welche an den hiesigen Schutz Juden Abraham Faist verheurathet seye, sodann seye sein Bruder Isaac Joseph in dem Schutz zu Bockenheim.
6. Ob sich Supplicant wird ehrlich ernähren- und praestanda praestiren können, und ob die hiesige Gemeinde nichts gegen die Reception einzuwenden habe?
   Re: Soll Centgräf und Gericht hierüber vernommen werden.

22 c) Anlage 2 zu vorstehender Pos. a):

Cont.: Bergen den 31. Octobr. 1780

Wurde über die 6 te Frage von Centgraf und Gericht das Attestat sub „1“ [hier nachstehende Pos. 22 d] übergeben.

Soll die hiesige Judenschaft annoch wegen der Caution vernommen werden.

Cont: Bergen den 25 ten Nov. 1780

Erschienen die hiesigen Schutz Juden Abraham Heyum, Baruch Löw, Marum Löw, Abraham Faist, Salomon Abraham und Hirsch Lapp, und ließen sich auf beschehenen Vorhalt vernehmen, wie sie bey dem Schutz Gesuch des Raphael Josephs nichts zu erinnern hätten, auch für ihn wegen des Schutz Geldes caviren wollen.

praevia prael: et ratihab: dimiss:

R: Soll an Hochfürstl. Regierung unterthänig berichtet werden.

in fidem:
C. H. Reiss, Landschrbr. Amts Bergen

22 d) Anlage 3 zu vorstehender Pos. a):

[Eingangsvermerk des Amts Bergen:]
ps: Bergen den 31 t Oct: 1780

Bergen d. 30 tn. Octobr: 1780

Erschien des hießigen Schutz Juden Joseph Löw sein Sohn nahmens Raphael Joseph, und Bathe um einen Attestat, wegen seiner aufführung und Lebens Wandel.

1. Hat sich derselbe Jeder Zeit Treu und Ehrlich aufgeführet, und an seinem Lebens Wandel nichts auszusetzen seye.
2. Ob sich derselbe wird Ehrlich ernähren, und die Herrschafftl. onera Prestiren könne, ein solches ist in die ferne nicht zu sehen.
3. Gegen seine Reception wäre nichts ein zu wenden von der Gemeinde, ein solches wird attestiret.

J. H. Schwind, Centgräffen
Joh. Peter Günther
Joh. Caspar Völp
Johannes Heun
Joha. Jacob Puth
Joha. Hinrich Weil
Johannes Völp
des Gerichts

22 e) Verweisung an die Rentkammer:

Extractus Fürstl. Heßen Hanauischen Regierungs Prot.
Vom 8. December 1780

Das Amt Bornheimerbergs berichtet cum protocollo wegen Heurath und Aufnahme des Juden Raphael Joseph aus Bergen in den Schutz daselbsten.

R: Wäre hieraus mit Fürstl. Renthcammer zu communiciren.

22 f) Stellungnahme der Rentkammer:

Extractus
Fürstl. Heßen Hanauisch. RentKammer Prot. d. d. 19 t Decbr: 1780

Fürstl. Regierung communiciret mit diesem Collegio über das Heuraths und Schutz Receptions Gesuch des Judens Raphael Joseph aus Bergen.

R. Wäre Fürstl. Regierung in Antwort zu vernehmen zu geben, daß da die Vermögens Umstände des Supplicanten sowenig als deßen Braut angegeben, noch weniger beschienen wären, das Receptions Quantum also aus dem Protokoll nicht erhelle, so könne man sich noch zur Zeit wegen der Reception nicht erklären.

[Sichtvermerke am Rand:] vt. Motz vt. Usener
[Eingangsvermerk der Regierung:]
Pres. 5. Jan. 1781

22 g) Zurückverweisung an das Amt Bergen:

Extract Fürstl. Heßen Hanauis. Reg. Protocolli vom 5. Januar 1781

Fürstl. Rent Cammer gibt wegen des Juden Raphael Joseph aus Bergen zu vernehmen, daß weil das Vermögen deßelben und seiner Braut aus dem Amts Protocoll nicht erhelle, man sich wegen deßen Reception nicht erklären könne.

R. An das Amt Bornheimer Bergs um den Supplicanten Raphael Joseph hiernach zu bedeuten.

22 h) Stellungnahme des Amtmannes Usener aus Bergen:

P. Ptum
Auch, Gnädig. Hochgebietend. Hochgeneigt- und Hochgeehrteste Herren!

Hat der ledige Jud Raphael Joseph von hier nicht nur eine Abschrift der mit seiner Braut errichteten Ehepacten produciret, nach welchen seine Braut 330 rtlr. pro dote zu inferiren versprochen, sondern er ist auch nach beyliegendem protocollo des Erbiethens demnächst dieses Geld bey Amt vorzuzeigen.

Bey so bewandten Umständen bin ich des unzielsetzlichen unterthänigen Dafürhaltens, ermeldten Raphael Joseph welcher demnächst von seinem Vater etwas zu gewarten hat, alhier in den Schutz zu recipiren. Ut in litteris beharrend.
Bergen den 25. Januar 1781

J. H. Usener

[Eingangsvermerk:]
Pres: 29. Jan. 1781

22 i) Anlage zu vorstehender Pos. h)

Ehekontrakt zwischen Raphael Joseph und Jungfer Blümge:

[Eingangsvermerk:]
Pres: Bergen den 19. Januar 1781

Der da Bey dem Anfang das Ende Verkündiget, der gebe Glück und Seegen zu dieser Eheberedung welche zwischen beyden theilen, nehmlich zwischen Joseph Löw welcher mit Einer Vollmacht von seinem Sohn Raphael — an Einem — Sodann der Jungfer Blümge, welche selbsten zugegen — am andern theil — und nachdem sie wegen der Zufriedenheit befragt worden und das ja dazu geben.

Erstens: Obgedachter Joseph Löw dahier Verspricht seinem gedachten Sohn dem Hochzeiter Raphael zur Morgengab zu geben seine halbe behaußung sambt der halben Hofraith, jedoch erst nach seinen des Joseph Löwen tod; aber mit dem Beding, daß der Raphael gleich nach seiner Hochzeit bey seinem Vatter umsonst wohnen solle. Wann er aber sich mit seinem Sohn nicht vereinigen Könte, so ist er Joseph Löw Schuldig Ihme eine Wohnung auf seine Kosten zu miethen auch

Verspricht er Joseph Löw seinem Sohn Raphael den Höchsten Landesherrlichen Schutz auf seine Kosten zu verschaffen, auch die Hochzeit auf seine alleinige Kosten zu halten, wie nicht weniger einen Staar [291]) des Schuhausziehens von alle seine Brüder umsonst zu verschaffen.

Der Hochzeiter Raphael verspricht also seine Braut zu heurathen mit einem goldenen Trauring und Silbernen Gürtel und sich mit ihr nach dem gesetz Moses und Isaacs copuliren zu laßen, und sie will die Copullation von Ihm empfangen.

Die Braut Blümge bringet zur Morgengabe ein; dreyhundert rthlr. ohne den Zehenden das heißt dreyhundert und dreyßig reichsthaler — und Verspricht 4 Wochen vor der Copullation dieses Geld zu lieffern. Die Hochzeit solle sein in dem Monath Februar 1781 dahier in Bergen. — Und wann ein- oder der andere theil auf Vorstehende Eheberedung auf allen oder ein theil davon Bricht alsdann solle derjenige welcher nicht halten will dem Haltenden theil 100 rthlr. zur Strafe erlegen müßen, dafür sind Bürgen auf seiten des Hochzeiters Abraham Faist von hier und auf seiten der Braut Moses Marx von Diedelsheim. Alles obigen übernehmen beyde theile fest zu halten bey dem Bann und einem Eydt zur Thora und solle der Bann keinen theil von der Straff und die Straff keinen von dem Bann befreyen worüber von beyden theilen einen Handtgriff abgenommen worden. alles beständig.

So geschehen Bergen d. 17 t Sept. 1780

Abraham Faist, Bürge auf Seiten des Hochzeiters — Joseph Löw von Bergen
Moses Marx auf Seiten der Braut Bürge — Blümge, die Braut

[Übersetzungsvermerk:]
Daß vorstehende Eheberedung nach dem Hebräischen inhalt richtig ins teutsche übersetzt attestiert

Hanau d. 18 t Jan. 1781

Gerson Mayer
Gemeinde Schreiber

22 k) Erneute Verweisung an die Rentkammer:

Extractus Fürstl. Heßen Hanauischen Regierungs Protocolli
Vom 29. Jan. 1781

Das Amt Bergen erstattet wegen des weiteren Receptions-Gesuch des Juden Raphael Joseph in den Schutz nach Bergen einen ferner weiten Bericht.

R. Wäre hieraus nunmehr ferner mit Fürstlicher Renth Cammer zu communiciren

22 l) Erneute Stellungnahme der Rentkammer:

Extractus.
Fürstl. Heßen Hanauischer Rent Cammer Prot. d. d. 6. Febr. 1781

Fürstl. Regierung communiciret, wegen Reception des Juden Raphael Joseph, in den Schutz nach Bergen.

---

[291]) Vgl. Anmerkung 257 auf Seite 150.

R. Wäre Fürstl. Regierung in Antwort zu vernehmen zu geben, wie man nunmehr gegen die Reception dieses Judens von hier aus nichts einzuwenden habe.

[Eingangsvermerk der Regierung:]
Pres: 16 ten Febr. 1781

22 m) Entscheidung des Geheimen Rates:

Extractus
Fürstl. Heßen Hanauischen Reg. Prot. vom 16 ten Febr. 1781

Fürstl. Renth Kammer eröfnet anhero, daß bey dem Schutz gesuch des Juden Raphael Joseph nach Bergen, Ihrerseits nichts einzuwenden seye.

R. Ist nunmehr die reception in den Schutz nach Bergen gestattet und der Raphael Joseph zur Verpflichtung auf einen Regierungs Tag anher vor zu bescheiden, wovon der Fürstl. Renth Kammer p. Extractum hujus Nachricht zu ertheilen ist.

22 n) Konzept der Benachrichtigung an das Amt Bergen:

d. 16. Febr. 1781

An das Amt Bergen
Der Jude Raphael Joseph erhält den Schutz zu Bergen ad num: 549
Nachdem dem Juden Pursch, Raphael Joseph, der nachgesuchte Schutz nach Bergen nunmehro gestattet worden; So wird solches dem Fstl. Amt Bornheimer Bergs auf deßen unterm 4 ten Dec. ai. pr. und 25 t v. m. erstattete Berichte mit dem Befehl hierdurch bekannt gemacht, besagten Juden auf einen Regierungstag zur Verpflichtung und Abführung der übrigen praestandorum anhero zu betagen.

Decretum Hanau d. 16 ten Febr. 1781

Exp. E.
[am Rand Handzeichen von acht Regierungsbeamten]

22 o) Bearbeitungsvermerk der Rentkammer:

Extractus Fürstl. H. H. R. Cammer Prot. d. d. 23. Merz 1781

Fürstl. Regierung benachrichtiget daß dem Juden Raphael Joseph der Schutz nach Bergen gestattet worden.

Fiat Decretum an die Kellerey Bergen
Expediatur der Schutzbrief

[am Rand:]
vt. Gall
vt. Usener

22 p) Anweisung an die Kellerei Bergen:

An die Kellerey Bergen

Nachdem Fürstl. Regierung unter dem 16. v: M: anhero zu vernehmen gegeben, daß dem Juden Raphael Joseph von Bergen, welcher die Jüdin Blümgen von Dielsheim zu heurathen willens ist, die Aufnahme in den Landesherrl. Schutz zu ersagtem Bergen gestattet worden und nunmehro der Schutzbrief vor denselben ausgefertiget werden soll; So wird dem Amtskeller Schroeder hiermit aufgegeben von diesem Juden und deßen Verlobten das gewöhnl. Einzugs Geld

mit fünfzig Gulden fordersamst zu erheben und solches gehörigen Orts einnahml. zu verrechnen, mehr besagten Juden aber zu Auslösung des Schutzbriefs mit der Quittung über das bezahlte Einzugsgeld, anhero zu verweisen.

Decretum Hanau den 23 ten März 1781

Usener

[am Rand:]

vt. Motz
vt. Cancrinus
vt. Vulpius
vt. Usener
exped. D
abgang d. 30 t Mart
expediatur: Der Schutzbrief ist expedirt

22 q) Konzept des Schutzbriefes:

Schutzbrief vor den Juden Raphael Joseph von Bergen in den dasigen Schutz betr.

Nachdem der ledige Jud Raphael Joseph von Bergen, welcher die ledige Jüdin Blümgen von Dielsheim zu heurathen willens ist, in des Durchlauchtigsten unseres gnädigsten Fürsten und Herrens Hochfürstl. Durchlaucht Landesherrl. Schutz zu ersagtem Bergen dergestalt auf- und angenommen worden, daß er nebst seinem künftigen Eheweib daselbst wohnen und allerhand jüdische Handthierung treiben, hingegen sich schutz- und capitulationsmäßig verhalten, an Einzugsgeld aber vor sich und seine Verlobte fünfzig Gulden sobald und das jährl. Schutzgeld mit zwanzig Gulden von Zeit seines am 16 ten v. M. erhaltenen Schutzes an in die Kellerey Bergen in guten Geld Sorten richtig abtragen soll; Als ist ihm Juden Raphael Joseph dieser Schutzbrief zu seiner Sicherheit und des Amtskellers zu Bergen Nachricht unter dem aufgedruckten Hochfürstl. Heßen Hanauischen gewöhnl. Renth Cammer Insiegel ertheilet worden.

Signatum Hanau den 20 ten Märtz 1781

[am Rand:]

vt. Motz
vt. Cancrinus
vt. Vulpius
vt. Usener
Exped. D.

---

**Anlage 23**

Betr.: Gesuch des Raphael Joseph um Befreiung vom Schutzgeld

März / April 1783

Quelle: Staatsarchiv Marburg, Bestand 81. Reg. Hanau, 181. Judenschaftl. Sachen, XII. Amt Bergen, a. Receptionen (Ord. Nr. 22), Bl. 718 - 722

23 a) Gesuch:

[Eingangsvermerk:]
prs. Hanau d. 1. Mart. 1783

Durchlauchtigster Landgraf und Erb - Printz.
Gnädigster Fürst und Herr!

Es sind nun zwei Jahre, daß ich mich mit des Schutz Juden Schmuls Tochter von Düdelsheim verheurathete, welche mir zum Heyraths Gut 500 Fl. zubrachte, mein Vatter der Schutzjude Joseph Loeb zu Bergen, aber verschrieb mir ein halbes Hauß. Ich legte mich sofort auf den Pferde-Handel, und durch meinen Fleiß verdiente ich ein ansehnliches Stückgeld.

Auf einmal aber verlies mich das Glück gänzlich, der Pferde Handel schluge so unglückl. für mich aus, daß in einem Zeitraum von 2. Jahren durch das Fallen der Pferde ich in das äußerste Elend versetzt wurde, und meiner Frau eingebrachtes Vermögen gänzlich scheiderte.

Auch das von meinem Vatter mir verschriebene halbe Haus wurde wegen einer darauf haftenden Hypothek öffentlich verkauft. In dieser traurigen Lage, da ich ohne mein Verschulden mit Frau und Kind in die größte Armuth gestürtzt, und gänzlich außer Stand gesetzt bin, die Herrschaftliche SchutzGelder fernerhin zu bezahlen, wende ich mich Fußfälligst an meinen Durchlauchtigsten Landes Fürsten mit demüthigster Bitte,

mir die Schutz Freyheit in Höchsten Gnaden angedeihen zu laßen.

Zeit Lebens werde ich diese Gnade in derjenigen tiefsten Erniedrigung verehren, mit welcher ich ersterbe

Euer HochFürstlichen Durchlaucht.
unterthänigster Knecht
Raphael Joseph Schutz Jude zu Bergen.

23 b) Attest des Amtskellers Schroeder von Bergen:

Obgleich der unterthänigste Supplicant erst unter dem 16 ten Febr. 1781 den Schutz erhalten hat, so ist derselbe doch allschon durch seinen unglücklich geführten Pferde-Handel, und da er von dem ihm von seinem Vater zur Mitgift verschriebenen halben Haus, keinen Heller bekommen hat, so in Armuth gerathen, daß sein und seiner Frauen Vermögen völlig dahin ist, und er mit derselben im größten Elend sizet, masen alle Meuble's bereits verkauft und verpfändet sind, so daß ihr ganzes Vermögen, so in den Kleidern welche Sie auf dem Leib tragen, und in einem schlechten Bett bestehet, Keine 20 Fl. mehr beträgt. Bey diesen Umständen nun, wäre zu wünschen, daß er aus Höchster Milde und Gnade, solange in den ¼ Schutz gesetzet würde, biß sich etwa seine Umstände ändern, und beßern mögten, weil ohnmöglich ein Mehreres von ihm zu erhalten seyn wird. Welches unterthänigst und pflichtmäßig attestiret.

Bergen, den 31 ten Merz 1783

Schroeder

23 c) Entscheidung des Geheimen Raths:

Extract Geheimen Raths Protocolli
d. d. Hanau d. 3. Aprl. 1783

Des Schutz Juden Raphael Joseph zu Bergen, unterthgstes Gesuch um gnädigste Ertheilung der Schutz Freyheit, und wird die unverschuldete Armuth des Supplicanten von dem Amts Keller Schroeder attestirt und dahin gantz ohnmaßgeblich angetragen, daß derselbe bis zu seiner etwaigen Erhohlung, in den 1/4 Schutz zu setzen seyn möchte.

Resl. Abgeschlagen

[Eingangsvermerk der Rentkammer Hanau:]
Praes: d. 8 ten April 1783

23 d) Bearbeitungsvermerk der Rentkammer:

Extractus Fürstl. Heßen Hanauischen Renthkammer Prot: d. d. 8. April 1783

Per Extractum Geheimenraths Prot: vom 3 ten. curr: wird das Gesuch des Schutzjuden Raphael Joseph zu Bergen, um gnädigst zu ertheilende Schutzfreiheit abgeschlagen.

R. ad publicandum et remittendum und selbst eigenen Nachachtung an die Kellerey Bergen.

vt. Mtz.
Exp: S.

23 e) Vermerk des Amtskellers in Bergen:

Ist bekannt gemacht

Bergen dn. 24 tn. April 1783

Schroeder

---

**Anlage 24**

Betr.: Erneutes Gesuch der Eheleute Raphael Joseph um Erlassung des Schutzgeldes

August / September 1783

Quelle: Staatsarchiv Marburg, Bestand 81. Reg. Hanau, 181. Judenschaftl. Sachen, XII. Amt Bergen, a. Receptionen (Ord. Nr. 22), Bl. 724 - 731

24 a) Kopie des Gesuchs:

[Eingangsvermerk:]
prs. Hanau d. 28. Aug. 1783

Durchlauchtigster p. p.

Mit den frohen Aussichten durch eifrigen Fleiß und Betriebsamkeit unseren Nahrungsstand in Handel und Wandel wirksam zu machen, und zu befördern, vollzogen wir unsere Verheurathung und eröffneten damit die Führung unseres Hauswesens. Allein schon frühzeitig drangen unvorausgesehene Unglücke auf uns zu. Die meinem Ehemann zur Ausstattung verschriebene halbe Behausung ging verlohren, Hierzu tratten die unglücklichsten Ereignisse im Pferds Handel,

welche, weil in dieser Handelschaft kein geringes Kapital steckt, der Frauen Einbringen und was noch sonsten an Vermögen da war, hinwegrafften, alle Gelegenheit zu neuen Erwerbnißen erstickten, und den grosen Nahrungsverfall über uns verbreiteten, daß wir zur Erwehrung gegen die dringenste Bedürfniße und zur Vorsorge eines unmündigen Kindes sogar die Meubles und sonstige Haabseeligkeiten theils verkaufen, theils verpfänden musten. Nun leben wir in der äußersten Dürftigkeit, der ganze Umfang unserer Guterschaft bestehet in Kleidern, welche wir auf dem Leib tragen und in einem sehr unwerthlichen Bett. Ach, Durchlauchtigster pp. laßen sich Höchstdieselben, durch unser dringendes Elend rühren, und schenken uns die gnädigste Schutzfreiheit. Allgemein verbreitend ist Höchstderen Huld, und noch nie wurde der Hülfsbedürftige ohne helfende Unterstützung von Ew: pp entlaßen, und darum wagen wir es auch unterthänigst zu bitten

Höchstdieselben wollen uns die Schutzfreiheit gnädigst willfahren.

In aller Unterthänigkeit ersterbd.
Ew: pp.
unterthänigste Supplicanten
Raphael Joseph und dessen Ehefrau zu Bergen

24 b) Stellungnahme des Amtskellers Schroeder:

Dem unterthänigsten Supplicanten Raphael Joseph des hiesigen Schutz Juden Loeb Joseph Sohn habe unter dem 31. Merz d. J. auf sein damaliges Suppliciren bereits folgendes Attestat ertheilet. Obgleich der unterthänigste Supplicant erst unter dem 16 ten Febr. 1781 den Schutz erhalten hat, so ist derselbe doch allschon durch seinen unglücklich geführten Pferdehandel, und da er von dem ihm von seinem Vatter zu Mittgifft verschriebenen halben Haus keinen Heller bekommen hat, so in Armuth gerathen, daß sein und seiner Frauen Vermögen völlig dahin ist, und er mit derselben im großen Elend sitzet, masen alle Meubles bereits verkauft und verpfändet sind, so daß ihr ganzes Vermögen so in den Kleidern, welche sie auf dem Leib tragen, und in einem schlechten Bett bestehet, keine 20 Fl. mehr beträget. Bey diesen Umständen nun wäre zu wünschen, daß er aus höchster Milde und Gnade solange in den 1/4-Schutz gesetzet würde, biß sich etwa seine Umstände ändern und beßern mögten.

Da nun darauf Höchsten Orts unterm 3 ten Aprill d. J. eine Abschlägl. Resolution erfolgt, indeßen aber ersagter Supplicant bis Ende instehenden 3 ten Qtals. bereits 25 Fl. Schutzgeld schuldig wird, und welche nicht anderst, als durch Pfänd- und Verkaufung der sich etwa noch bey demselben vorfindenden Bettung, Meubles, und Kleidung zu erhalten stehen, aber vor die Zukunft nichts weiter als Höchstens 1/4 theil des Jährlichen Schutzgelds von ihm zu bekommen ist: So habe solches noch weiter unterthänigst und pflichtmäßig attestiren sollen.

Bergen d. 11 ten Aug. 1783.

Schroeder

24 c) Verweisung an die Rentkammer:

Extract Geheimen Raths Protocolli
d. d. Hanau den 1 tn Septbr. 1783

Weiteres unterthänigstes Gesuch von dem Schutz Juden Raphael Joseph zu Bergen, um Ihn mit der Schutz-Freyheit zu begnadigen; Und ist der Amts Keller Schröder in anliegendem Attestat, so wie vorhin, des unzielsezlichen Dafürhal-

tens, daß der Supplicant in den ¼ Schutz zu setzen seyn möchte; maßen nach Beytreibung deßen dermahligen Rückstandes von 25 Fl. deßen Habseligkeit gänzlich erschöpft seye.

Resl. den 4. ejusd: Der Renthkammer zum Bericht.

[Eingangsvermerk der Rentkammer:]
Praes: d. 9 ten Sept: 1783

24 d) Stellungnahme der Rentkammer (Konzept):
ad Smum.

Actum Hanau bey der Renth Cammer den 9 ten Sept: 1783

Als der, in der hierbey wieder zurückgehenden unterthänigsten Bittschrift um gnädigst zu ertheilende Schutz Freyheit supplicirende Jude Raphael Joseph in den Schutz nach Bergen recipiret wurde, suchte derselbe nicht nur durch die producirte Ehepacten zu begründen, daß seine dermahlige Ehefrau ihm 330 rthr. zubringe, sondern die Judenschaft zu Bergen verbürgte sich auch vor Amt für das von ihm zu entrichtende Schutz Geld. Da es nun mehrmahlen zu geschehen pfleget, daß Juden, um bey der Aufnahme in den Schutz weniger Schwierigkeiten zu finden, in denen Eheberedungen sich ein größeres Vermögen andichten, als sie wirklich besitzen, so durfte dieses vielleicht des Supplicanten Fall auch seyn, indem sich derselbe noch keine 3 Jahre im Schutz befindet, wo er alle das seinige bereits zugesetzet zu haben, um so weniger wahrscheinlich ist, weil nach der jüdischen Gewohnheit junge Eheleute in dem ersten Jahr des Ehestandes bey denen Eltern freye Kost und Wohnung genießen. Woferne man es aber auch als wahr annehmen wolle, daß sich Supplicant in den angegebenen dürftigen Umständen befindet; So würde solches doch, vorliegenden Umständen nach, der Renth Cammer keinen Grund abgeben können, auf die Schutz Freyheit unterthänigst anzutragen, da die Judenschaft in Bergen für deßen praestanda caviret hat, und sich also die Folgen dieser Bürgschaft ohne Wiederrede gefallen laßen muß.

Wann nun diesem noch beytritt, daß Supplicant kaum das 30 te Jahr erreichet hat, und zu aller hand Arbeiten zu gebrauchen stehet, folglich die Judenschaft, wenn sie den Ernst siehet, wegen deßen Abgaben sich allein an sie zu halten, schon Anstalten treffen und Gelegenheiten herbeysuchen wird, wo derselbe etwas verdienen kann; So ist die Renth Cammer des unterthänigst unzielsetzlichen Dafürhaltens, daß dem Gesuch des Supplicanten gnädigst nicht zu deferiren, die Kellerey in Bergen vielmehr anzuweisen seye, die Rückstände deßelben sowohl als das pro futuro zu entrichtende Schutz Geld, in Ermangelung eines Objecti Executionis von der sich dafür verbürget habenden Judenschaft ohnverlängt beyzutreiben.

R. Cammer

[Am Rand:] vt. Mtz. vt. Serr.
Exped: J.
abgang d. 12 t Sept.

24 e) Entscheidung des Geheimen Rates:

Extract Geheimen Raths Protocolli
d. d. Hanau, den 15. Sept. 1783

Der Renth Cammer unterthänigster Bericht vom 9 ten Sept. a. c. die von dem Schutzjuden, Raphael Joseph zu Bergen, wiederholt nachgesuchte gnädigste Er-

theilung der Schutzfreyheit betreffend, mit dem Antrag, daß dem Suchen des Supplicanten nicht zu deferiren, sondern die Kellery Bergen vielmehr anzuweisen seyn möchte, sowohl deßen rückständiges als künftiges Schutzgeld, in Ermangelung eines Objecti executionis von der sich dafür verbürgten dortigen Judenschaft ohnverlängt beyzutreiben.

Resl: den 22. ejusd:

Der Antrag der Renth Cammer wird gnädigst genehmiget.

[Eingangsvermerk der Rentkammer:]

Praes: d. 26 ten Sept: 1783

24 f) Anweisung an den Amtskeller Schroeder (Konzept):

An den Amtskeller Schroeder

Nachdem Ihre Hochfürstl. Durchl. vermöge Höchster Resolution vom 22 ten curr: das Suchen des Schutzjuden Raphael Joseph zu Bergen um gnädigste Ertheilung der Schutz-Freyheit, abgeschlagen, und dabey Höchstverehrlich zu verordnen geruhet haben, daß sowohl deßen rückständiges als künftiges Schutzgeld in Ermangelung eines Objecti Executionis, von der sich dafür verbürgt habenden Judenschaft ohnverlängt beygetrieben werden soll; So bleibt solches dem Fürstl. Amtskeller Schroeder zur allenthalbigen Bekanndtmachung und stracklichen unterthänigsten Nachachtung hiermit ohnverhalten.

Dtum Hanau d. 26 ten Sept: 1783

R. Cammer

[Am Rand:] vt. Mtz. vt. Vulpius vt. Chr. G. v. Pückler vt. Serr.
Exp: S.
abgang d. 30 t Sept.

---

**Anlage 25**

Betr.: Weiteres Gesuch des Raphael Joseph um Erlassung des Schutzgeldes

März 1784

Quelle: Staatsarchiv Marburg, Bestand 81. Reg. Hanau, 181. Judenschaftl. Sachen, XII. Amt Bergen, a. Receptionen (Ord. Nr. 22), Bl. 733 u. 734

25 a) Entscheidung des Geheimen Rates auf ein nicht erhalten gebliebenes Gesuch:

Extract. Geheimen Rats Protocolli
d. d. Hanau, d. 15. Marti 1784

Ferneres unterthänigstes Supplicatum des Schutz Juden Raphael Joseph zu Bergen, um ihm die halbe Schutz-Freyheit gnädigst zu ertheilen und huldreichst zu gestatten, das rückständige Schutz Geld in geraumlichen Terminen nach und nach abtragen zu dürfen. Und wird in dem beygefügten Attestat vom Amts Keller Schroeder ohnmaßgeblich angetragen, daß der Supplicant wegen seiner äußersten Armuth in den 1/4 Schutz zu setzen seyn mögte.

Resl: Abgeschlagen mit dem Beyfügen, daß wenn Supplicant seine Rückstände nicht bezahlen kann, derselbe solche durch Arbeit am Wilhelms Bad abzuverdienen angewiesen werden solle.

[Vermerk des Amtskellers v. Bergen:]
Den 31 ten Mertz dem Juden bekannt gemacht.

Schroeder

[Eingangsvermerk der Rentkammer:]
Praes. d. 23 ten Merz 1784

25 b) Bearbeitungsblatt der Rentkammer:

Extractus Fürstl. Heßen Hanauischen Renthkammer
Prot: d. d. 23. Merz 1784

Ihro Hochfürstl. Durchlaucht haben das Suchen des Schutzjuden Raphael Joseph zu Bergen, um gnädigste Ertheilung der halben Schutzfreyheit, und Erlaubniß, das rückständige Schutzgeld in geraumlichen Terminen nach und nach abtragen zu dürfen, unterm 15. curr: mit dem Beyfügen abgeschlagen, daß, wann Supplicant seine Rückstände nicht bezahlen könne, derselbe solche durch Arbeit am Wilhelmsbad abverdienen solle.

p. 1) Ad publicandum et remittendum an die Kellerey Bergen und hätte dieselbe bey nicht zu erhaltenden Rückständen wegen Anstellung des Supplicanten zur Arbeit mit dem Frohndcassier Leppin zu communiciren, wovon

2) Dem Frohncassier Leppin mit dem Anfügen Nachricht zu ertheilen ist, um den Debenten gnädigst befohlenermaßen am Wilhelmsbad zur Arbeit anzustellen.

vt. Mtz.
Exp. S. 2 mal

---

**Anlage 26**

Betr.: Gesuch der Ehefrau des Schutzjuden Raphael Joseph um Befreiung vom Schutzgeld
September / Oktober 1784

Quelle: Staatsarchiv Marburg, Bestand 81. Reg. Hanau, 181. Judenschaftl. Sachen, XII. Amt Bergen, a. Receptionen (Ord. Nr. 22), Bl. 736 - 742

26 a) Kopie des Gesuches:

[Eingangsvermerk:]
pr: Hanau d. 29. 7br. 1784

Durchlauchtigster pp.

Ew. pp. geruhen in tiefster Unterthänigkeit mit größter Wehmuth vortragen zu laßen, wie ich als eine fremde Person aus dem Ysenburgischen von Dillsheim vor 4 Jahren dahier des Schutzjuden Joseph Löwen Sohn Raphael Joseph geheurathet u. an Vermögen u. Mobilien bey die 800 f. anhero gebracht, von meinem Schwie-

gervatter aber, welcher mir sein halbes Haus verschrieben gehabt, welches verhypothecirt gewesen u. Schulden wegen verkauft werden müßen, nicht das geringste bekommen.

Weil nun damals mein Schwiegervatter ein Roßhändler war, so hat derselbe, als er mein Geld gemerkt, meinen Mann auch mit in diesen Handel verleitet, da es dann so weit gekommen, daß mein sämtlich anhero gebrachtes, durch verunglückte Pferde u. Händel zu Grunde gegangen u. ich u. mein Mann nebst 2 Kinder sich anjetzo in äußerster Armuth befinden.

Da wir nun durch diesen unglücklichen Umstand ganz außer Stand gesetzt sind, das alljährl. Schutzgeld abzuführen, und dermalen an die 25 f. im Rest stehen, auch kein Mittel ausdenken können, woher dieser Rest als auch das künftige Schutzgeld kommen soll; So sehe ich mich genötiget Ew. pp ganz unterthst. u. fußfälligst in meinen betrübten Umständen, um Gnade anzuflehen.

Es gelanget demnach an Ew. pp. mein ganz unterthst. fußfälligstes Bitten, Höchstdieselben wollen gndgst. geruhen, meinem Mann das rückständige als auch das zukünftige Schutzgeld in Höchsten Gnaden zu schenken.

Gnädigster Erhörung mich getröstend u. in tiefster Ehrfurcht ersterbe.

Ew. pp.
unterthänigst wehmütigste Blim, des Schutzjuden
Raphael Josephs Frau in Bergen

## 26 b) Stellungnahme des Amtskellers Schroeder:

Der in größter Armuth samt seine Frau u. zwey Kinder sich befindende hiesige Schutz-Jude Raphael Joseph ist bis Ende anstehenden Quartals 39 f. Schutzgeld schuldig u. stehet bey demselben nichts zu pfänden; Es wäre dahero zu wünschen, daß derselbe in Betracht seiner äusersten Armuth in die Schutzfreyheit gesetzt, den Rückstand aber successive entweder baar bezahlen oder mit Arbeit am Wilhelmsbad abonnieren müßte; welches unterthänigst und pflichtmäßig attestiret.

Bergen d. 29. 7br. 1784

Schröder

## 26 c) Verweisung an die Rentkammer:

Extract Geheimen Raths Protocolli
d. d. Hanau den 30. Sept. 1784

Unterthänigstes Bitt Memorial von der Ehefrau des Schutz Juden Raphael Joseph zu Bergen, um ihrem Ehemann sowohl das rückständige als zukünftige Schutzgeld in Höchsten Gnaden zu schenken. Der Amtskeller Schröder attestirt, daß der in größter Armuth samt seiner Frau und 2. Kinder sich befindende obgenannte Jude 39 fl. schuldig seye und von ihm nichts zu pfänden stehe, dahero zu wünschen wäre, daß derselbe in die Schutzfreyheit gesetzt werde, den Rückstand aber successive entweder bezahlen oder am Wilhelmsbad abverdienen müßte.

Resl: Der Renth Cammer zum Bericht.

[Eingangsvermerk der Rentkammer:]
Praes: Hanau den 5 ten Oct. 1784

26 d) Stellungnahme der Rentkammer (Konzept):

Ad Serenissimum.
Actum Hanau bey der RenthCammer den 5 t Oct. 1784

Bey dem, von Ihro Hochfürstlichen Durchlaucht unterm 30 ten v. M. der Renth Cammer zu unterthänigster Berichts-Erstattung gnädigst zugefertigten hierbey wieder zurückgehenden Bitt Memorial, des Schutzjuden Raphael Josephs Ehefrau zu Bergen, um ihrem Ehemann sowohl das rückständige als zukünftige Schutz Geld in höchsten Gnaden zu schenken, ist die Renth Cammer der unterthänigst ohnmasgeblichen Meynung, daß, da der Supplicantin Ehemann erst seit 1781, und zwaren nach vorgängiger von der gemeinen Judenschaft zu Bergen vermöge Amts Prot: vom 25 t Nov. 1780, für deßen Schutzgeld geleisteten Bürgschaft, in dasigen Schutz aufgenommen worden, ersagte gemeine Judenschaft, falls nach dem Kellerey Attestat von dem Supplicanten nichts mehr zu erhalten stehe, nunmehr auch der Regul nach zur Zahlung angehalten werden müße, und es dahero bey dem Höchsten Resoluto vom 22 ten Sept: an: pr: gnädigst zu belaßen seye.

R. Cammer

[Am Rand:] vt. Vulpius vt. (unleserlich) vt. Serr vt. Schr.
Exped: J.
abgg. den 8 ten ejusd:

26 e) Entscheidung des Geheimen Rates:

Extract Geheimen Raths Protocolli
d. d. Wilhelmsbad d. 11 t Oct. 1784

Unterthänigster Bericht der Renth Cammer vom 5. Oct. a. c. ad Supplicatum des Schutzjuden Raphael Josephs Ehefrau zu Bergen, um ihrem Ehemann sowohl das rückständige als zukünftige Schutzgeld in Höchsten Gnaden zu schencken, mit dem allergehorsamsten Antrag, daß die Gemeine Judenschaft zu Bergen welche für ersagten Juden Bürgschaft geleistet, zur Zahlung anzuhalten seye, und es dahero beym Höchsten Resoluto vom 22. Sept. a. praet, zu laßen wäre.

Resl: Approbatur der Renth Cammer Antrag.

[Eingangsvermerk der Rentkammer:]
praes: Hanau den 15 ten Oct. 1784

26 f) Anweisung der Rentkammer an Amtskeller Schroeder in Bergen (Konzept):

An die Kellerey Bergen

Nachdem Ihro Hochfürstliche Durchlaucht auf das von des Schutzjuden Raphael Josephs Ehefrau zu Bergen übergebene unterthänigste Supplicatum, um ihrem Ehemann sowohl das rückständige als zukünftige Schutzgeld in Höchsten Gnaden zu schenken, unterm 11 ten curr. Höchstverehrl. verordnet haben, daß, falls von dem Supplicanten nichts mehr zu erhalten stünde, die dasige Judenschaft, als welche sich nach dem Amts Protocoll vom 25 ten Nov. 1780 bey deßen Reception, für denselben verbürget habe, zur Zahlung angehalten werden solle; Als bleibt Solches dem H. Amtskeller Schröder zu Bergen hiermit zu dem Ende ohnverhalten um ersagtem Supplicanten zu Abführung seiner Rückstände annoch eine kurtze Frist zu praestigieren. bey entstehender Bezahlung aber, und in Erman-

gelung eines Objecti Executionis vermeldte dasige gemeine Judenschaft zu Zahlung des quaestionirten Schutzgeldes alles Ernstes und ohne nachsicht nachdrucksamst anzuhalten.

Decr. Hanau d. 15 t. Oct. 1784

R. Cammer

[am Rand:] vt. Mtz. vt. Vulpius vt. (unleserlich) vt. Serr. vt. Schr.
Exped. D.
abgangen d. 19 ten 8br.

---

**Anlage 27**

Betr.: Befreiung des Raphael Joseph vom Schutzgeld November / Dezember 1784

Quelle: Staatsarchiv Marburg, Bestand 81. Reg. Hanau, 181. Judenschaftl. Sachen, XII. Amt Bergen, a. Receptionen (Ord. Nr. 22), Bl. 744 - 750

27 a) Kopie einer Eingabe der Berger Judenschaft:

[Eingangsvermerk:]
Praes. Hanau d. 23 ten Nov. 1784

Durchlauchtigster,
In ao. 1781 ist der Jud Raphael Joseph nach Bergen in den Schutz recipirt worden u. wir musten uns hier, der Ordnung nach, für ein 3. jähriges Schutzgeld deßelben zu Haften Verbindlich machen, sehen uns also jetzo da leider dieser Raphael Joseph gleich in dem ersten Jahre durch Unglücksfälle, Verlust und Hauskreutz, so tiefen Armuth herunter gekommen ist, daß er nur von einem Jahr sein Schutz-Geld bezahlen können, in der Lage, daß wir das Schutzgeld und den ad 38 fl. schuldigen Rückstand für ihn bezahlen sollen und uns deshalb würklich von der Fürstl. Kellerey Bergen die Execution angedrohet worden. Wann aber der Debitor Raphael Joseph, nachdem er Gelegenheit gefunden hat, seine Ehefrau als Säugamme und eines seiner Kinder unentgeldl. unterzubringen, zu Abwendung des uns durch die Bezahlung seines Schutzgeldes entstehenden Schadens, sich erklärt hat, seine Rückstände bey ihm zu gestattender Nachsicht und leidlichen Terminen succeßive abzutragen. So unterwinden wir Uns Euer Hochfürstl. Durchlaucht Höchste Gnade um die Huldreichste Verfügung, daß dieses Anerbiethen möge angenommen und Wir mit der Uns angeforderten Bezahlung und deßhalb angedrohten Execution verschont werden, unterthänigst zu bitten Hoffen auch nur so zuversichtl. gnädigste Erhörung, da Höchstdieselben einen Theils gnädigst zu ermeßen geruhen werden, wie schwehr uns diese Bezahlung bey unsern ohnehin beträchtlichen Abgaben und Vermögensschwäche, fällt anderntheils aber wir nach wie vor, für diesen Rückstand haften und im verhofften nicht Zahlungsfall solchen abführen wollen, folgl. das Höchst Herrschaftliche Intereße bey einer Huldvollen Nachsicht nichts verliehret, Uns aber ein ansehnlicher Vortheil entspringet. An Euer Hochfürst. Durchlaucht gelanget demnach unsere unterthänigste Bitte

Höchstdieselben die gnädigste Verfügung ergehen zu laßen geruhen mögten, daß die von dem Schutzjuden Raphael Joseph wegen Abführung

seines Schutzgeldes Rückstands offerirte succeßive Bezahlung nebst Gestattung leidlicher Termine angenommen und wir mit der uns angeforderten Bezahlung und deshalbigen Execution vor der Hand verschonet werden.

In der tiefsten Erniedrigung lebenslang Verharrend

Euer Hochfürstl. Durchlaucht
unterthänigste
Die Gemeine Judenschaft zu Bergen

27 b) Stellungnahme des Amtskellers Schroeder:

Der hiesige Schutzjud Raphael Joseph hat unterm 16 ten Febr. 1781 den Landesherrlichen Schutz unter Verbürgung der hiesigen Judenschafft erhalten, ist aber in den ersten zwey Jahren so in äuserstes Armuth gerathen, daß die Schutzgelder durch keine Zwangsmittel von ihm zu erhalten gewesen, sondern derselbe, bis zu Ende dieses Jahres, mit 43 Gulden im Rückstand verblieben. Wann er nun in gndgstem. Betracht seiner ehlenden Umstände vor die Zukunft ganz Schutzfrey gegeben, u. ihm nach dem utthgste. Suchen der Judenschafft dergestalt daß selbige davor haften müße gndgst. zugestanden würde, solche 43 fl. in denen nächstfolgenden 4 Jahren abzuführen, so wäre in so weit nichts dabey zu risquiren; Wofern aber dieses nicht gndgst. approbiret werden, und die Judenschafft fernerhin, vor denselben verhafftet bleiben solte, ist so wenig bey dieser als bey dem Raphael Joseph Hoffnung vorhanden dazu zu gelangen, weil sämtl. hiesige Juden bereits so verarmt sind, daß ihre eigene Schutzgelder, nicht anderst als durch Execution u. Pfändung quartaliter von ihnen beyzutreiben stehen, welches unterthänigst und pflichtmäßig attestiret.

Bergen den 18 ten Nov. 1784

Schröder

27 c) Verweisung an die Rentkammer:

Extract Geheimen Raths Protocolli
d. d. Hanau, d. 25. Nov. 1784

Unterthänigste Vorstellung und Bitte von der Gemeinen Judenschaft zu Bergen um die gnädigste Verfügung, daß die von dem Schutzjuden Raphael Joseph wegen Abführung seines Schutzgeldes Rückstands offerirte succeßive Bezahlung angenommen und sie mit der ihr angeforderten Bezahlung und deshalbigen Execution vor der Hand verschonet werde. Der Amts Keller Schroeder attestirt die große Armuth der sämtl. Judenschaft zu Bergen und bemerckt, daß, wann ersagter Raphael Joseph in gnädigstem Betracht seiner elenden Umstände vor die Zukunft ganz Schutzfrey gegeben, und ihm gnädigst zugestanden würde, die rückständigen 43 fl. in Vier Jahren abzuführen, dabei insoweit nichts zu risquiren wäre.

Resl. Der Renth Cammer zum Bericht

[Eingangsvermerk der Rentkammer:]
Praes: Hanau den 30 ten Nov. 1784

27 d) Bericht der Rentkammer an den Erbprinzen (Konzept):

Ad Serenissimum
Actum Hanau bey der Renthkammer den 30 ten Nov. 1784

Da die bey Ihro Hochfürstl. Durchlaucht, in der hier wieder zurückgehenden unterthänigsten Vorstellung um die gnädigste Verfügung, daß die von dem Schutz Juden Raphael Joseph, wegen Abführung seines Schuzgeldes-Rückstandes, offerirte succeßive Bezahlung angenommen- und sie mit der ihr angedroheten Execution und Bezahlung vor der Hand verschonet bleiben möchten, unterthänigst supplicirende Gemeine Judenschafft zu Bergen vermöge des beygefügten Kellerey attestats, mit dem Restanten, ersagtem Raphael Joseph, welcher zwaren kaum etliche Jahre dero gnädigsten Schuz genießet, durch unglückliche Pferds-Händeln aber in das äußerste Armuth gerathen, in gleichen mißlichen Vermögens Umständen sich befindet. So stehet hieraus gar leicht abzunehmen, daß, bey Ermangelung eines Obiecti Executionis, alle zu treffende Vorkehrungen zur Zahlung, bey der Gemeinen Judenschafft dermahlen fruchtlos ablaufen werden. Die Renth Cammer ist annoch des unterthänigsten ohnzielsezlichen Dafürhaltens, daß ermeltem verarmten Juden Raphael Joseph zwar von Anfang des künftigen Jahres an die gänzliche Schutz Freyheit und zu succeßiver Abführung seines in 43 fl. bestehenden Rückstandes eine Frist von vier Jahren gnädigst zu verstatten, ersagte Gemeine Judenschafft jedoch, um solche in nexu obligationis fernerhin beyzubehalten, daß sie nach wie vor, und bis zur gänzlicher Tilgung des Rückstandes dafür verhafftet bleiben solle, zugleich gnädig anzuweisen seyn.

R. Cammer

[Am Rand:] vt. Mtz. vt. Vulpius vt. Serr. vt. Schr.
exped. V
abgang: d. 3 t. Dec.

27 e) Entscheidung des Geheimen Rates:

Extract Geheimen Raths Protocolli
d. d. Wilhelmsbad den 7. Dec. 1784

Unterthänigster Bericht der Renth Cammer vom 30. Nov. a. c. die von der Gemeinen Judenschaft zu Bergen gebetene Höchste Verfügung, daß die von dem dasigen Schutz Juden Raphael-Joseph offerirte succeßive Bezahlung seines Rückstands angenommen, und sie mit deßen Bezahlung und der deshalbigen Execution vor der Hand verschonet werde, betreffend, mit dem allergehorsamsten Dafürhalten, daß ermeldtem verarmten Juden Raphael Joseph zwar, von Anfang des künftigen Jahres an, die gänzliche Schutz Freyheit und zu succeßiver Abführung seines Rückstandes a 43 fl. eine Frist von vier Jahren gnädigst zu verstatten, ersagte Gemeine Judenschafft jedoch, daß sie nach wie vor dafür verhafftet bleiben solle, zugleich gnädigst anzuweisen seye.

Resl. Der Renth Cammer Antrag wird approbirt und ist das weitere darnach zu verfügen.

[Eingangsvermerk der Rentkammer:]
Praes. Hanau den 17 Dec. 1784

27 f) Konzept des Schreibens der Rentkammer an den Amtskeller Schröder:

An H. Amtskeller Schröder zu Bergen

Nachdem Ihro Hochf. Durchl. unterm 7 ten dieses Monats Höchstverehrlichst zu resolviren geruhet haben, daß dem Juden Raphael Joseph zu Bergen, die gänzliche Schutz Freyheit von Anfang nächstkünftigen Jahres an- und zu succesiver Abführung seines Rückstandes a 43 fl. eine Frist von vier Jahren gnädigst zwaren gestattet seyn, die dasige gemeine Judenschaft jedoch, nach wie vor, bis zu dessen Berichtigung dafür verhafftet, bleiben solle; Als hat der F. Amtsk. Schröder zu Bergen nicht nur ersagtem Debenten und der gemeinen Judenschafft behörig bekannt zu machen, als sich selbsten auch mit Beytreibung des quaest. Rückstandes hiernach unterthänigst zu achten.

Decretum Hanau den 17 ten Dec. 1784

R. Cammer

[Am Rand:] vt. Mtz. vt. Vulpius vt. Serr. vt. Schr.
exped. D.
abgang d. 21 t Dec.

---

**Anlage 28**

Betr.: Weiteres Gesuch der Ehefrau des Raphael Joseph um Befreiung vom Schutzgeld

Juli / August 1787

Quelle: Staatsarchiv Marburg, Bestand 81. Reg. Hanau, 181. Judenschaftl. Sachen, XII. Amt Bergen, a. Receptionen (Ord. Nr. 22), Bl. 751 - 755

28 a) Kopie des Gesuchs der Ehefrau des Raphael Joseph:

[Eingangsvermerk:]
Praes. Caßel, d. 17. Jul. 1787

Durchlauchtigster pp.

Euer pp. geruhen nicht ungenädigst zu bemercken, wenn ich wegen meiner sehr grosen Armuth, schon wieder beschwerlich falle. Ich und die meinigen, können zwar die Hohe Gnade, welcher Höchst Dieselben vor einigen Jahren an uns erwiesen nicht genugsam verdancken. Ach aber! gnädigster Fürst Der Überrest von 45 fl. 12 albus so uns geblieben, hat unser Armuth ganz vermehret, daß Wir öfters in Thränen manchen Tag zugebracht haben. Alle Tage hatten wir die schärfste Execution, wie auch Drohung der Pfändung gehabt. Wir wahren demnach gezwungen, dasjenige zu verkaufen, was nur Geld golte, aber leider ohnmöglich war es, den ganzen Rest zu bezahlen, sondern 28 fl. 20 albus blieben. Weil nun unsere Armuth, dermahlen sehr groß ist, daß wir öfters selbst kein Brod für unsere noch unerzogenen Kinder haben, und mein Mann, kann sich auch in keinen Handel mehr wegen Armuth mehr einlaßen. Sogern ich nun gleich Durchlauchtigster p. p. meiner Schuldigkeit gemäs bezahlte, so unmöglich falt es mir.

Fußfälligst wage ich es dahero, und bitte Euer pp. wehmüthigst in Betracht meiner alzugrosen Armuth und noch unerzogenen Kinder

mir diesen Rückstand in Höchsten Gnaden zu erlaßen.

Erlange ich dieses mein utthgsts. Bitten, so werde ich die Güthe des besten Fürsten Seegnen, welcher auch die kleinsten Bürde des geringsten Seiner Unterthanen erleichtert.

Euer p. p.
unterthänigste Dienerin Blim
Raphael Josephfrau Schutzjud in Bergen

28 b) Attest des Rentmeisters Kraushaar in Bergen:

Daß der bereits gnädigst befreyte Jud Raphael Joseph dahier sein annoch in die hiesige Renterey restirendes Schutzgeld bis auf 28 fl. 20 alb. abgeführet hat, diesen Rückstand aber dermahlen wegen allzugrosen Nahrungskosten und tägl. gröser werdenden Armuth abzuführen nicht im Stande seye, solches wird unterthänigst pflichtmäsig bezeuget.

Bergen den 28 ten Juny 1787

Kraushaar

28 c) Verweisung an die Rentkammer:

[Eingangsvermerk der Rentkammer:]
Praes. d. 20 t. Jul. 1787

Extract Geh. Raths Prot.
d. d. Weißenstein den 10 ten July 1787

Resl. Zur RCammer zum Bericht

28 d) Entwurf des Berichts der Rentkammer an den Landgrafen:

Ad Serenissimum

Durchlauchtigster,

Die Renth Cammer zu Hanau erstattet über das unterthänigste Erlaß-Gesuch des Schuz Juden Raphael Joseph zu Bergen, den gnädigst erforderten Bericht.

Der in dem hier wieder zurückgehenden Supplicat um gnädigsten Erlaß seiner mit 28 fl. 20 alb. an die Renthnerey Bergen noch zu bezahlen habender rückständigen Schuzgelder unterthänigst nachsuchende Schuz Jud Raphael Joseph daselbst, hat unter dem 7. Dec. 1784 die gänzliche Schuzfreyheit nicht nur erhalten, sondern es ist ihm auch zur succeßiven Abführung seiner damahlen noch rückständigen 43 fl. Schuzgelder, eine Frist auf vier Jahren Huldreichst zugestanden und dabey Höchstverehrlich verordnet worden, daß die dasige gemeine Judenschaft für sothanen Rückstand verhafftet bleiben solle.

Wenn nun der Supplicant, so wie das dem unterthänigsten Supplicat beygefügte Rentherey Attestat hinlänglich bestärcket, in solchen Vermögens Umständen sich befindet, daß er sothanen Rückstand abzuführen nicht im Stande ist, so dörfte die dasige gemeine Judenschaft welche sich bey des Supplicanten reception vor ihn verbürget hat, dazu anzuhalten seyn. Die Renth Cammer ist demnach der unterthänigst ohnziehlsezlichen Meynung, daß dem Supplicanten sein unterthänigstes Erlaßgesuch abzuschlagen- und bey deßen ohnvermögen ersagte gemeine Judenschaft zu Berichtigung dieses Rückstandes gehörig anzuweisen seye.

Die wir in tiefster Ehrfurcht ersterben

Euer p.
RCmer.

Hanau den 20 ten Julius 1787

[Am Rand:] vt. Mtz. vt. V vt. (unleserlich) vt. Serr. vt. Schr.
Exped. D
Abgang d. 28. Jul.

28 e) Entscheidung des Geheimen Rates:

Extract Geheimen Raths Protocolli
d. d. Geismar, d. 3. August 1787

Die Renth Cammer zu Hanau erstattet über das unterthänigste Erlaß Gesuch des Juden Raphael Joseph zu Bergen, den gnädigst erforderten Bericht.

Resl: Die Renth Cammer hat den Supplicanten abschlägig bescheiden zu laßen.

[Eingangsvermerk der Rentkammer:]
Praes. den 14 August 1787

28 f) Konzept des Abschlußschreibens der Rentkammer an den Rentmeister Kraushaar:

An den Renthmeister Kraushaar zu Bergen
Nachdem des Herrn Landgrafen Hchstfstl. Dchlcht. dem Juden Raphael Joseph zu Bergen, sein unterthänigstes Erlaßgesuch unterm 3 t curr. abzuschlagen, und zugleich gnädigst zu befehlen geruhet haben, daß bey deßen Ohnvermögen, die gemeine Judenschaft des dasigen Amtes, zur Abführung der bey demselben noch rückständigen Herrschaftl. Gelder, gehörig angehalten werden solle; So bleibt solches dem Fürstl. Renthmeister Kraushaar zu gedachtem Bergen zur gehörigen Bekanntmach- und eigenen unterthänigsten Nachachtung, hierdurch ohnverhalten.

Datum Hanau den 14 t Aug. 1787

RCammer

[Am Rand:] vt. V vt. Serr. vt. Schr.
exped. R
Abgang den 17. Aug.

---

**Anlage 29**

Betr.: Eingabe des Rechtsanwaltes Borries an die Rentkammer in Hanau betr. Schutzgeld des Raphael Joseph

September / Oktober 1788

Quelle: Staatsarchiv Marburg, Bestand 81. Reg. Hanau, 181. Judenschaftl. Sachen, XII. Amt Bergen, a. Receptionen (Ord. Nr. 22), Bl. 756 - 759

29 a) Eingabe des Anwaltes an die Rentkammer:

[Eingangsvermerk:]
Praes: den 19 t Sept. 1788
pro paupere

Reichsfrey Hochwohl und Wohlgeboren auch Hochgelehrte zur Hochfürstl-Heßischen - Hochpreislichen Renth Cammer Hoch und Wohlverordnete Herren Präsident, Director Räthe und Assessores,

Gnädig, Hochgebietend, Hochgeneigt und Hochgeehrteste Herrn!

Ihro des Herrn Landgrafen Hochfürstliche Durchlaucht haben mir im Jahr 1785 die Völlige Schutzfreyheit unter dem Beding zu ertheilen gnädigst geruht, daß ich die damalen rückständig gewesene 45 Gulden nach und nach bezahlen sollte.

Ich habe aber aller angewandten Mühe und Sparsamkeit ohnerachtet in denen drey verfloßenen Jahr nur 26 fl. davon abbezahlen können, und bin die restirende 19 fl. bey der schlechten Nahrung, wobey ich kaum das nothdürftige Brod für mich, meine Frau und drey unerzogene Kinder verdiene, gegenwärtig zu bezahlen ganz außer Stand mithin durch die Noth gedrungen, Höchstdieselben

um eine Jährige Frist zur Abführung derer noch rückständigen 19 fl. Schutzgeld unterthänig zu bitten.

Der ich in dieser Zeit meine Schuld nach Möglichkeit zu vermindern suchen werde und in tiefer Ehrfurcht beharre

Eur. Reichsfreyherrl. Excell. Excell.
Hochwohl und Wohlgebohren
unterthäniger
Raphael Joseph Schutzjude zu Bergen

Borries

29 b) Bearbeitungsvermerk der Rentkammer:

Extract: Fürstl. Heß. RCammer Protocolli
d. d. Hanau d. 19 t Sept. 1788

Der Schutz Jude Raphael Joseph zu Bergen bittet, daß ihm zur Abführung seiner noch rückständigen Schutzgelder ad 19 fl. eine jährige Frist bewilligt werden möge.

Zum gutachtlichen Bericht an die Rentherei Bergen

[Am Rand:] vt. Mtz.
exped. D.

29 c) Bericht des Rentmeisters Kraushaar:

[Eingangsvermerk:]
Praes: den 28. Oct. 1788

Unterthäniger Bericht

Der bereits gnädigst befreite Jud Raphael Joseph dahier, restiret aller angewendeten Zwangs-Mittel ohngeachtet, noch 19 fl. 20 alb. Schutz-Gelder und wird, sobald als die gemeine Judenschaft zur Bezahlung für denselben durch Execution angehalten wird, von seinen Mitbrüdern, die mehrentheils auch nichts haben, so in die Enge getrieben, daß er sich der Beraubung der Nothdürftigsten Kleidungs- und Bettungs-Stücken nicht erwehren kan.

Da nun deßen 4-jährige Zahlungs Frist mit diesem Jahre zu Ende gehet, und er sowohl als seine Frau die Versicherung geben, daß sie binnen einem Jahr die obbemeldete 19 fl. 20 alb. zahlen, und bis dahin lieber ihre nötigste Meubles und Kleiderwerk verkaufen und diese Schuld entrichten wollen, als der Judenschaft in die Hände fallen; So stelle Hochfürstlich Hochpreislicher Renth-Cammer, auf das von mehrgedachtem Raphael Joseph übergebene hierbei zurück-

gehende Supplicat unterthänig anheim, ob ihme die nachgesuchte jährige Zahlungsfrist etwa annoch um so mehr gestattet werden soll, je mehr das Mittel diesen mehrbesagten Rückstand von der gemeinen Judenschaft alsdann zu erheben noch immer übrig bleibet, und dieselbe bis dahin nicht frei gegeben werden. Der ich in tiefster Verehrung beharre,

Bergen d. 21. Oct. 1788

Hochfürstlich Hochpreislicher RenthCammer
unterthäniger Diener
J. G. Kraushaar

29 d) Entscheidung der Rentkammer:

Extract. fürstl. Heßischen RCammer Prot:
d. d. 28 ten 8br. 1788

Der RMstr. Kraushaar zu Bergen erstattet über das Fristgesuch des Schutz Juden Raphael Joseph daselbst, erforderten Bericht.

r. Rescribatur dem RMstr. Kraushaar zu Bergen, daß vorwaltenter Umstände wegen, dem mit der Schutzfreyheit bereits begnadigten dasigen Juden Raphael Joseph, zur Bezahlung seines Rückstandes die nachgesuchte Ein- jährige Frist pro ultimato dergestalt verwilliget worden seye, daß nicht nur die Judenschaft des dasigen Amts, dafür nach wie vor verhaftet bleibe, sondern auch der in Frage seyende Rückstand, bis gegen das Ende des künftigen Jahrs ohnfehlbar völlig berichtigt werde, und Er hiernach das Erforderl. sowohl gehörig bekannt zu machen als auch sich selbst zu achten habe.

[Am Rand:] vt. Mtz. vt. Forb.

---

**Anlage 30**

Betr.: Gesuch des Samuel Raphael („Schmul") Heß und des Abraham Grünebaum um Erlaubnis, Grundbesitz ankaufen zu dürfen

1812

Quelle: Staatsarchiv Marburg, Bestand 81. Reg. Hanau, Rep. E, 22. Bergen u. Enkheim, Ord. Nr. 76

30 a) Vorlage des „Districts Maire" Usener an den Präfekten Frhr. v. d. Tann:

[Eingangsvermerk:]
ps. 1. 5. 12

Der Districts Maire zu Bergen
an
den Herrn Praefekten Freyherr von der Tann

Bergen den 27. April 1812

Der hiesige Schutzjud Schmul Heß hat am 22 ten 1. M. bey einer Zwang-Vergantung 1 Viert. 16 Ruth. Aker für 30 Fl. ersteigert, und ich habe ihm solchen unter Vorbehalt der auszuwürkenden dispensation zuschlagen laßen, denn nach der Juden Capitulation dürfen Juden keine Immobilien acquiriren.

Hierum hat er nun gebeten und ich finde dabey nichts zu erinnern, denn die Concurrenz der Steigerer erhöhet die Preise, und ich bin des Dafürhaltends daß man mehr die Erhöhung des Preißes für den Verkäufer als den vorteilhaften Kauf des Käufers begünstigen müsse.

Usener

[Am Rand:]
apponat. ein ähnlicher, vor einigen Jahren, im Amt Windecken, zu Marköbel, vorgekommener Fall. 5. 5. 12.

30 b) Vorlage des Präfekten Frhr. v. d. Tann an den Minister der Polizei und des Innern Frhr. v. Albini:

[Eingangsvermerk:]
ps. 19. 5. 12

Hanau am 19 ten May 1812

Großherzogthum (Wappen) Frankfurt.
Departement Hanau
Der Praefekt Freiherr von der Tann
an
Seine Excellenz den Herrn Minister der Justiz der Polizey und des Innern Freyherrn von Albini.

In den ehemals hanauischen Landen besteht die alte Verordnung, wornach kein Jude Immobilien acquiriren kann, es seye denn, daß er von diesem Gesetz dispensirt werde. Der Schutzjude Schmul Heß zu Bergen hat in einer Zwangsvergantung einen Acker ersteigert, und bittet ihm zu deßen Acquisition die erforderliche Dispensation zu ertheilen. Der Districts-Maire zu Bergen findet hierbey nichts zu erinnern, indem derselbe mit Recht der Meinung ist, daß man mehr die Erhöhung des Preißes für den Verkäufer als den vortheilhaften Kauf des Käufers begünstigen müße, welches durch die Concurrenz der Steigerer bewirkt werde.

Nach Anleitung des 11 ten § der Verfassungsurkunde, welcher allen Einwohnern des Großherzogthums gleiche Rechte zusichert, würde im vorliegenden Fall gar keine besondere Erlaubniß erforderlich seyn, wenn nicht in Gefolge der Höchsten Verordnung vom 7 ten Febr. 1. v. J. pag. 293 des Regierungsblatts die auf den Juden ruhende Lasten so lange bleiben müßten bis sie solche abgelößt haben. Diesem nach bleibt dann auch die im ehemaligen Fürstenthum Hanau bestehende Verordnung wornach den christlichen Unterthanen gegen die Juden welche Immobilien acquiriren, ein vierjähriges Abtriebsrecht zusteht, noch in ihrer Kraft, und ich berichte dies Eurer Excellenz mit dem unterthänigen Antrag, daß dem Schutzjuden Schmul Heß zu Bergen, die zum Ankauf eines Ackers erforderliche landesherrliche Disposition mit einstweiligem Vorbehalt des den christlichen Unterthanen zustehenden Abtriebsrechts gnädigst ertheilt werden möchte.

Fr. v. d. Tann

30 c) Entscheidung des Justizministers:

[Am Rande des vorstehenden Schreibens]

Ich vermag diese Dispensation nicht zu ertheilen, und muß sich supplicirender Jud hierüber allenfalls an Sermum. Höchstselbst wenden.

Hanau d. 19. May 1812

Frehr. v. Albini

30 d) Entwurf der Verfügung des Präfekten in Hanau an den Districtsmaire in Bergen:

Hanau den 21 t. May 1812

An d. H. D. Maire zu Bergen

Seine Excellenz der Herr Justiz Minister haben auf das rubrizirte Gesuch zu resolviren geruhet, daß Supplicant sich unmittelbar an Seine Königl. Hoheit zu wenden habe, und ich ersuche Sie denselben hiernach zu bedeuten.

Expedt. eod.
Wrech

30 e) Abschrift der Eingabe von Abraham Grünebaum und Samuel Heß, beide zu Bergen, an den Großherzog Carl von Dalberg (1) und dessen Anweisung um Berichterstattung (2), die sich auf der Eingabe befindet:

[Eingangsvermerk:]
ps. 5. 6. 12

(1)
Durchlauchtigster Grosherzog
Gnädigster Grosherzog und Herr

Bei der Swierigkeit auf dem flachen Land, selbst mit dem Geld in der Hand, die ersten Nothwendigkeiten zum Lebensunterhalt vor Gemüße zu erhalten, haben wir kürzlich in hiesiger Terminei einiges Gelände, etwas über ½ Morgen ausmachend, bei ordentlicher Verganthung meistbietend erstanden, und sehen uns auch zur beßeren Sustentation unserer Familien, in die Nothwendigkeit versetzt, wenn nicht unser Hauswesen hierunter leiden soll, in der Kürze und sobald sich Gelegenheit findet, noch einige Morgen anzukaufen, um unser Gemüß, Cartoffeln pp. vollständig ziehen zu können.

Dies würde nun nicht dem geringsten Anstand unterworfen sein, wenn nicht nach einem vorhin bestandenen Gesetz den christlichen Einwohnern gegen solche jüdische Käufer der Retract binnen 4 Jahren vor die Erwerbungen zustünde, wodurch wir weil jenes Gesetz noch nicht ausdrücklich aufgehoben ist, immer der Gefahr ausgesetzt bleiben, wenn wir erst alles was wir nothwendig haben angekauft, und unsere häusliche Einrichtung hierauf eingerichtet haben, wo nicht um dieses Gelände wiederum zu kommen, doch in gröste Weiterungen gezogen zu werden.

Ob nun gleich nach dem Geist der Napoleonischen Gesetzgebung ein solches Gesetz gar keine Anwendung mehr finden kann, wir daher auch nicht glauben, daß Ew. K. H. dieses als noch bestehend ansehen, und darauf gehalten wißen wollen, so ist doch die Sache für uns so wichtig, daß wir es wagen, Höchstdieselben unterthänigst zu bitten:

> Die einschlagenden Behörde huldreichst anzuweisen, auf dieses Gesetz keine Rücksicht mehr zu nehmen sondern dasselbe als aufgehoben zu betrachten, oder doch wenigstens uns gnädigst zu gestatten daß wir wenigstens 6 Morgen Geländes in Berger Terminei ankaufen dürfen, ohne daß es dasigen christlichen Unterthanen verstattet sei, den Retract gegen uns zu exerziren.

Wir sehen bei diesen so weisen Regierungs Grundsätzen Ew. K. H. Höchster Willfährung um so zuversichtlicher entgegen, als dieses Gesetz überhaupt auf

solchen Grundsätzen beruhet, die schon lange von allen Staaten aufgegeben worden sind, und von deren Nachtheil man längstens überzeugt ist, besonders da niemand einiger Schaden daraus erwachsen kann.

Die wir in tiefster Ehrfurcht beharren

E. K. H.
unterthänigster
Abraham Grünebaum und Samuel Heß

Bergen, d. 3 ten Juni 1812

(2)

Der Praefectur Hanau zum Bericht, ob die Juden im hanauischen das Bürgerrecht schon erlangt, oder sich wegen Ablösung ihres Schutzgeldes gemeldet haben, auch ob anderen dasigen Juden gestattet sey, eigenthümliche Grundstücke an sich zu kaufen.

Aschaff. d. 4. Juni 1812

Carl

30 f) Bericht des Departementspräfekten an den Großherzog (Entwurf):

Unterthänigster Bericht des Präfekten des Departements Hanau die Ablösung der Schutzgelder der Juden betr.

An Se. Königl. Hoheit d. H. Grosherzog

Die Schutz Juden, Abraham Grünebaum u. Samuel Heß zu Bergen stellen E. K. H. in dem zurückgehenden Supplicat, unterthänigst vor, daß ihnen erlaubt werden möchte, 6 Morgen Land, bey öffentlichen Ausbietungen oder aus der Hand, anzukaufen, ohne daß die Christen das gesetzliche Abtriebs Recht gegen sie ausüben dürften.

Durch das gnädigste Inscript vom 4. lfd. Mts. ist mir hierauf befohlen worden, zu berichten:

> ob die Schutz-Juden des Departements Hanau die Bürger-Rechte bereits erkauft, und ob sie bisher unbewegliche Güter hätten erwerben können?

Demzufolge verfehle ich nicht E. K. H. unterthänigst zu bemerken, daß die gedachten Schutz-Juden zum Ankauf der bürgerlichen Rechte bis jetzt noch keinen Schritt gethan, vielmehr nach den Berichten sämtlicher Districts Maires auch gar nicht gewillt sind, sich um die Gleichstellung der Rechte zu bemühen.

Nach den bisherigen Gesetzen war den Schutz-Juden jeder Erwerb von immobilibus, ohne Höchste Dispensation untersagt, u. selbst wenn diese ertheilt war, stand den Christen 4 Jahre lang ein Näherrecht zu. Jedoch wurde öfters, bei der Höchsten Erlaubniß zur Acquisition, auch das erwähnte Retractsrecht aufgehoben. Um eine solche gleiche Gnade bitten die unterthänigsten Supplicanten.

So wünschenswert nun, auf der einen Seite, die Vermehrung der Güter Käufer ist, um durch Konkurrenz den Preiß der immobilium, der ohnehin schon so sehr gesunken, möglichst aufrecht zu erhalten, und so sehr, besonders auf dem Lande, wo jeder seine Bedürfnisse selbst ziehen muß, den Juden Güter Besitz zu gönnen ist, so wage ich dennoch nicht gewährig, unterthänigst anzutragen, indem durch dergleiche Dispensationen, die Höchste Absicht, die Juden zum Ankauf der Bürger Rechte zu vermögen, nicht befördert werden dürfte.

Schließlich lege ich Ew. K. H. denjenigen Bericht im Original bey, welchen ich über diesen Gegenstand an das hohe Ministerium des Innern, bereits unterm 19. t. v. M. erstattet habe.

Ich beharre in tiefster Ehrfurcht

E. K. H.

Hanau am 13 ten Juny 1812

30 g) Entscheidung des Finanzministers:

Aschaffenburg, den 26. Juny 1812

GROSSHERZOGTUM (Wappen) FRANKFURT

Der Minister der Finanzen, des öffentlichen Schatzes, der Handlung Fabricken und Künste

an

den Herrn Präfekten des Departements Hanau, Freyherrn von der Tann.

Betreff: Dispensation vom Güterkaufsverbot

In der Voraussetzung, daß die Bestehung auf dem Verbot des Güterkaufs für die Israelitischen Einwohner des Departements dieselben am ehesten zur Annahme der Volution bewegen dürfte, wird die Abweisung der Supplikanten genehmigt, und dem Herrn Präfekt der Auftrag hierzu ertheilt.

(unleserliche Unterschrift)

[Eingangsvermerk:]
ps. 29. 6. 1812

30 h) Entwurf der Endverfügung:

Das Gesuch des Schutzjuden Schmul Heß von Bergen um die Erlaubniß einen Acker anzukaufen zu dürfen betr.

An d. H. D. Maire zu Bergen

Hanau den 30. Juny 1812

Da höchsten Orts das rubrizirte Gesuch abgeschlagen worden ist; So lade ich Sie ein, solches dem Supplicanten bekannt zu machen.

Exp. Pros.

---

**Anlage 31**

Betr.: Gesuch der Judenvorsteher zu Bergen um Befreiung der dortigen Schutzjuden vom Wachtdienst gegen Bezahlung des bisherigen Wachtgeldes 1816 / 1817

Quelle: Staatsarchiv Marburg, Bestand 81. Reg. Hanau, Rep. E, 22. Bergen u. Enkheim, Ord. Nr. 86

31 a) Eingabe der Berger Judenschaft:

[Eingangsvermerk:]
praes. H. d. 9. Sept. 1816

Kurfürstliche Hessische, Hochpreisliche Regierung!

Jeder Schutzjude aus der Gemeinde Bergen, muß für Hude und Wacht jährl. 4 Fl. 7 alb. 4 Pfennige in die Gemeinds Casse bezahlen; und ist dafür vom Natural

Hud- und Wachtdienst frei gewesen. Seit kurzem aber sollen wir gleich den anderen Unterthanen von Bergen den Wachtdienst in natura verrichten und dennoch das Wachtgeld, wovon diese frei sind, vor wie nach bezahlen.

Zu dem einen oder anderen sind wir offenbar nicht verbunden. Da indessen unserer desfallsigen Vorstellungen ohnerachtet, das Amt von denen uns aufgebürdet werden wollenden Natural-Wachten nicht abgehen will, so sehen wir uns genöthiget, uns an dieses Hohe Collegium zu wenden, und unterthänigst zu bitten:

gerechtest verordnen zu wollen, daß wir entweder von Bezahlung der Wachten oder von deren Natural Leistung zu befreyen seyen.

Wir beistehen in schuldigem Respect
Einer Hochpreislichen Regierung

unterthänige
die Berger Judenschaft

Carl

31 b) Verweisung an das Amt Bergen:

Auszug aus dem Protokoll der Kurfürstlich Hessischen Regierung zu Hanau vom 9 ten September 1816

Der Vorsteher der Judenschaft zu Bergen Philipp Stern übergiebt wegen des den dasigen Juden neben der Zahlung vom Wachtgeld zugemutheten Natural-Wachtdienstes eine Vorstellung.

Zum Bericht an das Kurfürstl. Amt zu Bergen.

(am Rand befinden sich fünf Initialien, offensichtlich der betr. Reg. Beamten)

(unleserliche Unterschrift)

Schfr.

31 c) Stellungnahme des Amtes Bergen:

[Eingangsvermerk:]
Praes. H. d. 23 t. Septbr. 1816

Bergen am 18. Sept. 1816

Kurhessische Hochpreisliche Regierung!

Unterthänigster Bericht des Kurfürstlichen Amts zu Bergen.

Auszug aus dem Protokoll der Kurfürstlich Hessischen Regierung zu Hanau vom 9 ten September 1816.

Auf die Vorstellung der Judenschaft zu Bergen, wegen des neben der Zalung von Wachtgeld ihr zugemutheten natural Wachtdiensts.

Es ist gegründet, daß die Judenschaft in Bergen für Hude und Wacht jährlich 4 Fl. 7 alb. 4 Pfennige in die Gemeinde Casse entrichtet, und daher von dem gewöhnlichen Hud und Wachtdienst frey gelassen worden ist.

Wurde aber die Wache und Hude verdoppelt, wie dieses bey eingetretener Unsicherheit oder in Kriegszeiten mehrmalen geschah; so verrichtete die Judenschaft gleich anderen Unterthanen jederzeit, ohne den geringsten Anstand, den Dienst ebenfalls auf diese Weise doppelt, daß sie jene 4 Fl. 7 alb. 4 Pfennige für den gewöhnlichen einfachen fortbezalte, und den auf eine gewisse Zeit verdoppelten, in Natur leistete. Sobald aber der einfache Dienst wiederum eintrat, war die Judenschaft von diesem Naturaldienst frey, und niemals wurde verlangt, daß er, neben der Prästation in Geld, fortbestehen solle.

Da nun die Judenschaft auf diese Weise nicht bedrückt, sondern denen christlichen Unterthanen vollkommen gleichgehalten worden ist, dieselbe auch bey mir keine Beschwerde desfalls vorgebracht hat: so trage ich, mit Zurücksendung der gnädig mir mitgeteilten Vorstellung, unterthänigst an, die Judenschaft mit ihrem unstatthaften Gesuch lediglich abzuweisen.

Ehrfurchtsvoll beharrend
Kurhessisch-Hochpreislicher Regierung
unterthäniger Cramer

31 d) Nochmalige Rückfrage bei dem Amt Bergen:

Auszug aus dem Protokoll der Kurfürstlich Hessischen Regierung zu Hanau vom 23 ten September 1816

Bericht des K. Amtes zu Bergen vom 18. d. über die Beschwerde der dasigen Juden Gemeinde, daß ihre Mitglieder neben der jährlichen Bezahlung von 4 F. 15 Xr. für den Wachtdienst zugleich zu persönlicher Verrichtung der Wachten angehalten würden.

p. das gedachte K. Amt hat weiter zu berichten, ob sämtliche Schutzjuden daselbst zusammen oder jeder einzelne jährlich 4 F. 15 Xr. für den fraglichen Dienst zu zahlen habe? und ob die dasigen christlichen Beysaßen ebenwohl zum Wachtdienst gleich den Nachbarn zugezogen werden?

[am Rand die Initialien von 4 oder 5 Reg.-Beamten]
GehR. R. Ruth.

31 e) Erneuter Bericht des Amtes Bergen:

[Eingangsvermerk:]
Praes. Hn. d. 10 ten Octbr. 1816

Bergen am 4 ten Octbr. 1816

Kurhessisch Hochpreisliche Regierung!

Unterthäniger Bericht des Kurfürstlichen Amts zu Bergen

Auszug aus dem Protokoll der Kurfürstlich Hessischen Regierung zu Hanau vom 16 ten Septbr. 1816.

Die Beschwerde der Juden-Gemeinde in Bergen, daß ihre Glieder neben der jährlichen Bezahlung von 4 Fl. 15 Xr. für den Wachtdienst zugleich zu persönlicher Verrichtung der Wachten angehalten würden, betreffendt.

Hierdurch habe ich weiter unterth. berichten wollen, daß in Bergen jeder einzelne Schutzjude für den Wachtdienst jährlich 4 Fl. 15 Xr. entrichtet, und daß die christlichen Beysaßen in Bergen, ebenfalls zum Wachtdienst, gleich denen Nachbarn, gezogen werden.

Ehrfurchtsvoll verharrend
Kurhessisch-Hochpreislicher Regierung
unterthäniger Cramer

31 f) Entscheidung der Regierung in Hanau:

Auszug aus dem Protocoll der Kurfürstlich Hessischen Regierung zu Hanau vom 10 ten Octbr. 1816

Bericht des K. Amts zu Bergen vom 4 ten d. über die Beschwerde der Juden Gemeinde in Bergen, daß ihre Mitglieder neben der jährlichen Bezahlung von

4 Fl. 15 r. für den Wachtdienst zugleich zu persönlichen Verrichtung von Wachten angehalten würden.

R. Die Schutzjuden zu Bergen sind mit dem Anfang des künftigen Jahres zur Leistung der sie gleich den übrigen Beysaßen betreffenden ordentlichen und außerordentlichen Wachten in Natur oder durch annehmliche Stellvertreter anzuhalten, dagegen aber auch mit der Anforderung des bisher von ihnen für den gewöhnlichen Wachtdienst bezahlten Wachtgeldes zu verschonen, welches dem Kurf. Amt zu Bergen zur weiteren Verfügung bekannt zu machen ist.

31 g) Erneute Eingabe der Berger Judenschaft:

[Eingangsvermerk:]
Praes. Hn. den 14 t. Juni 1817

Kurfürstliche Hochpreisliche Regierung!

Kurfürstliche Regierung hat, wie uns in diesen Tagen bekannt gemacht worden ist zu verordnen geruhet, daß wir von der Anforderung des bisher bezahlten Wachtdienstes zu verschonen, dahingegen gleich den übrigen Beisaßen die Wachten in natura oder durch annehmliche Stellvertreter zu leisten verbunden seyen. Wir wagen es hiermit dagegen unterthänig vorzustellen, daß wir, weil wir ohne die kleinen Abgaben, Federlappengeld, Meßgeld, Neujahrsgeld zu rechnen, ein jährliches Schutzgeld von 20 fl. bezahlen, den Beisaßen, welche jährlich nur 2 fl. bezahlen, nicht gleichgestellt werden können, und bitten daher, und weil wir uns überhaupt zu Wachtdiensten nicht schicken, uns gegen Fortbezahlung des bisherigen Wachtgeldes von der Natural-Wacht Hochgeneigtes frei zu sprechen.
Die wir in tiefschuldigem Respect beharren

Einer Hochpreislichen Regierung
unterthänige
die Supplicanten

Carl

31 h) Verweisung an das Amt Bergen:

Auszug aus dem Protocoll der Kurfürstlich Hessischen Regierung zu Hanau vom 14 ten Junius 1817

Die Vorsteher der Juden Gemeinde zu Bergen bitten, die Glieder ihrer Gemeinde gegen Bezahlung des bisherigen Wachtgeldes von der Naturalwacht frei zu sprechen.

r: Zum Bericht an das K. Amt zu Bergen

[Am Rand die Initialen von 6 Reg. Beamten]
Expdt. d. 18. Junius 1817

31 i) Bericht des Amtes Bergen:

[Eingangsvermerk:]
Praes. H. d. 1 t. Juli 1817

Bergen den 21 ten Juny 1817

Kurhessisch-Hochpreisliche Regierung!

Unterthäniger Bericht des Kurhessischen Amts zu Bergen

Auszug aus dem Protocoll der Kurhessischen Regierung vom 14 ten Juny 1817.

Das Gesuch der Vorsteher der Juden Gemeinde zu Bergen, die Glieder ihrer Gemeinde gegen Bezahlung des bisherigen Wachtgeldes von der Naturalwacht frey zu sprechen, betreffend.

Jeder Einwohner des Orts ist verbunden den Wachtdienst zu verrichten und daher können sich auch die unterthänige Supplicanten dessen nicht entziehen.

Was sie von Entrichtung des Federlappengeldes, des Meß- und Neujahrsgeldes in ihrer unterthänigen Bittschrift, welche ich angebogen zurücksende, vorstellen, hat mit Verrichtung deren Wachten keine Gemeinschaft.

Sie dürfen daher mit ihrem Gesuch lediglich ab- und auf die Hohe Regierungs-Resolution vom 10. Oktober 1816, welche ich ihnen alsbald bekannt gemacht habe, zu verweisen seyn.

Respectvoll beharre ich,
Kurhessisch-Hochpreislicher Regierung
unterthäniger Cramer

31 k) Entscheidung der Regierung in Hanau:

Auszug aus dem Protocoll der Kurfürstlich Hessischen Regierung zu Hanau vom 1 ten Julius 1817

Bericht des Kurf. Amts zu Bergen vom 21. v. M. über das Gesuch der Judenvorsteher zu Bergen um Befreiung der dasigen Schutzjuden vom Wachtdienst gegen Bezahlung des bisherigen Wachtgeldes.

r: Es hat bei der Entscheidung vom 10. Oktober v. J., wornach die Schutzjuden zu Bergen den dasigen ordentlichen und auserordentlichen Wachtdienst, gleich den dasigen Nachbarn und christlichen Beisaßen, so wie sie die Reihe trifft, entweder in Person oder durch einen tüchtigen Stellvertreter, zu verrichten haben, sein lediglliches Bewenden, welches dem Amt Bergen zur weiteren Verfügung bekannt zu machen ist.

[Am Rande Initialen der Reg. Beamten]

ANHANG II:

# Hanauische Juden-CAPITULATION,

DE

ANNO MDCCXXXVIII.

Von GOttes Gnaden, Wir WILHELM, Landgraf zu Hessen, Fürst zu Hersfeld, Graf zu Catzenellnbogen, Dietz, Ziegenhayn, Nidda, Schaumburg und Hanau ꝛc. ꝛc.

Bekennen hiermit, demnach Unsere Vorfahren an der Graffschafft Hanau-Müntzenberg, der Judenschafft in der Altstadt Hanau nicht allein eine gewisse Ordnung und Privilegien gegeben, sondern auch solche bey verschiedenen Fällen wiederum erneuret haben; Selbige aber anjetzo abermahlen vor Antrettung Unserer Regierung in der Graffschafft Hanau erloschen. Daß Wir dahero solche auff Eingangs gedachter gemeinen Judenschafft beschehene unterthänigste Ansuchen, Krafft dieses, wo es nöthig gewesen, verbessert, und sonsten von neuem confirmiret und bestättiget, auch der gesambten Judenschafft in Unserer Grafschafft Hanau und einem Jeden besonders darnach zu leben, gnädigst anbefohlen haben; Und zwar

Erstlich, ehe und bevor ein- oder der andere Jud angenommen wird, sollen sie bey ihrem Eyd in Unserer Fürstlichen Regierung zu Hanau angeloben und zu GOTT dem Allmächtigen würcklich schwöhren, daß sie Unsern Seeligmacher und Erlöser, JESUM CHRISTUM, und unsere Christliche Religion und Bücher des Neuen Testaments, weder in ihren Privat-Häusern, im Reden, Lesen, Gesängen und Gebäten, schmähen oder lästern; Sodann keine andere Bücher, als Mosis und der Propheten, sambt ihren gemeinen Gebäten (so zu dem Ende WIR, durch ihrer Sprach Verständige, nach unserm Gnädigsten Belieben durchsehen lassen wollen) in ihren Versammlungen gebrauchen, auch zu Hauß keine Bücher, darinnen einige Lästerung zu finden, bey sich wissen sollen noch wollen, ohne Argelist; Da auch ein oder mehr Wörter in denselben sich befinden, so in einem Mißverstand, als wann sie etwann Lästerung auf sich tragen sollten, gezogen werden könnten, sollen dieselbe Wörter durchstrichen und ausgethan werden, zu dem Ende dann nicht allein anjetzo auf Unserer nachgesetzten Regierung Gutfinden, eine unvermuthliche Visitation solcher Bücher, durch deren Sprach-Verständige in ihren Häusern vorgenommen, sondern auch, wie vorgemeldt, und wenigstens alle drey Jahr, bey jedesmahliger Renovation dieser Verordnung, dergestalt gehalten, und das befindliche Übel exemplarisch abgestrafft werden solle.

Zweytens, soll ein jeder Jud, der von frembden Orthen her in dieser Stadt, oder auf dem Land angenommen wird, nicht allein Uns, oder Unser Fürstlichen Regierung gebührliche Abschieds-Brief und Schein seines Wohlverhaltens von denen, unter welchen er bürtig, oder zuvor gewohnet hat, zuforderist vorlegen oder bey deren Ermanglung, aus trifftigen Ursachen, dannoch an statt des Abschieds-Briefs genugsame Zeugnuß leisten, daß er keiner Missethat halber verstossen- oder abgewiesen seye, sondern auch bey seinem Jüdischen würcklichen Eyd sein Vermögen anzeigen und unter Zwey hundert Rthlr. Einbringens nicht auf- oder angenommen werden; Worüber dann nach Unserer Regierung Gutfinden die Vorstehere Unserer Judenschafft, als welchen dergleichen Leuten Zustand am besten bekandt ist, jederzeit gehöret, jedoch aber auch ihrer Vortheil sucht, bey vermeynter Geringhaltung ihrer Zahl, oder besorgendem Eingriff ihrer Handthierung, nicht nachgesehen, vielweniger von Unsern Beambten auf dem Land einige Juden, nach eigenem Gefallen angenommen werden sollen.

Drittens, sollen und wollen sie Juden Uns als Regierenden Lands-Herren, auch Unseren Erben und Nachkommen und der gantzen Grafschafft Hanau, getreu, hold und gewärtig seyn, wie getreuen Untersassen gebühret, bey Unserer Regierung angeloben, und würcklich schwöhren, auch sich daselbst verreversiren, von dannen sie des Einzugs-Schutz-Geldes, auch der Schatzung, Boden-Zinß und anderer Herrschafftlichen Gebühr wegen, auf Unsere Renth-Cammer zu ver-

weisen, wie dann ein jeder von solchen Juden, sich selbsten darum schuldiger massen anzumelden hat.

Vierdtens, sollen sie denen Reichs-Constitutionen und Abschieden, gemeinen beschriebenen Rechten, und absonderlich der in Unsern Landen recipirten Müntzenbergischen Landes-Ordnung sich durchaus gemäß verhalten — auch nach solchen alle und jede ihre Fälle, es sey in der ersten — oder in der andern Instantz ohne weiteren Zweiffel, oder Frag, wie bißher geschehen, geschlichtet und decidiret, sie Judenschafft aber keinesweges mehr, wie eine Zeit her ist wahrgenommen worden, unter Unsere Alt-Stadt gezogen, sondern in gemeldter erster Instantz von Unserm jeweiligen Ambtmann Bücherthals, oder Schultheissen der Alt-Stadt, ausser dem Rath-Hauß, wie auch die Observantz bißhero gewesen, und demnach von Unserer Fürstlichen Cantzley (die unter § 9. benahmte Fälle, Feuer-Stätten, und Schlacht-Obsicht ausgenommen) gerichtet werden.

Fünfftens, auf Unsere hohe Fest- Sonn- und andere Feyer-Täge, sollen die Juden sich in ihrer Gassen halten, bey Straff eines Reichsthalers, welcher von denen, so sich zum öfftern, dergestalt betretten lassen, nach Unserer Policey- und Sabbaths-Ordnung befundenen Dingen nach, mit Verdoppelung zu erheben ist; Auf Unsere Monathliche Bät-Täge aber sollen sie in der Gassen verbleiben, biß die Predigt aus ist (es wäre dann, daß sie etwan einen Medicum oder Heb-Amme bedürffen. Item, daß sie den Krancken in den Apothecken Artzney hohlen, Brieffe auf die Post zu bestellen hätten, und sonsten in eylenden Fällen, oder Criminal- oder Frevel-Sachen, der Obrigkeit Hülffe bedürfften; Item, in Feuer-Fällen, und Unsern Unterthanen kein Ärgernuß geben, auch solche Zeit über sich aller offentlichen Arbeit enthalten, vielweniger auf denselbigen Tägen, einige Gewerb- oder Handthierung treiben, oder auch Schulden einzuforderen, am allerwenigsten aber denen Christen einige Waaren zu verkauffen, oder mit ihnen zu handlen, sich anmassen, doch soll mit Ihnen Juden, sonderlich denen Ausländischen, in Meß-Zeiten und zwar in eylenden Fällen, hierinnen dispensiret, und damit die Bettel-Juden, welche sich gemeiniglich um den Freytag einfinden, Unserer Judenschafft, mit deren Erhaltung biß auf den Montag, nicht allzu beschwehrlich fallen, so sollen sie den Sonntag nach der letzten Predigt von hier und zum Thor hinaus gelassen, solches auch auf dem Land dergestalten gehalten werden; So offt auch einer oder der ander von Unsern Juden auf dergleichen Tagen auf dem Land einigen Handels wegen sich wird betretten lassen, soll er mit Zehen Rthlr. Straff verfallen seyn, es seye dann, daß er Special-Erlaubnuß deßwegen erhalten habe.

Sechstens, bey dem einfältigen Mann, sollen sich die Juden alles Disputirens- oder von Religions-Sachen zu reden, und einigen Christen-Menschen zu ihrer Superstition zu ziehen, durchaus enthalten, bey Straff Zehen Rthlr.

Siebendens, sollen ihnen ausser einer Sabbaths-Frau, keine Christen oder Christinnen zum stätigen Hauß-Dienen oder Dienst-Botten zu gebrauchen, wie auch an Sabbath- oder -Fest-Tägen in ihren Versammlungen keinen Hanauischen Burgern, die Lichter und Lampen anzuzünden und zu putzen, oder dergleichen Dienst zu thun vergönnet seyn, bey Straff Zwantzig Gulden, oder sonst scharffer Ansehung, worauf die Unserige deswegen Obsicht zu haben wissen werden; Und obgleich

Achtens, damit die Juden um so mehr von denen Christen mögen erkandt werden, bißhero verordnet gewesen, daß ein jeder Jude, sowohl Männ- als Weiblichen Geschlechts, Jung, oder Alt, an ihren Mäntelen und Kleidungen einen gelben Ring auf der Achsel offentlich tragen sollen; Wir auch dasjenige, was in

denen Reichs-Abschieden, und denen in dieser Graffschafft denen Juden ertheilten vorigen Capitulationen deßfalls enthalten, auffzuheben nicht gemeynet; So wollen wir doch hierunter noch zur Zeit nachsehen, und dieselbe von sothanem Ringel-Tragen biß auf fernere Unsere Verordnung stey lassen.

Neundrens, in Frevel und Schmäh- in Malefitz- und Peinlichen Sachen sollen sie Juden, wie andere Unsere Unterthanen sich der ordentlichen Instantien, besag des hievor gesetzten §. 4. für Unsern Schultheisen und Amtmann, auch Räthen gebrauchen, und sich der Winckel-Justitien unter ihnen enthalten. Was aber Bürgerliche geringfügige, und den Werth von zwey Gulden nicht übersteigende zweyspalt, Streit und Irrungen unter der gesamten Judenschafft, sowohl in hiesiger Stadt, als auf dem Land betrifft, worunter doch schwere Verbrechen, Malefitz- und Peinliche — wie auch gäntzliche Ehescheidungs-Sachen nicht begriffen, mag ihr Rabbiner, nach erhaltener Erlaubnuß bey Unserem Praesidenten, als bey welchem es jedesmahl angezeigt werden soll, entweder allein, oder nebenst einigen Baumeistern die Sache befindenden Dingen nach, vermög ihrer Jüdischen Ceremonien, darinnen verfahren, sprechen und urtheilen, auch ein- und andere Parthey, nach Gelegenheit des Verbrechens, nebenst denen unter ihnen sonst gewöhnlichen Straffen, gar mit einer Geld-Poen, von zwölff biß fünffzehen Gulden belegen, jedoch sollen sie solche Straffe also ansetzen, daß Uns zwey Drittheil, der andere Drittheil aber denen armen Juden zukommen und verrechnet werde: Es soll aber doch ein solcher Spruch die Partheyen dergestalt nicht binden, daß der vermeynt-Beschwerte, sich bessern Rechtens bey ordentlicher Obrigkeit nicht erhohlen möge: Da auch Streit wegen ihrer Lehr, und Ceremonien sich erhübe, solches soll ihnen gleichfalls frey und erlaubt seyn, vor ihrem Rabbi, oder durch zwey ihrer Baumeister (welche sie hinkünfftig aus denen, so die grosse Schatzung geben, oder nach diesen von denen Vermögensten, und welche guten Nahmens sind, nicht aber von denen liederlichsten zu wählen und zu nehmen haben) zu vergleichen und die Partheyen mit Bescheid von einander zu setzen, welchem Ausspruch auch sie zu geleben schuldig seyn, und der Rabbiner samt den Baumeistern Macht haben sollen, den ungehorsamen Theil in den Bann zu thun, würde dann auch der Ungehorsame, acht Tag in dem Bann, und nichts desto weniger ungehorsam verharren, so sollen die Juden Unsern Räthen solches anzeigen, welche alsdann, da sie nach fernerer Examination befinden würden, daß der Ungehorsame nicht Fug noch Ursach hätte, sich dem Spruch zu widersetzen. die Execution ergehen lassen, und ferner den Muthwilligen in zwantzig Reichs Thaler Straff, wovon Wir ihnen Juden, um der Anzeige willen, die Helffte gönnen wollen, erklären, auch über solchen Bann und dem Gehorsam, welchen sie gemeldten ihren Rabbiner und denen Baumeistern bißfalls schuldig seynd, steiff und fest halten; Wobey jedoch sie Juden, schuldig seyn sollen, bey jedem Quartal eine von dem Rabbiner und Baumeistern unterschriebene Specification über die gefallene Straffen zu Unserer Fürstlichen Renth-Cammer einzulieffern. Da aber ein Jud oder Jüdin zum Christlichen Glauben sich bekehren wollte, deme oder derselben sollen sie bey grosser Straff solches nicht verwehren oder sie daran hindern.

Zehendens, sollen ihnen keine Ehescheidungen verstattet werden, es wäre dann um Ehebruchs willen, oder daß der Ehe-Leuth eines das andere verlassen, und also die Ehe selber de facto geschieden hätten, darüber die ordentliche Obrigkeit erkennen, und ein jeweiliger Fiscalis fleißig Obacht halten solle.

Eilfftens, ist verordnet, daß Jüdische Ehe-Leuth, so beyde fremd, und von Uns auf- und angenommen werden, jede Persohn zu Unserer Kellerey Bücher-

thals zwantzig Reichs Thaler geben; So sich aber eine fremde Persohn, Mann oder Weib an eines einwohnenden Juden Sohn, Tochter, oder Wittib verheurathet, solcher gleichermassen zwantzig Reichs Thaler erlegen solle; Von denen Inheimischen aber, wann sie sich zusammen heurathen, wie auch, wann sie zur zweyten oder dritten Ehe schreiten, oder ihre Kinder bestatten, und sich in den Schutz noch nicht eingekaufft haben, soll von einem Jeden bloßhin zwantzig Gulden in Unsere Kellerey Bücherthals entrichtet werden.

Zwölfftens. Da dann auch etwa aus erheblichen Ursachen einer oder mehr Juden sich dieses Orts erheben, und wieder von dannen ziehen wollen, soll solches ihnen frey stehen, und das Ihrige nach ihrer besten Gelegenheit, (jedoch gegen Abfindung der Landes-bräuchlichen Nachsteuer nehmlich des zehenden Pfennings, worauf die Juden-Baumeister jederzeit genaue Achtung geben, und da sie dergleichen vermerckten, solches in Zeiten bey unserer Fürstlichen Rent-Cammer anzeigen sollen) zu verkauffen gestattet werden.

Dreyzehendens, soll ein jedweder Jud, so viel eines jeden Hauß begreifft, an Grund und Boden-Zinß jährlichen für jede Ruthe einen Gulden. So viel aber der Hoff und Garten hinter den Häussern begreifft, vor jede Ruthe einen Orthsgulden zu Unserer Renth-Cammer oder Bücherthaler Kellerey erlegen, desgleichen soll ein jedweder Hauß von der daran stossenden Gassen von jeder Ruthen jährlich drey Schilling, ingleichem von der Synagoga oder Schul, so viel an derselben verbauet, gleich von Häussern, und von dem Hoff, gleich ihren Höffen, wie vorgemeld und deren ehedem beschehenen Abmessung nach, entrichten, auch dafern ein oder anderer, von solchen Höffen noch weiter etwas verbauen wollte, solches zu Beobachtung unseres ferneren Interesse bey Unserer Renth-Cammer, zeitlichen anzeigen.

Vierzehendens, sollen die Juden, so von neuem bauen werden, ihr lebetage über, bey zwölff Gulden Schutz-Geld jährlich gelassen, deren Erben aber, und andere Einkommende, so nicht gebauet, sollen jährlich fünffzehen Gulden à sechzig Kreutzer, Schutz-Geld zu geben, wie ingleichem die Gebühr vor den Rabbiner, sodann die Schul-Klepper, Schalles-Becker, Nacht-Wächter und Hospital-Meister, und zwaren wie bißhero geschehen, also auch ferner, vor jenen jährlich zwantzig, vor einen jeden von diesen aber sechs Gulden aus ihren gemeinen Mitteln zu erlegen schuldig seyn; Dahingegen aber verbleibet es so viel die Juden auff dem Land betrifft bey der bißherigen Tax; desgleichen so ein frembder Jud gehausset- oder zu ihren gemeinen Diensten angenommen wird, soll er uns Monathlich einen halben Gulden erlegen; Es sey dann, daß wir sie insgesambt oder einigen besonders gegen Abfindung davon befreyet hätten. Übrigens aber und damit, Wir wegen Entrichtung obigen auff ein so leidentliches Quantum gesetzten Schutz-Geldes gesichert, und durch einen oder den andern Saumseeligen oder ausser Zahlungs-Stand gekommenen Schutz-Juden nicht gefährdet werden mögen, so soll vor einen solchen nicht nur die gemeine Judenschafft überhaupt, sondern auch ein jeder von derselben in das besondere vor das schuldige Schutz-Geld und übrige hierinnen determinirte Praestanda verhafftet seyn.

Fünffzehendens, sollen die Juden alle drey Jahr ihre Vermögen und Nahrung, mit Übergebung einer Specification bey Straff der Confiscation, auch nach Befindung, des Leibes, so sie etwas verschweigen würden, bey Unserer Fürstlichen Renth-Cammer (massen das, nach jedes Tod verschwiegen bliebene, confisciret seyn und bleiben solle) anzeigen; Welche aber ihre Nahrung anzuzeigen Bedenckens tragen, sollen jährlich biß auff Unsere anderwärte Verordnung zwantzig fünff Gulden à sechtzig Kreutzer Schatzung geben, die Schatzung ihrer

eigenen Wohnhäuser mit eingerechnet, die andern läst man zwar wie obgemeldt, auff ihre Gefahr, ihr Vermögen angeben, jedoch sollen bey deren Sterb-Fällen und Verheurathungen, wo solches vor nöthig befunden wird und zwaren in der Stadt in Beyseyn eines Cantzley- oder Cammer-Deputirten, auff dem Land aber unter der Authorität des dasigen Beambten, jedoch mit möglichster Erspahrung derer Kosten ordentliche Inventaria errichtet, vorher aber die darbey mit zuziehende Rabbiner und Juden-Vorstehere in Handgelöbnuß genommen werden, bey Vermeidung einer ohnnachläßigen Straffe von hundert Rthlr. dasjenige, so in ihrer Sprache geschrieben ist, auff Verlangen getreulich zu verteutschen und anzuzeigen. Ferner sollen auch

Zum Sechzehenden, sie Juden von einem jeden Fuder Wein, zwey Gulden à 60. Kr. als von dem so sie in der Altstädter Christen-Keller liegen haben, nach Entrichtung des halben Gulden vor solche Unsere Stadt, annoch ein Rthlr. zu Unserer Renth-Cammer erlegen; Bey der Ausfuhr aber, wie die Burger der Neustadt, gehalten werden; Im übrigen bleibt es bey denen zwey Gulden Niederlag, und nach Abgang der grossen Accisen, bey dem halben Gulden von einem Fuder Bier, wobey der Wirth das gewöhnliche Ohmgeld, Schul- und alten Pfennig, zu erlegen schuldig ist, und wer deswegen etwas verschweigen wird, dessen Wein oder Bier soll uns verfallen seyn. Doch sollen sie, Juden, kein Wein oder Bier ohne Vorwissen und Erlaubnuß unserer Renth-Cammer, in der Gassen verzapffen, noch Faßweiß verkauffen, oder dessen ehender einlegen oder einschroten lassen, biß sie zuforderst von dem Keller Bücherthals ein Zeichen abgehohlet haben, auch alle diese jährliche Gebühr und Zinsen in solchen Sorten und Valor zahlen, wie solche die Franckfurther Juden daselbst jederzeit erlegen, und entrichten müssen.

Zum Siebenzehenden haben die Juden verwilliget, der Altenstadt jährlich ein jedes Hauß-Gesäß zween Gulden zu geben, dagegen die Burgerschafft ihnen in Kriegs- Feuers- und andern Nöthen mitleidentlich beyspringen, sie schützen und schirmen, im übrigen aber die Judenschafft gantz keine Dependentz von solcher Stadt haben solle, ausgenommen dasjenige so § phe 4 te ausgenommen ist.

Zum Achtzehenden wollen die Juden sämbtlich alle Neu-Jahrs Tag, an unsere Regierung und Renth-Cammer auch andere Bedienten zu Hanau die bißher gewöhnliche und in der in fine annectirten Specification begriffene Neu-Jahrs-Geschencke auch fernerhin ohnweigerlich entrichten.

Zum Neunzehenden, alle drey Jahre sollen die Juden ihre Revers-Brieff zu erneuern und vor den Klepper so sie jedesmahl in Unsern Marstall zu lieffern, sodann vor die hundert Gulden, welche sie bißher wegen eines reitenden Botten zu zahlen schuldig gewesen, Uns jedes Jahr in allem für beydes nicht mehr als Ein Hundert Gulden in groben Sorten, hinkünfftig erlegen, welches jedoch nur in so lang zu verstehen ist, als sie zu denen Verpflegungen und andern gemeinen Beschwerden, beytragen müssen; Massen es bey dessen Auffhörung, sowohl wegen des Kleppers, als auch der Hundert Gulden halben, bey dem alten verbleibet; Wie dann auch jedes Paar Jüdisch Volck, zween Thaler in Unsere Cantzley und sonsten jährlich so viel tüchtige Federkiel, als man vonnöthen hat, in solche und zur Cammer zu geben schuldig seyn und verbleiben, wobey man jedoch die Vorsorge tragen wird, damit von solchen keine, ausser wohin sie gehören, gelieffert und abgegeben werden mögen. Und nachdeme

Zum Zwantzigsten, sie Juden ihre Gassen, Pforten und Mauren, ohne Unsere Beschwehrung allein zu halten und zu mehrerer ihrer Befriedigung den Orth gegen dem Schloß mit einer Mauren zu versehen, sodann alle Jahre, von ermeld-

tem Jahr an, vier Ruthen hinter ihren Häusern am Wall, so hoch man es nöthig befunden hätte, mit Beyhülffe der, auff der andern Seiten wohnenden Juden, ebenmäßig auffzumauren und zu beschliessen schuldig gewesen, um dagegen des nächtlichen Wachens ausserhalb ihrer Gassen befreyet zu seyn; Sich aber bey dermahlen vorgenommener Besichtigung befunden, daß noch ohngefehr 4. Ruthen breit in derjenigen Gegend, wo die Juden-Schule gegen den Wall anstösset, in eben derjenigen Höhe, wie das übrige Mauerwerck sich befindet auffzuführen; Ingleichem, daß noch einige Fenstere, so auff die Wallen stossen, mit eisernen Gegittern zu verwahren seyn; So haben die Juden solches binnen Jahres-Frist zu bewürcken und nach dessen Verfliessung die schuldige Anzeige davon zu thun, oder sich zu gewärtigen, daß sie mit einer Straffe von Ein Hundert Reichsthaler angesehen werden sollen; Im übrigen aber ein- und andern nöthigen Privat-Bauwesens halben, ohne Unserer Regierung und Cammer Vorwissen nichts unternehmen, auch so balden ein neues Gebäu gemacht, solches Unserer Renth-Cammer alsobalden anzeigen, damit Schatzung und Boden-Zinß darnach zeitlichen eingerichtet werden mögen. Damit auch

Zum Ein und Zwantzigsten in Feuers-Nöthen sie mit aller Bereitschafft gefast seyn mögen, sollen und wollen jedweder Jud bey seinem Einzug, wer lederne Eymer, einen nach Hoff, zween den Städten, und einen in ihre Gassen zu lieffern schuldig seyn, welches aber bey deren Verdoppelung künfftig genauer, als bißher zu bewerckstelligen ist. Wann auch

Zum Zwey und Zwantzigsten ein Brand allhier im Schloß oder in den Städten einer, welches doch GOTT gnädig verhüten wolle! ausgehen würde, sollen und wollen sie nicht in ihren Häusern bleiben, sondern den Burgern und andern treulich und fleißig behülflich seyn, ohne Unterscheid der Tagen, und des Sabbaths.

Zum Drey und Zwantzigsten, nachdeme sie Juden auch biß dahero Uns, wann sie ihre Häuser verkaufft, kein Wehrschaffts-Geld bezahlet; So sollen sie nunmehro über den Schul-Pfennig, Uns von jeder Wehrschafft, so für der Cantzley fürgehen solle, gleichfalls Ein halben Gulden zu entrichten schuldig seyn: Wer aber solches unterlassen wird, soll Zehen Gulden Straff erlegen; Im übrigen bleibet es bey einfolgendem §. 32.

Zum Vier und Zwantzigsten, dieweilen sie auch von jeder alten frembden Persohn auff ihren Kirchhoff zu begraben Einen Rthlr., sodann von einem frembden Kind unter Zwölff Jahren Einen halben Rthlr. zu geben, vermög bißheriger Verordnung, pflichtig sind; So lassen Wir es zwar wegen solcher vergangenen Zeit, auf ihrer Abtragung gestellet seyn, wollen aber, daß hinkünfftig die Gebühr jedesmahl richtig bezahlt werden möge.

Zum Fünff und Zwantzigsten, wollen Wir ihnen Juden, allerley billige, aufrichtige, und im Heiligen Reich unverbottene Handthierung in ihrer Gasse, jedoch ohne offene Laden zu treiben; Item zu kauffen zu verkauffen, erlauben und zulassen, doch soll ihnen das Vorlauffen und Vorkauffen bey grosser Straff verbotten seyn.

Zum Sechs und Zwantzigsten, sollen sie kein Gold- und Silber-Arbeit anhero bringen, die am Gehalt geringer als beyder Städte Prob sey, und solche zu verarbeiten geben, vielweniger feil tragen und verkauffen; Wie ingleichem keine falsche Steine in Gold versetzen; Sodann alles Gold- und Silber-Schmeltzens in ihren Gassen, bey hoher Straff und Confiscation des Silbers sich enthalten, auch keinem Goldschmidts-Gesellen oder Müntz-Knecht nichts abkauffen;

Unterdessen soll ihnen doch Gold und Silber mit der Marck und Loth einzukauffen und wieder zu verkauffen ohnverbotten seyn, jedoch werden sie hierinnen auf den §. VII. Unserer unter dem 9. Octobr. 1737. der hiesigen Müntz-Commission gnädigst ertheilten, und ihnen Juden bereits bekandt gemachten Instruction lediglich verwiesen.

Zum Sieben und Zwantzigsten, mögen sie mit neuen und alten Kleidungen, auch andern ohnverbottenen Waaren, Gewerb und Handthierung treiben, doch, daß sie die Kleidung allhier und nicht ausserhalb machen lassen sollen, und daß sie nicht mit neuen Kleidungen in der Stadt haußiren, und dieselbe hin- und wieder feyl tragen, bey Straff der Confiscation und sonst befindlicher Massen, sondern solche in ihrer Gassen, so gut sie können, verparthieren. Was aber den Vermög des unter Regierung des letzt-verstorbenen Herrn Graffen, Johann Reinharden, unterm 20. Martii 1713. ertheilten Rescripti ihnen Juden, in gewissen Fällen zugelassenen Verkauff solcher Kleidungen und Waaren anbelanget, wollen Wir selbiges hiermit erneuert und gnädigst confirmirt haben.

Zum Acht und Zwantzigsten, soll ihnen auch frey stehen mit Pferd und anderem Viehe, groß- und klein, desgleichen mit Häuten zu handlen, zu tauschen und solche zu kauffen und zu verkauffen, jedoch mit dem Anhang, daß sie im Einkauffen nicht vorlauffen, oder wie bißher bey einigen fast gemein worden, durch Vervortheilung und allerhand Uebermaß, solchen Handel beschreyt machen, sondern bey Zehen Gulden Straff sowohl solches unterlassen, auch erwarten sollen, biß das Viehe, in den Vieh-Hoff kommet, da dann denen Christen der Vorkauff anderthalbe Stunde lang erlaubet bleibet.

Zum Neun und Zwantzigsten, lassen Wir ihnen auch diese Freyheit, daß sie mit Wein (dessen sie doch keinen Maaß-weiß, ausser ihrer Gassen verzapffen sollen) und allerhand Früchten, wie die Nahmen haben und genennet werden mögen, in Unserer Stadt Hanau und der gantzen Graff- und Herrschafft handlen, selbigen kauffen und verkauffen; Doch sollen sie zuvor, wann sie gekauscherten Wein kauffen und einführen wollen, solches gehörigen Orths anzeigen, wie sie dann auch auf freyen offentlichem Marckt allerhand Victualien, jedoch erst nach ausgesteckter Juden-Fahn und nicht ehender, sodann andere Waaren, wie die zum offentlichen Marckt gebracht werden, nichts davon ausgeschlossen, einzukauffen, gleich Unsern Burgern Macht haben sollen, doch daß sie denen Christen nicht in Kauff fallen, sondern nur, was sie zu ihrer häußlichen Nothdurfft bedörffen, kauffen, auch mit den Victualien keine Krämerey treiben, der Vorkauff aber und aus dem Land die Vivtualien zu transferiren, soll ihnen gäntzlichen verbotten, und wo dieser Stücke einem entgegen gehandelt würde, solches nach Befindung mit Fünff oder Zehen Gulden, oder auch höher bestrafft werden.

Zum Dreyßigsten, soll ihnen der Judenschafft nach ihren Ceremonien in ihrer Gassen, auch bey Christen-Metzgern, bißweilen auf erlangte Erlaubnuß, ein Rind vor sich selbsten zu schlachten, oder wie es bey ihnen genandt wird, zu schächen, vergönnet seyn; Jedoch daß es zuvor von denen, jederzeit geschwohrnen Fleisch-Beschauern, ob es gesund- oder kranck, lebendig besichtiget werde, und im Fall es ihnen, nach ihrem vermeynten Gesetz, nicht gerathen, oder wie sie Juden es nennen, nicht koscher seye, sondern triefen fallen würden, und sie also solch Fleisch nicht essen dörfften, solches unter die Bürger und andere Unterthanen mit Pfunden, oder überhaupt, nach ihrer besten Gelegenheit, doch nicht ausser- sondern innerhalb ihrer Gassen, es seye dann an den wochentlichen Marckt-Tagen und in den alten gewöhnlichen Metzigen, wiederum zu verkauffen, zugelassen werden, und welcher schlachten oder schächten wird, derselbe soll

Uns jährlichen Zwantzig Pfund Unschlicht zur Hoffhaltung zu lieffern schuldig seyn, die gegen diesen §. aber bißher mit der Juden offentlichen Verkauffung eingerissene Uebung, wegen Unser Alten Stadt gethane Einwendung, biß zu anderwärtlicher Verordnung gedultet und indessen von ihnen Juden das Fleisch Zwey Pfennig wohlfeyler, als von den Crhisten in solcher Güte verkaufft werden.

Zum Ein und Dreyßigsten, sollen die Juden auch allerley Geld aufzuwechseln und wieder zu verwechseln gute Macht haben, Doch, daß die frembde Weiß-Pfennig, Kreutzer und andere kleine Scheid-Müntz, ingleichem andere verruffene und abgewürdigte Sorten in der Menge bey Straff der Confiscation nicht eingeführet, auch sonsten hierinnen keine Gefährde gebraucht, sondern des Heiligen Römischen Reichs Constitutionen gemäß verfahren werde.

Zum Zwey und Dreyßigsten, so viel nächst deme derer Juden mit denen Christen einzugehende Contracten und besonders das Darleyhen anbetrifft, sind Wir zu möglicher Abschneidung alles darbey gemeiniglich mit unterlauffenden Wuchers und andern ohnerlaubten Vervortheilungen eine besondere Verordnung von Unserer nachgesetzten Fürstlichen Regierung zu Hanau entwerffen, und solche ehestens publiciren zu lassen gnädigst entschlossen, worauf dann ermeldte Juden einstweilen zum Voraus hierdurch nachdrücklichst verwiesen werden; Und obwohlen

Zum Drey und Dreyßigsten, denenselben nach wie vor verstattet bleiben soll, sowohlen auf blosse Handschrifften als auch auf bewegliche Güther und Effecten nach dem in gedachter Verordnung vorzuschreibendem Modo an Unsere Unterthanen in Hanau und auf dem Land Geld auszulehnen. auch von denen Letztern so viel, als von solchen ihnen zum Kauff oder Tausch angebotten wird, an sich zu bringen, und selbige wiederum nach Gelegenheit an andere zu veräussern; So wollen Wir bey diesem allem, jedoch ausdrücklich ausgenommen haben, Kirchen- und zu deren Ceremonien gehörige Kleinodien, Glockenspeiß und dergleichen ohnzweiffentlich gestohlene, und durch verdächtige alte oder minderjährige Kinder, oder Hauß-Gesind überbrachte Sachen; Item, naß- oder blutig Gewandt, ohnbereitete Tücher, Zeug und Strümpffe, gefärbte Wolle, weiß oder gefärbt wollen Garn, Harnisch und allerhand Gewehr, der Herrschafft, Burgern, oder denen Unterthanen zuständig, absonderlich Zinn, Silber, und solche Dinge, welche von Soldaten aus hiesiger Guarnison oder von Unsern Hoff-Bedienten denen Juden allhier gebracht werden möchten, auch einigen Verdacht nach sich führen, als ob sie von Unserm Hoff entwandt seyn möchten, dergestalt, wird sich Jemand dagegen gelüsten lassen, auf solche Güther zu leyhen, oder auch dieselbe zu kauffen oder verkauffen, daß solch Geld Uns verfallen, das Guth aber, so, wie gemeldet, ohnzweiffentlich gestohlen gewesen, seinem Herrn ohne einige deßwegen etwa ausgelegten Gelds-Erstattung, wieder zugestellet, und der Jud, dafern ihme von dergleichen etwas zu Handen kommen, und er es bey Unserem Ambtmann nicht anzeigen, sondern verschweigen würde, noch darzu am Leib gestrafft werden solle; Wann auch ihnen etwas, so vermuthlich gestohlen worden, und sie doch dessen keine Wissenschafft haben können, durch frembde Mann- oder Weibs-Persohnen verkäufflichen zugebracht, und wegen des verlohrnen Guths, innerhalb vier Wochen Schul-Bann gethan würde; So sollen sie Juden solches bey ihrem Jüdischen Aydt anzuzeigen schuldig, und derjenige, deme das verlohrne Guth, es seye was es wolle, zuständig, und es wieder von Juden begehrt zu haben, ihnen das hinaus gegebene Geld wiederum zu erstatten, verpflichtet seyn; Auf den Fall aber, daß Schul-Bann gethan, und das verlohrne und gestohlene Guth von ihnen verschwiegen, und nicht angezeigt, dannoch aber

bey einem unter ihnen gefunden worden wäre, soll solche Persohn es nicht allein heraus zu geben schuldig — und ihres ausgelegten Geldes verlustiget — sondern auch Uns, ihres Meyn-Aydts und Stillschweigens halben zu gebührlicher Straff ohnnachläßig verfallen seyn; Jedoch wollen Wir in Fällen, da der Stadt Franckfurth Angehörige, etwas verlohren, oder auch, da ihnen etwas gestohlen, und Unsern Juden zugeheimschet wäre, sie aber dessen sichere Wissenschafft nicht haben können, wegen Restituirung des dafür ausgelegten Geldes, bey der Wieder-Herausgab, wie auch bey nicht mehr befindlichem Versatz oder Verkauff bey Unsern Juden, es auf die nehmliche Weise gehalten haben, wie Unsere Unterthanen und Angehörige in dergleichen zu Franckfurth gegen selbige Juden gerichtet werden, dergestalt, daß solche mit Unschuld und Unwissenheit erkaufft-gestohlene Guth denen Franckfurther Eigenthums-Herren nicht ehender soll restituirt werden, biß Unsern Juden das erweißlich-ausgelegte, und aufgewandte Geld zuforderist wieder erstattet seye; Es sollen aber diejenige von Unsern Juden, welche andere zur Dieberey und Stehlen reitzen und anführen, nach denen beschriebenen gemeinen Rechten, absonderlich exemplarisch gestrafft werden.

Zum Vier und Dreysigsten, sollen die Juden da Frembde anhero kommen, Handthierung zu treiben solches Unserer Cantzley oder dem Ambt Bücherthal jederzeit ohnfehlbahr anzeigen, wie dann der Fiscalis seine Schuldigkeit darunter fleißig zu thun haben wird.

Zum Fünff und Dreysigsten, wollen Wir ihnen ihre Zusammenkunfften, in ihrer Schul allhier, um darinnen nach ihrem Gesetz zu leben, verstatten, also daß sie ihre Feyer-Täge und Begräbnuß, am alten Orth halten, wie auch nicht weniger ihr kalt Baad haben mögen, desgleichen auch ihre Söhne nach acht Tagen beschneiden, Rabbiner und Schulmeister anzunehmen, und die Jugend nach ihrem Gesetz lehren zu lassen.

Zum Sechs und Dreysigsten, welche sich nun von Juden in Unsere Alte Stadt Hanau in die darzu verordnete Gassen, oder auch auf dem Land in Unsere Städte, Flecken und Dörffer zu begeben, und diesen vorgesetzten Puncten nachzuleben gemeynet seynd, die wollen Wir für Unsere Untersassen und Schutz-Angehörige auff und annehmen, nehmen auch sie und ihre Erben hiermit jetzo abermahlen auf- und an, und wollen sie vor allem unbilligen, Gewalt gleich andern Unsern Bürgern und Unterthanen schützen, schirmen und vertheidigen.

Endlichen, so wollen Wir, daß diese Ordnung von dato dieses, ihren würcklichen Effect haben, und so viel nur immer möglich, auch alle und jede Unsere Judenschafft auf dem Land binden, Uns aber solche nach Gelegenheit der Zeit und erheischender Nothdurfft nach, zu mindern und zu mehren, vorbehalten seyn solle; Doch daß die Haupt-Stück der Juden Ceremonien und Lehre betreffende, unverändert bleiben mögen.

Dessen allen zu wahrer Urkundt haben Wir Unser Fürstliches Secret darunter drucken lassen, und solche eigenhändig unterschrieben. So geschehen Wolckersdorff den 20. Septembr. 1738.

WILHELM, L. z. H.

ANHANG III:

# Gnädigſte Verordnung,

Wie es
In der Grafſchafft Hanau
Mit denen zwiſchen
**Juden und Chriſten**
Zu errichtenden
CONTRACTen,
Uberhaupt ſowohl, als inſonderheit auch mit denen
Darlehen baaren Geldes,
hinführo gehalten werden ſolle.



HANAU,
Gedruckt bey Johann Bernhard Lehr. 1754.

Von Gottes Gnaden Wir Wilhelm, Landgraff zu Hessen, Fürst zu Herßfeld, Graff zu Catzenelnbogen, Dietz, Ziegenhayn, Nidda, Schaumburg und Hanau, etc. etc.

Nachdem Wir in der denen Schutz-Juden in Unserer Graffschafft Hanau unterm 20. Septembr. 1738. gnädigst ertheilten Capitulation §. 32. wegen derer von Ihnen, denen Juden, mit Unseren Christlichen Unterthanen einzugehenden Contracten, und insonderheit wegen des Darleyhens, Unsere gnädigste Willens-Meynung dahin bereits geäussert haben, daß Wir zu möglichster Abschneidung alles gemeiniglich mit unterlauffenden Wuchers und anderer unerlaubten Vervortheilungen, eine besondere Verordnung ergehen zu lassen gnädigst entschlossen: So setzen, ordnen und wollen Wir

§. I.

Allgemeines Verbott derer wucherlichen Contracten.

Daß Unseren Schutz-Juden alles in ersagter ihrer Capitulation §. 25. seq. gestattete ehrliche und aufrichtige Gewerb und Handthierung, mit Kauffen und Verkauffen allerhand Waaren, wie auch mit Geld auslehnen auf Pfändere, Wechsels oder andere Verschreibungen, in so weit ihnen solches alles in mehrermeldter Capitulation §. 26. seq. und sonstigen Unseren gnädigsten Verordnungen absonderlich nicht verbotten ist, ausser- und innerhalb Meß-Zeiten oder Jahr-Märckten nach wie vor zwaren frey und unbenommen bleiben solle: Es sollen sich dieselben aber, sie seyen einheimisch oder auch frembd, wie jedermann, unter dem Nahmen und Schein eines solchen Gewerbs oder Handthierung und sonsten überhaupt alles in denen Reichs-Gesetzen vorhin bereits untersagt- und verpönten heimlichen sowohl als auch offentlichen Wuchers, wie selbiger immerhin Nahmen haben und erdacht werden mag, bey Verlust des Capitals und Schutzes, wie auch nach Befinden härterer Leibes-Straffe gäntzlich enthalten; immassen dann das Hoff-Gericht, wie auch die Beambte in denen Städten und auf dem Lande, woferne bey denen vor ihnen anhängig gemachten Processen, oder auch anderwärtige Spuhren eines dergleichen schändlichen Wuchers sich ergeben würden, wann schon die Partheyen die Sache beruhen lassen wolten, ersteres, das Hoff-Gericht nehmlich, den Fiscal von Ambtswegen jedesmahl zu excitiren, oder auch dieser sein Ambt hierunter allenfalls von selbsten zu beobachten, letztere, die Unter-Gerichte, aber die strengeste Untersuchung deshalben vorzunehmen, und von dem Befinden gehörigen Orths zu berichten haben.

§. II.

Welche Contracten vor wucherlich zu achten.

Es soll aber ein jeder Handel oder Geding, wodurch ein Capital höher als auf die Gesetz-mässige und Reichs-übliche — oder allenfalls auch weiter erlaubte Zinsen, es seye unter diesem Nahmen derer Zinsen offentlich, oder unter dem Nahmen eines Mackel und Aufgeldes; desgleichen einer Erkänntlichkeit, oder auf den Zahlungs-Verzug gesetzten Straffe, oder auch unter einem andern nur zu erdenckenden verdeckten Nahmen und Contract mit Übersetzung derer Waaren in dem Preise und dessen Verzinsung, absonderlich aber einer Haupt-Verschreibung, worinnen die übermässig unerlaubte Zinsen zu Capital geschlagen oder auch an diesem letztern bey der Auszahlung dergestalten einbehalten sind, daß der Schuldner mehr verzinsen muß, als er zum Capital empfangen hat u. s. f. heimlich benutzet wird, für einen wucherlichen Contract gehalten werden; den eintzigen Fall ausgenommen, wann wegen Verlust des Haupt-Geldes eine sonderbahre und gleich erweißliche Gefahr oder risico vorhanden wäre, weshalben

denen Gerichten und Beambten, oder auch dem Fiscal die nähere Untersuchung zu thun oblieget, und woferne sich alsdann befindet, daß dergleichen Gefahr nicht vorhanden gewesen, sondern fälschlich vorgespiegelt worden, der Wucherer noch härter als sonsten angesehen und bestraffet werden solle.

§. III.

Die Erhebung des Capitals, oder Zinsen vor der Verfallzeit ist gleichfalls ein unerlaubter Wucher

Wann auch die Zinsen oder das Capital gleich Anfangs oder nur einen Monat vor der Verfallzeit gefordert und erhoben werden; so ist solches ebenfalls ein unerlaubter Wucher; Es wäre dann, daß der Schuldner zu seinem eigenen Vortheil oder Convenientz sich freywillig dazu verstehen wolte, da er dann von deme früher gezahlten Capital biß zur Verfallzeit die Zinsen mit zu entrichten schuldig und gehalten seyn soll.

§. IV.

Persohnen, welchen überhaupt nichts geliehen und geborget werden darff.

Was demnach vorerst das Geld und Waaren borgen insgemein angehet, solches soll von denen Juden und denen Ihrigen an Kindern, Minderjährige, oder auch Erwachsene, welche noch in Vätterlicher Gewalt stehen, mithin keine eigene Haußhaltung, Handthierung und Gewerb haben; Ferner an Dienstbotten und Gesinde, welche Nahmens ihrer Brodherrn borgen wollen; desgleichen an Persohnen, die Gemüths-Schwachheit oder anderer Ursachen halber unter der Vormundschafft stehen, bey willkührlicher Straffe durchaus und anderst nicht geschehen, als mit Einwilligung deren respective Eltern, Brodherrn und Vormündere.

§. V.

Die Juden sollen ohne vorgängige Obrigkeitliche Untersuchung und Erlaubniß kein Geld auf unbewegliche Güthere lehnen und solchenfalls an Zinsen mehr nicht als 5. pro Cent nehmen, wie es hierbey zu halten, wann die Hypothec subhastirt wird, und der Jüdische Creditor als Meistbietender deren Adjudication erhält.

Hiernächst das Geld auslehnen insonderheit betreffend: Gleichwie denen Juden unbewegliche Güthere in Unserer Graffschafft Hanau an sich zu bringen und zu besitzen vorhin verbotten ist; Also wird ihnen hiermit auch fernerweit untersagt, ohne Unseres nachgesetzten Fürstlichen Hoff-Gerichts so leicht und anderst nicht als nach vorhergängiger Untersuchung zu ertheilende besondere und ausdrückliche Erlaubnuß auf Christen-Häusere, ausserhalb ihrer, derer Juden-Gasse zu Hanau und Windecken gelegen, oder auch auf andere in- und ausserhalb gelegene unbewegliche Güthere baares Geld zu schiessen. Woferne aber ein Jude die Erlaubnuß hierzu erhalten hätte, so soll mit Errichtung der Hypothec nach Vorschrifft Unserer dieserthalb jüngsthin ergangenen gnädigsten Verordnung allenthalben verfahren, und sich dabey auf die obangeführter massen erforderlich- und würcklich ertheilte Obrigkeitliche Erlaubnuß in dem Hypothec-Buche absonderlich bezogen werden; Alsdann auch der Jüdische Creditor an Zinsen ein mehreres nicht als Fünff vom Hundert zu nehmen befugt seyn, und wann es nach beschehener Gerichtlichen Aufkündigung solcher Hypothec endlich zu deren Vergantung kommt, so soll ihme, dem Glaubiger, gleich anderen darauf mit zu bieten zwaren unbenommen seyn. Wann derselbe aber, als Meistbietender, die Adjudication des subhastirten Unterpfands erhält, so soll er und seine Jüdische Erben oder sonstige Jüdische Nachfolgere mit demselben Unterpfand, so lange sie solches besitzen, eine gäntzliche Veränderung vorzunehmen, z. E. aus einem bebaueten Platz einen Garten, Wiesen, Acker, Weyher u. d. g. zu machen nicht befugt, und über das zu ewigen Zeiten schuldig und gehalten seyn, dergleichen ihnen heimgeschlagene Grund-Stücke einem jeden Unserer Christlichen Unterthanen, und zwar demjenigen, welcher sich zuerst darum melden

wird, in demselben Preiß, worinnen ihme, dem Juden, solches vorhin gerichtlich zugeschlagen worden, und gegen allenfallsige Erstattung derer erweißlich angewandten Meliorationen binnen einer halbjährigen Frist wiederum einzuräumen und abzutretten.

§. VI.

Wann die Juden 8. pro Cent nehmen dörffen.

Lehnet hingegen der Jude auf blosse Schuld-Scheine, Wechsels- oder Faust-Pfändere baares Geld an einen Christen aus, so soll ihme der bißherigen Gewohnheit nach Acht vom Hundert jährlich zu nehmen zwaren erlaubt, der Schuldner hierzu aber doch anderst nicht, als wann er solche ausdrücklich versprochen hat, verbunden seyn, mithin der Richter in Bestimmung des Interesse ex mora, oder wann die Zinsen nur überhaupt stipuliret sind, allein auf die Reichs-übliche Fünff pro Cent erkennen.

§. VII.

Wie es mit dem Leyhen derer Juden auff Faust-Pfändere zu halten und wie selbige specifice beschrieben und versiegelt, desgleichen von dem Jüdische Glaubiger verwahrt werden müssen.

Es bleibt auch denen Juden auf solche Faust-Pfändere, welche in Eingangs beregter ihrer Capitulation §. 33. nicht verbotten sind, Geld zu leyhen, dergestalt erlaubt, daß hierbey die Pfändere nach ihrer Anzahl specificirt, und so genau, als möglich beschrieben, demenächst eingepackt von dem Debitore in des Creditoris Gegenwart versiegelt, und sodann erst dem creditirenden Juden zugestellet werden, welcher letztere den Empfang sothaner Pfändere unter eine gleichlautende Abschrifft der Specification bescheinigen, mithin dieselben in solcher Obacht und Verwahrung, als einem guten fleißigen und sorgfältigen Hauß-Vatter eignet und gebühret, aufbehalten, und so bald ohne sein und derer Seinen Verschulden, entweder das Siegel oder der Umschlag, oder auch wohl gar das Pfand selbsten schadhafft wird, davon mit Überliefferung desselben dem Debitori ohne Zeit-Verlust Anzeige thun, oder widrigenfalls dem Schuldner vor den darab erwachsenen Schaden stehen, und an seiner Schuld nach einem Pflicht-mäßigen Anschlag zu gut kommen lassen soll.

§. VIII.

Nach Verlauf der Wiedereinlösungszeit soll sich der Jüdische Creditor das Pfand nicht zueignen, noch eigenrichterlich selbsten verkauffen, sondern durch die Obrigkeit öffentlich distrahiren lassen. Befriedigung des Gläubigers von denen Kauff-Geldern und Aushändigung des Überschusses an den Schuldner

Gleichwie auch ferner kein Geding, daß das eingesetzte Pfand nach Verfliessung der bestimmten Einlösungs-Zeit dem Gläubiger eigenthümlich heimgefallen seyn solle, zu Recht bestehet, sondern ein solches Geding in gemeinen Rechten so wohl, als in denen Reichs-Gesetzen vorhin verbotten ist: Also soll sich kein Jüdischer Creditor ermächtigen, ein Faust-Pfand sich zuzueignen, oder solches selbsten eigenrichterlich zu verkauffen, sondern er soll hiermit und zwaren, wann dem Schuldner zur Einlösung eine gewisse Zeit bestimmt ist, nach Ablauff derselben noch 3. Monate, oder widrigenfalls 2. Jahre von Zeit der geschehenen Oppignoration an zu rechnen, warten, sodann nach deren Verfliessung erst das Pfand so, wie es versiegelt ist, derjenigen Obrigkeit, worunter der Schuldner stehet, mit Beyfügung des Schuld-Scheins zu dem Ende überreichen, damit diese solches Pfand an den Meistbietenden in rechtlicher Ordnung offentlich verkauffen, sofort von denen eingehenden Kauff-Geldern nach Abzug derer Gebühren den Gläubiger wegen Capitals und Zinsen befriedigen und den Schuld-Schein cassiren, den Überschuß aber dem Schuldner zustellen, oder wann derselbe nicht erschienen wäre, biß auf dessen Anmelden beydes das Geld und den Schuld-Schein in deposito behalten möge.

wann dieses überschiesse, so hat sich der Gläubiger an des Debitoris sonstigem Vermögen zu erhohlen.

Würde hingegen nach vorerwehntem Abzug von dem erlöseten Kauffschilling nicht so viel übrig bleiben, als zu des Creditoris Befriedigung erforderlich ist; so soll dem Juden auf sein ferneres Anruffen zu dem Abgang aus des Schuldners übrigen bereitesten Mittelen verholffen werden.

## §. IX.

Wann der Christ an einen Juden Geld lehnet, in welcher Zeit-Rechnung und Sprache die Verschreibung auszustellen, der Jude darff keinen anderen, als den in seinem Schutz-Brief enthaltenen Nahmen führen. Wie es zu halten, wann derselbe kein Teutsch schreiben kan

Nimmt der Jude von einem Christen baares Geld auf, so muß jener diesem den Schuld-Schein oder Wechsel darüber mit Beobachtung der in allen mit denen Christen vorhabenden Geschäfften zu gebrauchenden Christlichen Zeit-Rechnung in teutscher Sprache völlig nicht nur ausstellen, sondern auch mit teutschen Buchstaben eigenhändig unterschreiben, und darff sich hierbey so wenig als sonsten überhaupt bey hoher Straffe unterfangen, einen anderen Nahmen zu führen, als welcher in seinem Schutz-Brieff enthalten ist. Könte er, der Jude, die teutsche Sprache aber nicht schreiben, noch auch seinen Nahmen mit teutschen Buchstaben unterschreiben, so muß er den von einem andern aufgesetzt- und geschriebenen Schuld-Schein oder Wechsel von der Obrigkeit sich vorlesen lassen, und von derselben seine alsdann mit Hebräischen Buchstaben zu verrichtende Unterschrifft beglaubiget werden.

## §. X.

Kein Christ soll einem Juden seine Action gegen einen Christen abkauffen, noch auch ein Jude einem Christen eine dergleichen Action abtretten, es habe es dann die Obrigkeit verwilliget.

Weilen endlich auch in denen Reichs-Gesetzen heilsamlich allschon geordnet und versehen ist, daß kein Christ einem Juden seine Action und Forderung an einen Christen abkauffen, noch der Judische Glaubiger einem Christen dergleichen Action und Forderung bey Verlust derselben in einige Wege Contracts-weise übergeben und abtretten, folglich auch keine Obrigkeitliche oder andere Persohn solcherley Cessiones bey Straffe der Entsetzung ihrer Ehren und Aembtere oder sonstiger ernstlichen Ahndung, stellen, bestättigen und ausfertigen solle; So lassen Wir es hierbey zur Regul dergestalten lediglich bewenden, daß jedoch die Obrigkeit darunter aus erheblichen besonderen Ursachen auf gebührendes Anmelden allenfalls dispensiren, und diese Cessiones verwilligen könne.

## §. XI.

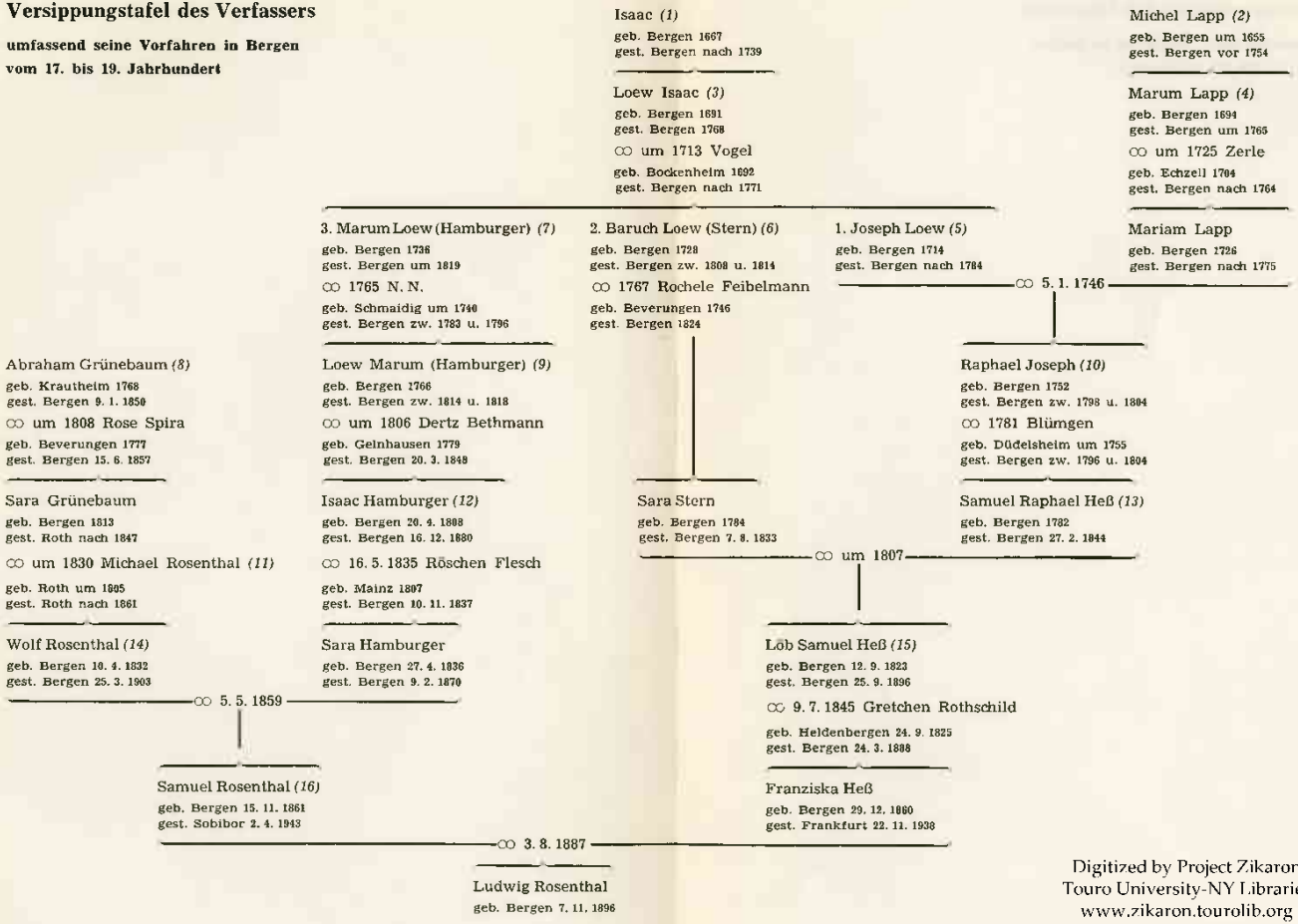
Hieran geschiehet Unser ernstlicher gnädigster Wille, und aufdaß sich deshalben niemand mit der Unwissenheit entschuldigen möge; so soll diese Unsere gnädigste Verordnung gehöriger massen publicirt und zum Druck befördert werden. Urkundlich Unserer eigenhändigen Unterschrifft und beygedruckten Fürstlichen Secret-Insiegels. So geschehen Philippsruhe den 10. Oct. 1754.

WILHELM.

ANHANG IV:

## Versippungstafel des Verfassers

**umfassend seine Vorfahren in Bergen vom 17. bis 19. Jahrhundert**




Digitized by Project Zikaron
Touro University-NY Libraries
www.zikaron.tourolib.org
2024